Donnerstag, 6. Februar 1986 · D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 31 - 6.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Studium: Die Hochschulen sind bereit, künftig Studienanfänger statt im Oktober auch im November aufzunehmen, damit sie nach der geplanten Verlängerung des Wehrdienstes keine Zeit verlieren. Voraussetzung für eine Neuregelung sei allerdings, daß auch Schule und Bundeswehr einen entsprechenden Beitrag leisten. (S. 5)

Prüfung: Bonn und Washington sind übereinstimmend der Auffassung, daß die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge auch positive Ansätze enthalten und in Abstimmung mit den Verbündeten weiter sorgfältig geprüft werden müssen. Dies unterstrichen Bundeskanzler Kohl und der stellvertretende US-Außenminister Whitehead. (S. 5)

Anschläge: Eine rätselhafte Attentatsserie beunruhigt Paris. Binnen 24 Stunden wurden drei Sprengstoffanschläge verübt, die elf Verletzte, darunter drei Schwerverletzte, forderten.

Neutralität: Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat Birma darin bestärkt, seinen Weg der „positiven Neutralität" weiter zu gehen. Der Bundespräsident hält sich vier Tage in Birma auf.

Kontakte: Die Aufnahme erster offizieller Kontakte zwischen der britischen Regierung und dem in Südafrika verbotenen Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) hat der britische Außenminister Howe verteidigt. Nach seinen Worten ist bei den Gesprächen die britische Ablehnung von Gewaltanwendung in Südafrika zur Sprache gebracht worden. (S. 7)

Verteidigung: Die USA wollen im Etatjahr 1987 rund 4,8 Milliarden Dollar für die Forschungen am Raketenabwehrsystem im Weltraum (SDI) ausgeben. Der Etatansatz ist nach Auffassung von Verteidigungsminister Weinberger das „Minimum".

Kurilen: Die UdSSR hat nach japanischen Berichten Marschflugkörper auf einer der von beiden Ländern beanspruchten Kurilen-Inseln stationiert. Sie könnten atomar bestückt werden.

Ausweisung: Die italienische Regierung hat zwei sowjetische Funktionäre unter dem Verdacht der Spionage zum Verlassen des Landes aufgefordert. Es handelt sich um den Ersten Sekretär der Botschaft in Rom und den Leiter des Büros der Fluggesellschaft Aeroflot.



Der Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Professor Rupert Scholz, hat vor dem Versuch gewarnt, „das Parlament in seiner freien politischen Willensbildung zu beeinflussen". Vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Kritik an der geplanten Neufassung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz weist der Staatsrechtler in einem Beitrag für die WELT auf die Verfassungswidrigkeit politischer Streiks hin. (Seite 4)

WIRTSCHAFT

Umwelt: Die Forderungen der Umweltminister nach massiver steuerlicher Entlastung der Umweltschutz-Investitionen, die auch von Bayerns Ministerpräsident Strauß unterstützt werden, hält Finanzminister Stoltenberg „für wenig hilfreich". Das Thema beschäftigt heute die Länderfinanzminister. (S. 13)

Wechselkurse: Relativiert hat Washington Spekulationen über die baldige Einberufung einer internationalen Währungskonferenz über die Stabilisierung der Wechselkurse. Finanzminister Baker soll ein solches Projekt prüfen, das – wenn überhaupt – frühestens 1987 verwirklicht werden könnte. (S. 13)

Öl: Erhebliche Schwierigkeiten bereitet Moskau der rapide Preiseinbruch auf dem Erdölmarkt, da es dem Öl rund 60 Prozent seiner Deviseneinnahmen verdankt. Der Preisverfall bedroht Gorbatschows Modernisierungsprogramme. (S. 14)

Börse: An den Aktienmärkten führte, wenn auch noch begrenzte, Kaufbereitschaft zu durchweg steigenden Kursen. Der Rentenmarkt war weiter freundlich. WELT-Aktienindex 283,89 (281,51). BHF Rentenindex 105,462 (105,444). BHF Performance Index 100,925 (100,880). Dollarmittelkurs 2,4061 (2,4171) Mark. Goldpreis pro Feinunze 337,30 (338,60) Dollar.

KULTUR

Munari: Er ist nicht nur der bekannte Designer, er ist auch Dichter und Musiker, Erzieher, Techniker, Erfinder. Bruno Munaris Objekte haben einen gemeinsamen Nenner – Einfachheit und Klarheit der Linien; er liebt das Leichte. (S. 21)

Oper: Um die Erfüllung eines besseren Lebens, um Freiheit rankt die Oper „Hunger und Durst", von der jungen Violeta Dinescu nach einem Text von Ionesco komponiert. Die Uraufführung in Freiburg zeigte, daß die Komponistin präzise weiß, was sie will. (S. 21)

SPORT

Galopp: Das klassische Henckel-Rennen wird 1986 nicht in Gelsenkirchen, sondern in Köln ausgetragen. Es soll dort an die verstorbene Gestüts-Besitzerin Maria Mehl-Mühlens erinnern. (S. 10)

Fußball: Im ersten Länderspiel des Jahres bezwang die deutsche Nationalelf Weltmeister Italien mit 2:1 (1:1). Die Tore für Deutschland schossen Herget und Matthäus. (S. 10)

AUS ALLER WELT

„Challenger": Auf dem Grund des Atlantiks sind nach NASA-Angaben möglicherweise Überreste der Feststoffrakete geortet worden, auf deren mögliche Fehlfunktion sich die Untersuchungen um die Ursache für die Explosion der Raumfähre konzentrieren. Bestritten wurden Meldungen, auch Bruchstücke der Pilotenkanzel seien entdeckt worden. (S. 9 und 22)

Mordserie: Ein bislang unerkannter Mörder sorgt in Paris für Angst und Schrecken. Zum siebten Male binnen vier Wochen wurde eine alte Frau ermordet. (S. 22)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

SPD nutzt die 116-Debatte zu Generalangriff auf Blüm

Wahlkampf-Atmosphäre im Bundestag / Koalition steht zur Regierungsvorlage

PETER JENTSCH, Bonn

Die Parlaments-Sondersitzung über die Neugestaltung des Paragraphen 116 (Arbeitsförderungsgesetz) hat die politische Strategie der SPD enthüllt: Die Sozialdemokraten nehmen im anlaufenden Bundestagswahlkampf Arbeitsminister Norbert Blüm ins Visier. Sie nutzten die von bundesweiten Protesten der Gewerkschaften begleitete erste Lesung des Regierungsentwurfs – er soll eine Klarstellung der Neutralität des Staates in Arbeitskämpfen bringen – zu einer Generalattacke auf die Glaubwürdigkeit Blüms.

Der Minister verteidigte seinen Gesetzentwurf und bezeichnete ihn als „notwendige Klarstellung der Neutralitätspflicht des Staates bei Arbeitskämpfen" auch aufgrund geänderter wirtschaftlicher Verhältnisse und gewerkschaftlicher Taktiken. Demgegenüber hielt der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel dem Minister vor, mit seiner „Erklärung den schweren Sozialkonflikt, den die Regierung grundlos vom Zaun gebrochen hat, nicht gemildert, sondern noch erschwert" zu haben.

„Wenn etwas unklar wäre an der Rechtslage", so fragte Vogel Blüm, „warum lassen Sie dann nicht die Gerichte entscheiden? Warum setzen Sie sich anstelle der Gerichte?" Er wende sich auch gegen Blüms Begründung für die beabsichtigte Änderung, die Wirtschaft sei stärker verflochten als noch vor wenigen Jahren und die Gewerkschaften hätten neue Taktiken entwickelt. „Nicht die Verhältnisse haben sich geändert, Herr Blüm, Sie haben sich geändert. Sie haben die Seite gewechselt. Sie machen sich jetzt nicht nur die Begriffe, Sie machen sich auch die Interessen

Seite 3: Schlacht im Hohen Haus

der Arbeitgeber zu eigen." Und er fügte hinzu, Blüm nenne jeden einen „Lügner oder Hetzer", der seinen Interessen widerspreche.

In diesem Sinne kritisierte auch Willy Brandt den Arbeitsminister: „So wie Norbert Blüm darf man die Beantwortung einer grundlegenden gesellschaftspolitischen Frage nicht vernachlässigen." Es mache ihn „betroffen, daß ein Bundesarbeitsminister angesichts von 2,5 Millionen Arbeitslosen heute ein so flackernd aggressives Verhalten" an den Tag lege.

Auch der SPD-Abgeordnete Rudolf Dreßler schlug in diese Kerbe, als er Blüm einen „Amoklauf gegen die Gewerkschaften" vorwarf, der den Minister zum „Gefangenen seiner Auftraggeber" mache. Daraus werde deutlich, „zu welchen Wandlungen ein Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse fähig ist, wenn er in der CDU Karriere machen will". Eugen Glombig (SPD) schließlich nannte „Blüms Rolle in dieser Auseinandersetzung die schändlichste, die ein Arbeitsminister in der Nachkriegsgeschichte jemals gespielt hat".

Blüm, dem man seine Erregung über diese Unterstellungen deutlich anmerkte, wies die Vorwürfe zurück: „Der soziale Frieden ist ein hohes Gut. Das kann aber nicht Kapitulation vor der Diffamierung bedeuten." Und mit Blick auf Vogel bemerkte er: „Ich nenne nicht jeden, der etwas gegen unseren Gesetzentwurf sagt, einen Lügner. Aber ich nenne jeden einen Lügner, der etwas Falsches über diesen Entwurf behauptet."

Sprecher der Regierungsfraktionen befürworteten noch einmal die gesetzliche Neuregelung, weil nach dem Metallstreik des Jahres 1984 eine Rechtsunsicherheit entstanden sei. Die Arbeitslosenversicherung dürfe nicht als „Streikversicherung" mißbraucht werden.

DER KOMMENTAR

Tiefer verwurzelt

EBERHARD NITSCHKE

Der Deutschen Liebe zum Wald wurde im Ausland lange Jahre milde belächelt, man vermutete gar etwas Hysterie bei ihnen. Als „Le Waldsterben" ging sie gar in die französische Sprache ein. Langsam, sehr langsam weicht jedoch die Geringschätzung der (Mit-)Betroffenheit. Die deutsche Nervosität hat eine allgemeine Sensibilität bewirkt. Äußeres Zeichen dafür: Der deutsche Bundeskanzler eröffnete jetzt in Paris zusammen mit Staatspräsident François Mitterrand eine „Internationale Waldschutzkonferenz", an der fünfzig Länder Europas und Afrikas teilnehmen.

Von diesem „Waldgipfel" bis zur Realität sanierter Forsten ist ein langer Marsch. Aber der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt – dem Bewußtmachen eines Problems. Die deutschen Umweltgesetze seit 1983 mögen ihre Unzulänglichkeiten haben, aber sie gelten bereits weltweit als beispielhaft. Die Vorreiterrolle der Deutschen im Kampf gegen das Waldsterben wurde in Paris protokollarisch dadurch gewürdigt, daß Helmut Kohl die Eröffnungsansprache hielt.

Für die Sanierungsstrategie vermag Bonn einiges einzubringen. In den Ländern Afrikas, wo zuviel abgeholzt wird, kann es mit Aufforstungen helfen. In Europa, das einst von deutscher Waldeslust befremdet war, hat die deutsche „Nervosität" eine breite Grundlage von Forschung, Umweltgesetzgebung und Technologien geschaffen, auf die zunehmend zurückgegriffen wird.

Rund die Hälfte des deutschen Waldes ist geschädigt. Dieses Menetekel zieht zunehmend die interessierten und wohl auch betroffenen Blicke der Nachbarn auf sich. Wer berücksichtigt, daß etwa die Hälfte der Umweltbelastung über die Grenzen zu uns kommt, kann nicht umhin, das Problem als europäische Herausforderung auszumachen. Die Gemeinschaft vermag an diesem Beispiel zu beweisen, wie tief sie verwurzelt ist.

Reagan will den Kongreß überzeugen

Größerer Verteidigungsetat soll nicht durch Steuererhöhungen erreicht werden

FRITZ WIRTH, Washington

„Wenn die Sowjetunion eine Vereinbarung wünscht, die wirklich die Nuklearwaffen reduziert, dann wird es eine Vereinbarung geben." Diese Zusicherung gab Präsident Reagan in seiner Rede zur Lage der Nation im amerikanischen Kongreß. Reagan wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die amerikanischen Unterhändler in Genf eine radikale Verringerung der Offensivwaffen vorgeschlagen hätten.

Der US-Präsident betonte, daß derartige Abkommen verifizierbar sein müßten und daß es notwendig sei, daß sich die Sowjets sowohl an den Wortlaut als auch an den Geist eines derartigen Abkommens gebunden fühlten. Ingesamt beschrieb er das Verhältnis zur Sowjetunion als von einem „steinharten Realismus" bestimmt. Die Logik und die Geschichte drängten eine derartige Einstellung auf. „Wir können nicht mit kindlichem Glauben in die Zukunft gehen. Unsere Differenzen mit diesem System sind tief und dauerhaft."

Zugleich bekräftigte Reagan seine Entschlossenheit, das strategische Verteidigungsprogramm SDI fortzusetzen, das er einen „Sicherheitsschild" nannte, „der eines Tages Nuklearwaffen überflüssig macht und

SEITE 2: Beifall vor dem Sturm

die Menschheit aus dem Gefängnis des nuklearen Terrors befreit".

Reagan hielt seine Rede auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Konfrontation mit dem Kongreß über das Ausmaß der Haushaltskürzungen, zu denen er durch das Gramm-Rudman-Limit für die nächsten fünf Jahre gezwungen ist. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen wird der Verteidigungsetat stehen. Reagans Absicht, ihn um drei Prozent zu erhöhen, wird im Kongreß auf entschiedenen Widerstand stoßen.

Der Präsident weigerte sich in seiner Rede jedoch ausdrücklich, dieses Problem mit Hilfe von Steuererhöhungen zu lösen. Steuererhöhungen würden vor allem die amerikanische Familie treffen. Das amerikanische Haushaltsdefizit sei jedoch nicht ein Verschulden dieser Familien und Bürger, sondern des Staates, der mehr ausgegeben habe, als ihm zustehe. Er nannte in diesem Zusammenhang die Familie den „moralischen Kern" einer Restauration des amerikanischen Vertrauens.

Reagan hatte seine Rede wegen des Absturzes von „Challenger" um eine Woche verschoben. Er betonte, daß das amerikanische Raumfahrtprogramm und der Bau einer Raumstation fortgesetzt würden. Zugleich kündigte er die Entwicklung einer tieffliegenden Raumfähre an, die in 25facher Schallgeschwindigkeit die Entfernung von Washington nach Tokio in zwei Stunden zurücklegen könne und bis Ende dieses Jahrhunderts einsatzfähig sein werde.

Experten rechnen mit Anstieg der Einkommen

DW. Bonn

Der reale Einkommensanstieg der Arbeitnehmer wird sich nach einer Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sowohl brutto als auch netto deutlich beschleunigen. Mit einiger Wahrscheinlichkeit würden die tariflichen Steigerungen etwas höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Allerdings deute sich ein Bruch mit der Politik relativer Lohnzurückhaltung nicht an. Wie es in dem jüngsten Wochenbericht heißt, dürfte auch die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt in den ersten Monaten dieses Jahres sinken, „zum Teil wegen der weiter zunehmenden Beschäftigung, zum weitaus größeren Teil aber wegen der am 1. Januar in Kraft getretenen Neuregelung für die Arbeitslosen, die 58 Jahre und älter sind". Vom dritten zum vierten Quartal 1985 dürften rund 100 000 Personen zusätzlich beschäftigt worden sein.

Warnstreiks auch in Krankenhäusern

DW. Bonn

Im Tarifstreit um höhere Löhne im öffentlichen Dienst haben gestern, am Tag vor der als entscheidend eingeschätzten vierten Verhandlungsrunde, rund 40 000 Beschäftigte an Warnstreiks teilgenommen. Teile des öffentlichen Nahverkehrs und der Müllabfuhr wurden lahmgelegt. Erstmals wurden auch Sparkassenfilialen und Krankenhäuser in die mehrstündigen Arbeitsniederlegungen einbezogen, mit denen die Gewerkschaft ÖTV die öffentlichen Arbeitgeber zur Vorlage eines höheren Angebots zwingen will. Am Dienstag beteiligten sich einschließlich der Bediensteten von Bahn und Post noch rund 170 000 Beschäftigte an Arbeitsniederlungen. Mehr als 20 000 Beschäftigte hatten am Montag kurzfristig die Arbeit niedergelegt. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies signalisierte Kompromißbereitschaft für einen tragfähigen Lohnabschluß.

Westreisen: Bonn dringt auf Klarheit

Moldt will Anfrage der Bundesregierung weiterleiten / Stillschweigend mehr Genehmigungen?

BERNT CONRAD, Bonn

Die „DDR"-Regierung will den Katalog für Westreisen in dringenden Familienangelegenheiten offenbar erweitern. So sollen künftig nicht nur Verwandte ersten und zweiten Grades, sondern auch entferntere Verwandte und möglicherweise sogar Freunde bei besonderen familiären Anlässen in die Bundesrepublik reisen dürfen. Darauf deuten in Bonn vorliegende Informationen aus Ost-Berlin hin. Sie lösten in Regierungskreisen Befriedigung aus.

Das Problem für die „DDR"-Führung besteht anscheinend darin, daß sie sowohl eine offizielle Benachrichtigung der Bundesregierung als auch eine amtliche Ankündigung in der „DDR" selbst scheut, weil dadurch ein Ansturm auf die Genehmigungsbehörden ausgelöst werden könnte. Vermutlich werden sich die Erleichterungen so auswirken, daß künftig in Mitteldeutschland stillschweigend mehr Reisegenehmigungen erteilt werden.

Wie vorsichtig Ost-Berlin taktiert, erfuhr gestern auch Bundesminister Wolfgang Schäuble, als er den von ihm ins Kanzleramt gerufenen Ständigen „DDR"-Vertreter Ewald Moldt um eine Erläuterung der Presseberichte über angebliche Reiseerleichterungen bat. Moldt erklärte, daß er dazu keine Erläuterungen geben könne. Aber er werde die „DDR"-Regierung über die Anfrage unterrichten.

Staatssekretär Friedhelm Ost wies nach dem Gespräch daraufhin, daß sich die Bundesregierung seit langem um Erleichterungen im Reiseverkehr bemühe. Sie würde deshalb Schritte wie die in den Presseberichten erwähnten, begrüßen. Um darüber genaueres zu erfahren, habe Schäuble mit Moldt Kontakt aufgenommen.

Tatsächlich hatte Bundeskanzler Helmut Kohl schon bei seiner Begegnung mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Moskau im März 1985 für Reiseerleichterungen plädiert. Als wünschenswert hatte er vor allem eine Senkung des Mindestumtausches bei Reisen von Bundesbürgern in die „DDR" und eine Herabsetzung des Mindestalters bei Westreisen von „DDR"-Bewohnern bezeichnet. Als Ergebnis des Gespräches war in einer Gemeinsamen Erklärung festgestellt worden, „daß Fortschritte zum Wohl der Menschen im beiderseitigen Verhältnis in hohem Maße geeignet seien, zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Vertrauensbildung in den Ost-West-Beziehungen beizutragen".

Nach Ansicht der Bundesregierung liegt es aber nicht nur im Interesse der deutsch-deutschen Beziehungen, sondern auch im Interesse der „DDR" selbst, wenn sie „in vernünftiger Weise die Tür etwas weiter öffnet", weil gerade das Gefühl des Eingesperrtseins die Menschen in der „DDR" verbittere. Diese Erwägungen scheinen zu der Absicht Ost-Berlins beigetragen zu haben, jetzt zwar nicht das Reise-Alter zu senken, dafür aber die praktischen Reisemöglichkeiten zu erweitern.

Castro sucht Gespräch mit USA

DW. Havana

Vor dem dritten Kongreß der Kubanischen Kommunistischen Partei (PCC) hat Staats- und Parteichef Fidel Castro seine Bereitschaft zu Verhandlungen über die Differenzen mit den USA erneuert und gleichzeitig seine volle Unterstützung für die Regierung in Nicaragua und die Guerrilla in El Salvador zugesichert. Im innenpolitischen Teil seiner Rede setzte er sich kritisch mit der Lage der kubanischen Wirtschaft auseinander und beklagte deren Disziplinlosigkeit und mangelnde Effizienz. Kuba will sich bis zum Jahre 2000 noch stärker in den Ostblock integrieren. Diese Orientierung der Außenpolitik soll im neuen Parteiprogramm festgeschrieben werden.

Seite 5: Castro übt Selbstkritik

Athen gewährt Duvalier kein Asyl

DW. Athen

Die griechische Regierung hat ein Ersuchen des haitianischen Präsidenten Jean-Claude Duvalier abgelehnt, ihm in Griechenland politisches Asyl und ständigen Wohnsitz zu gewähren. Ein Regierungssprecher teilte gestern in Athen mit, ein entsprechender Antrag sei der griechischen Botschaft in der venezolanischen Hauptstadt Caracas zugeleitet worden. Warum das Ersuchen Duvaliers abgelehnt wurde, wollte der Sprecher nicht sagen. Seit Beginn der Unruhen gegen die seit 29 Jahren herrschende Duvalier-Dynastie im November 1985 hat es in Haiti 50 Tote und mehr als 100 Verletzte gegeben. Eine US-Meldung vor wenigen Tagen über das Ende der Herrschaft Jean-Claude Duvaliers wurde dementiert.

Mitterrand, die Wahl und der Wald

PETER RUGE, Paris

Obwohl die Deutschen das Waldsterben jeden Tag vor Augen haben, sind es die vom Phänomen bisher kaum berührten Franzosen, die zu einer internationalen Konferenz des „Grünen Baumes" nach Paris einberufen. Das Echo in Europa und Afrika gibt ihnen recht: Führende Politiker aus 52 Ländern kommen zu dreitägigen Beratungen an die Seine, 40 Regierungen schicken Beobachter.

Frankreichs Staatschef darf sich beglückwünschen, daß so viele Präsidenten, Premiers, Kanzler und Minister ihm jetzt die Ehre geben – der Zeitpunkt ist gut getroffen: In sechs Wochen wählt die fünfte Republik ein neues Parlament. Aber über diesen innenpolitischen Aspekt hinaus wird auch in der Sache ein Erfolg erwartet: Diese Waldschutz-Konferenz mit dem Namen „Silva" und dem Symbol von grünen Zweigen in einem viergeteilten Kreis, die vier Himmelsrichtungen charakterisierend, soll politische Impulse auslösen, soll das weltweite Empfinden dafür wecken, daß zur Lösung des Waldsterbens internationale Solidarität nötig ist.

Die deutsche Delegation, von Bundeskanzler Kohl und Landwirtschaftsminister Kiechle angeführt, findet daher ein besonderes Interesse. Die Bundesrepublik erbringt inzwischen Vorleistungen zu Gunsten aller Nachbarn im Westen und im Osten. Wird das honoriert, finden solche Alleingänge Nachahmer, wird es künftig Maßnahmen geben, denen alle Staaten verpflichtet wären. „Wir haben eine Verantwortung für die nachwachsende Menschheit", faßt Bundeskanzler Kohl seinen Appell an die Silva-Konferenz zusammen. Die Zweifel an einem gemeinsamen, schon vorhandenen Umweltbewußtsein scheinen aber begründet: Der Ostblock nimmt für sich nur den Beobachter-Status in Anspruch.

Zwei große Arbeitskreise weisen der Waldschutz-Konferenz in Paris den Weg: Die Gruppe „Eiche" wird sich vornehmlich mit den Baumproblemen in Europa beschäftigen. Die Gruppe „Akazie" hat das Ziel, den afrikanischen Ländern der Sahel-Zone aus einer Baumnot zu helfen, die nicht durch Pollution, sondern durch Menschenhand direkt verursacht wird: durch Abholzen nämlich zu Brennmaterial. Jährlich fallen dort mehr Wälder dieser Zerstörung zum Opfer als aufgeforstet werden können. Es ist abzusehen, daß schon der nächsten Generation die Chance, in den angestammten Regionen zu überleben, genommen ist.

Im Konferenzgewühl kursiert derweil eine Preisfrage: Welche Einrichtung in Frankreich zieht die meisten Besucher an – der Eiffelturm oder das Schloß von Versailles? Die Antwort ist verblüffend: Es ist der Wald von Fontainebleau, den jährlich 14 Millionen Spaziergänger aufsuchen – viermal mehr als jedes von Menschen geschaffene Kunstwerk.

Die „Befreiungstheologie" aus der Sicht des Papstes

Johannes Paul II.: Geistliche Dimension nicht vergessen

DW. Kalkutta

Bei seiner Indienreise hat Papst Johannes Paul II. seine Sicht der umstrittenen „Befreiungstheologie" dargelegt, die vermutlich schon bald durch die Veröffentlichung eines entsprechenden vatikanischen Dokuments zur offiziellen Kirchenlehre werden wird. „Die wirkliche Befreiung" – lautet ein Kernsatz der Äußerungen des Papstes zu diesem Thema – „wird nur dann erreicht werden können, wenn die geistliche Dimension des Menschen berücksichtigt und angestrebt wird."

Vor allem in dem vatikanischen Dokument der Kongregation für die Glaubenslehre unter Joseph Kardinal Ratzinger gegen „marxistische Tendenzen" in der vorwiegend in Lateinamerika vertretenen „Theologie der Befreiung" war eine Verengung der Verkündigung des Glaubens auf sozioökonomische Aspekte scharf verurteilt worden. Der Vatikan – so hieß es damals im Jahr 1984 – werde in einem weiteren Dokument zur Frage der „Befreiung" aus katholischer Sicht positiv Stellung nehmen.

Wie das aussehen wird, machte der Papst in Indien deutlich, wo Millionen von Menschen in schlimmster Armut leben, wo andererseits die ausgeprägte Spiritualität der traditionellen asiatischen Religionen einen Anknüpfungspunkt dafür bietet, wie die „vorrangige Option für die Armen" nach Auffassung des Papstes verstanden werden soll.

Bestandteile der Armut sind nach der Meinung des Papstes, die er in den ersten Tagen seiner Reise durch Indien immer wieder darlegte, nicht nur Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit, soziale Unterdrückung und materielle Ausbeutung. In der modernen Welt gebe es vielmehr „verschiedene Arten moralischer Armut, die die Freiheit und Würde der Menschen bedrohen". Verkennung der Bedeutung des menschlichen Lebens, ein falsches oder irregeleitetes Bewußtsein, die zerstörte Familie, die Sünde – dies alles sind nach den Worten des Papstes Formen von Armut, die die Kirche bei ihrer Seelsorge zu berücksichtigen habe.

Seite 2: Botschaft

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nicht nutzflächendeckend

Von Henner Lavall

Im Agrarbericht 1986, den das Bundeskabinett gestern verabschiedet hat, zeigen sich keine sehr hoffnungsvollen Ansätze für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Da ist die Rede von dem Festhalten an der Preispolitik als „Grundlage der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik" und von „sinnvollen Konzepten zum Abbau überschüssiger Produktion". Hat nicht gerade die Preispolitik versagt?

Der Agrarbericht geht nicht ein auf die zahlreichen Diskussionen und Vorschläge der letzten Monate zu einer grundlegenden Änderung der europäischen Agrarpolitik. Es wird kein Wort verloren über Möglichkeiten, wie den Landwirten ihre Leistungen bei der Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft zu vergelten sind. Die begleitende steuerliche Entlastung für die landwirtschaftlichen Betriebe wird nicht erwähnt.

Das gleiche gilt für die Produktions- und Einkommensalternativen. Programme zur Erzeugung von Agrarrohstoffen, die sich für eine Verwendung in der Industrie eignen, sollen nur minimal gefördert werden. Und der Hinweis auf die mögliche Verwendung von Bioethanol aus Getreide, Kartoffeln oder Zuckerrüben im Benzin fehlt ganz. Erst in seiner Erklärung zur Vorlage hat Kiechle in jeweils einem Satz „Erzeugnisse im Energiesektor" und „Herausnahme von Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion" als „neue Wege" erwähnt.

Dies alles ist wenig aufschlußreich, wenn man bedenkt, daß die EG-Kommission bei den derzeitigen Gegebenheiten am Markt auf mindestens einem Einfrieren der Preise bestehen wird und bei Getreide zusätzlich eine Erzeugerabgabe in ihre Planungen mit einbezieht.

Und es befriedigt umso weniger, als der Agrarbericht selbst davon ausgeht, daß die Bauern bereits in diesem Jahr mit einem Einkommensrückgang zwischen vier und acht Prozent rechnen müssen. Ihr Abstand zum Jahresverdienst eines außerhalb der Landwirtschaft tätigen Arbeitnehmers wird sich weit über den für das Vorjahr ermittelten Wert von 15 000 DM vergrößern. Man hätte gern etwas Grundlegendes gehört. Mit diesem Agrarbericht plus Begleitrede können Menschen, die sich nach ihrer Zukunft als Bauern fragen, nicht viel anfangen.

Husak hatte keine Zeit

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß Bundesaußenminister Genscher und sein tschechoslowakischer Amtskollege Chnoupek sich im schönen Karlsbad treffen und bei dieser Gelegenheit eine Likörfabrik sowie einen Weinkeller besichtigen, ist zu begrüßen. Ebenso erfreulich ist es, daß die beiden Minister dort zwanglos über Ost-West-Probleme, humanitäre Fälle und Umweltfragen sprechen, vor allem über das Waldsterben und die Luftverschmutzung. Da Bohuslav Chnoupek persönlich ein umgänglicher Mann und Genscher auch nicht gerade ein Freund harter Formulierungen ist, gibt es also keinen Grund, daran zu zweifeln, daß beide Herren ihre Begegnung auch diesmal wieder als Erfolg bezeichnen werden.

Dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier zwischen amtlichen Erklärungen und der Realität ein gewisser Gegensatz klafft. Das Verhältnis der CSSR-Führung zu Bonn ist in Wirklichkeit mehr als kühl. Was sich auch darin zeigt, daß Genscher diesmal nicht von Partei- und Staatschef Husak empfangen wird. Die tschechische Seite soll erklärt haben, Husak habe vor dem Parteikongreß keine Zeit für den deutschen Außenminister. Für ein Gespräch mit dem österreichischen Bundespräsidenten Kirchschläger hatte Husak letzte Woche durchaus Zeit. Er reiste sogar von Prag nach Preßburg.

Vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, wenn Genscher erst den sowjetischen und den kurz darauf folgenden tschechoslowakischen KP-Kongreß abgewartet hätte. Auch in Prag könnten in der Ära Gorbatschow einige Klärungen fällig sein. So heißt es, Teile der CSSR-Führung hätten in der Vergangenheit zu sehr auf Tschernenko und Romanow gesetzt und müssen sich jetzt erst einmal mühsam auf Gorbatschow umorientieren.

Was das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis betrifft, so vermißt man die Reziprozität – etwa in der gegenseitigen Einhaltung der Helsinki-Schlußakte, zu der auch die von CSSR-Seite drastisch eingeschränkte Reisefreiheit gehört (während Prager Emissäre sich in der Bundesrepublik wie die Fische im Wasser tummeln). Vergleicht man Bonns Beziehungen zu Prag mit jenen zu Budapest, dann merkt man, wie weit Karlsbad von einem Tauwetter entfernt ist.

Die Falschen gestellt

Von Peter M. Ranke

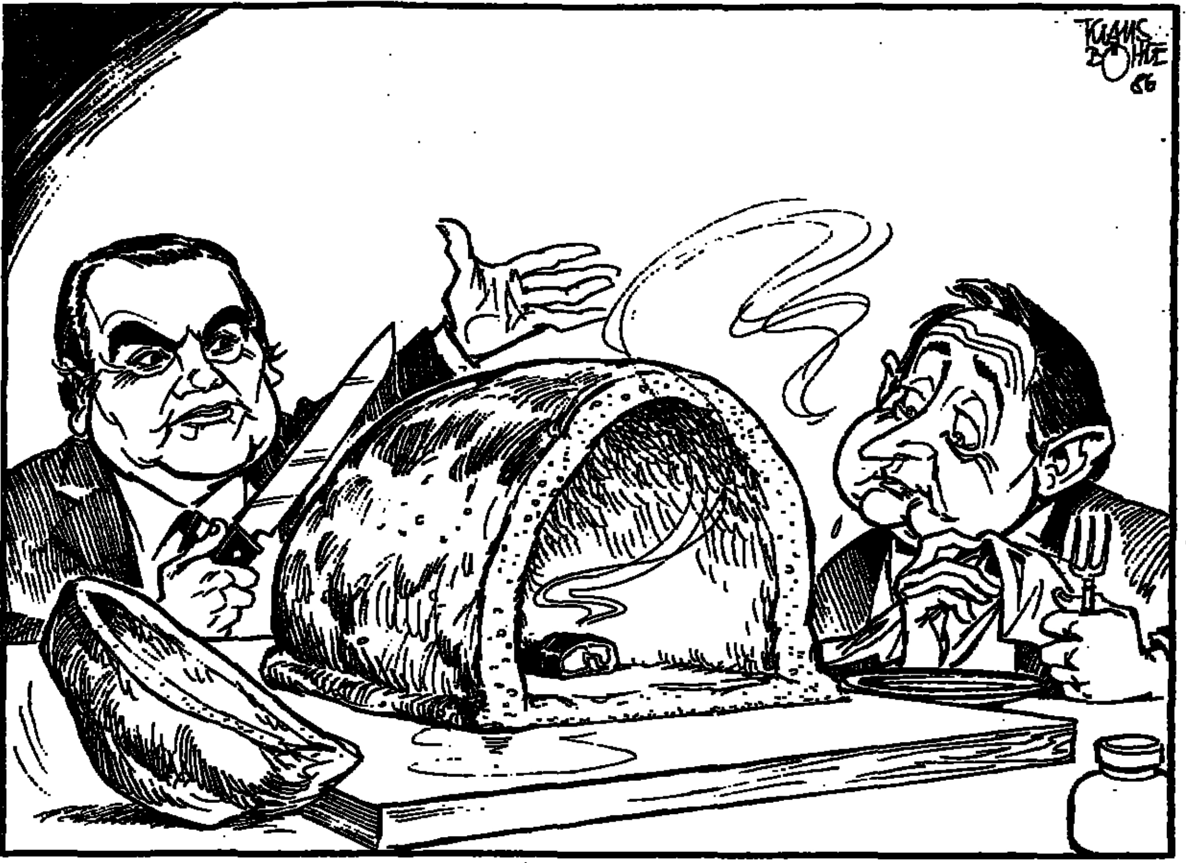
Der Luftweg zwischen Libyen und Syrien ist eine Zweibahnstraße für den Austausch von Terroristen, Ausbildern und Waffen. Die Verlängerung führt nach Iran. Da einer der übelsten Terrorchefs, Habasch von der „Volksfront", am Wochenende mit einer libyschen Maschine von Damaskus nach Tripolis geflogen war, nahmen die Israelis an, er komme Dienstag mit der gleichen Maschine zurück. Aber der Geheimdienst irrte sich wohl.

„Die Terroristen mißbrauchen den weiten Mantel des Völkerrechts für ihre Aktionen", sagte der Labour-Abgeordnete Abba Eban in Jerusalem. „Wenn wir Habasch geschnappt hätten, würde die freie Welt uns heute gratulieren." Das tut sie nicht, und insbesondere die arabische Welt, vornean Syrien, schwören Vergeltung für die erzwungene Landung der libyschen Maschine.

Der Vorwurf lautet: „Luftpiraterie" und „Verletzung des Völkerrechts". Der UNO-Sicherheitsrat wird bemüht. Aber es ist nicht zu leugnen, daß Syrien wie Libyen Horte der Terroristen sind. Die vier Mann, die Ende Dezember in Rom und Wien sechzehn Luftreisende ermordeten, kamen aus Damaskus. Und im syrischen Herrschaftsgebiet in Libanon werden noch immer vier Amerikaner, vier Franzosen und ein Brite seit fast einem Jahr unter unmenschlichen Bedingungen als Geiseln gehalten.

Natürlich könnte Damaskus für ihre Freilassung sorgen, so, wie es die schnelle Entlassung der entführten Sowjetdiplomaten in West-Beirut betrieb. Aber das syrische Regime spielt den Unwissenden.

Die US-Regierung hat Syrien bisher nicht auf die gleiche Stufe wie Libyen gerückt, weil Washington den Präsidenten Assad noch immer für den „Friedensprozeß" zu gewinnen hofft. Aber die Syrer sind statt dessen mit ihren Gefolgsleuten in Beirut dabei, Präsident Gemayel zu stürzen. Zehn Bombenanschläge in elf Tagen mit Dutzenden von Toten im Christenviertel sollen Gemayel nachhelfen. Der Sprengstoff kommt aus Syrien. Damaskus klagt den „Terror" der Israelis an. Von Rechts wegen gehört Syrien selbst auf die Anklagebank.



Herr Chnoupek lädt zu Prager Schinken ein KLAUS BÖHLE

Beifall vor dem Sturm

Von Fritz Wirth

Nach fünf Amtsjahren im Weißen Haus weiß man es: Wenn es darum geht, die Nation zu motivieren, den Bürger direkt anzusprechen und Stimmungen zu wecken, dann ist Verlaß auf Ronald Reagan. Seine Rede zum „State of the Union" war, wie erwartet, eine rhetorische Glanzleistung. Sie verzichtete auf programmatisches Rohmaterial – es wird vierundzwanzig Stunden später nachgeliefert – und setzte stattdessen moralische, ideologische und politisch-psychologische Eckpfeiler. Er stellte in den *Mittelpunkt nicht so sehr globale* Probleme, als daß er sich einem politischen Mikrokosmos, der Familie, zuwandte. Reagan nannte sie den „Co-Star des großen amerikanischen Comebacks".

Es mag nicht sehr einfallsreich aussehen, wenn in der elektronisch ausgestrahlten Antwort die demokratische Opposition das gleiche Thema in den Mittelpunkt stellte. Aber das war schiere Notwehr im Vorfeld des Wahlkampfes.

Die Rede sandte nicht nur Signale an den umworbenen amerikanischen Bürger aus, sie gab auch den Nachbarn, Partnern und Konkurrenten dieser Nation deutliche Hinweise über Zielrichtung und Schwerpunkte der amerikanischen Politik in den nächsten zehn Monaten. Sie haben es mit einer Regierung zu tun, die politische Vorgänge mehr denn je nach innen- und wahlpolitischer Wirkung abklopft, die selbstbezogener agiert und reagiert als im letzten Jahr.

Die Ovationen, mit denen die Rede Reagans belohnt wurde, können leicht über die politischen Realitäten hinwegtäuschen. Tatsache ist: Ronald Reagan geht in das schwerste und stürmischste Jahr seiner bisherigen Amtszeit, denn die Kongreßwahlen im November entscheiden über seine Effektivität in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit. Es geht für die Republikaner darum, bei dieser Wahl ihre knappe Mehrheit im Senat zu behaupten. Mißlingt es, wird Reagan in den restlichen zwei Jahren gegen ein feindseliges Repräsentantenhaus und einen unkooperativen Senat anzukämpfen haben, und das könnte über seine Kräfte gehen.

Begleitmusik dieses Wahlkampfes wird der Lärm um das zentrale innenpolitische Thema der nächsten Monate, das Budget, werden. Es wird eine Phase des politischen Pokerns, Bluffens und Tauziehens zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß um einen bis auf die Knochen abgemagerten Staatshaushalt geben.

Ronald Reagan hat sich in diesem Duell mit einem standhaften Nein zu Steuererhöhungen, die diesen Budgetdruck entscheidend mildern könnten, mit dem Rücken an die Wand manövriert. In diesem Duell wird – und das dürfte für die Alliierten nicht ohne Bedeutung sein – der Verteidigungshaushalt zu einem höchst umstrittenen Spielball werden. Die Opposition drängt darauf, daß dieser Etat der Anti-Defizitpolitik in gleicher Weise unterworfen wird wie beispielsweise einige Sozialprogramme. Reagan dagegen will den Etat, wie vom Senat im letzten Jahr zugesagt, um drei Prozent anheben.

Es ist mehr als ein Test Reaganscher Standhaftigkeit, es geht in diesem Duell zugleich um die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Verteidigungsstrategie der letzten fünf Jahre. „Wir haben fünf Jahre dem Ziel gewidmet, jene gefährlichen Lücken zu schließen, die das Ergebnis von Illusionen und Nachlässigkeit sind", beschwor er gestern den Kongreß. „Wir haben wichtige Fortschritte erzielt, doch die Bedrohung durch konventionelle und strategische Streitkräfte der Sowjets bleibt groß. Die Sowjets müssen wissen: Wenn Amerika seine Verteidigung reduziert, wird es wegen nachlassender Bedrohung, nicht aber wegen nachlassender Entschlossenheit geschehen." Hier offenbaren sich die außenpolitischen Akzente des bevorstehenden Budgetkriegs, denn Reagan kämpft in dieem Duell zugleich um den Erhalt jener starken Ausgangsposition für das bevorstehende zweite Gespräch mit Gorbatschow, von der aus er vor zweieinhalb Monaten den Gipfel in Genf beherrschte.



Von der Familie bis zum Defizit: Reagan FOTO: AP

Es besteht kein Zweifel mehr daran: Es war die durch einen wachsenden amerikanischen Militärhaushalt gekennzeichnete Politik der Stärke, die die Sowjets wieder an den Verhandlungstisch zurückgebracht hat.

Doch auch die Partner der USA wären schlecht beraten, wenn sie diesen bevorstehenden Budgetkrieg zwischen Weißem Haus und Kongreß als ein inneramerikanisches Problem abhakten, das sie nicht behelligt. Die Amerikaner haben sich unter dem selbstverordneten Sparregime des Gramm-Rudman-Programms einer Budgetdisziplin unterworfen, die Notwehrreaktionen auslösen wird, deren Wirkung weit über die eigenen Grenzen hinweg spürbar werden dürfte.

Der demokratische Senator George Mitchell gab soeben einen Vorgeschmack darauf, als er erklärte: „Das Land, das Japan und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg aufbaute, sollte nicht einfach im Kampf um den Auslandshandel die Waffen strecken. Es wäre eine bittere Ironie, wenn wir den Handelskrieg verlieren würden, nachdem wir den Weltkrieg gewonnen haben."

Es würde nicht überraschen, wenn sich diese Militanz im Laufe des Budget-Duells nicht nur dem handelspolitischen Bereich, sondern auch der Verteidigungsproblematik zuwenden würde. Die NATO-Partner der USA wären gut beraten, sich darauf vorzubereiten, daß schon in naher Zukunft aus dem Kongreß heraus Druck auf sie ausgeübt wird, wie es einst durch den Senator Sam Nunn geschah, und mahnende Hinweise über eine „gerechtere finanzielle Lastenverteilung" im Bündnis laut würden.

Ronald Reagan sprach von „dunklen Sturmwolken", die in der Budgetfrage über Washington lägen. Die Ausläufer werden nicht lange brauchen, den Atlantik zu überqueren.

IM GESPRÄCH Klaus Töpfer

Der Fernpendler

Von Joachim Neander

Seinen schwarzen Minister-Mercedes (mit Katalysator) parkt er eigenhändig zentimetergenau in eine Lücke, in die sich mancher selbst mit einem Mittelklasseauto nicht hineinwagen würde. Nicht wenige rechnen ihn unter die Zukunftshoffnungen der deutschen Politik – zu den besten Autofahrern unter den Politikern gehört er mit Sicherheit. Und das hat bei Professor Klaus Töpfer (CDU), dem 47jährigen Minister für Umwelt und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, einen sehr profanen Grund: Er ist jahrelang Fernpendler gewesen.



Minister für und mit Zukunft: Töpfer FOTO: DPA

Würde man den Gerüchten glauben, wäre es mit dem Pendeln für Töpfer noch lange nicht zu Ende. Immer noch sehen ihn viele in seiner Partei als Herausforderer für Oskar Lafontaine im Saarland 1990, andere als neuen Bundesumweltminister in einem umgebildeten Kabinett Helmut Kohl, wieder andere als höchst geeigneten Erben des rheinland-pfälzischen Landesvaters Bernhard Vogel, falls der irgendwann nach der nächsten oder übernächsten Landtagswahl anderes als Regieren in den Sinn bekommen sollte.

Beim Pendeln lernt man Autofahren. Aber auch Nachdenken über das Politikerleben, über Karriere, Seßhaftigkeit, Verwurzelung. Da hat man es manchmal als Seiteneinsteiger schwerer, als Seiteneinsteiger in die Politik und als Seiteneinsteiger in diese Bundesrepublik.

Töpfer ist in Waldenburg, Niederschlesien, geboren. Kohlerevier. Ein fremdes Land für einen, der schon als Kind weg mußte und seither nie wieder hinfuhr. Und doch sorgt der enge Zusammenhalt der Großfamilie, die noch viele Verbindungen in die Heimat hat, bis heute dafür, daß das Schlesische Bedeutung behielt für sein bisheriges Leben.

Schulzeit in Höxter (Ostwestfalen), Studium der Volkswirtschaft in Mainz, Frankfurt, Münster. Erste wissenschaftliche Lehrtätigkeit, 1971 der erste Versuch mit der Politik als Planungs- und Informationschef des saarländischen Ministerpräsidenten Röder. Rückkehr in die Wissenschaft als Professor in Hannover und hochgeschätzter Gutachter für nationale und internationale Raumordnungs- und Umweltfragen. 1979 der zweite Versuch mit der Politik: Staatssekretär und seit 1985 Minister in Mainz.

Und immer dauerte es Monate, bis die Familie (Frau und inzwischen drei Kinder) nachziehen konnte. Da lernt man, wie Töpfer zugibt, ein wenig jene anderen Politiker beneiden, die sich stets auf die heimatliche Einbindung und Verwurzelung (die viel mehr ist als nur die sogenannte Hausmacht) verlassen können.

Jetzt wohnt die Familie Töpfer wieder vereint in Mainz-Bretzenheim. Wer dies alles weiß, wird sich den zukunftsträchtigen Minister in Zukunft nicht mehr nur als einen vorstellen, der Tag für Tag sehnsüchtig auf den nächsten Karriereanruf aus Bonn wartet.

Neulich stand in den Zeitungen des Landes die Überschrift: „FDP fragt nach der Zukunft von Minister Töpfer". *Seine Frau hat beim Frühstück* gesagt, sie würde am liebsten auch etwas verlautbaren: „Frau Töpfer fragt nach der Zukunft von Herrn Töpfer."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie geht auf die Warnstreiks ein:

In der Bundesrepublik treffen zwei Streikaktionen, die scheinbar nichts miteinander zu tun haben, zeitlich zusammen und verstärken wechselseitig ihre Auswirkungen auf die betroffene Öffentlichkeit. Zufall? Die Warnstreiks der ÖTV in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes sind legitim. Allerdings ist bislang die Frage unbeantwortet, warum sie schon jetzt veranstaltet werden, da die Verhandlungen noch keineswegs gescheitert sind und die öffentlichen Arbeitgeber ein verbessertes Angebot angekündigt hatten. So trifft es sich, daß sie nun mit den Arbeitsniederlegungen des DGB gegen die geplante Änderung des Paragraphen 116 zusammenfallen. Diese Streiks aber sind nicht legitim, weil sie politische Streiks sind, mit denen der Gesetzgeber unter Druck gesetzt werden soll ... Wenn (Ernst Breit) auf eine Kraftprobe zwischen einer starken Interessengruppe und einem demokratisch legitimierten Verfassungsorgan hinsteuert, lädt er eine schwere Verantwortung auf sich.

Hamburger Abendblatt

Es schreibt zur Arbeitslosenstatistik:

Es gehört schon einiger Mut dazu, die neuen Arbeitsmarktzahlen als „Vorboten des Frühlings" zu bezeichnen, wie es Norbert Blüm macht ... Koalitionspolitiker tun sich und den Arbeitsuchenden keinen Gefallen, wenn sie aus jeder neuen Arbeitsmarktstatistik nur die positiven Zahlen heraussuchen, ohne den Millionen, die vergeblich eine Beschäftigung suchen, wenigstens ihr Mitgefühl auszudrücken. Aber mit der SPD alles schwarz in schwarz zu malen, ist ebenso falsch ... Es ist eine enorme Leistung der deutschen Wirtschaft, daß sie im vergangenen Jahr 250 000 neue Arbeitsplätze bereitgestellt hat und in diesem Jahr weitere 300 000 schaffen will. Aber dadurch sinkt die Arbeitslosenzahl nicht, wenn dank der geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt Beschäftigung suchen, und dank immer noch steigenden Interesses von Frauen an einer Erwerbstätigkeit das Kräfteangebot ebenfalls jährlich um 300 000 wächst. Genau die entgegengesetzte Entwicklung setzt im nächsten Jahrzehnt ein.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung kommentiert die israelische Abfangaktion:

Nachdem das Abfangen des libyschen Flugzeuges ein Fehlschlag war, werden bestimmte Personen innerhalb des israelischen Geheimdienstes Rechenschaft ablegen müssen. Aber es ist offenkundig, daß die Israelis weitere Versuche unternehmen werden.

Im Lärm der Proteste wurde der Papst dennoch gehört

Die Botschaft vom Menschen im Vielreligionenstaat Indien / Von Friedrich Meichsner

Der Mensch mit seiner Würde, seinen unverzichtbaren Rechten und seinem Geist war das Leitmotiv der Reden und Handlungen Johannes Pauls II. in den ersten fünf Tagen seines zehntägigen Indien-Besuchs. In diesem Land, geprägt von religiöser Tradition und religiöser Vielfalt, gab Karol Wojtyla seiner ersten Enzyklika „Redemptor Hominis" eine alle Religionsgrenzen überschreitende universale Dimension. Alle Religionen, so forderte er, müßten im Dienste des Menschen zusammenarbeiten – des Menschen, der „im Mittelpunkt der Welt" stehe und auch „der Weg der Kirche" sei. Diese Verteidigung des Menschen müsse vom Geist ausgehen. Sie setze, wenn sie zur „wahren Befreiung" führen solle, eine „spirituelle Religion des Menschen" voraus.

Wieder erlebte man, daß dieser Papst immer am überzeugendsten wirkt und Konfessions- wie Religionsunterschiede überbrückt, wenn er sich zum Anwalt des Menschen macht. So reserviert – wenn auch freundlich – der Empfang des Gastes auf diesem vom Christentum kaum berührten asiatischen Subkontinent zunächst gewesen sein mag, die Botschaft vom Menschen hat das Klima von Etappe zu Etappe spürbarer erwärmt.

Die Worte, mit denen Johannes Paul II. seine Predigt auf dem „Brigade Parade Ground" von Kalkutta zu der bedrückenden Kulisse dieses größten Armenhauses der Welt beendete, fanden weiten Widerhall: „Tut nichts zur Verewigung von Haß, Ungerechtigkeit und Leiden! Tut nichts zur Förderung des Wettrüstens! Nichts, was die Unterdrückung von Völkern und Nationen fördert! Nichts, was inspiriert ist von Imperialismus und unmenschlichen Ideologien! Laßt endlich diejenigen sprechen, die keine Stimme haben! Laßt sie sprechen! Laßt Mutter Teresas Arme und alle Armen der Welt sprechen! Ihre Stimme ist die Stimme Christi!"

Der Anklang, den der Papst mit seinem leidenschaftlichen Plädoyer für den Menschen und dessen die Religionsfreiheit einschließende Würde findet, hat im kommunistisch regierten Kalkutta sogar die Sowjets auf den Plan gerufen. Offensichtlich meinen sie, sich in puncto Religionsfreiheit rechtfertigen zu müssen. Wie anders ist sonst zu erklären, daß sich der Kulturattaché des sowjetischen Generalkonsulats der Stadt veranlaßt sah, während des Papst-Besuches in einer indischen Zeitung in einem langen Artikel zu behaupten, daß in seinem Staat absolute Freiheit der Religionsausübung herrschten?

Als Musterbeispiel nannte er ausgerechnet seine litauische Heimat. Deren Katholiken allerdings wollte der Papst schon vor Jahren besuchen; die Moskauer Regierung hat ihn daran gehindert.

Sicherlich wäre die Verwirklichung der vom Papst in Neu Delhi geforderten Zusammenarbeit aller Religionen „im Dienste des Menschen und seiner Entwicklung, zur Wahrung seiner Rechte und seiner Würde" das letzte, was sich die Sowjets wünschten. Aber Johannes Paul II. scheint entschlossen zu sein, darin voranzugehen.

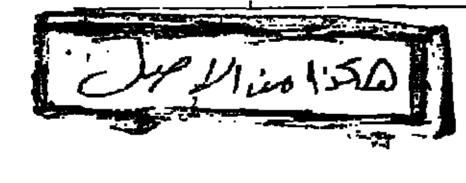
Leicht wird dieser Weg gewiß nicht sein. Und daß er zum Ziele führt, ist keineswegs gewiß. Auch hier in Indien sind schon Hindernisse offenbar geworden. Der Aufruf des Papstes zum interreligiösen Dialog wird nicht von allen, an die er gerichtet ist, in gleicher Weise positiv aufgegriffen.

Manche Repräsentanten des Hinduismus verweigern sich ihm. Sie bleiben den interreligiösen Veranstaltungen dieser Reise mit der Begründung fern, daß dabei kein wirklicher Dialog, sondern wieder ein päpstlicher Monolog geführt werde, und daß sie bei ihren eigenen Gläubigen nicht den Eindruck erwecken möchten, als unterwürfen sie sich einem päpstlichen Primat.

Unbeirrt kommt Johannes Paul II. trotzdem immer wieder auf dieses zentrale Thema zurück. Auch gestern in Madras, der ersten seiner südindischen Reisestationen, appellierte er wieder an seine nichtchristlichen Zuhörer: „Als Anhänger verschiedener Religionen sollten wir uns in der Förderung und Verteidigung gemeinsamer Ideale in den Bereichen von Religion, Freiheit, menschlicher Brüderschaft, Erziehung, Kultur, sozialem Wohlstand und bürgerlicher Ordnung zusammenfinden. Dialog und Zusammenarbeit sind bei allen diesen großen Vorhaben nötig."

Diese schon in Rom konzipierten Worte müßten in all ihrer humanistischen Gewichtigkeit akademisch wirken, wären sie nicht getragen von dem Ton der in Indien gemachten Erfahrungen. Dieser Ton, so scheint es dem Zuhörer, klingt vor allem seit Kalkutta immer stärker durch. Hier hatte Karol Wojtyla vielleicht ein Schlüsselerlebnis: die Erfahrung menschlicher Hilflosigkeit. Das war, als er in Mutter Teresas Sterbeheim „Nirmal Hriday" einen Schwerkranken, der nicht mehr allein essen konnte, zu füttern versuchte, und ihm eine Schwester beispringen mußte.

Geben nicht schon solche Erlebnisse, ganz für sich allein, eine schlüssige Antwort auf die oft gestellte Frage nach dem Sinn von Papst-Reisen?



Ein Blick in das Leben der Afghanen

Von WALTER H. RUEB

Links lädt eine afghanische Teestube, ein paar Schritte weiter ein Restaurant ein. Werkstätten und Läden von Korb- und Seilmachern wechseln mit Gold- und Kupferschmieden ab, da hält ein Gewürzkrämer, dort ein Mützenmacher seine bunte Ware feil.

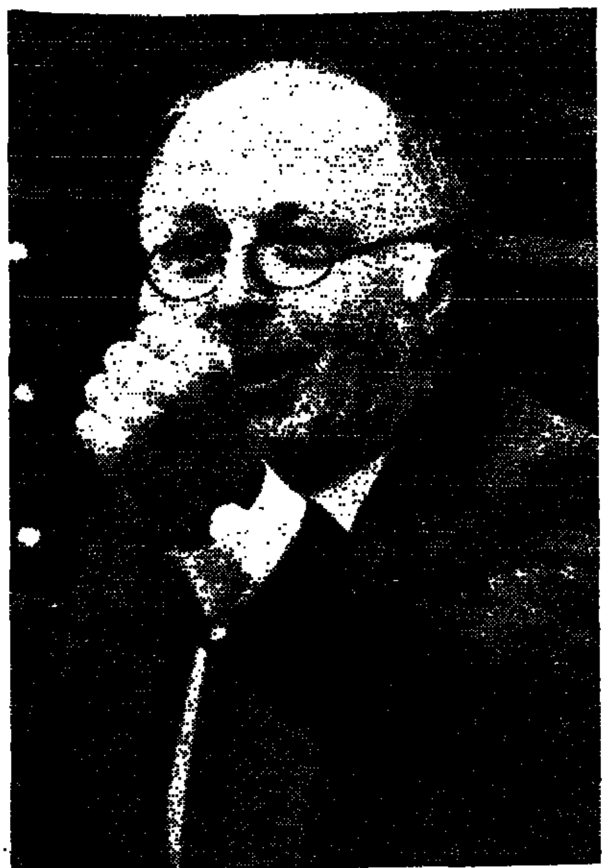
Im Herzen von München kann man bis Anfang Mai durch einen afghanischen Basar schlendern. Er ist eine originalgetreue Nachbildung des inzwischen durch Bomben zerstörten Dorfmittelpunkts von Taschkurgan im Norden des sowjetisch besetzten Landes und ist das Prunkstück einer Afghanistan-Ausstellung im Staatlichen Museum für Völkerkunde.

In vielen Räumen und auf mehreren Etagen werden dem Ausstellungsbesucher aber auch Geschichte, Kultur und Wirtschaft des Landes nähergebracht, seine Menschen vorgestellt, ihre Waffen und Kleider sowie Hausrat und Schmuck gezeigt. Schließlich wird auf geographische Eigenheiten Afghanistans, auf Tier- und Pflanzenwelt sowie seine Bedeutung als Drehscheibe im vorderasiatischen Raum eingegangen.

Die Ausstellung ist reich an weiteren Attraktionen. Die erste zieht schon am Eingang alle Blicke auf sich: Es ist der Expeditionswagen Steyr 100 mit 32 PS, mit dem der österreichische Wissenschaftler Max Reisch vor einem halben Jahrhundert das wilde Land am Hindukusch bereiste. Eine deutsche Firma lieh dem Völkerkundemuseum vorübergehend eines der letzten noch existierenden Prunkzelte aus, dessen Wert auf eine halbe Million Mark veranschlagt wird. Über hundert Ausstellungsstücke gehören der 74jährigen Irmingart Pfennig, die über 20 Jahre lang an der berühmten deutschen Schule in Kabul unterrichtete und deren Ehemann beim Bau der Kraftwerke und Staumauern von Sarobi nordwestlich von Kabul mitwirkte.

Internationale Zusammenarbeit stand der bunten, informativen und einmaligen Schau Pate. Beteiligt waren die Universitäten von Wien und Bielefeld, das Lindenmuseum für Völkerkunde in Stuttgart und die Bibliotheca Afghanica aus der Schweiz, die sich zum zweitgrößten Dokumentationszentrum Europas für Afghanistan entwickelt hat. Die wertvollsten Beiträge zum Zustandekommen der Ausstellung leisteten wohl das Reichsmuseum für Völkerkunde im holländischen Leiden und die Arbeitsgemeinschaft Afghanistan, ein loser Zusammenschluß von Wissenschaftlern unter Leitung von Professor Jentsch vom Geographischen Institut der Universität Mannheim.

Die aktuelle Situation des Landes am Hindukusch wurde von den Ausstellungsverantwortlichen nicht vergessen. Eine ganze Etage ist der „Tragödie von Afghanistan" gewidmet. Hilfeorganisationen aus der Bundesrepublik und mehreren Nachbarländern stellen sich dort vor, werben um Unterstützung und Spenden. Die Ausstellungseröffnung ergänzten politische Referate sowie Lichtbildervorträge und Filme über Expeditionen der Alpenvereine von Deutschland, Österreich und der Schweiz in die Bergwelt Afghanistans.




Minister Blüm und Oppositionschef Vogel: Der Unterschied zwischen beiden hätte nicht größer sein können FOTOS: ROBERTO PFEIL/AP

Eine bittere, ungezügelte Schlacht im Hohen Haus

Wer gestern die Abgeordneten in den Plenarsaal kommen sah, schlendernden Ganges und plaudernd, der mochte denken, daß die Sache schon gelaufen sei: Paragraph 116, erste Lesung des reformierten Arbeitsförderungsgesetzes. Doch der Eindruck täuschte.

Von HORST STEIN

Die Lebhaftigkeit der Fraktionsgeschäftsführer, die Hektik der Redenkopierer und die Eile der Texteverteiler signalisierten am Morgen den Eingeweihten, daß sich die Fraktionen des Hohen Hauses für eine bittere parlamentarische Schlacht gerüstet hatten. Und in der Tat: Wer noch nicht gewußt haben sollte, daß dem Lande ein Wahlkampf ins Haus steht, der weiß es seit gestern. Soviel ungezügelte Aggressivität, soviel verwüstende Polemik hat der Bundestag schon lange nicht mehr erlebt.

Als das dreieinhalbstündige Dauerfeuer verebbt und die Debatte geschlossen war, hatten die Sozialdemokraten mit § 116 ihr Wahlkampfthema und mit dem populären Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm, ihr Opfer namhaft gemacht. Niemanden überraschte dies noch, nicht einmal Norbert Blüm selbst. Während der SPD-Abgeordnete Eugen Glombig gerade von seiner tiefen Enttäuschung über den früher „menschlich und persönlich so geschätzten" Kollegen sprach, der jetzt „den schwersten Sozialkonflikt der letzten Jahrzehnte zu verantworten" habe und von der „schändlichsten Rolle, die je ein Arbeitsminister in der Nachkriegszeit gespielt hat" – da entrang sich dem so Attackierten in aller Diskretion aber von Herzen ein unendliches Gähnen.

Und was hatte man ihm bis zu diesem Augenblick schon alles an den Kopf geworfen: Arbeiterverräter, Interessenvertreter der Wirtschaft, Falschspiel und Doppelzüngigkeit. Am mächtigsten von allen und am geschicktesten donnerte Hans-Jochen Vogel, der seine Adaption der Wehner-Rolle, nach dieser Kostprobe zu schließen, schon weitgehend verinnerlicht hat.

Wo ihm früher die parlamentarische Polemik meist als Kopfgeburt geraten war, präzise, klug, aber von hallender Nüchternheit, da vermochte er gestern schon Stentorstimme und schwellende Adern zu produzieren. Er saß schon wieder an die zwanzig Minuten auf seinem Platz, als die Röte, die ihm Stirn und Wangen färbte, erst zu weichen begann.

Der Unterschied zu Minister Blüm, der vor ihm sprach, hätte größer nicht sein können: Wo Blüms Temperament seine rhetorischen Hervorbringungen zum lebhaften Schauspiel werden ließ, weil eine übervolle Natur sich in Kaskaden und Katarakten entlädt, da setzte Vogel das Mittel der nachbohrenden Frage ein: „Wem ist die Bundesregierung dieses Gesetz eigentlich schuldig? Wie wollen Sie, Herr Kollege Blüm, unterscheiden, von welchem Punkte an eine Hauptforderung gleich oder annähernd gleich ist?"

Schwierigkeiten, die auch koalitionsnahe Experten dem Entwurf aus dem Hause Blüm zum § 116 bescheinigen. Geschickt ließ denn der Fraktionschef der SPD zum Beleg seiner Zweifel die Namen aufklingen: Katzer, Biedenkopf, Stingl – „sind das alles Lügner und Hetzer?" Der Beifall von der linken Seite des Hauses für Vogel veranlaßte einen Kollegen auf der Pressetribüne zu der Feststellung: „Diese Kollage wird noch einmal bei der SPD schwere Zweifel an der Eignung des Kandidaten Rau erzeugen."

Die Koalition jedenfalls hatte das Ihre getan, das erste Treffen gut zu überstehen. Blüm selber machte, wie es sich gehört, als zuständiger Minister den Auftakt und begründete, warum nach Meinung der Bundesregierung überhaupt ein Regelungs- und Handlungsbedarf beim § 116 gegeben sei: Sie habe die Pflicht, die Rechtsunsicherheit zu beseitigen, die im Zusammenhang mit dem Metallerstreik entstanden sei. Es gehe darum, die Arbeitnehmer von dem Risiko zu entlasten, aus der Nürnberger Kasse Gelder zu beziehen, die nur unter Vorbehalt bezahlt werden könnten.

Und Blüm fuhr fort, es gehe darum, die massive Desinformationskampagne der Gewerkschaften zu korrigieren, indem man die tatsächlichen Absichten der Regierung „schwarz auf weiß" in ein Gesetzgebungsvorhaben einbringe. Blüms weiße Koteletten plusterten sich und leuchteten wie der Stoß eines Habichts, als sich der Arbeitsminister mit dem „Verleumdungsfeldzug", dem „Kreuzzug" der IG Metall, „der ich seit 35 Jahren angehöre", auseinandersetzte. Die Mehrzahl der 250 000 Demonstranten, so der Minister, habe nicht gewußt, „weil man es ihr verschwiegen hat", daß das Streikrecht nicht angetastet werden solle. Daß es lediglich um eine Präzisierung gehe.

Es war Beobachtern nicht auszumachen, ob Norbert Blüm gegen die massiven, zum Teil auch persönlichen Attacken der Opposition inzwischen abgestumpft ist oder ob sie ihm noch unter die Haut gehen. Während Hansheinz Hauser aus Krefeld, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, dagegen wetterte, daß die Gewerkschaften dreist genug seien, sich aus den Mitteln der Nürnberger Bundesanstalt ihre Kriegskasse füllen zu wollen – schließlich würde die Hälfte der dorthin fließenden Mittel vom anderen Tarifpartner, nämlich denm Arbeitgebern, aufgebracht –, hatte Norbert Blüm eine Unterredung mit seinem Kanzler.

Es war ein Gespräch unter vier Augen, aber es vollzog sich vor aller Öffentlichkeit, nämlich im Plenarsaal. Der Arbeitsminister stand in der – erhöhten – Regierungsbank, Kohl außerhalb der seitlichen Brüstung. So schienen sie einen Moment lang gleichgroß. Doch am Ende der Debatte fragte man sich, ob diesem im kommenden Jahr widerfahren wird, was gemeinhin in Bonn nur Verteigungsministern passiert: daß sie das Amt kleiner verlassen, als sie es betreten haben. CDU-General Geißler scheint es, nach seinem Mienenspiel zu schließen, zu befürchten.

Eine sozialistische Wohltat wird vor die Säue geworfen

Brot, genug für alle, erschwinglich für alle und vielfältig – dies feiert das sowjetische System als eine Errungenschaft. Doch daß eine solche Errungenschaft seltsame Blüten treibt, wenn der Brotpreis niedriger gehalten wird als der für Viehfutter, beunruhigt nun auch die Führung in Moskau.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Warm ist es im Laden, köstlich duftet es nach Brot. In den Regalen, dicht an dicht, liegen die Schwarzbrotsorten – Orlowskij, Borodinskij, Rigskij –, daneben türmt sich das Weißbrot, runde Paljaniza Ukrainskaja, Studentscheskij-Baton und die Stolitschnyj-Stange. Es gibt Milchbrot und Diätbrot „Doktorskij", es gibt Kringel, Quarktaschen, Rosinenbrötchen und schwer im Magen liegenden Käsekuchen „Watruschka".

Reichhaltig, fast luxuriös ist das Bäckerei-Angebot in der Hauptstadt Moskau. Fünfundzwanzig staatliche Großbetriebe backen bis zu dreihundert Tonnen Brot am Tag. Vor dem Kauf steht die Gabelprobe: Man greift eine Gabel vom Bord oder einen Löffelstiel. Dann drückt man ihn fest in den Brotlaib, um auch ganz sicherzugehen, daß er wirklich frisch ist. Ist der Laib zu groß, ruft man einem Unsichtbaren hinter den Bretterrosten zu: „halbieren" oder „achteln". Dann steckt man seinen Laib Brot oder sein Stück Brot gut sichtbar in ein Netz. Die rundlich-adrette Verkäuferin, die mit weißer Haube hoch über ihrer Kasse thront, sieht so mit einem Blick, was der Kunde zu zahlen hat.

Brotläden sind ausschließlich Selbstbedienungsläden. Hinter der Kasse steht eine Waage der sogenannten Volkskontrolle. Hier kann jeder Kunde nachprüfen, ob alles seine Ordnung hat. Wehe aber, wenn ein Ausländer in eine Bäckerei kommt und mit den Fingern nach dem Brot greift, um es dann vielleicht wieder ins Regal zurückzulegen, oder wenn er nur aus Versehen mit seinem Mantelärmel über einen Brotlaib streift, dann ist das Gezeter der Umstehenden riesengroß. „Nje kulturnyi tschelowje" – ungehobelter Kerl – ist das mildeste, was er sich anzuhören hat.

Seit 30 Jahren der gleiche Brotpreis

Brot ist preiswert: Ein Kilogramm Schwarzbrot kostet zwischen 16 und 23 Kopeken, rund 60 Pfennig. Ein Pfund Weißbrot kostet 70 Pfennig. Die Brotpreise sind seit 30 Jahren nicht erhöht worden. Immer wieder appelliert die „Prawda" an ihre Leser, daß das Brot das Maß aller Dinge sei und der Preis der kleinstmögliche. Immer wieder bringt das Parteiorgan in Erinnerung, daß das „Chleb" in der Sowjetunion für jedermann erhältlich und erschwinglich ist, daß es zu den größten Errungenschaften des Sozialismus gehöre.

Der Staat subventioniert jedes Kilo Brot mit rund 40 Kopeken. Allerdings, gewürdigt wird diese Wohltat nicht. In einem Land, wo Fleisch, Gemüse und Obst absolute Mangelware sind, sieht der Fremde entsetzt, wie das Brot hier regelrecht verschleudert wird. Jedes russische Hausmädchen schaut einen Ausländer mit Argwohn an, wenn er nicht täglich frisches Brot ißt, ja, wenn er sich etwa weigert, das alte (wohlgemerkt: nicht etwa verschimmelte) Brot wegzuwerfen.

Zwar werden immer wieder „Brot-Aktionen" gestartet. Das heißt, in Zeitungen werden Rezepte veröffentlicht, wie und was man aus „altem" Brot alles zubereiten kann. Doch diese Aktionen fruchten nichts. Man füttert hier weiter bemmungslos das Brot an Hühner, die man sich privat hält, an die Tauben im Park oder man mästet sogar auf dem Land die Schweine damit.

Denn die paradoxe Situation der übersubventionierten Brotpreise hat letztlich dazu geführt, daß das Viehfutter hierzulande knapper und teurer ist als das zu Brot verarbeitete Getreide. Deshalb scheuen sich weder Staats- noch Privatbauern, ihren Schweinen und Kühen Brot vorzusetzen. Und die Parteiorgane drückten bisher gewohnheitsmäßig beide Augen zu. Die satirische Zeitschrift „Krokodil" veröffentlichte unter der Überschrift „Metamorphose" eine Karikatur, wie aus braunen Brotlaiben fette Schweineleiber entstehen.

Doch nun gab das Politbüro strikte Order, „die Verschwendung von Grundnahrungsmitteln zu stoppen", weil sie nicht nur materiellen Schaden anrichte, sondern auch moralischen. Zornig appellierte Parteichef Gorbatschow auf einer seiner Inspektionsreisen durch das Land in Zelinograd an die Genossen: „Unsere gemeinsame Sorge ist es, die Einstellung zum Brot entschieden zu ändern." Die Tatsache, so Gorbatschow, daß die wichtigsten Nahrungsmittel für alle Bevölkerungsschichten erschwinglich seien, sei „unsere große Errungenschaft". Im Zentralkomitee liefen immer mehr Briefe von Werktätigen ein, in denen die Frage der Mißachtung der Arbeit von Arbeitern und Bauern aufgeworfen werde, die sie bei der Produktion von Brot und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen leisten.

Und der Parteichef zitierte zornig einige Briefe. „Brot ist Leben", schrieben die Genossen Iwanow und Mangalow aus der Siedlung Magansk der Region Krasnojarsk, „das ist unser Reichtum, die Kraft und Stärke der Heimat, und wie barbarisch ist mitunter die Einstellung zum Brot. Man muß endlich dieses Problem unmittelbar anpacken." Und weiter zitierte Gorbatschow einen Brief aus Moskau. Der Genosse Suchanow stellte darin fest: „In Müllbehältern sieht man aber Weißbrot, mit den Abfällen des Gaststättenwesens kann man das Vieh reichlich füttern."

Und trotz allem: Einen großen Teil des Getreides zur Versorgung ihrer Bevölkerung muß die Sowjetunion aus dem kapitalistischen Ausland einführen. Ohne die Getreideeinfuhren aus den USA, Kanada und Argentinien könnte sich die kommunistische Supermacht nicht ernähren. 1985 mußten wieder 55 Millionen Tonnen Getreide für teure Devisen eingekauft werden.

Ernte-Ergebnisse bleiben geheim

Die Ernten blieben in den letzten Jahrzehnten immer weit unter dem erhofften Plansoll. Die Konsequenz: Seit 1980 hält Moskau seine Ernte-Ergebnisse geheim. Westliche Agrar-Experten schätzen, daß das Getreide-Aufkommen 1985 bei rund 190 Millionen Tonnen lag – 50 Millionen weniger, als das Plansoll vorschrieb. Als Hauptgrund für dieses Versagen wird das ungünstige Klima angeführt. Zwei Drittel der Gebiete, in denen das sowjetische Getreide geerntet wird, lägen in der Zone des sogenannten riskanten Ackerbaus, wo es entweder nicht genug Feuchtigkeit oder nicht genug Wärme gibt.

Natürlich liegen die Hauptursachen auch in der Gleichgültigkeit der sowjetischen Sowchosen- und Kolchosen-Farmer, in ihrer „Chalatnost" (Schluderei), die sie sicher nicht von heute auf morgen aufgeben können. Und man kann sogar das jetzige Problem der sowjetischen Landwirtschaft auf eine Entscheidung vor über 50 Jahren mit zurückführen: auf Stalins Aufruf vom 27. Dezember 1929 zur Liquidierung der Kulaken (Privatbauern), der die Zwangsumsiedlung und eine gesellschaftliche Umwälzung auf dem Lande zur Folge hatte. Sie hat die Sowjetunion verletzbar auf einem Gebiet gemacht, wo der „eigentliche Reichtum des Volkes liegt" („Prawda").

Erste Maßnahmen gegen die Vergeudung werden derzeit ergriffen. Schon liest man über Verurteilungen von Kolchos-Vorsitzenden, die bestraft wurden, weil sie ihre Schweine mit Brot mästeten. Vor dem radikalen Schritt aber, das Brot teurer als das Viehfutter zu machen, scheut sich Gorbatschow. Er muß die Brotpreise weiterhin aus politischen Gründen künstlich niedrig halten, weil sonst eine vielgepriesene „sozialistische Errungenschaft" in der UdSSR demontiert würde. Und das kann sich kein Parteichef leisten.



Brot in der Sowjetunion: Ein Luxusangebot zu Spottpreisen FOTO: AP

Je vier Jahre Haft für zwei RAF-Mitglieder

hd/DW. **München**

Im Münchner Terroristenprozeß gegen zwei Randfiguren der Roten Armee Fraktion (RAF) sind gestern die Studenten Ernst-Volker Staub (31) und Barbara Ernst (30) wegen Schußwaffengebrauch, Urkundenfälschung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu je vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das Urteil liegt um ein halbes Jahr unter dem Antrag der Bundesanwaltschaft.

Ernst-Volker Staub und Barbara Ernst waren im Juli 1984 in einer Wohnung in Frankfurt, die zu konspirativen Zwecken genutzt wurde, gemeinsam mit fünf anderen Personen festgenommen worden. Ihnen wurde zur Last gelegt, unter anderem die Flint-Kaserne in Bad Tölz ausgespäht sowie Gebäude in München und Frankfurt ausgekundschaftet und Informationen über Militäreinrichtungen und Industriebetriebe gesammelt zu haben. Die Verteidigung hatte mit der Begründung auf Einstellung des Verfahrens plädiert, die Angeklagten seien in „Isolierhaft" gehalten worden. Dies sei ein Verstoß gegen die Menschenrechte und stelle ein Verfahrenshindernis dar.

Das Bayerische Oberste Landesgericht erkannte beiden Angeklagten für die Dauer von drei Jahren die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter ab und ordnete im Anschluß an die Haftverbüßung Führungsaufsicht an.

Der politische Streik und die Verfassung

Von RUPERT SCHOLZ

Im Zusammenhang mit dem Streit um die Änderung des Paragraphen *116 des Arbeitsförderungsgesetzes ist* die Forderung nach „politischen Streikmaßnahmen" laut geworden. *Erfreulicherweise und zu Recht hat* sich jedoch der DGB gegen solche Aktionen ausgesprochen; zu Recht *deshalb, weil jeder politische Streik* verfassungswidrig ist.

Das Streikrecht gewährleistet das *Grundgesetz in Artikel 9, Absatz 3,* lediglich im Rahmen der arbeitsrechtlichen Tarifautonomie, d. h. in der *Auseinandersetzung um* tarifvertragliche Regelungen der – wie Artikel 9 ausdrücklich sagt – „Arbeits- und *Wirtschaftsbedingungen*". Mit gutem Grunde hat unsere Verfassung Gewerkschaften und Arbeitgebern die Tarifautonomie, d. h. das Recht auf eigenständige Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, eingeräumt. Freiheitliche Tarifautonomie setzt jedoch nicht nur das Regelungsinstrumentarium des Tarifvertrages, sondern auch den Arbeitskampf, d. h. vor allem Streik und Aussperrung, voraus, um durch gegenseitige Druckausübung möglichst wirksam die eigenen Interessen gegenüber dem Tarifpartner durchsetzen zu können.

Die Gewerkschaften verfügen hierbei vor allem über das Streikrecht, das sie inzwischen in einem recht ausgefächerten Spektrum – angefangen vom Warnstreik über den Schwerpunktstreik bis hin zum Flächenstreik – nutzen. Die Arbeitgeber *verfügen demgegenüber vor allem* über das Instrument der Aussperrung. Beide Kampfmittel beschränken *sich jedoch definitiv auf die* Bekämpfung des jeweiligen Tarifpartners, dürfen sich also nicht gegen den Staat bzw. den Gesetzgeber richten. Wer mit den Mitteln des Arbeitskampfes den Staat, vor allem den Gesetzgeber, zu bekämpfen sucht, wer namentlich gegenüber Entscheidungen des Parlaments zum Arbeitskampf, sei es zum Streik oder zur Aussperrung, aufruft, der handelt nicht im Rahmen des verfassungsrechtlichen Arbeitskampfrechts nach Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes.

Arbeitskämpfe gegen den Staat kommen, wenn überhaupt, so nur dann in Betracht, wenn der Staat etwa *von Angehörigen des öffentlichen* Dienstes als Arbeitgeber im Kampf um dortige Tarifbedingungen bekämpft wird. Zwar stellen sich auch für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, vor allem für die Beamten, *definitive Grenzen des Streikrechts* (Verbot des Beamtenstreiks, Verbot des amtswidrigen Streiks). Um politische Streiks handelt es sich jedoch nur dort, wo organisierte oder auch unorganisierte Arbeitnehmer mit den *Mitteln des Streiks gegen gesetzgebe*rische Entscheidungen zu protestieren oder das Parlament in seiner freien politischen Willensbildung mittels Druckausübung zu beeinflussen suchen.



Berlins Justizsenator Scholz

FOTO: HANS HÖFT

Im demokratischen Staat ist das Parlament der höchste Souverän. Im Parlament und seinen demokratisch gebildeten Mehrheiten spiegelt sich der Mehrheitswille des Volkes wider. Nur über das Parlament beziehungsweise die repräsentative Demokratie sind alle Bürger in gleicher Weise an der demokratischen Willensbewegung des Gemeinwesens beteiligt. Demokratie heißt bei uns vor allem Gleichheit, vermittelt durch parlamentarische Repräsentation. Keine einzelne gesellschaftliche Gruppe, auch keine Gewerkschaft und kein Arbeitgeberverband dürfen diese Grundentscheidung der Verfassung mißachten und mit den ihr eigenen Machtmitteln, nämlich denen des Arbeitskampfes, versuchen, zugunsten eigener Interessen Sonderrechte oder Sonderbegünstigungen mittels Druckausübung durchzusetzen. Vor jeder *Druckausübung dieser Art* schützt das Parlament auch das Strafgesetzbuch. Nach den Paragraphen 105 ff ist vor allem die Nötigung des Parlaments oder einzelner seiner Angehörigen nachdrücklich unter Strafe gestellt.

Politischer Streik, d. h. Arbeitsniederlegung aus Gründen politischen Protests oder politischer Druckausübung, ist also kein arbeitsrechtlicher und damit kein verfassungsrechtlich legitimer Streik. Der politische Streik *kann nur in den Ex*tremlagen des politischen Widerstandsrechts zum legitimen Mittel werden. *Als Beispiel* kann vor allem der Generalstreik anläßlich des Kapp-Putsches in der Weimarer Demokratie gelten. In Erinnerung hieran besteht durchaus Einigkeit darüber, daß in den Fällen des Widerstandsrechts nach Artikel 20 Absatz 4 auch der politische (General-)Streik gerechtfertigt sein kann.

Die Voraussetzungen des verfassungsrechtlichen Widerstandsrechts sind jedoch nicht schon dann gegeben, wenn eine einzelne gesellschaftliche Gruppe, etwa eine Gewerk*schaft, der Meinung ist, daß eine* bestimmte gesetzliche Regelung nicht verfassungsmäßig wäre. Das grundgesetzliche *Recht zum Widerstand* ist erst dann eröffnet, wenn es um elementare Verfassungsbrüche geht, gegen die keine „andere Abhilfe möglich ist". Solange die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen und Verfahren funktionieren, solange ist für die Berufung des Widerstandsrechts kein rechtlicher oder politischer Raum.

Das Widerstandsrecht richtet sich im *Grunde gegen revolutionäre Um*sturzversuche, gegen Versuche, die freiheitlich demokratische Grund*ordnung als solche zu beseitigen.* Gegenüber einzelnen, behaupteten Verfassungsverstößen gibt es keinen vergleichbaren *Rechtsstaat in der gan*zen Welt, der bereits von Verfassungs wegen derart viele und wirksame Rechtsbehelfe eröffnet – namentlich den Weg zum Bundesverfassungsgericht.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung des Paragraphen 116 AFG von politischem Streik und Widerstand zu sprechen, grenzt auch im übrigen an Skurrilität. Denn die hier geplante Regelung verfolgt nichts anderes, als die Neutralität des Staates gegenüber arbeitsrechtlichen Arbeitskämpfen zu gewährleisten und auf diese Weise das autonome System von Tarifautonomie und freier *Interessenauseinandersetzung* unserer Sozialpartner funktionsfähig zu halten. Die Regelung des Paragraphen 116 AFG ist in diesem Sinne nicht nur verfassungsmäßig, sondern gerade geeignet und berufen, für ein ebenso *freiheitliches wie funktionie*rendes Arbeitskampfsystem zu sorgen.

Von politischem Streik oder Widerstand sollte auch nicht mit Leicht*fertigkeit gesprochen* werden. Auf welch abschüssige Bahn man hier geraten kann, dokumentieren die vielfältigen Verunsicherungen, die etwa im Zusammenhang mit der Debatte um den sogenannten „zivilen Unge*horsam" zum Rang und den Grenzen* des verfassungsmäßigen Widerstandsrechts entstanden sind. Es gibt auch im Rahmen des Streikrechts kein Widerstandsrecht zweiter Klasse, wie manche für den „bloßen" Warnstreik geltend machen. Auch der demonstrative Warnstreik bliebe ein gegen das Parlament gerichteter und damit verfassungswidriger politischer Streik.

„Den Vertrag mit den Ersatzkassen kündigen"

Zahnärzte: Wir fühlen uns provoziert wie nie zuvor

PETER JENTSCH, **Bonn**

Der Streit zwischen Zahnärzten und den Ersatzkassen spitzt sich zu. Nur wenige Tage nach dem von den Vertragspartnern angenommenen Schiedsspruch, der eine Plafondierung der zahnärztlichen Gesamtvergütung vorschreibt (WELT vom 25. Januar), forderte der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FDZ) jetzt die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) auf, den Vertrag mit den Ersatzkassen zu kündigen. Begründung: Die Pauschalierung gefährde die Qualität der zahnärztlichen Versorgung.

Durch die „Deckelung" der zahnärztlichen Gesamtvergütung, so betonte FDZ-Vorsitzender Julius Hermann vor Journalisten in Berlin, „fühlt sich die Zahnärzteschaft wie nie zuvor provoziert". Der am 23. Januar gefällte Schiedsspruch sieht vor, daß die *Gesamtausgaben* für zahnärztliche Leistungen in diesem Jahr 97,75 Prozent der entsprechenden Ge*samtausgaben im Jahre 1985 je Pati*ent nicht übersteigen (Material- und Laborkosten sind davon ausgenom*men). Die Zahnärzte verweisen dar*auf, daß sie zur Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung verpflichtet seien, und *daß* der Patient einen Rechtsanspruch auf eine vollständige Behandlung habe. Wenn aber die Zahnärzte bei den Ersatzkassen-Patienten mehr vorhandene Karies behandelten als der Plafond zulasse, würden sie mit Honorarkürzungen bestraft. Das führe dazu, daß die zahnerhaltende Behandlung auf Kosten des später weitaus teureren Zahnersatzes vernachlässigt werde.

In dieser Auffassung sehen sich die Zahnärzte auch durch die Weigerung der Ersatzkassen bestätigt, den Lei*stungskatalog zu beschränken und* für Zahnersatz nur noch bestimmte Festzuschüsse zu zahlen. Das hätte zur Folge, daß teurerer, luxuriöser Zahnersatz von den Patienten anteilsmäßig selbst finanziert werden müßte. Im Gegenteil, so betonte Hermann, übertrieben die Kassen Härtefallregelungen bis zum Exzeß, indem sie etwa die studierende Tochter eines gutsituierten Genraldirektors ebenso bezuschußten wie eine Studentin aus ärmlicheren Verhältnissen, und damit „verschwenden sie leichtfertig Geld". Hermann: „Das zeigt die Perversion rechtsstaatlicher Grundsätze bei der Plafondierung im zahnärztlichen Bereich."

Die Zahnärzte zeigen sich insbesondere darüber enttäuscht, daß gerade die Ersatzkassen den Schritt zum Pauschalhonorar und damit die Abkehr von der Einzelleistungsvergütung eingeleitet haben. Denn in der Vergangenheit hätten die Ersatzkassen „immer etwas Besseres" sein wollen und Mitglieder mit dem Hinweis geworben, daß sie als erste Kassenart die Vergütung der einzelnen ärztlichen Leistung eingeführt hätten. Hermann: „Gemessen an ihren Worten von früher, beseitigen die Ersatzkassen jetzt die Voraussetzungen für die Qualität der Versorgung ihrer Versicherten – und über die Folgen werden wir die Patienten aufklären. Zugleich werden wir die Ersatzkassen auffordern, öffentlich die Verantwortung *für ihre Politik vor den Patienten zu* übernehmen."

Nach Auffassung des neuen Vorsitzenden der KZBV, Wilfried Schad, wollen die Ersatzkassen nicht nur die *materiellen* Folgen ihrer verfehlten Politik auf die Zahnärzte abwälzen, sondern vielmehr „den Status des Freiberuflers beseitigen und den Zahnarzt zum abhängigen Leistungserbringer degradieren". Dabei solle er *jedoch das* Risiko seiner freiberuflichen Existenz in Abhängigkeit von den Krankenkassen weiter tragen. Schad *kündigte eine künftige* Trennung der Behandlungspläne für die Patienten in notwendige, funktionell zweckmäßige und in über das Wirtschaftlichkeitsgebot der Kassen hinausgehende Leistungen an.

Das Unternehmen für Hamburg greift

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Knapp 100 000 Menschen sind in der Wirtschaftsmetropole Hamburg *ohne Arbeit, die Arbeitslosenquote* liegt bei 13,3 Prozent – vor dem Hintergrund dieser soeben bekanntgegebenen *Zahlen stoßen positive* Wirtschaftsdaten in der Hansestadt auf besonderes Interesse. Ein Newcomer präsentierte gestern eine vorsichtige Erfolgsbilanz: Claus Müller (48), Chef der im vergangenen Jahr ins Leben gerufenen Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF), als früheres AEG-Vorstandsmitglied ein Mann mit ausgeprägter Industrieerfahrung.

Er bemüht *sich seit dem 1. Juli* vergangenen Jahres mit inzwischen knapp 20 Mitarbeitern um Lösungen für das Kardinalproblem der Metropole: Eine Trendwende, damit der insbesondere industrielle Erosinsprozeß der vergangenen Jahrzehnte mit seinen schlimmen Folgen für den Arbeitsmarkt gebremst wird.

Zugleich soll Müller mit seiner privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaft, einem „Unternehmen für das Unternehmen Hamburg", einen nachhaltigen Beitrag zur Modernisierung der hamburgischen Wirtschaftsstruktur leisten – durch die Neuansiedlung vor allem auch international tätiger Unternehmen in den Zukunftsbranchen von der Kommunikationstechnologie bis zur Biotech*nik*.

Das ist ein dorniges Geschäft. Doch immerhin kann der Chef der HWF erste Erfolge vorweisen: „In den vergangenen sieben Monaten haben wir 48 Projekte erfolgreich abgeschlossen – 28 Erweiterungen in Hamburg ansässiger Unternehmen *und 28 Neuansiedlungen. Damit* werden insgesamt 590 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen."

Darüber hinaus bearbeiten die HWF-Experten zur Zeit weitere 250 Vorhaben, bei denen es um über 3000 neue Arbeitsplätze geht. 150 dieser Projekte betreffen bereits ansässige *Unternehmen; die übrigen Fälle sind* Neuansiedlungen, vor allem in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnik. Es geht dabei in der Regel immer wieder um die gleichen Probleme: den Firmen günstige Angebote für Gewerbeflächen zu unterbreiten und behördliche Entscheidungen zu beschleunigen.

Wie schwierig das angesichts der starken Konkurrenz aus dem Hamburger Umland ist, verschweigt Müller nicht: „Wir müssen die durch die Zonenrandförderung entstandenen *Wettbewerbsverzerrungen mit inten*siven und umfassenden Informationen über günstige Standortbedingungen und Förderungsprogramme Hamburgs abfangen.

Für Expansionsvorhaben wie für Neuansiedlungen geht es darum, von Fall zu Fall Finanzierungsprogramme, die Standortvorteile einer Wirtschaftsmetropole und unser eigenes Service-Angebot der HWF zu bündeln." Hohe Standortkosten, Immobilismus in manchen Fachbehörden, und der *Absaug-Effekt der Konkur*renz aus dem Umland gehören zu den Hypotheken dieser Arbeit.

Aus der FDP Kritik an Jenninger

DW. **Bonn**

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Roland Kohn *hat die Terminplanung* von Bundestagspräsident Philipp Jenninger bemängelt. Kohn beschwerte sich in einem Brief bei Jenninger, daß parallel zur Plenarsitzung des Bundestages über die Novellierung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz die Enquete-Kommission Gen-Technologie eine Tagungs-Erlaubnis erhielt. Mit solchen Planungen, so Kohn, werde es einem Abgeordneten unmöglich gemacht, seinen vielen Pflichten nachzukommen.

Der FDP-Abgeordnete schrieb: „Ich fordere Sie, sehr geehrter Präsident, dazu auf, in Zukunft solche Terminüberschneidungen nicht mehr zuzulassen." Das Ansehen des Deutschen Bundestages, *stellte* Kohn klar, vertrage es nicht, daß Abgeordnete wegen sachlich wichtiger Sitzungen *von Kommissionen nicht an den* Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages teilnehmen könnten.

Gerangel um Computer

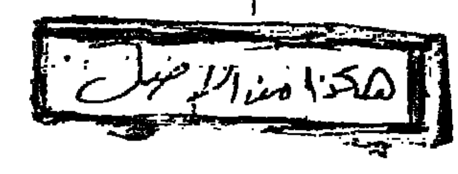
Neues Kommunikationssystem im Bundestag für Abgeordnete

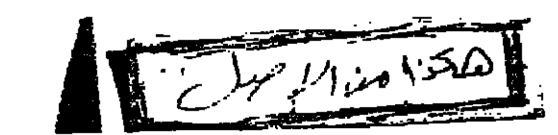
E. N. **Bonn**

Zunächst sah es so aus, als zögen bei der Verkabelung des Bundestages alle Fraktionen an einem Strang. Für das Haushaltsjahr 1986 waren 8,7 Millionen Mark ausgewiesen, mit denen ein elektronisches Informationssy*stem für die Abgeordneten aufgebaut* werden sollte. Inzwischen hat sich die Einigkeit der Parlamentarier in ein Tauziehen zwischen Koalitionsfraktionen und Opposition gewandelt.

Wie der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, der Abgeordnete Friedrich Bohl, mitteilte, sei die konstruktive Arbeit der am 3. Mai 1984 vom Ältestenrat eingesetzten „Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien" festgefahren. Die CDU/CSU-Fraktion möchte die *Diskussion* nicht länger abwarten. Sie drängt darauf, wenigstens drei Millionen Mark nach Fraktionen aufgeschlüsselt und zweckgebunden zu übergeben. Während die Koalitionsfraktion sich um Lösungen für Probleme bemühe, so Bohl, investiere die Opposition ihre Kapazität, um immer wieder neue hinderliche Probleme zu finden. Hintergrund sei aber, *daß die Union bereits seit* längerem im Bundeshaus über einen Rechner verfüge, 140 Arbeitsplätze damit bediene und im Interesse ihrer Abgeordneten das System „ausbauen" könne, während die SPD noch nicht einmal eine Basis-Infrastruktur auf diesem Sektor besitze.

Wie Bohl sagte, sei es praktisch unmöglich, angesichts der Lage die 8,7 Millionen Mark in diesem Jahr auch zu verbrauchen. Ein bundeseinheitliches System könne erst 1990 vorhanden sein. Statt des Modellversuches mit 50 Abgeordnetenbüros, das die Bundestags-Kommission vorgeschlagen *hat und das nur zu* „Informationsinseln" führe, will die Union wie auch die FDP „Kontinente" realisieren, die später durch genormte Infrastruktur miteinander kommunizieren können.





Berliner CDU im Zugzwang

Nach Riebschlägers Rückzug soll jetzt Landowsky zwischen Amt und Mandat entscheiden

D. DOSE/R. KARUTZ, Berlin

Im Berliner Bestechungsskandal unternahm jetzt die SPD einen politischen Schachzug, der Eberhard Diepgens engsten Vertrauten, den „eigentlichen" CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky, unter Druck setzt. Die Sozialdemokraten opferten ihren Schatzmeister und Ex-Finanzsenator Klaus Riebschläger, der zum 1. März sein Parlamentsmandat und nahezu alle Parteiämter niederlegt. Die Partei-Linke stieß sich vor allem an einer von Riebschläger zurückgezahlten 10 000-Mark-Spende des bestechungsverdächtigen Bauträgers Kurt Franke an den SPD-Politiker. Für Umweltsenator Vetter (FDP) bahnt sich Entlastung in der Affäre an.

Riebschläger, dem nach einer Sondersitzung des SPD-Vorstands die Betroffenheit über diese typische Berliner SPD-Kabale anzusehen war, sprach anschließend von einem „politischen Fehler". Er habe die Frage einer derartigen persönlichen Wahlkampfspende in ihrer „emotionalen Wirkung" unterschätzt.

Obwohl sämtliche von Riebschläger – in der SPD/FDP-Koalitionszeit und später – entgegengenommenen Franke-Spenden selbst nach staatsanwaltschaftlicher Überprüfung als völlig korrekt beurteilt worden waren, mußte Riebschläger als Opfer eines „Befreiungsschlages" herhalten. Acht von zehn SPD-Kreisvorständen sprachen sich für Riebschlägers Rückzug aus. Zur WELT sagte Riebschläger: „Ich lasse mich nicht hetzen." Die SPD habe nun mehr „politischen Freiraum" in der Auseinandersetzung mit der CDU.

In Berlin stellt sich nun die Frage, ob Riebschlägers Vorstandskollege in der Wohnungsbaukreditanstalt (WBK), CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky, dessen Vorbild nacheifert. Er hatte angekündigt, seinen zum 31. Juli 1987 auslaufenden WBK-Vertrag nicht zu verlängern, aber gegenüber bohrenden Fragen in der CDU stets deutlich gemacht, sich im Zweifelsfalle für den Beruf als Vorstandsmitglied der Pfandbriefbank (sie sammelt Berlin-Anlagegelder) und gegen das Mandat zu entscheiden.

„Ich habe mit der Spendenaffäre nichts zu tun", erklärt Landowsky der WELT. Er sehe auch keine Interessenkollision zwischen seinem Vorstandsposten bei der Pfandbriefbank und dem Mandat im Landesparlament. Landowsky: „Ich bleibe Abgeordneter." Die CDU-Fraktion hat sich in einer Erklärung voll vor ihren „Ersten stellvertretenden" Fraktionsvorsitzenden gestellt und die Forderung, er solle seinen Posten bei der Bank aufgeben, zurückgewiesen.

Inzwischen hat sich der im Zusammenhang mit dem Antes-Skandal genannte Frankfurter Bauträger Ignatz Bubis gegen den Verdacht der Bestechung gewandt, der im Zusammenhang mit der Durchsuchung der Geschäftsräume des Unternehmens erhoben worden ist.

Auf der Parteispenden-Schiene des Skandals ergab sich ein neuer Sachstand insofern, als bekannt wurde, daß der „Förderverein Junge Politik e.V.", einst von den „Jungtürken" in der Berliner CDU gegründet, in den Verdacht geraten war, als Spendenwaschanlage zu fungieren. Es liegt die Selbstanzeige eines Spenders vor, der unterdessen aus der CDU ausgetreten ist. Er hat auch CDU-Landeskassierer Jürgen Wohlrabe bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Wohlrabe erklärte auf Anfrage der WELT, es habe zwar eine Überprüfung durch die Staatsanwaltschaft gegeben, aber an den Vorwürfen sei „nichts dran".

Beim Koalitionspartner FDP wächst die Zuversicht, daß Umweltsenator Horst Vetter bald aus der Schußlinie gerät. Gestern erhielt Vetter-Anwalt Swatzina einen Brief vom Anwalt des Bauträgers Franke. Inhalt: die Erklärung, daß Franke nie behauptet habe, Vetter hätte mehr als die von ihm zugegebenen 10 000 Mark erhalten. Dennoch will Swatzina auf der geforderten Akteneinsicht bestehen. Die FDP hofft zudem, daß die Ermittlungsinstanzen, Kripo und Staatsanwaltschaft, in Kürze zu Gunsten Vetters klären können, was in den Unterlagen Frankes die mysteriösen Kürzel „Fet." bzw. „Vet." bedeuten.

Castro übt Selbstkritik und pocht auf mehr Disziplin

WERNER THOMAS, Havana

Das Publikum war vorgewarnt. Fidel Castro, für lange Ansprachen bekannt, hatte um „etwas Geduld" gebeten. Seine Ausführungen würden ausführlich ausfallen. Der „Comandante en jefe" stand dann fast sechseinhalb Stunden hinter dem Rednerpult. Von der Wand blickten neun Revolutionshelden auf ihn herab, von Karl Marx bis Che Guevara.

Der Marathon-Bericht des kubanischen Staats- und Parteichefs zur Eröffnung des dritten Kongresses seiner KP (PCC) überraschte durch eine ungewöhnlich offene Selbstkritik an der wirtschaftlichen Situation. Nie zuvor sind von ihm die Verhältnisse auf dem Produktions- und Dienstleistungssektor mit ähnlicher Ehrlichkeit kritisiert worden.

Immer wieder fielen die Begriffe „Ineffizienz", „Qualitätsmangel" und „Disziplinlosigkeit". Der Vergleich mit den Reden des neuen starken Manns in Moskau, Generalsekretär Gorbatschow, drängte sich auf. Ob es um den Agrar- oder Industriebereich ging, um die Versorgungslage oder den Außenhandel. Castro gestand, daß Exportverpflichtungen gegenüber den „sozialistischen Bruderstaaten" nicht eingehalten werden konnten. Er attackierte bürokratische Auswüchse. Er fand selbst das Bildungs- und Gesundheitssystem unzureichend, zwei Sektoren, die bisher wie heilige Kühe der Revolution behandelt wurden. Fazit: „Wir müssen noch viel lernen auf dem Gebiet der Effizienz."

Die Bilanz der letzten fünf Jahre und die Pläne für den Zeitraum 1986 bis 1990 beanspruchten den größten Teil der Rede. Eine endlose Litanei von Zahlen. In der abgelaufenen Phase ist die Seifenproduktion um 5,8 Prozent gestiegen. In dem nächsen „Quinquenio" werden 15 Prozent Produktionssteigerung erwartet. Castro informierte auch über das Plansoll für Toiletteneinrichtungen: 77 Prozent. Die von ihm genannte durchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsrate in der abgelaufenen Periode, 7.3 Prozent, veranlaßte ihn allerdings zu einem Wort des Lobes: „Wir haben nicht wenige Erfolge erzielt." In den nächsten fünf Jahren wird mit einem Schnitt von fünf Prozent gerechnet.

Am Nachmittag, nach der dritten Pause, erreichte Fidel Castro das Thema Außenpolitik. Er sagte nicht viel Neues. Diplomatische Beobachter fanden nur einige Aspekte der Lateinamerika-Kommentare interessant. So setzt der marxistische Revolutionär zum Beispiel stärker auf eine Unterstützung nichtmarxistischer Kräfte im Kampf gegen den Einfluß des „Imperialismus". Er erwähnte die Sozialdemokraten, will jedoch auch die Christdemokraten nicht nur „negativ" einstufen. Unterschiede sieht er zwischen dem salvadorianischen Präsidenten José Napoleon Duarte (den er verachtet) und dem neuen guatemaltekischen Staatschef Vinicio Cerezo (den er zu schätzen scheint). Für das Ende des Guerrilla-Konfliktes in Guatemala empfiehlt er jetzt eine „Verhandlungslösung".

Castro würdigte erwartungsgemäß die Befreiungstheologie: „Eine große Kraft". Sie sei ein Fortschritt für die Theologie. Sie verfolge auch ein politisches Ziel. Sie sei „Ausdruck des Wunsches zur Errichtung einer Welt der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit und der Gleichheit". In Havana wird das Buch des brasilianischen Priesters Betto verkauft, „Fidel und die Religion", Interviews, in denen Castro gemeinsame Interessen der Kirche und des Marxismus ausmacht und erläutert. Hier sieht er offenbar revolutionäres Potential, einen Hebel, der nur richtig im Sinne der Revolution angesetzt zu werden braucht.

In Lateinamerika und der Karibik braut sich nach Ansicht des kubanischen Führers ein Szenario gegen den „Imperialismus" zusammen. Die Reagan-Regierung werde nicht nur in Mittelamerika mit ihrem politischen Kurs scheitern. Auch die Schuldenkrise und die Demokratisierungswelle wirke sich gegen sie aus. Die demokratischen Regierungen würden auf größere Distanz zu Washington gehen. Dennoch: Die Töne gegenüber Washington klangen versöhnlicher als sonst. Über eine Tendenz zur Öffnung wurde sogleich spekuliert.

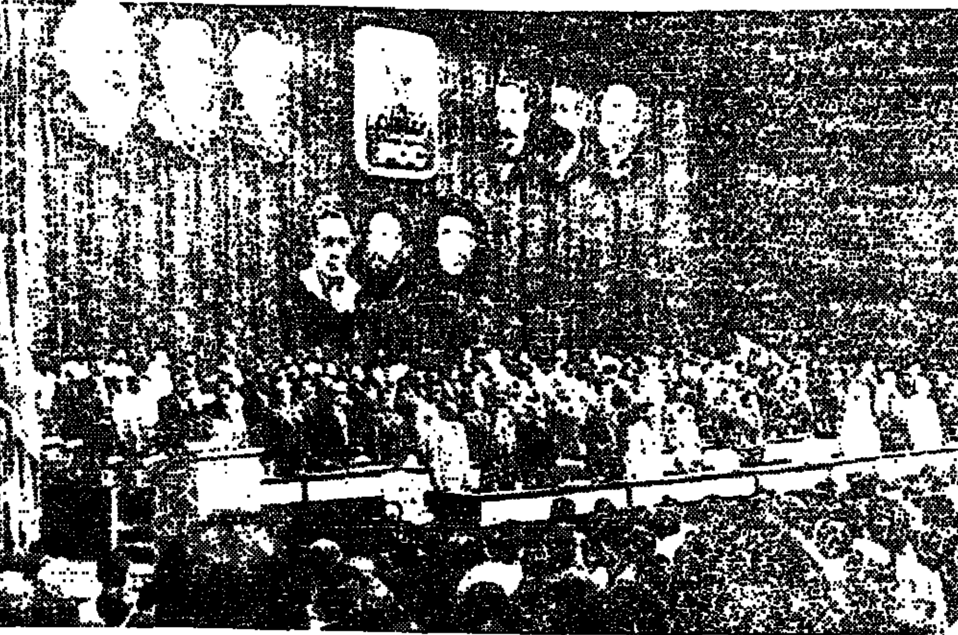
Den haitianischen Präsidenten Duvalier nannte er neben den chilenischen und paraguayischen Staatschefs Pinochet und Stroessner als „einzige Überlebende einer düsteren Ära", die bald verschwinden würden.

Zu dem viertägigen Parteitag im Kongreßpalast von Havana sind neben 1790 Delegierten auch 22 ausländische Gäste gekommen. Die prominentesten Persönlichkeiten: Igor Ligatschow, Mitglied des Politbüros der sowjetischen KP, und Nicaraguas Präsident Daniel Ortega, übrigens der einzige Staatschef aus dem Ausland. Ost-Berlin schickte Volkskammer-Präsident Horst Sindermann. Wie die Parteizeitung „Granma" erwähnte, hat Ortega in seiner Maschine, einem Flugzeug der kubanischen Gesellschaft „Cubana", einige Guerrilla-Führer aus El Salvador und Honduras und ein Politbüromitglied der palästinensischen KP mitgebracht.

Besonders auffallend wirkt die Präsenz der zahlreich versammelten Militärhierarchie. Hunderte Offiziere in olivgrünen Uniformen, nach Ostblock-Muster geschneidert. Die Streitkräfte, von Fidels Bruder Raul, dem Verteidigungsminister, geführt, sind der am meisten gehätschelte Sektor der Revolution. Sie brauchten sich keine Kritik anzuhören.

Fast alle Transparente zum Parteitag enthalten die Worte „Produktion" und „Effizienz". Die Aufschriften an manchen Restaurants lauten: „Wir grüßen den dritten Kongreß mit einem besseren Service." „Granma" stellte in den letzten Tagen verdiente Arbeiter vor, zum Beispiel Domingo Urrutia Estrada, der vier Millionen Zuckerrohre schnitt.

Bevor die „Fi-del, Fi-del"-Rufe am Schluß der langen Rede durch den Saal hallten, mahnte Castro noch einmal zu besserer Pflichterfüllung: „Für einen Kommunisten ist nichts gut genug."



Unter den wachsamen Augen der revolutionären Ahnen des Marxismus versammelt: Castro liest seinen Funktionären auf dem dritten Parteitag der kubanischen KP die Leviten von Leistung, Qualität und Effizienz. Er ging selbst mit Beispiel voran; seine Rede dauerte länger als sechs Stunden. Wie effizient diese rhetorische Leistung ist, wird sich noch zeigen müssen.
FOTO: AP

Raus Kanzlei muß auf neun geplante Stellen verzichten

dpa, Düsseldorf

Die Düsseldorfer Staatskanzlei hat sich in ihrem Mehrbedarf an Stellen für 1986 offensichtlich eingeschränkt. Die Kanzlei von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sei damit einer Empfehlung des Landesrechnungshofes gefolgt und habe neun im Haushaltsentwurf vorgesehene Stellen wieder gestrichen. Dies teilte die Pressestelle des nordrhein-westfälischen Landtages mit.

Ursprünglich hatte der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Klaus Dieter Leister, den Bedarf an zusätzlichen 26 Stellen mit „gestiegenen Anforderungen und Aufgaben" begründet. In der Mitteilung des Landtages heißt es, die Streichung der neun Stellen sei im Verlauf einer Sitzung des Hauptausschusses unter Vorsitz von SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann bekanntgeworden.

CSU empört über Amtsanspruch

lz, München

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist mit seinem Anspruch, sein Amt auch nach der Bundestagswahl 1987 zu behalten, auf energischen Widerspruch der CSU gestoßen. In der jüngsten Ausgabe des „Bayernkurier" wird die Dreistigkeit, mit die FDP „immer wieder in aller Öffentlichkeit darangeht, das Fell des noch längst nicht erlegten Bären zu verteilen", scharf kritisiert. Die Liberalen hätten vielmehr allen Anlaß, ihren Beitrag dazu zu leisten, das letzte Jahr der Legislaturperiode zu einem Erfolg für die Bonner Koalition werden zu lassen, schreibt das Blatt.

Unterdessen ist innerhalb der CSU erneut die Diskussion aufgeflammt, ob Parteichef Franz Josef Strauß 1987 doch noch ein Boner Ministeramt übernimmt. Seine Chancen, der FDP den Außenminister-Posten abzunehmen, werden jedoch in der bayerischen Unionspartei als äußerst gering eingeschätzt.

Whitehead-Besuch bei Kanzler Kohl

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whitehead haben die deutsch-amerikanischen Beziehungen gestern übereinstimmend als sehr gut bezeichnet. Beide bewerteten die jüngsten Abrüstungsvorschläge des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow als eine Initiative mit positiven Ansatzpunkten, die in einem intensiven Konsultationsprozeß geprüft werden müsse.

Whitehead stattete dem Kanzler einen offiziellen Antrittsbesuch ab. Dabei bekräftigte Kohl seine Entschlossenheit, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus weiter auszubauen.

Nächster prominenter amerikanischer Gast wird der Abrüstungsbeauftragte Paul Nitze sein, der am Freitag und Samstag mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und dem Bonner Abrüstungsbeauftragen Friedrich Ruth über die Genfer Verhandlungen und die Gorbatschow-Vorschläge konferieren will.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Rektoren halten Vorschlag von Wörner für realisierbar

Vorgezogener Studienbeginn für entlassene Wehrpflichtige

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) hat den Vorschlag von Bundesverteidigungsminister Wörner, Wehrpflichtige einen Monat früher (1. November) zum Studienbeginn zu entlassen, als „tragfähig und realisierbar" bezeichnet.

Wörner hat bei der Diskussion mit den Rektoren deutlich gemacht, erklärte WRK-Präsident Professor Theodor Berchem gestern vor der Presse in Bonn, daß er wegen der Erhaltung der Mannschaftsstärke der Bundeswehr davon ausgehe, daß die Kultusminister der Länder die Abiturtermine bis Ende Mai vorverlegten. Die Rektoren betonten jedoch, wie Berchem sagte, daß für die Fachhochschulen eine andere Lösung gefunden werden müsse. Hier wurde von ihnen vorgeschlagen, daß für den Problemübergang Fachoberschule/Wehrdienst/Fachhochschule die Möglichkeit geschaffen werde, „ein Nacheinander von Studium und Wehrdienst" einzurichten. Dabei bestünde sogar die „Eventualmöglichkeit", zwei Monate Wehrdienstzeit zu erlassen. Es habe bei den Rektoren Übereinstimmung darüber geherrscht, berichtete Berchem, daß eine „semesterweise Zulassung die Probleme entspannen könnte, daß dies jedoch in vielen Fächern mit einem bis zu 30prozentigen Personalmehrbedarf verbunden" sei.

Auf Fragen nach einer weiteren Verkürzung des 13. Schuljahres über den 31. Mai hinaus etwa auf den Beginn der Osterferien entgegnete Präsident Berchem mit Zustimmung des Plenums dem Verteidigungsminister, daß „Grundsatzfragen der Oberstufenreform nicht mit Problemen der Wehrdienstverlängerung verbunden werden dürfen".

In den „Arbeitsmaterialien" für die Teilnehmer der Konferenz wird festgestellt, demographisch bedingte Probleme, wie sie jetzt die Bundeswehr habe, würden zukünftig auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen durchschlagen, „ohne daß dort in gleicher Weise auf das Muster der Lückenfüllung durch Erhöhung der Verweildauer, zumal noch zu Lasten anderer Bereiche, zurückgegriffen werden kann". Berchem sagte außerdem wörtlich: „Ich kann es nicht einsehen, daß man bei der angestrebten Regelung die Zivildienstler vernachlässigt, wenn unser Staat es zuläßt, daß eine Wahlmöglichkeit vorhanden ist."

Angesichts der in den letzten Jahren vor dem Hintergrund verknappter Mittel verstärkten Forderung in der politischen Diskussion nach „mehr Wettbewerb an den Hochschulen" haben die Rektoren in Bonn darauf hingewiesen, daß es hier Grenzen schon deswegen gebe, weil „die Leistungsfähigkeit einer Hochschule zum Beispiel von angehenden Studierenden nur eingeschränkt beurteilbar" sei. Zum anderen könne nur das Nebeneinander von Wettbewerb und Kooperation den gewünschten Erfolg für die Leistungsfähigkeit von Hochschulen bewirken.

Die WRK forderte zum Ende ihrer Konferenz eine deutliche Anhebung der Bedarfssätze beim BAFöG, die der Teuerungsrate realer angepaßt werden müßten, und eine Rücknahme der Ausgrenzung von Kindern aus Familien mit mittlerem Einkommen aus der Förderung. Es sei, auch wegen weiterer Forderungen zum Beispiel für behinderte Studenten, an der Zeit, einige frühere Restriktionen zu überprüfen. Man habe sie eingeführt, als Ausbildungsförderung nicht wie heute Darlehen, sondern verlorener Zuschuß gewesen sei.

Strauß, SDI und das „gesprochene Wort"

PETER SCHMALZ, München

Bei Politikerreden gilt, wie ein Hinweis auf den meisten der vorab an Journalisten verteilten Redemanuskripte verkündet, „das gesprochene Wort", was besonders bei Franz Josef Strauß zu beachten ist, der gerne vom Blatt abschweift und im Extemporieren funkelnde Gedanken entwickelt, dabei aber nicht selten aus Zeitgründen weite Teile des Redetextes ungesprochen liegen läßt.

So geschah es auch, als er am Dienstag abend dem Münchner Amerikahaus, dem ersten auf deutschem Boden, zum 40. Geburtstag gratulierte und wegen der fortgeschrittenen Zeit das letzte Dutzend seiner zartgrünen Textblätter unbeachtet lassen mußte, weshalb der Allgemeinheit um ein Haar verborgen geblieben wäre, daß Strauß SDI als „eine Nagelprobe für die Belastbarkeit und Funktionsfähigkeit der amerikanisch-europäischen Beziehungen und als einen Prüffall für die Bereitschaft Washingtons zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit unter Gleichberechtigten" wertet.

Doch während Strauß weiterblätterte, lief bereits der „Bayernkurier" durch die Druckpresse und verkündete auf der ersten Seite, der Ministerpräsident habe anläßlich des Festaktes „auch aktuellen Fragen wie dem SDI-Projekt weiten Raum" eingeräumt, womit nun wieder offiziell gültig ist, was Strauß nicht sagte: Daß die innenpolitischen Auseinandersetzungen um SDI ähnlich groteske und irrationale Formen angenommen hätten wie vor Jahren die Debatte um den Aufbau der Bundeswehr oder um die Raketenstationierung im Herbst 1983. Oder daß es „politisch töricht, militärisch unverantwortlich und technologisch selbstmörderisch" wäre, würden sich die Europäer von der zu erwartenden Fülle von Erkenntnissen ausschließen.

Wörtlich hatte Strauß beinahe gesagt: „Eine europäische Verweigerung mit fadenscheinigen und unlogischen Begründungen würde nicht zuletzt auch dem verhängnisvollen Prozeß der schleichenden Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, der mit der Regierungsübernahme 1982 überwunden schien, nur neue Schubkraft verleihen."

Aber die Zeit war ihm für diese Worte zu knapp geworden, nachdem er ausführlich die deutsch-amerikanische Freundschaft als einen transatlantischen Brückenbogen mit den krisenfesten Fundamenten einer gemeinsamen Heimat und einer gemeinsamen moralischen Kraft gewürdigt hatte. „Die Freundschaft zwischen Völkern", so der bayerische Regierungschef, „setzt jedoch auch die Einsicht in die Möglichkeiten und Grenzen der anderen Seite voraus. Darum brauchen wir das persönliche Gespräch und den vertiefenden Meinungsaustausch." Das Amerika-Haus habe hierbei als Begegnungsstätte eine „kultur- und informationspolitische Relaisfunktion".

Jede Ähnlichkeit mit unserem erweiterten Flughafen Zürich ist beabsichtigt.

Zahlreich und nah:
die Konferenzräume.

Günstig und nah:
die sechs Tax-Free-Shops.

Liebevoll und nah:
die Nurseries.

Reichhaltig und nah:
die Delikatess-Geschäfte.

Im Takt und nah:
die Schweizerischen Bundesbahnen.

Bequem und nah:
der Coiffeursalon.

Bewährt und nah:
die Banken.

Praktisch und nah:
Kioske und Souvenir-Shops.

Einladend und nah:
die Restaurants und Bars.

Nah ist auch das Geschäft,
in dem Sie das Schweizer Armeemesser
in vielen Ausführungen kaufen können.

Gut ausgerüstet und nah:
die Apotheke und Drogerie.

Verlockend und nah:
die Boutiquen und Bijouterien.

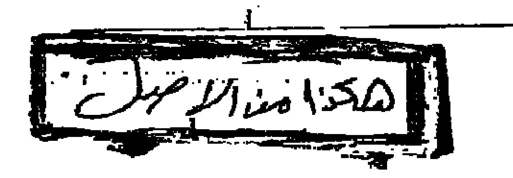
Zuverlässig und nah:
die Post-, Telefon- und
Telegrafenbetriebe.

Umfassend und nah:
die Informationsschalter.

Zeitsparend und nah:
die Check-in-Schalter am
Gate für Passagiere,
die nur mit Handgepäck reisen.

Sie sehen, die Ähnlichkeit zwischen einem Schweizer Armeemesser und dem Flughafen Zürich ist frappant. Aber eigentlich nicht erstaunlich: Beide wurden ja nach dem Prinzip gebaut, dem Benützer auf kleinem Raum möglichst viel zu bieten. Es liegt deshalb ganz auf der Linie der kompakten und praktischen Infrastruktur des Flughafens Zürich, wenn er jetzt mit dem erweiterten Terminal A und zusätzlich 18 Fingerdocks um ein besonders passagierfreundliches Instrument reicher geworden ist.

swissair



Rüstungsaufträge sollen Dänemarks Werften retten

G. MEHNER, Kopenhagen

Die Vorschläge des verteidigungspolitischen Sprechers der dänischen Sozialdemokraten, Knud Damgaard, mit dem verstärkten Bau militärischer Güter die Überlebensperspektiven der krisengeschüttelten dänischen Werften zu verbessern, haben bisher ein positives Echo gefunden. Damgaard hatte unter anderem angeregt, einen Teil der vom dänischen Heer anzuschaffenden gepanzerten Mannschaftswagen von der dänischen Werft im Nakskov bauen zu lassen. Dies würde einem Auftragswert von umgerechnet 25 Millionen *Mark* entsprechen. Zusammen mit der Elektronikindustrie des Landes könnten *sich die* Werften auch beim Bau von Flugzeug- und Panzerabwehrraketen engagieren. *Auch* Entwicklungsprojekte könnten die Werften übernehmen.

Damgaards Vorschläge sind Teil eines von den Sozialdemokraten dem *Folketing* vorgeschlagenen Hilfspakets, mit dem die Schiffbauindustrie über *eine kritische* dreijährige Übergangsphase geschleust werden soll. Danach könne die Werftindustrie *aus* eigener Kraft über die Runden kommen. Die Sozialdemokraten fordern vor allem verbesserte finanzielle Exporthilfen, Zinszuschüsse und einen Entwicklungsfonds von 60-100 Millionen Dänenkronen um „alternative Produktionen" anlaufen lassen zu können.

Verteidigungsminister Hans Engell reagierte auf die sozialdemokratischen Vorschläge mit der Bemerkung, beim Kauf ausländischer Luftabwehrraketen dränge Dänemark schon lange darauf, über Kompensationsproduktionen zum Zuge zu kommen. Andererseits seien aufgrund der restriktiven dänischen Waffenexportgesetze die Chancen stückzahlgünstiger Projekte vorerst sehr begrenzt.

Der Chef des Materialkommandos des Heeres, Generalmajor T. Hjalf, begrüßte Damgaards Vorschläge, wies aber darauf hin, daß etwa im Bereich gepanzerter Mannschaftswagen dänische Neuentwicklungen zu kostspielig seien. In Betracht komme deshalb realistischerweise *nur eine* Lizenzproduktion, etwa schweizerischer oder französischer Typen. Was eine Panzer- und Luftraketenherstellung anbelange, so sei allenfalls eine dänische Teilproduktion denkbar, da die Herstellernationen ihre Elektronik geheim hielten und kaum Lizenzen vergeben.

Bei der dänischen Werftenvereinigung stießen Damgaards Ideen naturgemäß auf gute Resonanz. Allerdings würde die teilweise Produktionsumstellung auf militärische Güter erhebliche Neuinvestitionen erfordern.

16 Pazifisten in Moskau inhaftiert

AP, Moskau

Mindestens 16 Mitglieder einer sowjetischen Friedensgruppe sind in Moskau auf dem Weg zu einem Treffen festgenommen worden. Einige der Festgenommenen wurden von der Polizei geschlagen. Mindestens ein Gruppenmitglied soll in eine psychiatrische Klinik gebracht worden sein; andere Mitglieder seien von der Polizei hinausgefahren und 20 Kilometer von Moskau entfernt auf der Straße ausgesetzt worden. Dies teilte ein Sprecher der Gruppe, Juri Medwedkow, in dessen Wohnung sich die Pazifisten treffen wollten, mit.

Die Gruppe wollte einen Brief an den in *diesem Monat stattfindenden* 27. Parteitag der KPdSU verfassen. Bereits Ende Januar sei eine Versammlung der vor vier Jahren gegründeten Friedensgruppe von Polizisten und Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB aufgelöst worden, als sie über den neuen Abrüstungsplan des Parteichefs Michail Gorbatschow diskutieren wollten, teilte der Sprecher mit.

London will den Druck auf Pretoria verstärken

Kontakt zum ANC / Unsicherheit über Haltung Bonns

REINER GATERMANN, London

Die britische Regierung hat in ihrer Südafrika-Politik eine neue Position bezogen. *Erstmals* suchte sie direkten Kontakt zum kommunistischen African National Congress (ANC), der – aus Südafrika verbannt – aus dem Ausland zum offenen Widerstand gegen Pretoria aufruft. Laut Sir Geoffrey Howe, dem britischen Außenminister, sei man aus zwei Gründen von der früheren Weigerung, keinerlei Verbindungen zum ANC zu unterhalten, abgewichen: einmal habe man *ihm im direkten Gespräch* klarmachen wollen, daß er mit keiner größeren Unterstützung Londons rechnen könne, solange er nicht der Gewalt entsage, und zum anderen habe man ihn aufgefordert, die Arbeit der sechsköpfigen Commonwealth-Delegation zu unterstützen, die im Auftrag der 49 Commonwealth-Mitglieder nach *Lösungen* des Südafrika-Konflikts sucht.

Das britische Außenministerium bezeichnet diese Positionsänderung als angemessen, auf keinen Fall sei damit eine offizielle Anerkennung des ANC verbunden. Wohlweislich *fand* dieser Kontakt anläßlich des Treffens der EG-Außenminister mit ihren Kollegen der sechs südafrikanischen Frontstaaten in Tansanias Hauptstadt Lusaka nicht auf Minister-, sondern auf Beamtenebene statt; zudem traf sich der stellvertretende Unterstaatssekretär John Johnson mit der dreiköpfigen ANC-*Delegation* nicht im Gebäude der High Commission (Botschaft), sondern im Haus eines Angestellten.

Höhere Erwartungen

Die veränderte Einstellung Londons zum ANC hat wahrscheinlich noch andere Gründe. Großbritannien hat sich der EG-Entschließung zu Südafrika angeschlossen, in der Pretoria aufgefordert wird, den Bann gegen den ANC aufzuheben und dessen inhaftierten Führer Nelson Mandela *freizulassen. Auch* wenn Sir Geoffrey behauptete, die jüngste Rede des südafrikanischen Präsidenten Botha zeige einige positive Ansätze, so ist in Whitehall deutlich zu spüren, daß die britische Regierung von Pretoria größere Schritte zur Lösung des Konflikts erwartet hatte.

Sie befindet sich hier in einer komplizierten Situation. Einmal muß sie dem *Druck einiger EG-Mitgliedsstaaten* und afrikanischer Regierungen, die umfassendere Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika fordern, standhalten, zum anderen ist man mit der Art, wie Pretoria den Konflikt behandelt, nicht zufrieden.

Aufmerksam registriert

Sicher ist, daß Sir Geoffrey an seinem Standpunkt festhält, wonach ein Wirtschaftsboykott keine sinnvolle Alternative darstelle, und dies nicht nur wegen der wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens in Südafrika. *Es bedurfte innerhalb* der EG *und* auf der Commonwealth-Konferenz im Sommer 1985 *größter* Anstrengungen, um die Partner von der Blockade-Idee abzubringen. Man sucht nach anderen Wegen, Präsident Botha zur völligen Aufgabe der Apartheidpolitik zu bewegen. Hier hofft man auf die Unterstützung Bonns und glaubt, sie auch zu haben.

Dennoch besteht eine gewisse Unsicherheit über die Position der Bundesregierung. Sie beruht auf einer in London aufmerksam registrierten Divergenz außenpolitischer *Meinungen* zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt. Zwar betont man, daß für London die Erklärungen des Außenministers ausschlaggebend seien, die übrigen deutschen Stimmen zur Südafrika-Politik könne und wolle man andererseits aber auch nicht einfach ignorieren.

Einige Hoffnungen *setzt* Sir Geoffrey auf die Commonwealth-Kommission. In Whitehall glaubt man, inzwischen zwei Achtungserfolge verbuchen zu können: einmal, daß die südafrikanische Regierung der Kommission überhaupt die Einreise erlaubt, und zum anderen, daß nun der ANC bereit sei, ihre Arbeit zu unterstützen. Die sechs Kommissionsmitglieder sind nicht Repräsentanten ihrer Regierungen, *sondern* als „*hervorragende* Persönlichkeiten" berufen worden.

Neue Paßgesetze für Polen

Strafrecht regelt „illegales Verbleiben im Ausland"

Von SIEGFRIED LAMMICH

Unter Ostblock-Kennern ist unbestritten, daß es für die Bürger keines anderen Landes Osteuropas so leicht ist, in das „kapitalistische" Ausland zu reisen, wie für die Polen. Nichtsdestoweniger ist es auch in Polen keine Seltenheit, daß Reisegenehmigungen auch aus politischen Gründen von den Behörden abgelehnt werden. Hatte jedoch ein Pole den begehrten Reisepaß, war er bei der Gestaltung seines Aufenthalts im Ausland bisher weitgehend frei: Er konnte Länder besuchen, die nicht im Paßantrag genannt waren, und er konnte auch die im Antrag angegebene Verweildauer überschreiten.

Dieser „Disziplinlosigkeit" soll nun ein Ende gesetzt werden, und zwar *mit dem Mittel, das den Verantwortlichen* wieder einmal als das geeignetste „Disziplinierungsmittel" erschien – mit dem Strafrecht. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde durch Verordnung des Innenministers der dem polnischen Recht bisher unbekannte Straftatbestand des „illegalen Verbleibens im Ausland" geschaffen. Auf Grund dieser seit September 1985 geltenden Verordnung kann derjenige, der seinen Auslandsaufenthalt ohne Genehmigung verlängert oder andere als im Paßantrag angegebene Länder besucht, wegen „Falschaussage" mit einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren belangt werden.

Es spricht für sich, daß auch ein großer Teil der polnischen Strafjuristen auf die sehr weitgehenden strafrechtlichen Folgen einer auf den ersten Blick recht „harmlosen" Verwaltungsverordnung erst nachträglich durch die in der letzten Zeit veröffentlichten Hinweise des Innenministeriums aufmerksam geworden ist.

Für Polen, die vor 1985 das Land als Touristen verlassen haben und im Ausland legal einer Beschäftigung *nachgehen, wurde übrigens eine* andere „Lösung" gefunden: Sie erhielten die Möglichkeit, durch Abschluß eines entsprechenden Vertrages mit der polnischen Firma „Polservice" und durch Überweisung eines Teils ihrer im Ausland verdienten Devisen auf das Konto dieser Firma die Legalisierung ihres Aufenthalts im Westen *zu „erkaufen"*.

Es ist offensichtlich, daß die Behörden mit der neuen Regelung versuchen, ihre Kontrolle auch über die im Ausland weilenden polnischen Bürger zu verstärken. Daß im Ergebnis diese Regelung viele ansonsten rückkehrwillige Polen dazu veranlassen wird, doch im Ausland zu bleiben, wird in Kauf genommen.

Die neuen polnischen Regelungen werden *auch* von den *bundesdeutschen* Behörden bei der Behandlung polnischer Asylbewerber beachtet werden müssen. Denn nun werden auch diejenigen polnischen Bürger, die ansonsten nicht die für die Gewährung eines politischen Asyls notwendigen Voraussetzungen erfüllen, kaum noch ausgewiesen werden können, wenn sie ihre Aufenthaltsdauer überschritten haben.

Philippinische Bischöfe gegen „Wahlbetrug"

dpa, Manila

Mit einem Hirtenbrief haben die *katholischen Bischöfe der Philippinen* – 85 Prozent der Bevölkerung sind katholisch – in den Wahlkampf eingegriffen. Ohne die Namen der Präsidentschaftsbewerber, den amtierenden Präsidenten Marcos und die Oppositionskandidatin Aquino zu nennen, ruft die Bischofskonferenz gegen „Wahlbetrug, Einschüchterung und Gewalt" und für „Gerechtigkeit, Demut, Wahrheit, Freiheit, Mut, Liebe, *Frieden* und *Achtung* der Menschenrechte" auf. Der Tenor spricht deutlich gegen Marcos, das verdeutlicht auch die Überschrift zu dem Hirtenbrief, der am Festtag der Bekehrung des Christenverfolgers Saulus zum Apostel Paulus unterzeichnet wurde: „Wir müssen Gott mehr gehorchen als den Menschen". Dieses *Bibelzitat* wird von Kirchen in der Dritten Welt immer wieder zitiert, wenn es um christlich motivierten Widerstand gegen die weltliche Obrigkeit geht.

Obwohl die meisten der mehr als hundert philippinischen Bischöfe als „konservativ" eingeschätzt werden, fällt ihr Engagement für Menschenrechte und Gewaltlosigkeit so deutlich gegen Präsident Marcos aus, daß der Abgesandte des Vatikans in Manila zur Zurückhaltung aufrief: Die Bischöfe sollten sich nicht „verlocken lassen von der Versuchung, Partei zu ergreifen".

Giftwolken über Schlesien

JGG. Warschau

Die Betriebe im niederschlesischen Kupferrevier *Lüben-Glogau* zählen nach Meldungen polnischer Blätter *zu den größten Umweltschädigern.* Als größte „Dreckschleuder" wird in den Berichten die Kupferhütte Glogau II bezeichnet. Die Mehrzahl der Bewohner des Dorfes Biegnitz sowie weiterer Nachbarorte wurde inzwischen wegen der unerträglichen Umweltbelastungen umgesiedelt. Von den verbliebenen 57 Familien in Biegnitz *hätten schon 40 eine Entschädigung* erhalten, schreiben die polnischen Zeitungen.

Die in den 70er Jahren überwiegend mit westdeutschen Krediten gebaute Hütte hatte von Anfang an einen sehr hohen Schadstoffausstoß. Als 1977 das Werk Glogau II mit der Produktion begann, wurden die Emissionen für die Bevölkerung unerträglich. Inzwischen haben die Behörden die Schulen, *das* Gesundheitszentrum und die Poststelle in dem Ort aufgelöst.

Wie der Sender Freies Europa in München meldet, ist Biegnitz ständig von einer weißen Giftwolke eingehüllt. Die meisten Bäume und Pflanzen seien eingegangen, die Felder *kämen* „einer ausgetrockneten Wüste" *gleich. Die Zahl der Fehl- und Miß*geburten in Biegnitz und Umgebung sei in jüngster Zeit besonders hoch gewesen, ebenso die der Augen- und Hauterkrankungen sowie der Erkrankungen von Atemwegen.

Papstattentat: Neue Zeugen belasten Sofia

KNA, Rom

Zwei neue Zeugen haben im Prozeß gegen Papstattentäter Ali Agca und seine Hintermänner erneut Bulgarien belastet. Staatsanwalt Marini legte die Aussage von zwei türkischen Händlern vor, die Agcas Behauptung bestätigen, der türkische Mafia-Boß Celenk sei sein direkter *Auftraggeber im Dienst der Bulgaren* gewesen. Die beiden gaben an, sie hätten in Sofia Kontakt zu ihrem Landsmann Vildirim, den Kassierer des inzwischen verstorbenen Mafia-Bosses bekommen. Einer der Zeugen: „Vildirim sagte, Celenk besitze *Dokumente, die Bulgarien auffliegen* lassen könnten."

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nicht vergessen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Hans Jochen Vogel den Skandal um den ehemaligen Stadtrat des Bezirkes Berlin-Charlottenburg, Wolfgang Antes, sowie die Parteispendenaffäre als einen großen Schaden für das Ansehen der Stadt bezeichnet, so ist dem absolut zuzustimmen.

Ist dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Vogel, in *dieser Hinsicht zuzustimmen*, so kann seine weitere (von der WELT zitierte) Aussage nur als Höchstmaß an Ignoranz, Dummheit und unberechtigter Selbstzufriedenheit angesehen werden.

„Er (Vogel) und Richard von Weizsäcker hätten sich als Regierende Bürgermeister – jeder auf seine Weise – *bemüht*, die Stadt aus den negativen Schlagzeilen herauszubekommen", so die Aussage Hans *Jochen* Vogels, der damit seine Glaubwürdigkeit gänzlich verloren hat. Als Berliner haben wir nicht vergessen, daß es Vogel war, der den von der SPD verschuldeten Niedergang der Stadt Berlin finanz-, wirschafts- und innenpolitisch zu *einem dramatischen* Höhepunkt geführt hat.

Hier sei nur an die Vervielfachung der besetzten Häuser während Vogels – Gott und dem Berliner Wähler sei Dank – nur kurzer Amtszeit erinnert. Am Ende gab es 169 besetzte *Häuser, die sich* mehr und mehr zu kriminellen Hochburgen entwickelten und deren „Bewohner" das Chaos auf die Straßen der Stadt brachten. All' dies geschah mit der Duldung von Hans Jochen Vogel.

Damals war Berlin wirklich in den Negativschlagzeilen; allabendlich brachten die Nachrichtensendungen *neue Meldungen* über die in bestimmten Teilen der Stadt chaotischen und bürgerkriegsähnlichen Zustände; Besucher und Touristen blieben aus und Unternehmer zogen sich zurück.

Wenn Herr Vogel dies vergessen haben sollte, so ist dies sein Fehler. Die Berliner haben es jedenfalls nicht vergessen und werden es auch zukünftig nicht!

Mit freundlichem Gruß
Michael Krause,
Berlin 31

Auch gerecht

„Das deutsche Steuerwesen ist ungerecht, undurchsichtig, unsozial"; WELT vom 28. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Diskussion über ein „soziales" *und „gerechtes" Steuerrecht* sollten vielmehr die Fachleute ihre Meinung sagen. Verwirrend, ja bestürzend ist es jedoch, wenn selbst der Präsident des Bundesfinanzhofs mit einem der wichtigsten Grundbausteine unseres Einkommensteuerrechts, der Progression, in nicht sachgerechter Weise umgeht. Sein Beispiel Nr. 4, nach dem sich der Weihnachts- und Arbeitnehmerfreibetrag beim Minister erheblich günstiger als bei seinem Chauffeur auswirkt, versieht er mit einem Fragezeichen unter sozialen Gesichtspunkten.

Jeder Fachmann weiß, daß dies *nach den Gesetzen der Logik* die Kehrseite der Progression ist. Man kann sehr wohl *nach* der „Gerechtigkeit" der Progression fragen. (Wer mehr arbeitet, leistet und verdient, wird unverhältnismäßig steuerlich mehr belastet als der, der weniger verdient.)

Wenn man aber die Progression für unverzichtbar „sozial" und „gerecht" ansieht, dann muß man wenigstens auch ihre Kehrseite respektieren. Das heißt, wer wegen der Progression einen *höheren Prozentsatz an Einkommensteuer* zahlt als der Bürger, der sich nicht in der Progressionszone befindet, muß auch bei Anerkennung von Freibeträgen und vom Gesetz gebilligten Aufwendungen (Werbungskosten, Sonderausgaben usw.) höher *entlastet werden als der, der ohnehin* schon weniger Steuern zahlt.

Ich kann mir nicht denken, daß der oberste Finanzrichter jenen Schützenhilfe leisten will, die die Progression bei den sogenannten „Besserverdienenden" freudig begrüßen, Freibeträge beim kleinen Mann voll anerkennen, aber bei einem Steuerbürger in der Progressionszone Freibeträge und anerkannte Aufwendungen entweder überhaupt nicht oder nur zum Teil berücksichtigt wissen wollen. Alle, auch der sogenannte „Besserverdienende", in der Progressionszone sind „sozial", „gerecht" und *nicht willkürlich zu besteuern.*

Fachleute sollten ihre Meinung fachgerecht äußern und dabei die Gesetze steuerlicher Logik beachten. Sie sollten vor allem verblendeten Ideologen nicht noch Munition durch unzutreffende Beispiele liefern.

Zum Schluß: In der Progressionszone befinden sich heute qualifizierte Facharbeiter, Amtmänner, Ingenieure, Kaufleute, freie Berufe, also jene *Steuerbürger, die nicht „reich" sind,* aber unserer Gesellschaft überproportional zu ihren Einnahmen verhelfen.

Manfred Krüger,
Kiel 17

Wort des Tages

„Umstände sollten niemals Grundsätze verändern."

Oscar Wilde, britischer Autor (1854–1900)

Was heißt das?

„Die zweite Phase der Entspannungspolitik"; WELT vom 27. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer so wie Herr Brandt gewichtet, muß sich gefallen lassen, kritisiert zu werden, weil in seinem Artikel so ziemlich alles nicht stimmt; bezieht man es auf die tatsächlichen Gegebenheiten *und nicht auf Wunschdenken.*

„Die zweite Phase der Entspannungspolitik" lautet die Überschrift – hat es denn eine erste Phase wirklich gegeben? Ich meine nein; Breschnews Art der Entspannungspolitik in den 70er Jahren – oder soll man „friedliche Koexistenz" sagen – hat doch nur solange angedauert, wie es Vorteile für die UdSSR brachte. Mit der Schlußakte von Helsinki wurden auf der Höhe der sogenannten Entspannungspolitik die Besitzansprüche der UdSSR in bezug zu ihren Satelliten festgeschrieben und der Korb 3 (Menschenrechte u. a.) wurde von seiten des Ostens einfach ignoriert; Sacharow ist Beispiel genug.

Da sind aber weitere Punkte in dem Artikel, die einer Antwort bedürfen:

- Was heißt das „gemeinsame Sicherheit"? Etwa mit dem Osten und im Hinterkopf die Neutralität?
- Was heißt Abbau eurostrategischer Waffen? Etwa die SS 20, die die UdSSR niemals abbauen wird, Möglichkeiten waren genug vorhanden.
- Was heißt Technologietransfer zwischen den Teilen Europas? Etwa Abgabe von Computertechnik, die der Osten für die größere Zielgenauigkeit seiner Raketen so *dringend* braucht?
- Was heißt Fortschritte bei den MBFR-Verhandlungen? Etwa ein wirklicher Durchbruch, nachdem man durch Uneinsichtigkeit der UdSSR seit 15 Jahren keinen Schritt vorwärts gekommen ist?
- Was heißt wirtschaftlicher Kontakt zwischen EG und RGW? Etwa *Gleichstellung* der Systeme, die unterschiedlicher nicht sein können?
- Was heißt Sicherheitspartnerschaft? Etwa Annäherung an ein System mit der Endkonsequenz Afghanistan; Sicherheitspartnerschaft mit einem Imperialisten wie der UdSSR?

Hinzu kommt noch die semantische Ungeschicklichkeit, die beiden Großmächte gleichrangig nebeneinander zu stellen. Welche Farce! Des weiteren taucht ständig die Formulierung „bedeuten würde; wenn es gelungen sein sollte" oder ähnliche Schreibweisen auf, die doch lediglich auf das Scheitern aller Bemühungen hinweisen. Nichts ist bewegt worden auf den genannten Gebieten.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Schmidtmann,
Tarp

Personalien

EHRUNGEN

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem Verleger und *Medienmanager* ***Josef von Ferenczy*** das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Der bayerische Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** überreichte die hohe Auszeichnung auch an den Geschäftsführer der Nürnberger Firma Diehl, **Herbert Kuphal**, den Geschäftsführer der bayerischen Kriegsblindenfürsorge, ***Josef Lukas**, den ehemaligen* Oberbürgermeister von Regensburg, **Rudolf Schlichtinger** und den Würzburger Theologen Professor **Rudolf Schnackenburg**.

*

Horst Münzner *(61), stell*vertretender Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG, wurde vom belgischen König zum „Officier de l'ordre de Leopold" ernannt. Münzner erhielt diesen Titel als Anerkennung für seinen großen Anteil bei der Entwicklung der belgischen Zulieferindustrie.

*

Der Generalkonsul der französischen Republik in Saarbrücken hat im Namen von Staatspräsident **François Mitterand** dem langjährigen Protokollchef bei der Regierung des Saarlandes, Ministerialdirigent **Ottmar Junker**, das Offizierskreuz des Verdienstordens der französischen Republik (Ordre National du Mérite de la République Française) und **Klaus Altmeyer**, Leiter der Pressestelle des saarländischen Rundfunks, das Ritterkreuz des Verdienstordens der französischen Republik überreicht.

*

Wilhelm Kraut, Seniorchef der Bizerba-Waagenfabriken in Balingen, wurde mit der Ferdinand-von-Steinbeis-Medaille ausgezeichnet.

GEBURTSTAG

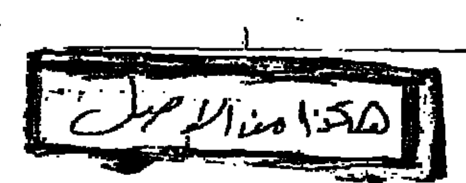
Erwin Feller, in den 50er Jahren einer der bedeutendsten Parlamentarier des Bundes der Heimatvertriebenen und *Entrechteten (BHE)*, wird am 8. Februar in Heidelberg 75 Jahre alt. Der gebürtige Straßburger, Studienrat für Deutsch und Geschichte, saß von 1952 bis 1953 in der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Baden-Württemberg und von 1953 bis 1957 im Deutschen Bundestag. Hier war er Stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses sowie von April 1956 bis Ende 1957 Vorsitzender der BHE-Bundestagsfraktion. Nach Ausscheiden aus dem Bundestag wurde Feller Mitarbeiter des Büros der Kultusminister-Konferenz und anschließend – bis zur Pensionierung – Direktor des Helmholtz-Gymnasiums in Heidelberg.

Ogilvy & Mather Düsseldorf

„Mit Colt treffen Sie Energiesparmaßnahmen."

Jetzt finanziert die OPEC Ihre Investitionen für Energiesparmaßnahmen. *Der Rohölpreis ist so niedrig wie schon lange nicht mehr. Aber: Er wird wieder steigen. Denn solange sich die ölfördernden Staaten uneinig sind, ergeben sich für sie bisher ungekannte Verluste. Durch den Preiskampf. Deshalb wird sich das Kartell verständlicherweise früher oder später wieder zusammenschließen. Und dann ist auch der Preis der Energie wieder da, wo er war. Ganz oben. Noch ist es aber nicht so weit, noch liegen die Ölpreise weit unter den von Ihnen eingeplanten Kosten. Die Differenz ist also geschenktes Geld. Ein Geschenk der OPEC. Gehen Sie gut mit diesem Geschenk um und investieren Sie es. In die energiesparenden Technologien von COLT (Heizungs-, Lüftungs- und Tageslicht-Technik). Wir von COLT erstellen jedem Interessenten – kleinen, mittleren und großen Unternehmen – eine alles umfassende Analyse. Eine Analyse der Maßnahmen, die Ihnen Ärger und Kosten ersparen, wenn alles wieder so ist, wie es einmal war. COLT International GmbH, Briener Straße 186, 4190 Kleve, Telefon: 02821/9900.*

COLT
International





Abwartende Zurückhaltung der Europäer

Welche Raumfahrt-Projekte sind vom „Challenger"-Unglück betroffen? / „Ariane"-Programm läuft wie geplant ab

Von LUDWIG KÜRTEN

Das „Challenger"-Unglück bedeutet nicht nur einen Rückschlag für die amerikanische Raumfahrt, sondern betrifft auch Projekte, an denen die Europäer beteiligt sind. Dies werde aber, wie aus dem Bundesforschungsministerium verlautete, die transatlantische Zusammenarbeit in der Raumfahrt in keiner Weise beeinträchtigen. Man gibt sich hierzulande sehr zurückhaltend und will zunächst das endgültige Ergebnis der amerikanischen Untersuchungen abwarten.

So ist zur Zeit noch völlig offen, ob die beiden Raumsonden „Ulysses" und „Galileo" gestartet werden können. Der Zeitplan sieht vor, sie am 15. und 21. Mai dieses Jahres mit den Raumfähren „Challenger" bzw. „Atlantis" in die Umlaufbahn zu schießen und von dort mit Hilfe einer neuentwickelten „Centaur"-Rakete auf eine Bahn zum Planet Jupiter zu bringen. Die Sonde „Ulysses", die von der deutschen Firma Dornier gebaut worden ist, soll zunächst den Jupiter umkreisen und nach weiteren 14 Monaten aus dessen Umlaufbahn in Richtung Sonne abgelenkt werden.

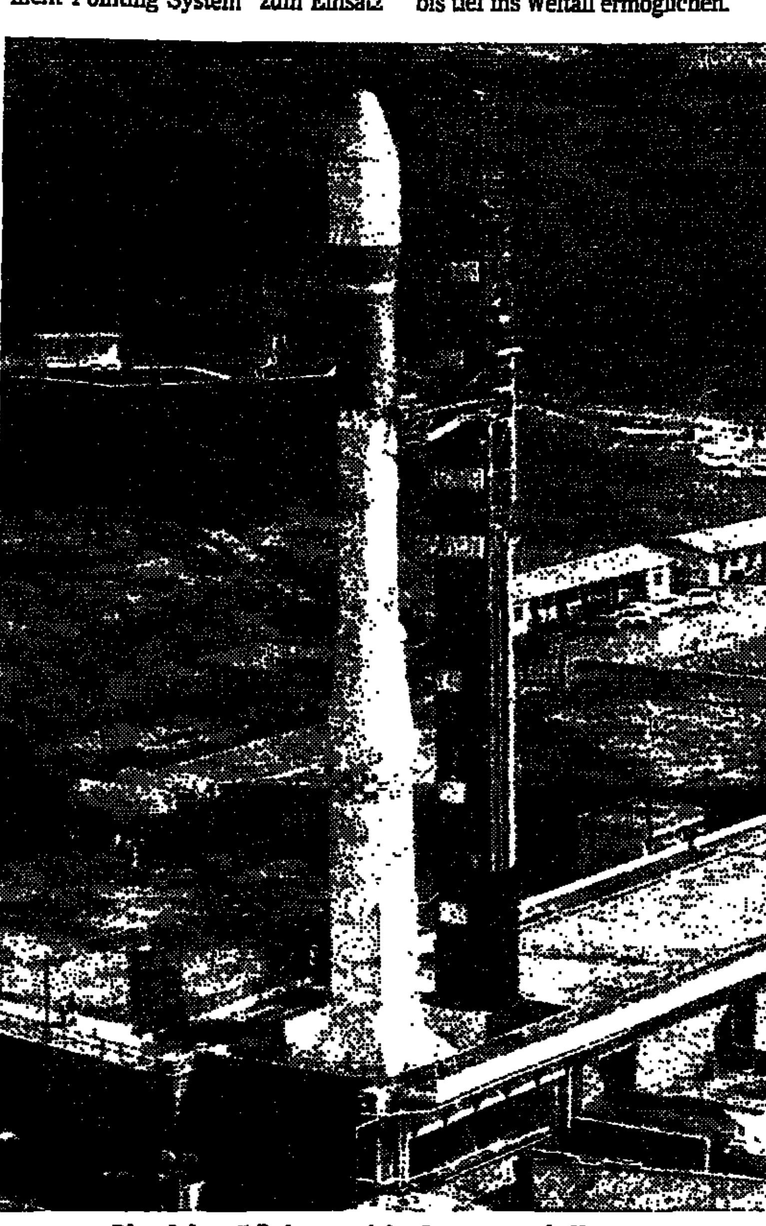
Es ist vorgesehen, daß nach zwei Jahren Flug die Sonde dort den Sonnenwind, das Magnetfeld sowie die Solarstrahlung mißt. „Galileo" ist ein deutsch-amerikanisches Gemeinschaftsprojekt, mit dem der Planet Jupiter intensiv erforscht werden soll. Firmen und Institute aus der Bundesrepublik haben Meßsysteme und Teile des Antriebs zu dieser Sonde beigesteuert.

Beide Flüge können aus bahnmechanischen Gründen nur zu einem bestimmten Termin gestartet werden. Dieses „Startfenster" liegt zwischen Mitte Mai und Anfang Juni. Es wird daher nur dann möglich sein, die Starttermine einzuhalten, wenn die von Präsident Reagan eingesetzte „120-Tage-Kommission" zur Untersuchung der Unglücksursache von „Challenger" vorzeitig zu einem Abschlußergebnis kommt und das Shuttle-Programm dann wie vorgesehen weiterläuft. Sollte dies nicht möglich sein, müssen beide Missionen um genau ein Jahr verschoben werden. Offen ist auch, welche Ersatzfähre für „Ulysses" eingesetzt werden kann, nachdem „Challenger" zerstört wurde.

Auch mehrere wissenschaftliche Projekte der Amerikaner sind direkt von dem Stopp des Shuttle-Programms betroffen. Noch in diesem Monat wollte die Nasa eine spezielle Shuttle-Mission zur Beobachtung des Kometen Halley in die Erdumlaufbahn schicken. Mit mehreren Spezialteleskopen sollte der alle 76 Jahre in Sonnennähe kommende Schweifstern in mehreren Spektralbereichen genau erforscht werden.

Eine vergleichbare astronomische Mission zur Untersuchung des Sternenhimmels vor allem im ultravioletten Licht sollte im März beginnen. Dabei wäre auch wieder das „Instrument Pointing System" zum Einsatz gekommen, das Dornier für das europäische Weltraum-Labor Spacelab gebaut hat und das die exakte Ausrichtung der angeschlossenen Teleskope auf ferne Himmelsobjekte erlaubt.

Für August war der Start des Weltraumteleskops vorgesehen, an dem die Amerikaner zehn Jahre gebaut haben. Das 13 Meter lange, 11 Tonnen schwere Teleskop ist mit einem 2,4-Meter-Spiegel ausgerüstet und soll in 600 Kilometer Höhe, außerhalb der störenden Erdatmosphäre, Einblicke bis tief ins Weltall ermöglichen.



Die „Ariane"-Rakete auf der Startrampe in Kourou
FOTO: A. NOGUES / SYGMA

Die europäischen Weltraumbehörden haben den Amerikanern inzwischen versichert, daß sie an ihrer Absicht einer transatlantischen Zusammenarbeit in der Raumfahrt festhalten. Von einigen Seiten wurde jedoch auch betont, daß das Unglück zu verstärkten Überlegung über ein eigenständiges europäisches Raumtransporter-System zwingt. Vor allem von französischer Seite wird schon seit längerer Zeit darauf gedrungen, eine gleichberechtigte Verteilung der Transportkapazitäten unter den beteiligten Ländern zu garantieren.

Unabhängig von diesen vorsichtigen Überlegungen wird das europäische Startprogramm in diesem Jahr in vollem Umfang ablaufen. Die europäische Weltraum-Startgesellschaft Arianespace plant acht Starts mit der Ariane-Rakete. Nutzlasten der Europa-Rakete werden hauptsächlich Nachrichten-Satelliten sein, brasilianische, australische, amerikanische, deutsche und natürlich auch europäische. Arianespace kann mit der inzwischen fertiggestellten zweiten Startrampe in Französisch-Guayana (Südamerika) mehr und auch die stärkeren Ariane-Versionen einsetzen, die jeweils zwei der schweren Kommunikations-Satelliten in die Erdumlaufbahn katapultieren.

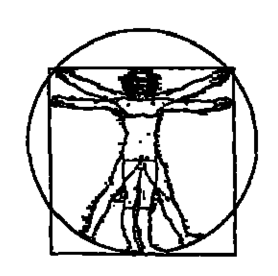
Ein kürzlich neu abgeschlossener Auftrag verpflichtet Arianespace zum Start des neuen großen Nachrichten-Satelliten Intelsat VI der gleichnamigen internationalen Kommunikations-Gesellschaft. Es ist bemerkenswert, daß diese von den USA favorisierte Organisation ihre wertvollen neuen Satelliten nicht nur von dem amerikanischen Space Shuttle, sondern auch von der europäischen Trägerrakete Ariane starten läßt.

Der erste Ariane-Start dieses Jahres soll aber einem eher wissenschaftlichen Satellitenprojekt dienen: Damit wird der französische Erderkundungs-Trabant Spot-1 in eine sogenannte polare Umlaufbahn in 700 km Höhe befördert. Mit dessen äußerst leistungsfähigen Multispektral-Sensoren will Frankreich das zivile und teilweise auch militärische Aufklärungs-Monopol der beiden Großmächte etwas „ankratzen". Aus der sonnensynchronen Umlaufbahn kann der Satellit alle Landmassen unseres Planeten in kurzen Abständen bei gleichen Beleuchtungsbedingungen erfassen und Veränderungen sofort erkennen.

NOTIZEN

Geschädigte Reservate

Washington (dpa) – Giftige Chemikalien und andere umweltfeindliche Stoffe haben zum Teil große Schäden in zehn der 431 Wildreservate in den USA angerichtet. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt veröffentlichte Untersuchung des US-Innenministeriums. Die größten Probleme gibt es im Kesterson-Reservat in Kalifornien, wo Selenablagerungen und Pestizide für den Tod von Tausenden von Zugvögeln verantwortlich gemacht werden. Das Gebiet war bereits im vergangenen Jahr geschlossen worden. Die Liste der anderen geschädigten



Reservate reicht von Gebieten in Alaska bis zu Naturparks auf Hawaii.

Technologie-Rückstand

Brüssel (DW.) – Das im Verhältnis geringe Wachstum der Forschungsausgaben hat zu einem Rückstand der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den USA und Japan im Bereich der Hochtechnologie geführt. Das geht aus einem Bericht des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG hervor. Dabei wurde bemängelt, daß vor allem die öffentliche Nachfrage in Europa nur wenig zur technologischen Erneuerung beitrage und die Zusammenarbeit zwischen Industrie und den Forschungszentren erheblich zu wünschen ließe.

Forschungsprofessur

Köln (dpa) – Der Genforscher Börries Kemper (45), außerplanmäßiger Professor am Institut für Genetik der Kölner Uni, wird seine Forschungsarbeiten mit Geldern der Industrie fortsetzen können. Die Bayer AG hat sich in einem mit der Universität abgeschlossenen Vertrag bereiterklärt, in den kommenden fünf Jahren alle Aufwendungen für seine weitere Beschäftigung zu übernehmen.

Urlaubserinnerungen aus dem Mikrochip

Die Zukunft der chemischen und elektronischen Fotografie

Von DIETER THIERBACH

Hat die klassische Fotografie ihre Trümpfe ausgereizt? Experten prophezeien, daß die Fotobranche schon bald von einem Fieber geschüttelt werde, wie schon lange nicht mehr. Fest steht, daß sich die Kamera-Elektronik der stürmischen Weiterentwicklung in der Computertechnik nicht mehr entziehen kann. Die konventionelle Stehbild-Fotografie ist als Ergebnis jahrzehntelanger intensiver Forschung heute zwar eine reife Technologie, die sich jedoch in naher Zukunft der elektronischen Fotografie stellen muß.

Welches Innovations-Potential haben noch beide Technologien, insbesondere die klassische Silberhalogenid-Technologie? Welche kommerziellen Chancen sehen die Experten für beide Technologien in der Zukunft? Dr. Joachim Lohmann, zuständig für Forschung und Entwicklung im Bereich Fotochemie bei der Agfa-Gevaert stellte jetzt eine Prognose über die Marktentwicklung auf, die alle verfügbaren Fakten, aber auch seine persönliche Gewichtung enthält.

„Es wird angenommen, daß der Stehbild-Markt langfristig mit 2,5 Prozent, bezogen auf die Zahl der Aufnahmen pro Jahr, weltweit wächst. Ab etwa 1987 tritt die elektronische Kamera auf den Markt und mit ihr werden im Jahr 2000 25 Prozent aller Aufnahmen gemacht. Dies setzt schon einen Preis deutlich unter 1000 Mark für die Kamera voraus. Zum Vergleich sei auf die Spiegelreflexkameras hingewiesen, die bei einem Preis zwischen 600 und 1000 Mark nicht mehr als ca. 15 Prozent Marktanteil erreicht haben."

Lohmann stellt fest, daß die Farbwiedergabe beim Film sicherlich noch verbesserungsfähig ist, wie ein Vergleich einer fotografischen Kopie mit dem Original in vielen Fällen zeigen kann. Hier liegt seiner Meinung nach ein sinnvolles und auch realisierbares Entwicklungsziel. Die Empfindlichkeit der Filme ist in der Vergangenheit stetig erhöht worden. Es besteht aller Grund anzunehmen, daß dieser Trend vorerst erhalten bleibt.

Die Lösung von Stabilitäts-Problemen stellt einen Schwerpunkt der Forschung dar. Chemiker sehen hier auch weiterhin signifikante Verbesserungsmöglichkeiten, die vom Kunden allemal als „bessere Farben" wahrgenommen werden. Joachim Lohmann: „Schließlich sei erwähnt, daß die Bildstabilität des Colorpapiers bei Dunkellagerung enorm erhöht wurde. Sie können davon ausgehen, daß das heutige Colorpapierbild über einen Zeitraum von etwa 100 Jahren praktisch unverändert erhalten bleibt."

Der bis dato noch große Nachteil der elektronischen Kamera, sprich die mangelnde Auflösung, gemessen als Anzahl der vollständigen Bildelemente, auch pixel genannt, wird beseitigt werden. Es gibt eine Reihe von Experten-Schätzungen, die in etwa vier Jahren einen kommerziellen Chip mit 1 Mill. pixel erwarten. Die Auflösung kommt dann in die Größenordnung eines heutigen Bildes, wie von einer Disc-Kamera aufgenommen.

Dies setzt voraus, daß noch zahlreiche Innovationen gelingen. Bis zum Erreichen der Auflösung eines Kleinbildfilms ist es dann immer noch ein sehr weiter Weg, dazu wäre ein Chip mit etwa 15 Mill. pixel notwendig. Die elektronischen Bilder werden in der Mehrzahl über den häuslichen Fernsehschirm betrachtet werden, dessen Auflösung gegenwärtig bei etwa 0,4 Mill. pixel liegt. Damit eine verbesserte Auflösung für eine elektronische Kamera bei der Betrachtung zur Wirkung kommen kann, müßte also gleichzeitig auch das Auflösungsvermögen des Fernsehgerätes erheblich erhöht werden.

Für die Akzeptanz beim Kunden ist, so Lohmann, ein Verkaufspreis Voraussetzung, der dem Preis konventioneller Kameras nahekommt. „Wir erwarten für eine Kamera mit 1 Mill. pixel im Jahr 1992 etwa einen Preis von DM 1000." Die fotografischen Systeme Dia-Fotografie, Sofortbild und Schwarzweiß-Fotografie werden dem gegenwärtigen Trend im Verbraucher-Bereich entsprechend weiter zurückgehen. Die Betrachtung der konventionellen Filme auf dem Fernsehschirm wird nur eine geringe Bedeutung erhalten.

„Das dominierende fotografische System", so Joachim Lohmann „wird unter diesen Annahmen weiterhin Colornegativ-Film mit Colornegativ-Kopie bleiben, langfristig allerdings ohne nennenswerten Marktzuwachs."

Nützen weniger Filme im Fernsehen dem Kino?

Samstags kein Belmondo

In einem ZDF-Pressegespräch, das am 17. Juli des vergangenen Jahres in München stattfand, erklärte der Intendant des ZDF, Dieter Stolte, das Fernsehen vertrete die Ansicht, es gäbe keinen kausalen Zusammenhang zwischen dem Rückgang des Kinogeschäftes und den Filmausstrahlungen des Fernsehens. Dennoch sei man bereit, auf den Wunsch der in Nöte geratenen Filmindustrie einzugehen und in einem Test festzustellen, inwieweit ein Zusammenhang zwischen der Ausstrahlung von Kinofilmen im Fernsehen an bestimmten Tagen und dem Kinobesuch bestünde.

Daß es der Filmwirtschaft nicht besonders gut geht, ist seit langem bekannt. Allein 1985 sanken die Besucherzahlen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als zehn Prozent. Wer aber ist des Kinos ärgster Feind? Video, das Wetter, der Mangel an attraktiven Filmen, der oft desolate Zustand vieler Filmtheater im Lande, das Verleihsystem von Filmen, bei dem die Provinzkinos eindeutig den kürzeren ziehen und oft monatelang auf kassenträchtige Filme warten müssen – oder doch das Fernsehen?

Seit September läuft nun jener Test, von dem Dieter Stolte im Juli sprach. Er soll klären helfen, ob das Fernsehen tatsächlich dem Kino die Zuschauer entziehe, insbesondere durch ein Überangebot an Filmen für jene Altersgruppen, die am häufigsten ins Kino gehen: die 12- bis 24jährigen. Die Testphase läuft noch bis einschließlich März dieses Jahres. Danach sollen in der Hauptsendezeit am Donnerstag (seit August neuer Starttermin für Spielfilme im Kino) keine Spielfilme, freitags in der ARD und samstags im ZDF jeweils keine für jugendliche Zuschauer attraktiven Filme ausgestrahlt werden.

Dazu gehören vor allem die Komödien mit Bud Spencer oder Jean-Paul Belmondo. (Allerdings: keine Abmachung ohne Ausnahme. Am Samstag bringt das ZDF zur besten Sendezeit einen Bud-Spencer-Film.) Während dieser Testperiode erarbeiten die Berliner Filmförderungsanstalt (FFA) und die öffentlich-rechtlichen Anstalten gemeinsam eine empirische Ausstrahlung von Spielfilmen im Fernsehen an bestimmten Tagen und dem Kinobesuch. Im Mai soll die Analyse des Tests vorliegen.

Noch ist es deshalb zu früh, Schlüsse aus den bislang vorliegenden Erkenntnissen zu ziehen. Doch es scheint, daß trotz leicht steigender Zuschauerzahlen im Kino seit dem Sommer der Test nicht den erhofften großen Durchbruch für die Kinos erbracht hat. Das liegt vor allem daran, daß nun statt der abgesetzten Filme eine wahre Flut von Serien und Unterhaltungssendungen auf das Fernsehpublikum einströmt, allen voran „Die Schwarzwaldklinik", aber auch „Die Dornenvögel", die just an den Wochenenden über den Bildschirm flimmerten. Ein Kinobesitzer aus einer mittelgroßen pfälzischen Stadt kommentierte trocken: „Es nützt uns wenig, wenn man im Fernsehen Bud Spencer durch Professor Brinkmann ersetzt. Nur gut, daß das Angebot an Kinofilmen mit 'Zurück in die Zukunft', 'Otto' und 'Rambo' recht vielseitig war, sonst wären die Besucherzahlen auch im zweiten Halbjahr 1985 weiter gesunken."

Es sind also nicht die Spielfilme allein, die dem Kino die Besucher entziehen. Im Dezember allerdings, während der „Test-Pause", setzte das Fernsehen dann doch neben Serien wie „Der Palast der Winde" wieder auf große Filme. Zum Ärger der Kinobesitzer wurde zu Weihnachten „Dr. Schiwago" gezeigt, ein Film, der ja auch im Kino noch immer sein Publikum findet. Im übrigen schließt der Test, der seit Anfang Januar fortgesetzt wird, nicht die Ausstrahlung guter Spielfilme zu vorgerückter Stunde oder an den anderen Wochentagen aus. „Wie klaut man eine Million?" mit Peter O'Toole, „Der Schakal" mit Edward Fox und „An einem Tag wie jeder andere" mit Humphrey Bogart sind nur einige Beispiele für die vielen publikumsträchtigen Filme, die das Fernsehen auch während des Tests im Programm hat.

Ohnehin läßt sich das Problem der Kinowirtschaft nicht damit lösen, daß das Fernsehen auf ein paar Filme verzichtet. Deshalb betonen Vertreter der Filmwirtschaft immer wieder, daß auch das Angebot im Kino stimmen müsse. Wenn da nichts Attraktives laufe, könne das Fernsehen zeigen, was es wolle – die Besucher blieben zu Hause. Daß aber das Fernsehen der öffentlich-rechtlichen Anstalten derzeit es sich nicht wirklich leisten kann, zugunsten irgendeines Dritten auf ein publikumsträchtiges Programm zu verzichten, liegt auf der Hand. Des Fernsehens Konkurrent ist nämlich nicht das Kino, sondern das eigene Medium, die Konkurrenz vom Privat-, Kabel- und Satellitenfernsehen. Je mehr Zuschauer man hier oder dort verbuchen kann, desto größer wird auch der Anteil am Werbekuchen, dessen Umfang kaum mehr wächst.

Bei diesem Gerangel aber zieht das Kino wieder einmal den kürzeren, obwohl seine offiziellen Vertreter gerne betonen, daß das Kino schon viele Krisen überstanden habe und gewiß auch die Konkurrenz der Medien und ihren Kleinkrieg überdauern werde.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Zwei rechts, zwei links . . .

Das ist gewißlich wahr: Im Fernsehen gibt es nichts mehr zu erfinden, höchstens einen technischen Schnickschnack, einen Videotrick mehr oder – ja, oder einen neuen Mann, der nicht nur das Programm abwickelt, schlecht und recht, wie die meisten Unterhalter heutzutage ihr Handwerk betreiben, sondern der ganz genau weiß, was denn nun Sache ist.

Was aber ist Sache bei diesen westdeutschen Quiz- und Quatschabend, der sich nach seinem Macher **Donnerlippchen** (ARD) nennt? Dieser Jürgen von der Lippe indes, zwar profunder Kenner der Unterhaltungsmache und ein fröhlicher Bursche zudem, macht nur in Frohsinn jener Art, die seit Jahrhunderten von Jahrmarkt, Zirkus und Fernsehen betrieben wird. Zwei rechts, zwei links, eins geknödelt.

Das Schlimme ist nur: Keiner sagt ihm, wie er von der eingefahrenen Tour weg könnte. Nicht gerade zu neuen Ufern, aber wenigstens zu ein paar neuen Handgriffen und zu einer neuen Fröhlichkeit, die nicht aus der Studioecke kommt, sondern aus einem Bauch voller Schmetterlinge. Niemand sagt es ihm.

Die Phantasie ist in den letzten Jahren innerhalb der deutschen Television gründlich ausgerottet worden. So muß er es also allein versuchen. Er wagt sich aufs Glatteis – mit sehr viel Courage und manchen kleinen Blitzlichtern. Vielleicht erweist er sich als standfest auf dem rutschigen Boden des Entertainments. Das Zeug dazu hat er wohl, wie man glauben möchte.

VALENTIN POLCUCH

Verbissene Gegner

Die ZDF-Diskussion **5 nach 10** (siehe auch S. 12) am Dienstagabend war für den Zuschauer unergiebig, der Stil ließ sehr zu wünschen übrig. Man sparte nicht mit Vorwürfen: „Lüge", hieß es (Minister Blüm zum Gewerkschafter Steinkühler), „faule Tricks" (Anke Fuchs, SPD, zu Blüm), „Brunnenvergiftung" (Steinkühler zu Brunner, FDP), und so ging's munter zwei Stunden lang. Steinkühler, der einen Zettel-Kasten dabeihatte, mußte sich vom Expräsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, vorhalten lassen, daß diese vorbereiteten Argumente „irreführend" seien. Wer nicht ohnehin schon über die Änderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungs-Gesetz unterrichtet war, blieb nach der Sendung verwirrter als zuvor zurück.

Zwar versuchte das ZDF mit einem Erklärstück das Gespräch auf eine sachliche Ebene zu holen, doch das war vergebene Müh'. Denn zum einen waren die Gegner zu sehr ineinander verbissen, als daß diese Fakten anregend wirken konnten; zum anderen erschlugen sie den Zuschauer mit anderen Informationen, die meist, je nach Interessenlage, verkürzt waren.

Außerdem hatte das ZDF seinen alten Fehler bei Sendungen dieser Art wieder begangen: zu viele Teilnehmer (elf) waren dabei, allein drei von der CDU – übrigens keiner von den Grünen. Die Leiseren in der Runde, wie der Arbeitsrechtler Rüthers, hatten am meisten Aufklärung zu bieten, aber es war an diesem Abend niemandem vergönnt, einen Gedanken in Ruhe zu Ende zu führen.

DETLEV AHLERS

STUDIO

Der große Erfolg, den das **Funkkolleg Kunst** im letzten Jahr hatte, und der vielfach geäußerte Wunsch von Kollegiaten nach einer Fortsetzung der Veranstaltung hat den Saarländischen Rundfunk jetzt dazu bewogen, eine weitere Kunst-Serie im Radio zu bringen. Der Hauptabteilungsleiter „Kulturelles Wort" des SR, Hans-Jürgen Koch, war allerdings auf einer Sitzung auf dem Saarbrückener Halberg sehr überrascht, wie vielfältig die Vorstellungen der versammelten Kunstprofessoren für ein zweites Funkkolleg waren.

Wie das oft bei Expertenrunden ist, ging man ohne konkretes Ergebnis auseinander. Für die zukünftigen Planungsgespräche, so scheint es aber, dürfte ein vielleicht interdisziplinär angelegtes Funkkolleg die besten Chancen haben, das sich auch stärker mit der modernen Kunst befassen soll.

Interessenten für das „Funkkolleg Kunst, Teil 2" müssen sich allerdings noch eine Weile gedulden: Die Sendereihe soll erst in drei bis vier Jahren angeboten werden, wieder mit dem Saarländischen Rundfunk als federführender Anstalt. Ob der Bochumer Kunstprofessor Werner Busch – dessen Ruf auf den verwaisten Bonner Lehrstuhl gerade ansteht – wieder die Leitung des Kollegs übernehmen wird, ist jedoch fraglich. Das erste Kolleg, so Busch, habe ihn „vier Jahre seines Lebens gekostet". Es bleibt nun abzuwarten, ob vielleicht ein anderer soviel dafür übrig hat.

gcr



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Der Beau
11.50 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Mein Leben war schon toll . . .
Gero von Boehme interviewt Lilli Palmer
16.55 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
Spielserie nach Mark Twain
1. Teil: Tante Polly hat's schwer
17.20 Kein Tag wie jeder andere
Die Jagd nach dem Bunyip (1)
Eigentlich wollte Armin Maiwald nur ein paar Szenen für „Die Sendung mit der Maus" in Australien drehen, da hörte er von einem geheimnisvollen Fabeltier . . .
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Votum – Das Fernseh-Hearing
Eine Sendung mit Wählern und Gewählten
Hearing-Gast: Ignaz Kiechle, CSU-Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Moderation: Wolf Feller
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Lieder der vier Jahreszeiten
Carolin Reiber präsentiert Winter- und Faschingsmelodien
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Verdeckte Ermittlung
Von Peter Scheibler
Silke Wilbrandt, die 15jährige Tochter eines kleinen Versicherungsvertreters, ist verschwunden. Als der Vater das Haus verläßt, um die Polizei zu benachrichtigen, findet er einen anonymen Brief vor der Tür, in dem es heißt, Silke sei entführt worden und das Lösegeld betrage 300 000 Mark.
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Kreta – Ursprung Europas
4. Folge: Von den Müttern zu den Helden
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
Abenteuer in Venedig: Der Panzerschrank
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Teufels Großmutter
6. Folge: Schattenboxen
Oma Teufel hat ein neues Hobby: China, in allen seinen Formen. Sie lernt Chinesisch, ißt chinesisch, kleidet sich chinesisch.
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
Musik made in Germany
Mit Carlo v. Tiedemann
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Der Computer brach das Schweigen – Erfahrungen eines Nobelpreisträgers / KID – Eine neue Initiative der Krebsinformation: Rat per Telefon / Versuch's mal vier Wochen ohne: Aufruf zur Probe aufs Exempel
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Planquadrat Europa
Zuwachs für „Die Zehn"
Spanier und Portugiesen neu in der EG
Berichte von Michael Vermehren und Otto Wilfert
22.50 Der Erfinder
Spielfilm (1980) von Kurt Gloor nach einem Bühnenstück von Hansjörg Schneider
Mit Bruno Ganz, Walo Lüönd u. a.
0.25 heute

SAT 1

15.00 Kum Kum
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Kicker-Stammtisch
Sportdiskussion live aus Ludwigshafen, u. a. zur Handball-WM in der Schweiz
18.00 Abenteuer Wildnis
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 BRAVO TV
19.45 Opfer einer großen Liebe
Amerikanischer Spielfilm (1939)
21.30 APF blick
22.15 Galerie Buecher
22.45 High Chaparral
Der Bruderzwist
23.35 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Die Versuchung
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.50 Der Wiener Opernball
Live-Übertragung
23.50 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.22 RTL-Spiel
19.30 Der unsichtbare Mann
20.15 RTL-Spiel
20.30 Django tötet leise
Italienischer Spielfilm (1967)
Mit G. Eastman, G. Orfei u. a.
Regie: M. Hunter
22.10 RTL-Spiel
22.17 Open end – Typisch RTL
22.52 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die große Leidenschaft
Englischer Spielfilm (1949)
Mit Trevor Howard u. a.
Regie: David Lean
21.45 Glut unter den Füßen
Beim Entgasen von Steinkohle entsteht der Brennstoff Koks. Uwe Penner zeigt den Alltag der Menschen in einer Kokerei.
22.15 Nachtstudio
Kulturszene extra: Die Geierwally
23.00 Nachtstudio Spätausgabe
Anschl. Tips für Leser
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Gott im Weltraum?
19.45 Das Vermächtnis der Wälder
Erinnerungen an einen europäischen Lebensraum
20.00 Tagesschau
20.15 James Bond 007
Feuerball
Englischer Spielfilm (1965)
Mit Sean Connery u. a.
22.20 Berliner Ansichten
23.10 Frauengeschichten
23.55 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 WDR-Computerclub
19.05 Masken
19.30 Königliche Hochzeit
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Fred Astaire u. a.
21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Würger von Los Angeles (2)
Psychogramm eines Massenmörders
22.30 Kein schöner Land (6)
23.10 Vor vierzig Jahren
Wochenschauen

SÜDWEST

18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Jamaica Inn (3)
20.25 Hände – Werke – Künste
20.55 Atelierbesuch: Christel Abresch
21.00 Sport
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Der Stille mit dem spitzen Stift
Sepp Buchegger, Karikaturist
22.30 Frei ist der Narr zu dieser Stunde . . .
Die Elzacher Fasnet
23.15 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Transparent
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Wir spielen auf

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Hübscher, als die Polizei erlaubt
Französischer Spielfilm (1962)
20.25 Reisegeschichten
20.45 Stationen
21.30 Rundschau
21.45 B III Sport aktuell
Eishockey-Europapokal
SC Dynamo Berlin – SB Rosenheim
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
Mehr Rechtssicherheit oder mehr Überwachungsstaat? – Die neuen Sicherheitsgesetze der Koalition
23.25 Jahrmarkt
Amerikanischer Spielfilm (1980)

FUSSBALL / 2:1 über Italien durch Tore von Herget und Matthäus

Ein Freistoß, ein Elfmeter – der erste Sieg nach sechs erfolglosen Spielen

ULRICH DOST, **Avellino**

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft, in der letzten Zeit arg gebeutelt, kann doch noch gewinnen. Ausgerechnet gegen Weltmeister Italien gab es den ersten Sieg nach sechs erfolglosen Spielen. In Avellino bei Neapel gab es durch Tore von Herget (38.) und Matthäus (75.) einen 2:1-(1:1-)Erfolg, der erste übrigens in Italien *seit dem 28. April 1929.*

Wird jetzt also alles besser? Zumindest dies ist positiv zu vermerken: Die deutschen Profis, die in der Vergangenheit *die Zügel schleifen* ließen, scheinen die Forderungen nach einer besseren Berufsauffassung begriffen zu haben. Sie kämpften und gaben keinen Ball verloren. Das Fragezeichen aber bleibt hinter der spielerischen Leistung der deutschen Mannschaft. Beide Tore waren nicht etwa Resultat von Kombinationen, Herget traf mit einem Freistoß von der Strafraumgrenze, Matthäus mit einem Strafstoß, nachdem Briegel gefoult worden war.

Beckenbauer (der *Tausch Rolff* gegen Thon am Tag vor dem Spiel *beweist es) hatte seiner Mannschaft* eine stark defensive Taktik auferlegt. „*Eine sichere Abwehr ist die Säule des Spiels*", sagte er, „aus ihr heraus wollen wir das Heil in der Offensive suchen." Eine Absicht, die auf dem schlammigen Boden überhaupt nicht erfüllt werden konnte. Denn ausgerechnet in der Abwehr gab es die größten Schwächen. Sie waren verbunden mit den Namen Karl-Heinz Förster und Guido Buchwald. Beide versuchten ihre technischen Mängel durch Härte zu vertuschen. Buchwald war darüber hinaus auch Ausgangspunkt des italienischen Führungstores von Serena (21. Minute). *Unbedrängt konnte* er den Ball nicht stoppen, ließ ihn zehn Meter weit vom Fuß prallen und ihn sich dann auch noch durch die Beine spielen.

Da konnte dann Altobelli alleine auf Torwart Schumacher zu laufen. Der Kölner wehrte den Ball zwar noch mit einem waghalsigen Einsatz kurz hinter der Strafraumgrenze ab, mußte dann aber zuschauen, wie Förster zu spät kam, als Serena fast von der Grundlinie des Platzes aus doch noch *das leere Tor traf.*

Auch Augenthaler verhielt sich als *Libero taktisch ungeschickt.* Anstatt Förster und Buchwald in ihren *Zweikämpfen* gegen Altobelli und Serena *zu unterstützen*, lief er meist vor der Abwehr herum.

Doch auch im Mittelfeld und im Angriff setzte die deutsche Mannschaft eigentlich nur fort, was sie seit sechs sieglosen Spielen vorgeführt hatten. Karl-Heinz Rummenigges Kritik: „Wir können nur noch reagieren, unserem Gegner aber nicht unser Spiel aufzwingen", muß auch für die Vorstellung *von Avellino gelten. Dabei* darf die Kritik noch nicht einmal bei dem (wieder glanzlosen) Felix Magath ansetzen. Der Hamburger, an *dem Franz Beckenbauer immer noch* festhält, hatte es diesmal besonders schwer, eine Anspielstation zu finden. Schuld daran waren auch Rummenigge und Klaus Allofs, die sich im Angriff oft gegenseitig im Wege standen. Nur selten wich Rummenigge auf den linken Flügel aus, meist stand er, wie Allofs auch, in der Mitte, nur zehn Meter vor dem Kölner.

So gab es denn nur wenige Lichtblicke. Einer war wieder einmal Hans-Peter Briegel bei seinen gewohnt kraftvollen Vorstößen über die linke Seite. In der 17. Minute zeigte er, daß auch die stabile Abwehr der Italiener wacklig wird, wenn schnell und direkt gespielt wird. Mit einem klugen Paß nach einem Alleingang spielte er Magath frei, dessen direkte Flanke zu einem gefährlichen Kopfball von Rummenigge führte. Dennoch: Auch bei Briegel muß es Abstriche geben. Wenn sein Gegenspieler Conti (der beste Mann auf dem Platz) das Sturmspiel seiner Mannschaft ankurbelte, lief er sehr oft nur hinterher.

Es ist zweifellos richtig, daß der schlechte Platz ein besseres Spiel verhinderte. Richtig ist aber auch, daß *die Italiener zur Zeit ebenfalls noch* lange nicht so weit sind, ihren Weltmeistertitel in Mexiko verteidigen zu können. Daran muß das Spiel der deutschen Mannschaft gemessen werden. Es zeigten sich die alten Schwächen, die deshalb so bedenklich sind, weil Franz Beckenbauer die Zeit des Experimentierens eigentlich schon für beendet erklärt hat, aber noch immer kein Erfolgsrezept sichtbar wird. Wo ist der Spielgestalter? Kann es doch Olaf Thon sein? Völler bleibt auf alle Fälle erste Wahl für die zweite Angriffsposition neben Rum*menigge, aber was geschieht, wenn* der Bremer nach der langen Verlet*zungspause nicht mehr* rechtzeitig in Schwung kommt? Allofs und auch Gründel können noch nicht erste Wahl sein. Auch die Frage nach dem richtigen Libero bleibt vorerst offen. Auffällig nur, daß Augenthaler kaum Bindung zu seinen Kollegen fand, Herget dagegen öfter gesucht und angespielt wurde als Magath.

So hat sich der Jubel über den Sieg zwangsläufig in Grenzen zu halten. Er sagt nicht viel aus über den weiteren Weg der deutschen Mannschaft, der in Mexiko bei der Weltmeisterschaft im Finale enden soll.

Deutschland: Schumacher (31/65) – Augenthaler (28/9) – Rolff (26/14), Buchwald (24/4), Förster (27/72), Briegel (30/62) – Matthäus (24/37), Herget (30/18), Magath (32/35) – Rummenigge (30/87), Allofs (29/37), ab 46. Gründel (28/2); **Schiedsrichter:** Igna (Rumänien); **Tore:** 1:0 Serena (21. Minute), 1:1 Herget (38.), 1:2 Matthäus (75., Foul-Elfmeter); **Gelbe Karten:** Rolff (Deutschland), Serena (Italien); Zuschauer: 35 822 (ausverkauft).

Burdenski macht weiter

sid, **Bremen**

Dem Rücktritt folgt jetzt der Rückfall. „Ich habe meine Bereitschaft bekundet, meine Laufbahn fortzusetzen. Nun will ich mir anhören, was unser Trainer Otto Rehhagel dazu meint", sagt Werder Bremens Torhüter Dieter Burdenski, seit 1972 Stammtorhüter des derzeitigen Tabellenführers der Fußball-Bundesliga. Der 35 Jahre alte Burdenski hatte am 9. November in einer „persönlichen Erklärung" seinen Abschied vom Leistungssport verkündet.

Der Gedanke, seine Karriere doch noch nicht zu beenden, sei in den letzten Wochen immer konkreter geworden und habe nichts mit seiner herausragenden Leistung im Nordderby gegen den Hamburger SV (1:0) zu tun. „Sicherlich habe ich in diesem Spiel eine gute Figur gemacht, aber eine solche Entscheidung darf man nicht von einer Partie abhängig machen", sagt der zwölfmalige A-Nationalspieler, der auf internationaler *Ebene das Pech hatte,* mit Sepp Maier und Toni Schumacher zwei noch bessere *Schlußleute vor sich zu haben.*

Der gelernte Bauzeichner glaubt *nicht, daß Rehhagel Einwände gegen* eine weitere Zusammenarbeit mit seinem Torwart hat. Rehhagel will sich dennoch derzeit nicht festlegen: „Ich muß erst meine Gedanken neu ordnen." Burdenski sagt: „Ich würde gerne in Bremen bleiben, aber ich habe auch zwei gute Angebote aus der Bundesliga und dem Ausland." Über die Gründe, die ihn zum Weitermachen bewegt haben, schweigt der Torwart: „Das sind Dinge, die nicht in die Öffentlichkeit gehören."

Lob für Frontzeck, aber Gaudino war der große Star

sid, **Salerno**

Für die italienischen Journalisten war der Landsmann in den Reihen des Gegners der erklärte Star. Schließlich stammen Antonio und Maria-Antonetta, die Eltern von Maurizio Gaudino, aus Trattamaggiore nahe Neapel. „Er hat sein Können aufblitzen lassen", sagte Trainer Berti Vogts über den Mann mit südländischem Aussehen und deutschem Paß, nachdem Gaudino den Italienern in neapolitanischem Dialekt seinen Werdegang beim SV Waldhof Mannheim geschildert hatte. Gaudino war der Torschütze für die deutsche Fußball-Junioren-Auswahl beim 1:1 in Salerno gegen Italien.

Vogts war aber auch insgesamt zufrieden mit dem ersten internationalen Auftritt seiner neuformierten Auswahl, obwohl der Ausgleich durch Stefano Carrobi aus Florenz unmittelbar vor dem Abpfiff gefallen war. „*Wir haben gegen eine Mannschaft,* die bereits zweieinhalb Jahre *zusammen ist, taktisch gut gespielt*", sagte der Trainer und hob vor allem *den Münchner Manfred Schwabl* („er war im Mittelfeld fast exzellent") und *Michael Frontzeck aus Mönchengladbach* hervor.

Die drei weiteren *Kandidaten für* die Weltmeisterschaft in Mexiko hatten *vor 12 000 Zuschauern dagegen* keine Bäume ausgerissen. „Thomas Berthold bringt aufgrund der langen Verletzungspause erst etwa 60 Prozent seiner Leistung", urteilte Vogts. Und: „Herbert Waas hatte es im Sturm unheimlich schwer, und Torwart Eike Immel wurde nur selten geprüft."

Den recht gemütlichen Nachmittag des Dortmunders, der beim Ausgleichstreffer keine Chance besaß, wertete der Trainer aber auch als positives Zeichen für die Harmonie in der Abwehr. „Wir sind auf dem Wege zu einer echten Mannschaft", faßte Vogts zusammen, obwohl Talente wie Dieter Eckstein aus Nürnberg wegen fehlender Routine unter der Normalform geblieben waren. „Wenn dieser Kader immer zusammen gewesen wäre, hätten wir auch eine Möglichkeit zur Qualifikation für die Europameisterschaft besessen, die die Italiener geschafft haben", sagte Vogts rückblickend.

Die von Vogts vor dem Spiel ebenfalls noch für den WM-Kader ins Gespräch gebrachten Wolfgang Funkel (Uerdingen) und Dieter Eckstein dürften jetzt keine Diskussions-Thema mehr sein. Eckstein, später sogar ausgewechselt, konnte seine fehlende internationale Erfahrung nicht mit Frische und Frechheit überspielen. Der 27 Jahre alte Funkel bekam von Vogts wieder einmal ein gutes Zeug*nis ausgestellt* („er hat taktisch hervorragend gespielt"), doch Beckenbauer dämpfte die *Hoffnungen der* beiden deutlich: „Das sind nur Spe*kulationen.*"

Die Test- und Aufbau-Arbeit wird *nun am 3. März* in Koblenz im Spiel gegen WM-Teilnehmer Südkorea mit Leverkusens Sturm-As Bum Kun Tscha fortgesetzt. Allerdings sollen im Oberwerth-Stadion in Absprache mit DFB-Teamchef Franz Beckenbauer auch einige Akteure zum Zuge kommen, „die jetzt noch zum Kreis der A-Mannschaft gehören".

Heute vor 50 Jahren: Winterspiele in Garmisch



Den *meisten Beifall beim Einmarsch* der Nationen erhielten Finnen und Franzosen (sie kamen mit erhobenem rechten Arm). Die deutschen Athleten wurden vom Fridericus-Rex-Marsch begleitet. Zwei Nationen waren dabei, die niemals wieder bei einer ähnlichen Gelegenheit auftraten: Estland und Lettland. Später spielten drei Militär-Musikkorps den 2. Satz der Fünften Sinfonie von Beethoven. Adolf Hitler sprach die traditionelle Formel: „Ich erkläre *die vierten Olympischen* Winterspiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen für eröffnet."

Es war heute vor 50 Jahren, am 6. Februar 1936. Die „Berliner Illustrierte Zeitung" erschien mit einem Titelbild *des damals 25 Jahre alten* Fotografen Hanns Hubmann, das die *WELT hier abdruckt.* Das *Foto* erregte Aufsehen – Unterschrift vor 50 Jahren: „Eine Fotostudie mit der Fernkamera. Im Gleichklang des Gleitens: Das deutsche Meisterpaar". Maxi Herber und Ernst Baier, die die Goldmedaille im Paarlaufen gewannen, waren von Hubmann aus einer Entfernung von 40 Metern aufgenommen worden – mit dem ersten *Teleobjektiv*, Spitzname „Leica-Gewehr" oder „lange Tüte".

Ernst Baier, der Architektur studiert hat, gewann auch die Silbermedaille *als Einzelläufer. Zusammen* mit seiner Frau Maxi (sie wurden 1965 geschieden) gründete er 1951 ein Eisballett, das bei europäischen Gastspielen in elf Jahren rund 16 Millionen Zuschauer hatte. Er gibt heute noch, 81 Jahre alt, ab und an Eiskunstlauf-Unterricht.

Christl Cranz-Borchers und Franz Pfnür waren die beiden anderen deutschen Athleten, die Gold gewannen. Beide im alpinen Skisport, in dem es damals nur Medaillen für eine Kombination aus *Abfahrt* und Slalom gab. Christl Cranz, 71 Jahre alt, *sagt heute über ihren Triumph* von 1936: „Bei der Abfahrt stürzte ich *und verlor 19 Sekunden auf die* Beste. Wenn ich noch gewinnen wollte, *mußte ich im Slalom elf* Sekunden gutmachen. Und so wurde dieser Lauf das einzige Rennen in meinem ganzen Leben, in dem ich mit hundertprozentigem Einsatz und vollem Risiko fuhr. Nie zuvor hatte ich das nötig, obwohl ich vierzehnmal Weltmeisterin war." DW.

STAND ● PUNKT

Köln und das Henckel-Rennen

Lange ist hinter den Kulissen darüber geredet worden, jetzt ist es perfekt: Das klassische Henckel-Rennen, eine der traditionsreichsten Prüfungen im deutschen Turf, wird 1986 nicht mehr in Gelsenkirchen-Horst, sondern in Köln ausgetragen.

Die Fakten: Bisher gab es 90 000 Mark zu gewinnen, am 19. Mai 1986 in Köln ist das Rennen mit 200 000 Mark ausgeschrieben. Das Rennen soll an die im Vorjahr verstorbene Besitzerin des Kölner Gestüts Röttgen, Maria Mehl-Mülhens, erinnern. So wird es wohl allerdings auch zu einer Namensänderung der wichtigen Vorprüfung für das deutsche Derby kommen; ob der einprägsame und in der breiten Öffentlichkeit bekannte Name Henckel-Rennen ganz verschwindet, ist noch nicht sicher. Zwar fanden bislang in Köln mit dem Gerling-Preis, dem Union-Rennen, dem Elite-Preis, dem Preis von Europa und dem Preis des Winterfavoriten fünf Rennen der Europa-Gruppenwertung statt, aber die umsatzstärkste Galopprennbahn in Nordrhein-Westfalen (Vergleich 1985: Köln: 19,6 Millionen *Mark, Gelsenkirchen: 9,8 Millionen* Mark) hatte keines der fünf klassischen *Rennen im* Programm, während die seit Jahren unter chronischer *Finanz- und Führungsschwäche* leidenden Gelsenkirchener trotz *ihrer durch unterschiedliche* Umstände bedingten rückläufigen Ten*denzen im Vorjahr noch vier Europa-*Gruppenrennen austrugen. Hier stimmten die Relationen also *ohnehin* nicht mehr.

Zusätzlich und erstmals im deutschen Turf wird es eine Sonderprämie für den Besitzer desjenigen Pferdes geben, das das Henckel- und Union-Rennen am 15. *Juni* gewinnt. 100 000 Mark winken als Bonus, au*ßerdem wurde auch das Union-Ren*nen durch einen Sponsor auf 153 000 *Mark aufgestockt.*

Die Lösung, das Henckel-Rennen von *Gelsenkirchen nach Köln* zu verlegen, kann unter den derzeitigen *Verhältnissen* nur positiv gewertet werden. Spitzenereignisse sollten dort stattfinden, wo auch der große Zuschauerzuspruch zu erwarten ist *und wo die Möglichkeit besteht,* Sponsoren zu finden. Rennveranstal*tungen müssen noch mehr nach* Ertragsgesichtspunkten vergeben werden. KLAUS GÖNTZSCHE

LEICHTATHLETIK / Claudia Losch Weltklasse

Schlaflose Nacht nach dem „Schreck über diese Weite"

KLAUS *BLUME*, **Bonn**

Als sie kürzlich auf Lanzarote übte, gelang ihr mit der vier *Kilo* schweren Eisenkugel ein Stoß, der sie um den *Schlaf* brachte. „*Der Schreck über* diese Weite", so erzählt Trainer Chri*stian Gehrmann,* „*hat uns die ganze* Nacht nicht ruhen lassen." Wie weit es *damals gegangen* war, will weder er noch Claudia Losch, die Kugelstoßerin, sagen: „Niemals, wir machen uns nur vor aller Welt lächerlich."

Wie weit es war, kann *man nun* vermuten, denn am Dienstagabend *gelang Claudia Losch in Zweibrük*ken mit 21,46 m eine deutsche Hal*len-Bestleistung im* Kugelstoßen. Die alte Bestmarke, 1977 von der jetzigen Diskus-Bundestrainerin Eva Wilms erzielt, stand fast zehn Jahre lang bei 21,03 m. Und der gültige deutsche Rekord, im Freien ebenfalls von Eva Wilms aufgestellt, steht bei 21,43 Meter. Um die Leistung der 26 Jahre alten Münchner Optikerin Claudia Losch richtig einordnen zu können, bedarf es des internationalen Vergleiches: Im letzten Sommer führte die sowjetische Weltrekordlerin Natalja Lissowskaja mit 21,73 m die Jahresweltbestenliste der im Freien erzielten Weiten vor der tschechoslowakischen Weltmeisterin Helena Fibingerova (21,03 m) an. Gemessen daran, gehört Claudia Losch nun mit ihrer Weite von 21,46 m zur absoluten Weltspitze, zu der in den letzten Jahren ausschließlich osteuropäische Athletinnen gehörten. In der sogenannten ewigen Weltrangliste hat sich Claudia Losch nun auf Platz sechs vorgeschoben. Weil einige der vor ihr plazierten Athletinnen zurückgetreten sind, ist Claudia Losch zur Zeit die drittstärkste Athletin der Welt.

Eine Rechnung, die einen freilich auch um den Schlaf bringen kann. Schon deshalb sagt Christian Gehrmann: „Das ist mir alles zuviel." Und dann: „Vielleicht war das jetzt in *Zweibrücken* auch alles ein bißchen zu weit. Vielleicht auch ein bißchen zu früh, weil ich in der Wintervorbereitung nicht so exakt gearbeitet habe wie sonst." Hat er nun etwa Angst davor, man könne Claudia Losch fort*während an dieser außergewöhnli*chen Weite, die immerhin schon Anfang Februar erzielt wurde, messen? Gehrmann sagt weder nein noch ja, sondern: „*Wir hatten im Visier, zwischen 20,70 m und 21,10 m zu errei*chen. Dann wäre der Rekord von Eva *auch weggewesen.* Das war die Ausgangsbasis nach den Trainingsergeb*nissen, wobei* ich den einen Superstoß auf Lanzarote nicht einberechnet habe." Was wohl ein Fehler war, wie Zweibrücken zeigte ...

Denn Claudia Losch ist nun wieder im Gespräch – und damit auch ihr Trainer Christian Gehrmann. Ein Mann, für den sehr oft das Prädikat „umstritten" gewählt wird, weil er mit den ihm anvertrauten kugelstoßenden und diskuswerfenden Damen nicht immer allzu fein umgegangen sein soll. Aber wie dem auch sei, Gehrmann steht nun wieder im Rampenlicht, als jener erfolgreiche Trainer, der bei den Europameisterschaften im August in Stuttgart dem Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) mit Claudia Losch eine Medaillengewinnerin präsentieren kann. So, wie es 1984 war, als sie in Los Angeles Olympiasiegerin wurde, damals, als die Osteuropäerinnen nicht mitmachen durften.

Die Saison darauf lief ihr dann völlig aus dem Ruder: Ständiger Streit mit dem DLV und eine Ellenbogenverletzung setzten sie matt. Der Streit führte sogar so weit, daß Claudia Losch nicht zum Europacup-Finale in Moskau antrat, gleichzeitig aber auf einer Nominierung für die Studentenspiele im japanischen Kobe bestand. Was dann folgte, waren rechtliche Auseinandersetzungen und Gespräche, die stets wie das Hornberger Schießen ausgingen. Und Claudia Losch stand dabei im Abseits ...

Nun haben sich Claudia Losch und der Verband geeinigt. „Schreiben Sie: Friede, Freude, Eierkuchen – das trifft so ungefähr die Stimmung", sagt ein Funktionär. Und Gehrmann hat dann gleich darauf begonnen, neue Übungselemente zu entwickeln, die neue Verletzungen weitgehend ausschließen sollen. „Schnell ist Claudia jetzt geworden", sagt Gehrmann, „der ganze Stoß ist eine einzige *schnelle, fließende Bewegung,* der die Bezeichnung Stoß gar nicht mehr *erlaubt.*"

Erklärungen eines Rekordes. Warum *er denn auf so etwas nicht schon* früher gekommen ist? Gehrmann ist wohl *zu* verblüfft über Claudia Losch, um antworten zu können: „Ich kann *es nicht fassen.*"

NACHRICHTEN

Traudl Hächer Vierte

Valzoldana (dpa) – Die Schweizerin Maria Walliser gewann in Valzoldana (Italien) den Weltcup-Riesentorlauf vor der Jugoslawin Svet und Charvatova (CSSR). Die Placierungen der deutschen Fahrerinnen: 4. Hächer, 10. Dedler, 11. Kiehl, 14. Gerg, 16. Epple-Beck. Im Weltcup führt Maria Walliser.

Sperre für Jockey

Köln (kgö) – *Jockey Peter Düker* wurde bis zum 18. Juli 1986 gesperrt, *weil er am 18. 1. 1986 in Krefeld im* Glücksbringer-Preis den Hengst Jenissey *nicht* ausgeritten hat. Trainer Rolf David wurde vom Ordnungsausschuß des Verbandes freigesprochen.

Castros Schelte

Havanna (dpa) – Als eine „*privilegierte Mafia*" hat der *kubanische* Staatschef Fidel Castro die Funktio*näre der internationalen olympischen* Bewegung bezeichnet. Castro wieder*holte seinen* Vorschlag, die Olympischen Spiele 1988 nicht nur in Seoul, *sondern auch in Nordkorea* zu veranstalten.

Tennis und Fernsehen

Mainz (sid) – *Das Zweite Deutsche* Fernsehen (ZDF) überträgt vom er*sten Tag der Davis-Cup-Begegnung* Mexiko – Deutschland (7. bis 9. März) *ab 21.15 Uhr die Auftakteinzel.*

Aufgestiegen

Paris (sid) – Der deutsche Radprofi Ralf Hofeditz ist bei einem erstklassigen Rennstall untergekommen. Hofeditz unterschrieb bei „System U", dessen Kapitän Tour-Sieger Fignon (Frankreich) ist.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Bundesliga, Männer, 14. Spieltag: Reutlingen – Saarbrücken 7:9, Heusenstamm – Hertha BSC 5:9, Düsseldorf – Grenzau 8:8, Altena – Jülich 9:6.

EISHOCKEY

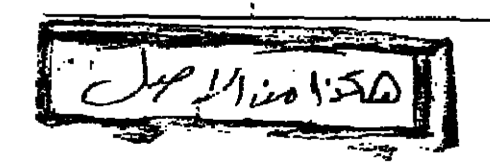
Bundesliga: Rosenheim – Landshut 5:1.

BASKETBALL

Pokal, Männer, Viertelfinale: Bayer Leverkusen – ASC Göttingen 80:74.

TENNIS

Grand-Prix-Turniere, in Toronto, 1. Runde: Osterthun (Deutschland) – Saltz (USA) 6:4, 6:4. – In Memphis, 1. *Runde:* Westphal (Deutschland) – Pimek (CSSR) 6:4, 6:2.

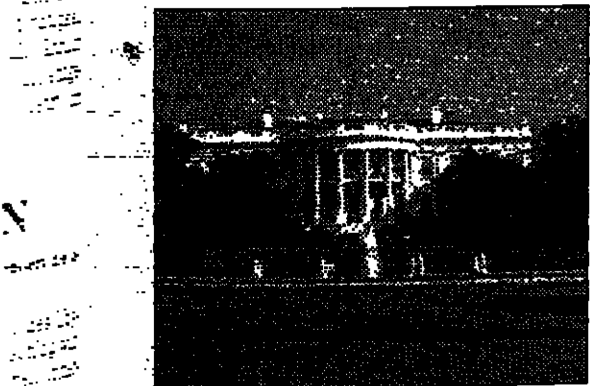


Mit Kevlar* verstärkte Glasfaserkabel von Siemens sorgen dafür, daß lebenswichtige Verbindungen nicht abreißen.

Die Tutzinger Hütte in den bayrischen Bergen liegt 1800 m hoch. Oft ist das Telefon die einzige Verbindung zur Außenwelt und zu den umliegenden Hütten. In Notfällen kann es sogar lebensrettend sein. Weil die Hüttenwirte den Rettungseinsatz organisieren müssen, wenn Menschen in Bergnot geraten sind. Daß die Telefon-Freileitungen in dieser Region besonders hohen Strapazen ausgesetzt sind, ist klar. Sturmböen zerren an den Leitungen, und im Winter lasten Schnee und Eis zentnerschwer auf den Kabeln. Häufig wurden die bisherigen Kupferkabel auch durch Blitzschlag zerstört. Die Verbindungen waren für Stunden oder gar Tage unterbrochen. Und die Post hatte einen sehr hohen Aufwand an Reparaturen.

Darum suchte man nach einer Lösung, die solche Probleme ausschaltet. Seit 1980 hat die Post bei elf Anschlüssen dieser Art mit KEVLAR verstärkte selbsttragende Glasfaser-Luftkabel von Siemens eingesetzt. Und obwohl auch schon entwurzelte Bäume auf die Leitungen gestürzt sind, ist die Verbindung nie abgerissen.

Kevlar hat auch direkte Verbindungen zum Weißen Haus.



Mehr Verbindungen durch Glasfaserkabel.

Das Weiße Haus hat die Kapazität seiner weltweiten Verbindungen erheblich erweitert. Denn die bisherigen Telefon-Kupferkabel wurden durch Glasfaserkabel ersetzt, die mit KEVLAR verstärkt sind.

KEVLAR ist die ideale Kabelverstärkung für die zugempfindlichen Glasfasern, weil es die Zugfestigkeit erhöht. Denn es gab bisher kein anderes Material, das so wenig wiegt und zugleich eine so hohe Festigkeit aufweist.

Außerdem macht KEVLAR die Kabel leichter und ermöglicht einen geringeren Durchmesser.

Kevlar ist eine außergewöhnlich starke und vielseitige Faser.

Keine andere Faser-Art bietet eine solche Kombination von Eigenschaften: KEVLAR ist extrem leicht und zugleich extrem stabil. Bei gleichem Gewicht hat es die fünffache Festigkeit von normalem Stahl. Durch seine Flexibilität ist es mühelos formbar, aber kaum dehnbar. KEVLAR ist auch korrosionsfrei, nicht magnetisch und leitet keine Elektrizität. Temperaturen spielen dabei kaum eine Rolle. Denn KEVLAR verkraftet −40°C genauso problemlos wie +130°C. Außerdem ist KEVLAR hitzebeständig, selbstverlöschend und verkohlt erst bei Temperaturen von über 425°C.

KEVLAR gibt es in Form von Fäden und Fasern, aus denen die jeweiligen Produkte entwickelt werden.

Kevlar macht Flugzeuge sicherer, stabiler und schöner.

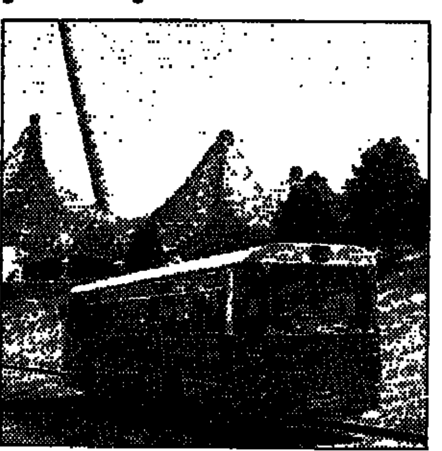
KEVLAR bietet Konstrukteuren und Designern außergewöhnliche Möglichkeiten. Weil es extrem leicht, stabil und robust ist und sich in jede Form bringen läßt.

Das geringe Gewicht geht übrigens nicht zu Lasten der Sicherheit. Ganz im Gegenteil. KEVLAR erhöht sogar noch die Festigkeit. Hinzu kommt, daß man KEVLAR auch mit anderen Fasern kombinieren kann. Und dadurch die Möglichkeiten noch erweitert. So wurde KEVLAR beispielsweise beim Airbus A 310 zur Verstärkung mit Kohlefasern kombiniert. Über das Ergebnis freut sich auch die Lufthansa. Weil sie durch die Gewichtsreduzierung bei jeder Maschine dieses Typs rund 100.000 DM Treibstoffkosten pro Jahr spart.

Kevlar macht Autos leichter, sicherer und umweltfreundlicher.

Die Karosserie-Außenteile des Audi Sport Quattro und des Audi Quattro Rallye sind aus KEVLAR. Dadurch wurden beim Audi Sport Quattro ca. 65 kg Gewicht eingespart. Und die Rallye-Version ist sogar ca. zwei Zentner leichter als eine „Ganzstahlkarosserie". Doch auch in anderen Bereichen fährt man mit KEVLAR besser. So sind beispielsweise die Hochgeschwindigkeits-Reifen führender Hersteller wie Michelin, Pirelli, Kléber und Dunlop mit KEVLAR verstärkt.

Gerade bei Autoteilen mit sehr hoher Beanspruchung hat sich KEVLAR bewährt. So sorgen zum Beispiel mit KEVLAR verstärkte Zylinderkopfdichtungen für mehr pannenfreie Kilometer. Und immer häufiger werden Bremsbeläge mit KEVLAR statt mit Asbest verstärkt. So hat beispielsweise die Stadt München ihre Stadtbusse mit asbestfreien Bremsbelägen nachrüsten lassen. Und die meisten Automobil-Hersteller wie Audi, Daimler-Benz, Ford, Opel und VW verwenden für ihre in Deutschland produzierten Pkw-Modelle teilweise asbestfreie, mit KEVLAR verstärkte Scheibenbremsbeläge.



Münchner Stadtbusse mit asbestfreien Bremsbelägen.

Kevlar kann sogar eine Revolverkugel stoppen.

Einen außergewöhnlichen Beweis für die extrem hohe Festigkeit von KEVLAR liefern Kugelschutzwesten, wie sie auch die Polizei verwendet. Schon eine 1 kg leichte Weste aus KEVLAR kann eine Kugel aus einer 0,38 Special stoppen. Bei Fechtsportlern soll Schutzkleidung aus KEVLAR in Zukunft sogar Vorschrift sein. Auch bei Sturzhelmen, Rennanzügen und Arbeitshandschuhen sorgt KEVLAR für besseren Schutz.

Kevlar kann weder rosten noch brennen.

Deshalb läuft mit KEVLAR auch überall da alles bestens, wo das Material härtesten Strapazen ausgesetzt ist. Zum Beispiel in Förderbändern. Führende Förderbandhersteller wie Phoenix, Dunlop-C.C.T. Belgium, Depreux, Kléber Industrie, Scholtz und Trelleborg haben bereits über 130.000 m Förderbänder auf KEVLAR Basis hergestellt. Die meisten laufen in deutschen Kohlezechen. Manche schon seit 9 Jahren. Probleme gab es dabei noch nie.

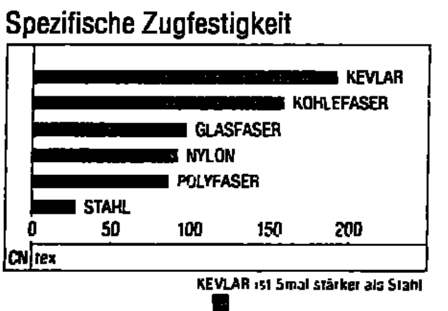


Selbstverlöschendes rostfreies Förderband.

Kevlar ist keine Zukunftsvision, sondern Realität.

Auch wenn es ein bißchen fantastisch klingt, es stimmt. Alles, was wir hier über KEVLAR sagen, ist erprobt, bewährt, bewiesen. Und schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß KEVLAR ein faszinierendes Material ist. Es zeigt Möglichkeiten auf, um mit bisher schier unlösbaren Problemen fertig zu werden. Und in den 90er Jahren wird vieles ohne KEVLAR undenkbar sein. Darum sollten Sie heute schon mehr darüber wissen.

Spezifische Zugfestigkeit



KEVLAR ist 5mal stärker als Stahl

KEVLAR*

eine Technologie-Faser von Du Pont.

Die „Engineering-Fibres Division" von Du Pont hat im High Tech-Bereich vielfach Pionierarbeit geleistet. Und kann dadurch Möglichkeiten aufzeigen, wie man die Festigkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit von Produkten verbessert. Das gilt heute genauso wie für die Zukunft. Beispiele für diese Entwicklungen sind Produkte wie Teflon*, Tyvek*, Typar*, Nomex*, Cordura* und hochfestes Nylon.

Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH, Hans-Böckler-Straße 33, 4000 Düsseldorf 30.

Du Pont, Ihr Partner für Entwicklungen

*Eingetragenes Warenzeichen von Du Pont



Biedenkopf erklärt Vorschlag für Schiedsstelle

da. **Bonn**

Der westfälische CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf hat jetzt präzisiert, wie er sich die Einrichtung einer Schiedsstelle vorstellt, die entscheiden soll, ob mittelbar vom Streik betroffene Arbeitnehmer Geld von der Bundesanstalt für Arbeit bekommen. *Im ZDF sagte Biedenkopf*, in der Bundesanstalt solle einen Ausschuß eingerichtet werden, der schnell, also noch während des Arbeitskampfes, entscheide. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten in diesem Ausschuß gleich stark vertreten sein – verstärkt von einem oder mehreren Neutralen, die in der Regel den Ausschlag geben würden.

Biedenkopf nannte als Beispiel für das Verfahren, wie dieser Neutrale bestimmt werden soll, die Ausschüsse *nach dem Heimarbeits-Gesetz. Sie* regeln die Bezahlung der gewerkschaftlich schwach organisierten Heimarbeiter. Für diese Ausschüsse (Auftragg ber und Beschäftigte sind gleichstark vertreten) bestellt der Bundesarbeitsminister oder einer der Länderminister im Einvernehmen mit den Mitgliedern den ausschlaggebenden Neutralen. Er ist meist ein Beamter des Ministeriums.

Im konkreten Fall würde das bedeuten, daß während eines Streiks *ein Beamter des Arbeitsministeriums* zugunsten einer der Tarifparteien eingreifen müßte. Franz Steinkühler (IG Metall) gab während der Sendung zu bedenken: Würde eine solche Schiedsstelle überhaupt Rechtsansprüche auf Zahlung ablehnen können? Und umgekehrt: Könnte sie Zahlungen bewilligen, die gesetzlich nicht begründet seien?

Der Arbeitsrechtler Professor Bernd Rüthers unterstützte Biedenkopf in der Sendung insofern, als er *die derzeitige Praxis eine „Rechtsverweigerung“* nannte, für die eine Lösung gefunden werden müsse. 1984 haben Sozialgerichte einstweilige Anordnungen erlassen, daß mittelbar vom Streik Betroffenen Kurzarbeitergeld gezahlt werden muß. Diese Gerichte haben bisher in der Hauptsache nicht entschieden. Bis zu einem Urteil würden, so meinte Rüthers, „noch viele Jahre“ verstreichen.

Rau verkündet in USA den „neuen Realismus“

PETER PHILIPPS, **Washington**

Die Sicherheitspolitik und ihre mittelfristigen Perspektiven nach dem Genfer Treffen von Reagan und Gorbatschow standen im Zentrum aller bisherigen Gespräche, die SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau in Washington geführt hat – auch gestern, beim Treffen mit dem US-Präsidenten und Außenminister Shultz. Dabei wurde es bei den Sozialdemokraten als bemerkenswerter Akt der Freundlichkeit und des Interesses am SPD-Besucher gewertet, daß Reagan an diesem Termin, wenige Stunden *nach seiner „State of the Union Message“*, festgehalten hatte, die von Rau im Hotelzimmer vor dem Fernseher verfolgt worden war. Nach dem Challenger-Unglück hat Reagan einen großen Teil seiner bisherigen Termine gestrichen.

Es ist nicht der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, der am Potomac zum Gespräch gebeten wird. Die Aufmerksamkeit gilt dem Kanzlerkandidaten und Repräsentanten der SPD. Und der republikanische *Senator Charles Mathias, ein alter* und erfahrener Streiter im Auswärtigen Ausschuß, steuerte denn auch beim gemeinsamen Frühstück direkt das Ziel an: Ob es unter einem Kanzler Rau eine andere Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland geben würde?

„Middle-of-the-road-man“

Natürlich werde sich dort etwas ändern, war die Antwort – wobei Rau freilich im Allgemeinen blieb und sich selbst auch schnell relativierte: Je erfolgreicher der Dialog der beiden Großmächte in Genf, desto geringer seien natürlich die Differenzen.

Außerdem müßten die Zusammenarbeit und die Absprache miteinander intensiviert werden. Und er gab sich als der Repräsentant eines „neuen Realismus“ in der Sicherheitspolitik seiner Partei. Rau blieb bei diesem Frühstück das, was wenige Tage vor seinem Besuch das „Wall Street Journal“ seinen amerikanischen Lesern bereits angekündigt hatte: Der „Predigersohn Bruder Johannes“, der vor allem eine Botschaft über den Atlantik transportieren solle: „Die Linksdrift seiner SPD ist vorüber, und der Schwenk zurück zur Mitte hat begonnen.“ Oder, wie es der „Guardian“ kürzlich vor Raus London-Besuch schrieb: Der „Middle-of-the-road-man“ ist da.

Europäische Interessen

Mathias jedenfalls, begleitet unter anderem vom Senatskollegen Thurmond, insistierte nicht, ließ sich von Rau verdeutlichen, was er unter den „europäischen Interessen“ bei den Genfer Verhandlungen versteht: Insbesondere das Anstreben eines Zwischenabkommens über Mittel- und Kurzstreckenwaffen, wobei der SPD-Politiker gerade in bezug auf diese letzte Kategorie die Gorbatschow-Vorschläge als „nicht akzeptabel“ bezeichnete.

Außer der Freundlichkeit guter Gastgeber kann Rau noch etwas mit nach Hause nehmen: Von allen Gesprächspartnern wurde versichert, daß sich die USA nicht in den deutschen Wahlkampfauseinandersetzungen für oder gegen eine Partei in Stellung bringen lassen wollen. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien, so Mathias, „so stabil und wichtig“, daß sie weitgehend unabhängig davon blieben, wer dieseits oder jenseits des Atlantiks gerade an *der Regierung sei.*

Nach der freundlichen Grundeinstimmung fuhr der Kandidat weiter, ließ sich mit seinen Bonner Begleitern – den Bundestagsabgeordneten Voigt und Stobbe – im State Department einen Vortrag über die Verästelungen der gegenwärtigen Rüstungskontrollpolitik halten. Die Harmonie konnte dabei auch von Karsten Voigt nicht gestört werden, obwohl er (nach Auskunft von Begleitern) den amerikanischen Gastgebern „penetrant“ *ins Wort fiel. Das Wort Willy Brandts,* Voigt kenne inzwischen „jede Rakete persönlich“, verpflichtet eben.

Die einzige Überraschung der bisherigen Reise mußte Rau im Handelsministerium verdauen: Hausherr *Baldrige begrüßte ihn mit Hinweis* auf den „komischen Hut“, mit dem er Rau gesehen habe. So war dem Kanzlerkandidaten sein närrischer Rittertitel vorausgereist.

Im Handel mit „DDR“ wenige Kontingente

DIETER FUCHS, **Berlin**

Der Leiter der Treuhandstelle für Industrie und Handel, Franz Rösch, hat die Kritik von SED Generalsekretär Erich Honecker an „Kontingentierungen“ im innerdeutschen Handel als „etwas unverständlich“ zurückgewiesen.

Honecker hatte in der „Zeit“ gefordert, in der Bundesrepublik Deutschland müßten „bestimmte Behinderungen und Hemmnisse“ beseitigt werden. An erster Stelle nannte er dabei die Kontingentierung von „DDR“-*Lieferungen*: „Soundsoviel Mineralölerzeugnisse, soundsoviel Konsumgüter, soundsoviel davon“.

Dazu erklärte Rösch im Deutschlandfunk, von allen Bezügen aus der „DDR“ seien nur knapp sieben Prozent kontingentiert, wenn man die Mineralölprodukte außer Betracht lasse, über die eine besondere Vereinbarung getroffen worden sei. Honeckers Kritik gehe auch deshalb „etwas ins Leere“, weil die Bundesrepublik in der Liberalisierung gegenüber der „DDR“ „wesentlich weiter“ sei als gegenüber anderen Staatshandelsländern.

Auf den Hinweis in dem DLF-Interview, daß die „DDR“ überhaupt nichts liberalisiert habe, entgegnete Rösch, dies sei systembedingt. Zu Honeckers Kritik an der Warenstruktur meinte er, man könne nur liefern, was die „DDR“ einkaufe. „Wir wären natürlich sehr glücklich, wenn sie mehr Maschinen, Anlagen und Ausrüstungen kaufen würde, anstatt anderer *Dinge, die weniger Wertschöpfung enthalten*“.

Umgekehrt könne man aus der „DDR“ nur beziehen, was sie liefern wolle. Als „grundsätzliche Bemerkung“ fügte Rösch hinzu, eine stärke*re Liberalisierung dürfte „dazu führen*, daß sich die Struktur noch weiter verschlechtern würde“, denn die Kontingente beträfen vor allem den Konsumgüterbereich.

Der Umsatz im innerdeutschen Handel betrug nach Röschs Angaben 1985 rund 16,5 (Vorjahr: 15,5) Milliarden Verrechnungseinheiten (VE). Honecker hatte von 17 Milliarden VE gesprochen.

Der Abfang-Befehl kam von Peres und Rabin

Vor der UNO verteidigt Israel die Aktion / Debatte vertagt

dpa, ***Jerusalem/New York***

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres und Verteidigungsminister Yitzhak Rabin haben, wie gestern offiziell bekannt wurde, den Einsatzbefehl für das Abfangen einer libyschen Maschine über dem Mittelmeer gegeben. Israel begründete die Abfang-Aktion mit dem Argument, man habe in dem Flugzeug Terroristen vermutet.

Israels UNO-Botschafter Benjamin Netanyahu sagte vor dem UNO-Sicherheitsrat, *das internationale* Recht verbiete nicht die Verfolgung von Terroristen. Die Unantastbarkeit menschlichen Lebens gehe vor die Unantastbarkeit des internationalen Luftraums. Der Sicherheitsrat vertagte sich in der Nacht zum Mittwoch nach heftigen Diskussionen, ohne einen neuen Termin für die Fortsetzung der Beratungen zu nennen.

Zwei israelische Jagdflugzeuge hatten das libysche Privatflugzeug mit einer neunköpfigen, offiziellen syrischen Delegation an Bord abgefangen und zur Landung in Nordisrael gezwungen. Die Fluggäste sind nach Angaben des Sprechers der israelischen Streitkräfte, Brigadegeneral Efraim Lapid, „höflich“ behandelt worden. Fünf Stunden später durfte die Maschine weiterfliegen. Die Syrer befanden sich nach einem Besuch in Libyen auf dem Rückweg nach Damaskus.

US-Flotte beschuldigt

Syrien warf Israel vor dem UNO-Sicherheitsrat „Luftpiraterie“ und „Staatsterrorismus“ gegen die Zivilluftfahrt vor. Libyen hatte darüberhinaus die im Mittelmeer vor der libyschen Küste operierende amerikanische sechste Flotte beschuldigt, Israel beim Abfang der Maschine unterstützt zu haben. Von den US-Flottenverbänden seien „den zionistischen Luftpiraten“ sämtliche Flugdaten über die Maschine gegeben worden, hieß es in einer Meldung der amtlichen libyschen Nachrichtenagentur Jana.

UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar äußerte in einer Erklärung seine „tiefe Besorgnis“. Der Luftzwischenfall scheine eine „ernsthafte Verletzung der zivilen Luftfahrt“ zu sein und könnte die ohnehin gespannte Lage in der Region weiter verschärfen. Die arabische Liga warf Israel ebenfalls „Staatsterrorismus“ vor, mit dem Tel Aviv den Frieden und die Sicherheit im Nahen Osten gefährde.

„Tiefe Enttäuschung“

In Tel Aviv hieß es gestern, es habe „zuverlässige Informationen“ gegeben, nach denen einige Führer extremistischer palästinensischer Organisationen in der Maschine gewesen seien. Darunter auch der für die Anschläge *auf Rom* und Wien sowie für die Entführung der „Achille Lauro“ verantwortlich gemachte Palästinenserführer Abu Nidal.

In israelischen Sicherheitskreisen soll diese Fehlinformation „tiefe Enttäuschung“ ausgelöst haben. Verteidigungsminister Rabin bedauerte, daß Israel „diesmal das erwünschte Ergebnis nicht erreicht“ habe. Der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Außen- und Sicherheitspolitik, Abba Eban, sagte: „Klar *ist, daß die Affäre als eine Verletzung* des Völkerrechts betrachtet und vermutlich auch verurteilt wird. Tatsache ist aber, daß Terroristen sich hinter dem Gesetz verstecken. Sie zu bekämpfen, führt gelegentlich zur Verletzung dieser Gesetze“.

Die Regierungen von Kuwait, Saudi-Arabien, Tunesien und einigen Golfstaaten verurteilten das Abfangen der libyschen Privatmaschine als einen „Piratenakt“ und als „barbarisches Vorgehen“ gegen die zivile Luftfahrt.

Ein Sprecher der syrischen Armee hat deutlich gemacht, daß Damaskus an einen Vergeltungsschlag gegen Israel denkt. „Wir werden denen, die das Verbrechen zugelassen haben, eine Lektion erteilen, die sie nicht vergessen werden“, sagte der Sprecher nach Angaben der landeseigenen Nachrichtenagentur Sana.

„DDR“ nimmt auf westliche Besucher Einfluß

AP, **Berlin**

Der zunehmende Fremdenverkehr in den Ostblock-Staaten soll auch der politischen Einflußnahme auf die ausländischen Besucher dienen. Dies geht aus einem Artikel der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden hervor. Nach einem Bericht des Informationsbüros West (IWE) schreibt die „DDR“-Zeitschrift, die sozialistische Fremdenverkehrswirtschaft bediene sich „sehr differenzierter Formen zur Einflußnahme“. So werde den Besuchern durch Führungen, Besichtigungen und Gespräche immer wieder die Überlegenheit des Sozialismus als Staats- und Gesellschaftsordnung vermittelt. Besondere politische Wirkungen hätte der Fremdenverkehr zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten, weil der einzelne Tourist „als Repräsentant seines Herkunftsstaates betrachtet und beurteilt wird.“ Dadurch trage „auch jeder Bürger, der im (sozialistischen) Inland mit ausländischen Gästen in Berührung kommt, eine besondere politische Verantwortung für sein Land“, heißt es in der Zeitschrift.

Hohe Anforderungen an Spionageprozesse

dpa, **Karlsruhe**

Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hat jetzt für Spionageverfahren strenge Anforderungen an die gerichtliche Bewertung von Aussagen eines „Zeugen vom Hörensagen“ gestellt. In ihrem gestern vom 3. Strafsenat des BGH verkündeten Spruch hoben die Richter ein Urteil des Stuttgarter Oberlandesgerichts (OLG) vom 5. Juli 1985. Das OLG hatte einen 59 Jahre alten Heidelberger Verpackungsingenieur wegen Agententätigkeit für den sowjetischen Geheimdienst KGB zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Der Ingenieur war durch Hinweise eines befreundeten westlichen Nachrichtendienstes in Spionageverdacht geraten. Die Hinweise an das Bundesamt für Verfassungsschutz stützten sich vor allem auf die Aussagen eines Doppelagenten, der weder der deutschen Spionageabwehr noch den Strafverfolgungsbehörden beziehungsweise den Gerichten bekannt war. Die ins Deutsche übersetzten schriftlichen Berichte des Doppelagenten hatten unter anderem auch zur Enttarnung des mutmaßlichen KGB-Spions Manfred Rotsch beigetragen.

Nach dem Urteil des BGH ist bei der Verwertung solcher Quellen besondere Vorsicht geboten. So sei in dem OLG-Verfahren nicht belegt worden, wie der Doppelagent überhaupt an seine Informationen gekommen sei. „Der befreundete Nachrichtendienst muß jetzt die Karten auf den Tisch legen“, erklärte der Vorsitzende des BGH-Strafsenats. (AZ: 3 StR 477/85)



Forderung an Neue Heimat

Bauminister Schneider für Sonderprüfung der Finanzlage

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Zu einem umfangreichen Meinungsaustausch über die Finanzprobleme der „Neuen Heimat“ sowie über Möglichkeiten der Sanierung des gewerkschaftseigenen Wohnungsbauriesen sind gestern Nachmittag im Bonner Bauministerium *auf Einladung* von Hausherr Oscar Schneider (CSU), der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, Neue-Heimat-Geschäftsführer Diether Hoffmann, sowie die für das Bau- und Wohnungswesen zuständigen *Minister* und Senatoren der Länder zusammengetroffen.

Schon vor Beendigung dieser Ende Dezember 1985 beschlossenen Zusammenkunft stand fest, daß die Gespräche zwischen NH, DGB und den Bauministern weitergehen würden.

Gleich zu Beginn machte Schneider unmißverständlich klar, daß die Gewerkschaften als Eigentümer der Neuen Heimat die volle Verantwortung für dieses Unternehmen tragen und das die Bundesregierung daher keine Möglichkeit und keine Veranlassung sieht, finanzielle Hilfen zu leisten. Nichtsdestoweniger forderte Schneider auch im Namen seiner Länderkollegen weitere Informationen an, um die wirtschaftliche Lage *des Baukonzerns beurteilen zu können*. Die von NH-Chef Hoffmann vorgelegten Daten reichten nicht aus. Schneider hält eine Sonderprüfung für sinnvoll, in der u. a. das gesamte Anlagevermögen bewertet und der Gesamtschuldenstand dargelegt werden müßten. Diese und weitere Untersuchungen sollten nach Auffassung der Bundesregierung von den gemeinnützigen Prüfungsverbänden und einem Prüfungsunternehmen durchgeführt werden. Der Minister hob hervor, daß wegen der Größe des Unternehmens negative Auswirkungen auf die Kreditwirtschaft, die *Wohnungswirtschaft und insbesondere* auf den Immobilienmarkt nicht auszuschließen seien. Auch stehe die „soziale Idee“ auf dem Spiel. Es sei zu überlegen, ob der Staat gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen künftig noch Sozialkapital anvertrauen könne.

NH-Chef Hoffmann verwahrte sich gegen das Gerede vom „unvermeidlichen Zusammenbruch“ der Neuen Heimat. Es entbehre jeder Grundlage. Die im Wohnungsbestand vorhandenen stillen Reserven von vier bis fünf Milliarden Mark überstiegen zusammen mit den übrigen Vermögenswerten die Forderungen an die Gesellschaft „beträchtlich“. Gleichwohl wiederholte Hoffmann seine Forderung nach öffentlichen Hilfen bei der weiteren Veräußerung von Wohnungen aus dem Bestand.

DGB-Chef Ernst Breit forderte, mit der Polemik um die NH endlich Schluß zu machen und die Diskus*sion zu versachlichen. Breit warnte* nachdrücklich vor einer „rein privatwirtschaftlichen Lösung“ der Probleme. Sie würde bei vielen Wohnungen zu einer Aufhebung der Sozialbindung führen und sollte daher aus sozialpolitischen Gründen vermieden werden.

Bei Chemikalien nur Anmeldepflicht

dpa, **Bonn**

Die Bundesregierung plant keine Einführung eines Zulassungsverfahrens für neue Chemikalien. Dies geht aus dem gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit dem Chemikaliengesetz von 1980 hervor, das lediglich die Anmeldung der Stoffe vorschreibt. Die Bundesrepublik Deutschland sei hier an EG-Recht gebunden.

Die Bundesregierung kommt in dem Bericht zu dem Ergebnis, daß *das Chemikaliengesetz sich in seiner* Konzeption grundsätzlich bewährt habe. Regelungsbedarf für die nächste Zeit sieht der Bericht insbesondere bei der Überprüfung alter Chemikalien, die bisher nicht oder noch nicht ausreichend *untersucht worden* seien.

Der Wiener Stolz auf die Sicherheit

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Die österreichische Regierung ist nach dem Terroranschlag auf dem Wiener Flughafen bemüht, den geschädigten Ruf des Landes und ihrer Hauptstadt als sicheres Reiseziel wiederherzustellen. Das österreichische Innenministerium erklärte, Wien sei eine der wenigen Großstädte der Welt, wo man nicht nur nachts sogar in Parks und Grünanlagen unbehelligt spazierengehen könne. In Wien könne man auch seinen Schmuck noch *gefahrlos tragen und müsse ihn* nicht, wie anderswo, im Safe aufbewahren. Die Wahrscheinlichkeit, in Österreich Opfer eines kriminellen Angriffs zu werden, sei so gering wie in kaum einem anderen freien Land.

Während in anderen Staaten die Kriminalität zunehme, gingen in Österreich als einzigem Land Europas die Verbrechen zurück. Nach einer Statistik des Wiener Innenministeriums hat es 1982 noch 78 235 Verbrechen gegeben, 1984 aber nur noch 71 757. Sogar die Zahl der Morde sei in den Jahren 1983 und 1984 um 2,2 Prozent zurückgegangen. Deutlich nahm auch die Zahl der Einbrüche ab.

Bei einem Vergleich in der Kriminalstatistik mit der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz schneidet Österreich am besten ab: In der Bundesrepublik gebe es auf 100 000 Einwohner fast doppelt so viele Tötungsdelikte. Frauen sind in Österreich sicherer vor Sittlichkeitsverbrechen als in den Nachbarländern. Auf eine Million Einwohner kommen 59 Vergewaltigungen, während es in der Bundesrepublik 97 und in der Schweiz 59 sind.

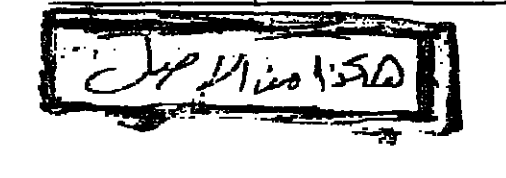
Gleichzeitig wird auf die hohe Aufklärungsquote der Verbrechen hingewiesen, die in Österreich traditionell zu besten aller europäischen Staaten gezählt wird. So wurden 97 Prozent aller Verbrechen gegen Leib und Leben aufgeklärt. Bei allen anderen Delikten beträgt die Quote über 50 Prozent. Daraus zieht das Wiener Innenministerium den Schluß, die österreichische Polizei zähle zu den besten der Welt.

Auch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus unternehme Österreich „gewaltige Anstrengungen“. Das Innenministerium weist auf den sozialen Frieden und die stabilen inneren Verhältnisse im Lande hin. Das sei ein Grund, weshalb es in Österreich – anders als in anderen *europäischen Staaten – keinerlei in*ländischen Terrorismus gebe. Alle Terrorakte in Österreich seien bisher von Ausländern verübt worden.

Bei internationalen Wettkämpfen der 26 besten Anti-Terror-Einheiten der Welt, die in der Bundesrepublik stattfanden, habe das österreichische „Gendarmerie-Einsatzkommando“ (GEK), die mit der deutschen „GSG-9“ vergleichbare Anti-Terror-Truppe, die im Wiener Volksmund „Cobra“ genannt wird, einen Spitzenplatz erreichen können.

Während es in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr 331 Sprengstoff- und Brandanschläge gab, hatte Österreich lediglich vier solcher Attentate zu verzeichnen. Davon forderte allerdings der Anschlag auf dem Wiener Flughafen vier Todesopfer.

Das österreichische Innenministerium, an dessen Spitze der Sozialist Karl Blecha steht, zitiert gerne aus einem Lobesbrief des US-Präsidenten Reagan an die Wiener Bundesregierung: Die rasche und wirkungsvolle Reaktion Wiens habe auf dem Flughafen viele Menschenleben gerettet. Auch das Lob Israels für das Verhalten der österreichischen Polizei wird ausdrücklich hervorgehoben.



Schöne Rechnerei

adh. – Lauter schöne Rechenspiele: Nicht nur die Entlastung durch die erste Stufe der Steuerreform um 10,9 Milliarden Mark macht die privaten Haushalte in der Bundesrepublik reicher. Der Verbraucher kann sich auf mehr freuen. Auf rund 10 Milliarden Mark bezifferte Thomas Wegscheider, Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, jetzt den Entlastungseffekt aus einem Rückgang der Ölpreise um etwa 20 Prozent, wie er als durchaus realistisch anzusehen ist.

Das würde beim einzelnen Privathaushalt in der Bundesrepublik eine Ersparnis von 400 bis 500 Mark bei Benzin und Heizöl bedeuten. Bereits die Benzinpreissenkung um rund 15 Pfennige je Liter in diesem Jahr macht auf den einzelnen Autofahrer umgelegt im ganzen Jahr 200 Mark weniger Geld für Benzin, alles in allem fünf Milliarden Mark, die für andere Ausgaben zur Verfügung stehen.

Ein neuer Konsumschub also? Mit dem Schub ist das so eine Sache. Sicher, die Chancen, daß der private Verbrauch in diesem Jahr stärker anspringt, stehen so gut wie lange nicht mehr. Bei der allenthalben in den konsumnahen Wirtschaftsbereichen zur Zeit vorhandenen Tendenz, sich reich zu rechnen, sollte freilich nicht vergessen werden, daß bei einem gehörigen Teil der Steuerzahler die Entlastung durch höhere Sozialabgaben wieder – fast – aufgefressen wird. Nach wie vor ist auch ein übergroßer Teil der Bürger vom Mehrkonsum ausgeschlossen. Die hohen Arbeitslosenzahlen drücken unverändert. An der Tatsache, daß der „neue" Verbraucher sehr selektiv konsumiert, wird sich auch in diesem Jahr vermutlich nichts ändern. Die neue Konsumsonne wird also längst nicht für alle Beteiligten scheinen.

Spiegelbild

dos – Die jüngste Entscheidung der Kaliko-Werke im schwäbischen Eislingen zum Bau einer neuen Produktionsstätte ist kennzeichnend für die Situation des Arbeitsmarktes. Der Hersteller von Kunststoffelementen errichtet den Betrieb nicht etwa in heimischer Umgebung, sondern im strukturschwachen Saarland. Für die Standortwahl haben sicher verschiedene Faktoren den Ausschlag gegeben. Ein ganz wichtiger Grund aber dürfte das vorhandene Arbeitskräftepotential gewesen sein. Im Arbeitsamtsbezirk Göppingen herrscht praktisch Vollbeschäftigung. Ein neuer Betrieb mit anfangs 200 Beschäftigten hätte beträchtliche Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Mitarbeitern. Davon wiederum profitiert nun das arg gebeutelte Saarland, das in der Arbeitslosen-Statistik am unteren Ende steht: Ein im Grunde erfreulicher Trend, der aber die Ungleichgewichte in der Republik widerspiegelt.

FINANZMINISTERKONFERENZ / Diskussion über Umweltschutz-Investitionen

Stoltenberg lehnt weiter verbesserte Abschreibungs-Bedingungen ab

HEINZ HECK, Bonn

„Für wenig hilfreich" hält Finanzminister Stoltenberg die Forderungen der Umweltminister nach massiver steuerlicher Entlastung der Umweltschutzinvestitionen. Dieses Thema beschäftigt heute die Konferenz der Länderfinanzminister in Bonn. Auch in dieser Runde überwiegen die Bedenken. Bayerns Ministerpräsident Strauß hat bereits früh die Initiative der Umweltminister unterstützt. Auch die Wirtschaftsminister reagierten insgesamt positiv.

Die Vorschläge der Umweltministerkonferenz (UMK) zielen unter anderem auf verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten nach Paragraph 7d Einkommensteuergesetz (EStG) und eine Vermögen- und Gewerbesteuerentlastung für Umweltschutzinvestitionen.

Stoltenberg hat hiergegen in einem Schreiben „sowohl haushaltspolitische als auch grundsätzliche Bedenken" geltend gemacht. Die Vorschläge „würden nicht nur die Kompliziertheit des Steuerrechts weiter verschärfen. Sie würden vor allem neue Subventionstatbestände schaffen und wären mit erheblichen Steuerausfällen verbunden". Stoltenberg sieht „in der Schaffung neuer steuerlicher Sonderfördertatbestände ... auch eine Erschwernis für die Absicht der Union, in der nächsten Legislaturperiode zu einer durchgreifenden Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung zu kommen". Ihm ist daran gelegen, „eine Situation (zu) vermeiden, bei der erneut öffentlicher Erwartungsdruck entsteht".

In einem „Schnellbrief" des Finanzministers vom Dezember wird im übrigen bezweifelt, daß die Maßnahmen von der EG-Kommission genehmigt werden; dies vor allem deshalb, weil die Umweltminister in ihrem Bericht geschrieben hatten: „Im Vordergrund aller Überlegungen sollte stehen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu erhalten sowie durch fortschrittliche Umwelttechnik zu verbessern und zugleich den Umweltschutz konsequent auszubauen."

Ähnlich wie Stoltenberg hatten die Länderfinanzminister unter Hinweis auf „andere zentrale Probleme ... wie die hohe Arbeitslosigkeit, Steuersenkungen, die anstehende Rentenstrukturreform und die EG-Finanzierung" Bedenken gegen eine weitere steuerliche Förderung des Umweltschutzes geäußert und eine Expertengruppe mit der Prüfung der Vorschläge beauftragt.

Das Ergebnis liegt der heutigen Finanzministerkonferenz vor. Die Umweltminister hatten eine Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten nach Paragraph 7d EStG durch Einbeziehung des integrierten Umweltschutzes vorgeschlagen. Darunter sind Maßnahmen zu verstehen, die in die Produktionsprozesse integriert sind und von vornherein die Entstehung von Umweltbelastungen vermeiden. In deren Nichtberücksichtigung sehen sie eine steuerliche Diskriminierung moderner hochwirksamer „integrierter" Maßnahmen. Konkret lautet die Forderung, die Abschreibungsvergünstigungen (60 Prozent im ersten Jahr und jeweils zehn Prozent in den vier Folgejahren) auf Wirtschaftsgüter auszudehnen, die nicht unmittelbar und zu mehr als 70 Prozent dem Umweltschutz dienen.

Hier setzen die Bedenken der Experten an, die mit erheblichen Abgrenzungsschwierigkeiten rechnen. Der Gesetzentwurf enthalte auch zahlreiche unbestimmte Rechtsbegriffe, deren Verwendung im Hinblick auf den rechtsstaatlich gebotenen Grundsatz der Normenklarheit verfassungsrechtlich bedenklich seien. Auch die von den Umweltministern geforderte Begünstigung für den Mittelstand, dem gestattet werden soll, Umweltschutzinvestitionen bis zu 200 000 Mark im ersten Jahr abzuschreiben, findet keine ungeteilte Zustimmung. Vor allem wird befürchtet, daß die Investitionen auf diese Summe beschränkt werden. Experten raten daher zur Ablehnung. Das gleiche gilt für die geforderte Änderung des Bewertungsgesetzes. Dadurch sollen Umweltschutzinvestitionen von der Vermögen- und Gewerbesteuer befreit werden.

LANDWIRTSCHAFT

Agrarbericht rechnet mit Rückgang der Einkommen

HENNER LAVALL, Bonn

Die Einkommenslage der deutschen Bauern wird sich im laufenden Wirtschaftsjahr 1985/86 (bis 30. Juni) verschlechtern. Der Agrarbericht der Bundesregierung, den das Bundeskabinett gestern verabschiedete, geht im Durchschnitt aller Vollerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft von einem Rückgang um vier bis acht Prozent aus. Nach Angaben von Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle ist die Lage im Berichtsjahr gekennzeichnet durch geringere Ernten bei Getreide, Kartoffeln, Obst und Weinmost. Hinzu kämen deutlich niedrigere Preise für Getreide, Schlachtrinder und Schlachtschweine.

Im Wirtschaftsjahr 1984/85 hatte die Landwirtschaft demgegenüber kräftige Gewinnsteigerungen erzielt, geht aus dem Agrarbericht weiter hervor. Im Durchschnitt aller Vollerwerbsbetriebe betrug dieser Zuwachs 15,4 Prozent je Familienarbeitskraft (auf 24 828 DM) bzw. 19,5 Prozent je Unternehmen (auf 32 955 DM). Der Bundesernährungsminister führt die günstige Entwicklung insbesondere auf den gewährten Einkommensausgleich durch die um fünf Prozentpunkte angehobene Mehrwertsteuer zurück. Aber auch die außergewöhnlich gute Getreideernte im Berichtsjahr hätte dazu beigetragen.

Innerhalb der letzten zehn Jahre sei der Gewinn je Famlien-Arbeitskraft damit um jährlich 1,3 Prozent gestiegen. Auf die Unternehmen bezogen liege die durchschnittliche jährliche Steigerung in diesem Zeitraum bei 2,3 Prozent.

Die gewaltigen Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft haben sich nach den Angaben im Agrarbericht weiter verstärkt. Der Abstand zwischen dem untersten Viertel der Vollerwerbsbetriebe mit dem niedrigsten und dem obersten Viertel mit den höchsten Gewinnen je Familien-Arbeitskraft vergrößerte sich in 1984/85 auf 52 722 DM. Im Wirtschaftsjahr davor waren es rund 49 000 DM gewesen. Den stärksten Einkommensanstieg verzeichneten dabei mit 119 Prozent die Veredelungsbetriebe, die überwiegend auf Schweinemast sowie Schweinezucht und Geflügelhaltung spezialisiert sind. Sie erzielten auch wieder den höchsten Gewinn je Familien-Arbeitskraft (35 603 DM).

Für das laufende Wirtschaftsjahr allerdings dürfen nur noch die Futterbaubetriebe hoffen. Der Agrarbericht sagt für sie, auf die mehr als die Hälfte aller Vollerwerbsbetriebe entfällt, mindestens Stabilität im Einkommen voraus. Alle übrigen Betriebsformen haben danach mit deutlichen Einkommensminderungen zu rechnen. Die Bauern, die ihre Unternehmen nur nebenberuflich betreiben, werden zwar mit der Landwirtschaft ebenfalls weniger verdienen. Ihr Gesamteinkommen wird dennoch steigen, sagt der Agrarbericht voraus, weil ihr außerlandwirtschaftlicher Verdienst sich weiter verbessern wird.

Eckpfeiler Finanzautonomie

Von FRIEDRICH VOSS

Dr. Friedrich Voss, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

Die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht am 14. und 15. Januar 1986 wird den Teilnehmern und Beobachtern lange in Erinnerung bleiben. Eine Vielzahl von Plädoyers von Politikern und Finanzwissenschaftlern verdeutlichte, wie komplex die Zusammenhänge beim Finanzausgleich sind. Das Kernproblem, das das Gericht bis zu seinem Urteil am 24. Juni 1986 lösen muß, ist die Frage, wo in diesem Verfahren die Grenzen der verfassungsgerichtlichen Kontrolle liegen.

Mit der Formulierung in Artikel 107 Grundgesetz, daß der Gesetzgeber die Voraussetzungen für den Finanzausgleich sowie die Maßstäbe für die Höhe der Ausgleichsleistungen zu bestimmen habe, hat nämlich die Verfassung dem allgemeinen Gesetzgeber einen sehr weiten Gestaltungsspielraum eingeräumt.

Die Bundesregierung hat in der mündlichen Verhandlung darauf hingewiesen, daß die bisherigen Finanzausgleichsregelungen in ihrem Gesamtergebnis weder gegen das verfassungsrechtliche Willkürverbot noch gegen die von der Verfassung geforderte Angemessenheit des Ausgleichs nach dem Bundesstaatsprinzip verstoßen haben. Die Bundesregierung hat sich hierbei auf die frühere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts berufen, in der sich das Gericht bei der Prüfung von Finanzausgleichsregelungen auf Gesichtspunkte evidenter Willkür beschränkte. Insbesondere konnte die Bundesregierung darauf verweisen, daß in allen Jahren die Finanzpositionen der Bundesländer durch den praktizierten Finanzausgleich einander angenähert wurden, wobei die Finanzkraftunterschiede nicht nivelliert und die Leistungsfähigkeit der gebenden Länder nicht entscheidend geschwächt wurde.

Auf besonderes Interesse stieß die Frage des Gerichts an die Bundesregierung, ob diese bei der Finanzausgleichsgesetzgebung eine genügend aktive Rolle gespielt habe, oder sich zu sehr mit der Rolle eines Notars, der den Willen der Ländermehrheit registriert, begnügt habe. Die Bundesregierung wies darauf hin, daß die Verfassung ihr keine besondere Initiativrolle zuweise. Sie sehe ihre Aufgabe vor allem darin, im Zusammenwirken mit dem Bundesrat verfassungskonforme mehrheitsfähige Lösungen herbeizuführen.

Kontroverse Debatten gab es vor allem über die Berücksichtigung länderspezifischer Sonderlasten im Finanzausgleich wie zum Beispiel die Sonderlasten Nordrhein-Westfalens im Kohle- und Stahlbereich. Die Debattenbeiträge machten klar, daß eine Einbeziehung solcher Sonderlasten zu einem Wettlauf zwischen den Ländern ausarten würde, wer die größten Lasten aufzuweisen habe.

Eine Berücksichtigung solcher Sonderlasten kann im Finanzausgleich nicht in Betracht kommen, weil diese Ausgaben stets auch Folge autonomer Entscheidungen des jeweiligen Landes sind, im Guten wie im Schlechten. Die anderen Länder können auf derartige Entscheidungen wegen der Finanzautonomie keinen Einfluß nehmen und dürfen deshalb auch nicht zu deren Finanzierung herangezogen werden. Letztlich geht es hier um die Finanzautonomie der Länder, einen Eckpfeiler unseres föderativen Systems.

Beim Finanzausgleich darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß er sich in einem mehrstufigen Verfahren vollzieht und daß sich das Gesamtergebnis eines angemessenen Ausgleichs zwischen den Ländern aus zahlreichen voneinander abhängigen Regelungen ergibt. Eine Veränderung einzelner Elemente würde im Rahmen des notwendigen Kompromisses zwischen den Ländern zu zwangsläufigen Änderungen bei anderen Elementen führen.

Die Bundesregierung hat in dem Prozeß deutlich gemacht, daß sie wie bisher bereit ist, im Zusammenwirken mit den Ländern einen verfassungsgemäßen Finanzausgleich zu gewährleisten. Dabei wird die politische Initiative des Bundes, wie zuletzt bei der Förderzinsproblematik und der Berücksichtigung Bremens bei den Bundesergänzungszuweisungen, unverzichtbar sein. Der Vorwurf des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, der Bund würde sich beim Finanzausgleich „mit einem Schulterzucken begnügen", ist sachlich ungerechtfertigt und übersieht, daß der Finanzausgleich in seiner mehr als 30jährigen Geschichte nur funktioniert hat, weil die Länder kompromißfähig waren.

AUF EIN WORT

„Der Norden sollte es sich nicht leisten, so lange zu warten, bis im Süden alle ökonomischen Daten ausgereizt sind. Er muß seine Vorteile aggressiv darstellen und anbieten."

Gustav G. Hebold, Präsident der Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum, Cuxhaven.
FOTO: RUPPRECHT

HWWA

Die Inflationsrate soll unter ein Prozent fallen

rtr, Hamburg

Die Verbraucherpreise werden 1986 in der Bundesrepublik Deutschland nach Einschätzung des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung im Durchschnitt lediglich um ein bis 1,5 Prozent steigen. In den kommenden Monaten werde die Inflationsrate wegen des relativ starken Preisanstiegs zu Beginn 1985 und des dadurch bedingten Basiseffektes wahrscheinlich sogar unter ein Prozent fallen.

Begünstigt werde die Entwicklung vor allem durch den starken Rückgang der Ölpreise und die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar. Das Ziel der Geldwertstabilität ist nach Ansicht des HWWA seit dem Frühjahr 1985 nahezu erreicht. Bemerkenswert sei, daß sich im Gegensatz zu früheren Konjunkturzyklen auch im vierten Jahr des Aufschwungs keine Inflationstendenz zeige. Die Aussichten für ein Anhalten der Preisstabilität seien günstig, da die Bundesbank ihren Stabilitätskurs fortsetze und die Nachfrage weiterhin nur verhalten steige.

Anlaß zur „Korrektur der Preisprognose" nach unten sieht das HWWA-Insitut aber vor allem in dem Sinken der Ölpreise. Bei Ölpreisen von etwas über 20 Dollar je Barrel sei die Entlastung wesentlich stärker als bisher angenommen.

Die Arbeitskosten werden nach Ansicht des HWWA in diesem Jahr insgesamt kaum stärker steigen als 1985. Zwar würden die Tarifabschlüsse voraussichtlich trotz geringeren Preisanstiegs etwas höher ausfallen. Gleichzeitig werde es aber weniger Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechenden Kostenbelastungen geben.

Neufassung des 6b angekündigt

VWD, Bonn

Vertreter der Koalitionsparteien haben einen Gesetzentwurf zur Neufassung des Paragraphen 6b Einkommensteuergesetz angekündigt. Wie die Abgeordneten Schröder (CDU) und Solms (FDP) mitteilten, soll entweder von seiten der Regierung oder aus den Reihen der Koalitionsfraktionen ein entsprechender Entwurf eingebracht werden. Der Grundcharakter des 6b soll erhalten bleiben. Dadurch sollen wünschenswerte Reinvestitionen steuerlich begünstigt werden. Auch Kapitalerhöhungen sollten in die Neufassung mit einbezogen werden.

ENERGIEAGENTUR

Der Rückgang der Ölpreise wird sehr positiv bewertet

J. Sch. Paris

Die Internationale Energie-Agentur (IEA) in Paris beurteilt den Rückgang der Ölpreise überraschend positiv. Im Vordergrund steht nicht mehr die Furcht vor einer Ölverschwendung; betont werden die positiven Aspekte für die Preisstabilisierung der westlichen Industriestaaten, ihr Wirtschaftswachstum und ihren Außenhandel.

Die IEA hebt hervor, daß es zehn Jahre gedauert hat, bis die alternativen Energieprogramme der westlichen Industriestaaten spürbar geworden sind. Dieser Prozeß lasse sich nicht schnell stoppen; höchstens verlangsamen.

Auch könne niemand voraussagen, wie sich der Ölpreis entwickelt. Das hänge nicht nur von der Opec, sondern auch von der Sowjetunion ab.

Unabhängig davon, wie sich der Ölpreis in diesem Jahr entwickelt, erwartet die IEA für die OECD-Zone insgesamt einen gegenüber 1985 stabilen Verbrauch von 34 Millionen Faß (159 Liter) pro Tag, wobei der einprozentige Zuwachs in Nordamerika durch entsprechende Abnahme in Europa und im pazifischen Raum kompensiert werden soll. Unterstellt ist dabei ein Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent.

Dem jüngsten Ölmarktbericht der IEA zufolge ist im ersten Quartal für die OECD-Zone mit einem Verbrauchsrückgang von 1,1 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit zu rechnen (der derzeitige Winter ist im Vergleich zum letzten Jahr sehr mild), dem Quartalsraten von plus 0,6, plus 0,3 und null Prozent im Jahresvergleich folgen würden. Demgegenüber dürfte die Opec-Förderung weiter zurückgehen, während die übrigen Ölländer ihre Produktion noch etwas steigern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Förderabgabe soll gesenkt werden

Hannover (dpa/VWD) – Die Ölförderindustrie der Bundesrepublik fürchtet aufgrund des rapiden Ölpreisverfalls um ihre Gewinne. Der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung, so kündigte Hans-Günther Stalp, Vorstandsmitglied der Preussag AG an, will daher die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgt Breuel auffordern, die Förderabgabe zu senken. Nahezu 80 Prozent der im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik geförderten 4,11 Mill. Tonnen Erdöl stammten aus Niedersachsen. Von den 17 Mrd. Kubikmetern Erdgas kamen 98,5 Prozent aus diesem Bundesland.

Benzin unter einer Mark?

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Preise für Benzin in der Bundesrepublik können nach Ansicht des VEBA-Chefs Rudolf von Bennigsen-Foerder möglicherweise bis auf unter eine DM je Liter sinken, wenn die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) ihre Rohölpreise noch weiter reduziert. Unklar seien derzeit nicht Ziel und Wille des Öl-Kartells, mit niedrigeren Preisen seinen beherrschenden Marktanteil beim Öl zurückzugewinnen, sondern allein die Dauer dieses Machtkampfes und der Zeitpunkt, an dem „der Preiskrieg abgeblasen wird".

Domotechnica: Guter Start

Köln (Py.) – Einen guten Start mit beachtlichen Besuchersteigerungen verzeichnet die bis einschließlich 7. Februar laufende Domotechnica – Internationale Messe für energiebetriebene Haushalts- und Küchengeräte – in Köln. Zur Halbzeit liege der Gesamtbesuch „beachtlich über dem Vorjahresstand". Vor allem der Ausländerbesuch sei gestiegen.

Gegen UWG-Novelle

Bonn (DW) – Als „klare Einschränkung des Wettbewerbs" lehnt der Bundesverband der Selbstbedienungs-Warenhäuser die Koalitionsvereinbarung zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) ab. Ein Unterlassungsanspruch gegen Handelsunternehmen, die die Abgabe von besonders preisgünstig herausgestellter Ware mengenmäßig beschränken und den Verkauf an Wiederkäufer ausschließen, sei mittelstandsfeindlich, konzentrationsfördernd und gehe letztlich zu Lasten preiswerter Einkaufsmöglichkeiten für den Verbraucher, betont der Verband.

Werftenhilfe

Kiel (AP) – Die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Landesregierung, den elf mittleren und kleinen Werften im Lande 100 Mill. DM zur Verfügung zu stellen, wird von allen politischen Parteien des Kieler Landtages mitgetragen. Wie der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Klingner, sagte, war die Finanzhilfe erforderlich, weil sich bei der Werftgruppe Harmstorf, die in Flensburg, Büsum und Lübeck Schiffbauunternehmen besitzt, andernfalls noch in dieser Woche der Konkurs abgezeichnet habe.

Online '86 eröffnet

Hamburg (zy) – Für gemeinsame europäische Telekommunikations-Normen hat sich Karl Edmund Michel, Geschäftsführer der IBM Deutschland, ausgesprochen. Bei der Eröffnung der 9. Europäischen Kongreßmesse für technischen Kommunikation (online '86) in Hamburg sagte Michel gestern, die Beseitigung einschränkender nationaler Beschaffungspolitik, die zu kostspieligen Mehrfachentwicklun- gen in Europa führt, mnüsse aufgehoben werden, weil sonst europäische Produkte im Wettbewerb mit den USA und Japan nicht mithalten können.

Sektkorken knallten

Wiesbaden (dpa/VWD) – Im vergangenen Jahr ließen die Bundesbürger rund 275 Mill. Sektkorken knallen. Das waren 6,5 Prozent mehr als 1984. Nach Berechnungen des Verbandes Deutscher Sektkellereien vom Mittwoch trank damit jeder Bundesbürger im Durchschnitt vier Liter Sekt im Jahr. Beinahe ein Drittel des Sektverbrauchs fällt dabei alljährlich in die Zeit der großen Feste, also Weihnachten, Silvester und Karneval.

EG-STUDIE

Europa fehlt vor allem Konkurrenzfähigkeit

AP, Brüssel

Die anhaltende Arbeitslosigkeit in den zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft ist nach einer Studie der EG-Kommission hauptsächlich auf die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der wichtigsten Industriestaaten Europas auf dem Gebiet der Spitzentechnologie gegenüber den USA und Japan zurückzuführen. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß die EG-Staaten mehr Gewicht auf technische Neuerungen legen sollten. Untersucht wurde die wirtschaftliche Entwicklung der USA, Europas und Japans in den vergangenen 15 Jahren, um herauszufinden, warum die Länder der Gemeinschaft wirtschaftlich hinter ihren Haupthandelspartnern zurückgefallen sind.

Die durchschnittliche Arbeitlosenquote der EG lag 1985 bei 11,2 Prozent. Dies werde sich in der nahen Zukunft nicht ändern. Die Schätzungen der EG-Kommission liegen für 1986 bei 11,1 Prozent.

In den Jahren von 1972 bis 1982 wurden in den USA 19 Millionen und in Japan sechs Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, während es in den Staaten der EG in diesem Zeitraum insgesamt 60 000 waren. Den Hauptgrund hierfür sieht die Studie in der schwachen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auf einträglichen Gebieten der Hochtechnologie wie beispielsweise der Büroautomatisierung und der Herstellung von Präzisionsinstrumenten.

Der Anteil der japanischen und amerikanischen Spitzentechnologie auf dem europäischen Markt habe 1972 bei sieben Prozent gelegen, 1982 bereits bei 17 Prozent. Die EG habe sich zu sehr auf den Export weniger gefragter Güter konzentriert.

VEREINIGTE STAATEN / Reagans Stabschef relativiert Bakers Studien-Auftrag

Währungskonferenz frühestens 1987

H.-A. SIEBERT, Washington

Als stark übertrieben haben sich Spekulationen über die baldige Einberufung einer internationalen Währungskonferenz über die Stabilisierung der Wechselkurse durch die USA erwiesen. In seinem Bericht zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses hat Präsident Ronald Reagan zwar US-Finanzminister James Baker mit der Prüfung eines solchen Projektes beauftragt; wenn überhaupt, wird es jedoch frühestens 1987 verwirklicht.

Vor Journalisten hat der Chef des Stabes im Weißen Haus, der ehemalige Finanzminister Donald Regan, die Bedeutung des Auftrages erheblich relativiert, indem er geltend machte, daß schon auf dem Wirtschaftsgipfel der „Großen Sieben" 1983 in Williamsburg eine monetäre Diskussion für die Zeit nach Erreichen einer weitgehenden wirtschaftspolitischen Konvergenz in den Partnerstaaten vereinbart worden sei. Der Präsident überläßt die Entscheidung, ob die USA etwa 15 Nationen zu Währungsgesprächen einladen sollen, ausdrücklich Baker, der seine Empfehlungen bis zum Ende dieses Jahres vorzulegen hat.

Dennoch: Daß der Präsident („Nie wieder dürfen wir wilde Wechselkursausschläge erlauben") für ein verläßlicheres Paritätssystem wirbt, das im internationalen Handel geordnetere Anpassungen ermöglicht, ist ein bedeutsamer Vorgang. Es ist noch nicht lange her, daß er Interventionen ablehnte und im Devisenverkehr auf die Kräfte des Marktes vertraute. Die Rekordhandelsdefizite der USA (1985: 148,5 Mrd. Dollar) haben den Sinneswandel bewirkt. Aber es steht fest, daß auch für die Treasury eine Rückkehr zu festen Wechselkursen oder sogar dem Goldstandard nicht in Frage kommt.

Im wirtschaftlichen Teil seines Lageberichtes verwies Präsident Reagan auf die Erfolge seiner Administration: 37 Monate ohne Unterbrechung Wirtschaftswachstum, die Schaffung von mehr als neun Mill. Arbeitsplätzen seit dem Ende der Rezession im November 1982 und die von über zwölf auf unter vier Prozent gedrücke Inflationsrate. Das gewaltige Haushaltsdefizit und die Verschuldung erwähnte Reagan nicht.

Aber die Senatoren und Abgeordneten applaudierten, als Reagan sie aufforderte, die historische Gelegenheit des Haushaltsausgleichsgesetzes zu nutzen und Amerika bis 1991 „fiskalisch fit zu machen", und zwar durch noch größere Ausgabenkürzungen und nicht durch neue Abgaben. Kurz vorher hatte jedoch sein Stabschef eine Ölimportsteuer nicht ausgeschlossen. In Auftrag gegeben hat der Präsident ferner eine Untersuchung über die Reform des amerikanischen Wohlfahrtssystems.

EG

Großer Zuspruch für „Brite"

Ha. Brüssel

Lebhaften Zuspruchs erfreut sich das Forschungs- und Entwicklungsprogramm der EG im Bereich der Grundlagenforschung für neue industrielle Technologien (Brite). Nach *Mitteilung der Brüsseler Kommission* haben sich bisher 432 Firmen, Forschungsinstitute und Universitäten aus der Gemeinschaft für zwischenstaatliche Projekte beworben.

Für das zunächst auf vier Jahre berechnete Programm stehen bis 1988 122 Millionen Ecu (rund 275 Millionen DM) bereit. Mit der gleichen Summe will sich die europäische Industrie an den Arbeiten beteiligen. Ausgewählt wurden zunächst 95 Forschungsvorhaben, sieben 7 Projekte davon sind bereits unterschriftsreif.

Ziel des Brite-Programms ist es, fortgeschrittene Technologien zu entwickeln, die den traditionellen Industrien in der EG zugute kommen. Dabei soll vor allem den Bedürfnissen von Klein- und Mittelbetrieben Rechnung getragen werden. Voraussetzung für die Beteiligung der Gemeinschaft ist die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen aus mindestens zwei Mitgliedstaaten. Bei den bisher in Aussicht genommenen Vorhaben arbeiten im Durchschnitt jeweils vier Institute zusammen.

Die Projekte betreffen Grundlagenforschungen für fast alle wichtigen Industriezweige, zum Beispiel die Motorindustrie, den *Flugzeugbau*, die Chemie- und Textilindustrie und die Metallverarbeitung. Die Arbeiten erstrecken sich unter anderem auf Punkte wie die Zuverlässigkeit, den Verschleiß von Materialien, neue Methoden der Metallverarbeitung, die Entdeckung neuer Werkstoffe und die Probleme der Elektroindustrie.

Außerdem sollen auch Pilot- und Demonstrationsvorhaben zur Entwicklung neuer Techniken für Erzeugnisse aus nichtstarrem Material ausgeführt werden. Das Brite-Programm ergänzt damit das Programm Esprit (für neue Informationstechnologien).

BfG / Vorstandssprecher Wegscheider: „Wir sind bei weitem nicht der größte Kreditgeber für die Neue Heimat"

Erstmals seit 1980 wieder eine Dividende

INGE ADHAM, Frankfurt

Erstmals seit 1980 wird die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG), die Holding für gewerkschaftseigene Unternehmen, von der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) für das Jahr 1985 wieder eine *Dividende vereinnahmen*. Zwar mochte Thomas Wegscheider, Sprecher des Vorstands der BfG, zur Höhe des Ergebnisses und der zu zahlenden Dividende noch keine Angaben machen, aber: „Wir sind mit dem Ergebnis zufrieden", kommentierte er die Ertragslage. Die Zinsspanne habe sich im Jahresverlauf wieder auf rund zwei Prozent erholt, die Provisionserträge seien kräftig gestiegen, spektakuläre Ausfälle hätte es nicht gegeben. Allerdings habe auch die Vorsorge in der Ertragsrechnung wieder besonderes Gewicht.

Inwieweit dies die in Schwierigkeiten geratene Neue Heimat betrifft, mochte Wegscheider freilich ebensowenig sagen wie die Höhe des Kreditengagements bei der Neuen Heimat. Die Neue Heimat habe viele Hausbanken, „von denen wir bei weitem nicht der größte Kreditgeber sind", sagte Wegscheider. Die Kreditlinie der BfG werde in der Öffentlichkeit immer weit überschätzt. Zu dem (auch im Zusammenhang mit dem aus den Problemen der Neuen Heimat resultierenden Geldbedarf) immer wieder diskutierten Gang der *BfG an die Börse betonte* Wegscheider, daß für die BfG kein akuter Handlungsbedarf bestehe. Zudem habe man mit der Einstellung des Jahresüberschusses 1984 (130 Mill. DM) in die offenen Rücklagen bereits die Kapitalbasis entsprechend der Neuregelung durch die KWG-Novelle verbreitert. Im übrigen gebe es dazu noch keine Aktionärsbeschlüsse.

Weiter intensivieren will die BfG die Zusammenarbeit mit der ebenfalls gewerkschaftseigenen Volksfürsorge Lebensversicherungs AG, nachdem der Erfolg der gemeinsamen Test-Geschäftsstelle in Eutin die Erwartungen bei weitem übertroffen habe. Nach dem gleichen Modell („Geld und Vorsorge") sind vorerst drei weitere Standorte im süddeutschen Raum geplant, daneben sollen BfG-Mitarbeiter als Berater in Geschäftsstellen der Volksfürsorge tätig werden, an Plätzen, wo die Bank bisher nicht vertreten ist und umgekehrt Volksfürsorge-Berater bei BfG-Niederlassungen einziehen.

Die Bilanzsumme der BfG wuchs im vergangenen Jahr mit 2,1 (5,1) Prozent auf 49,1 (48,1) Mrd. DM relativ bescheiden, *was Wegscheider mit* veränderten Währungsrelationen und dem bewußten Abbau einzelner Bilanzpositionen erklärt. Gut vorangekommen ist die Bank bei ihren Bemühungen um längerfristige Refinanzierungsmittel: Bei Kundeneinlagen von insgesamt 26,6 (26,3) Mrd. DM wuchsen die Gelder im Sparbereich um 12,2 Prozent auf 12,8 Mrd. DM. Damit erreicht der Anteil der Spargelder 22 Prozent der Bilanzsumme, gleichzeitig ist der Anteil der Bankengelder unter die 30-Prozent-Grenze gerutscht. „Durch die Gewichtsverschiebung zugunsten der längerfristigen, zinsruhigeren Gelder der Nichtbanken-Kundschaft sind wir wieder ein gutes Stück weniger geldmarktabhängig geworden", betont Wegscheider.

Am Jahresende standen Bankeneinlagen von 14,4 Mrd. DM Ausleihungen an Banken von 14,9 Mrd. DM gegenüber, die damit um 5 Prozent und deutlich stärker als die Kundenforderungen (plus 2,8 Prozent auf 26,1 Mrd. DM) stiegen. Dahinter steht einmal die schwache Entwicklung bei den Baukrediten (minus 10 Prozent) *und eine deutliche Zurückhaltung* großer Unternehmen, die sehr liquide waren, bei der Kreditaufnahme.

Erfreulich habe sich dagegen das Kreditgeschäft mit dem Mittelstand („Projektkredite") mit einem Plus von 14,5 Prozent auf 3,7 Mrd. DM entwickelt. Im zweiten Halbjahr habe sich allerdings auch das Ratenkreditgeschäft spürbar belebt; auch der Dispositionskredit werde wieder stärker in Anspruch genommen. Der steigende private Verbrauch, der sich mit dieser Entwicklung bereits auch in den Büchern der Bank niederschlägt, die zu erwartenden nach wie vor relativ niedrigen Zinsen – hier rechnet Wegscheider allerdings mit größeren Schwankungen – und eine weiter gestiegene Investitionsneigung lassen die BfG in diesem Jahr mit einem „wiederum guten Jahr für die Kreditwirtschaft" rechnen.

ITALIEN / Budgetdefizit weitet sich stetig aus

Finanzgesetz verabschiedet

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Abgeordnetenkammer hat gestern das Finanzgesetz verabschiedet, das als Grundlage für die Haushaltspolitik des Staates dient. Der ursprüngliche Defizitansatz in Höhe von 114 000 Mrd. Lire wurde um 1 600 Mrd. Lire überzogen. Damit gelang es der Regierung, den Voranschlag ohne wesentliche Änderungen über die Hürden der Abgeordnetenkammer zu bringen. Das Finanzgesetz muß jetzt noch vom Senat verabschiedet werden. Es wird angenommen, daß diese letzte Lesung noch vor Ende dieses Monats erfolgen wird.

Der Entwurf zu dem Finanzgesetz war von der Regierung dem Parlament vor fünf Monaten vorgelegt worden. Dem Gesetz nach muß das Finanzgesetz für das kommende Jahr spätestens Ende Dezember von den beiden Kammern des Parlaments verabschiedet werden. Bisher ist es allerdings nur dreimal gelungen, diese Frist einzuhalten.

Der Defizitansatz des laufenden Jahres übersteigt den Fehlbetrag des vergangenen Jahres um rund 15 000 Mrd. Lire. Das entspricht einer Steigerung von etwa 15 Prozent, etwa doppelt soviel wie die für 1986 erwartete Inflationsrate. Das heißt, daß es der Regierung auch in diesem Jahr nicht gelungen ist, ihr mittelfristiges Ziel, ein Nullwachstum des Haushaltsfehlbetrags, zu erreichen.

Durch die erneute Ausdehnung des Defizits übersteigt die Staatsverschuldung im laufenden Jahr erstmals das Bruttoinlandsprodukt. Den Schätzungen zufolge wird die Staatsschuld in diesem Jahr das Bruttoinlandsprodukt um etwa sieben Prozent übersteigen, während sie im vergangenen Jahr noch um etwa ein Prozent darunter lag.

Der hohe Zinsendienst, der damit verbunden ist, wird die Nominal- und Realzinsen am Kapitalmarkt auch 1986 nach oben tendieren lassen. Das heißt, daß die italienische Wirtschaft auch weiterhin mit einem im Vergleich zum Ausland relativ hohen Zinsniveau leben muß.

Das könnte sich allerdings ändern, wenn es, bedingt durch den weiter sinkenden Kurs des US-Dollars und die ebenfalls sinkenden Erdölpreise, zu einer nennenswerten Abnahme der Inflation kommen sollte. Gegenwärtig liegt die Inflationsrate bei 8,5 Prozent – wie 1985. Sie soll auf sechs Prozent gesenkt werden. Experten meinen, daß angesichts der Wechselkursveränderungen und der niedrigeren Energiekosten das Ziel bald erreicht wird. Das bedeutete auch sinkende Zinsen.

NAMEN

Dr. Hans Feith, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG von 1959 bis 1976 und des Aufsichtsrates von 1976 bis 1985, ist am 3. Februar im Alter von 76 Jahren gestorben.

Volker Diewitz (44), ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Atlas Hotel AG, Berlin, und langjähriger Hotelmanager der Hotelkette Intercontinental, hat das Düsseldorfer Traditionshotel Eden als Inhaber und Hoteldirektor übernommen.

Hans-Walter Hinrichs, seit fünf Jahren Verkaufsdirektor für die Marke Estée Lauder, ist zum Hauptgeschäftsführer des Firmenverbundes Estée Lauder, Linique und Aramis berufen worden. Der bisherige Kommissarische Hauptgeschäftsführer für Deutschland, **Hans Thalman,** bleibt dem Hause als Managing Director verbunden.

KANALTUNNEL / Luft- und Schiffahrt geraten unter Druck

Sinkende Preise denkbar

WILHELM FURLER, London

Die Entscheidung zugunsten eines Doppelröhrentunnels für den durchgehenden Bahnverkehr und den Huckepack-Transport von Autos, Caravans und Lkws unter dem Kanal ist gefallen. Der Sieger des Wettbewerbs um eine feste Schienen- und/oder Straßenverbindung zwischen Frankreich und Großbritannien, das britisch-französische Konsortium Channel Tunnel Group-France Manche, muß sich nach Bauende (*1993*) nicht unbedingt als Gewinner entpuppen.

Zwar hat die Channel Tunnel Group ihre Projekt-Konkurrenz ausgestochen, weil sie die billigere Lösung mit der Option für einen Straßentunnel zu einem späteren Zeitpunkt angeboten hat. Doch die Konkurrenz zur See und in der Luft wird keine Ruhe geben.

Den Blick auf den kommenden Kanaltunnel gerichtet, hat erst vor wenigen Wochen die größte Fährreederei zwischen Großbritannien und dem Kontinent, European Ferries (Townsend Thoresen), den Hebel auf volle Fahrt gestellt und in Deutschland zwei Jumbo-Fähren für den Kanaldienst bestellt. Zum Stückpreis von knapp 120 Mill. DM werden sie doppelt so groß sein wie die bislang größten Fähren zwischen England und Frankreich und Platz für 2400 Passagiere und 700 Wagen haben; und sie werden schneller sein.

Es ist keine Frage, daß diese Jum*bo-Fähren selbst bei deutlich niedri*geren Preisen für Überfahrten als gegenwärtig Gewinne einfahren werden. Die von der Channel Tunnel Group kalkulierten Preise für eine Fahrt von Dover nach Calais mit einem Pkw und zwei Personen in Höhe von knapp 170 Mark dürften von den *anderen Fähren spielend* unterboten werden können.

Mit der Einführung durchgehender Hochgeschwindigkeitszüge wird sich die Fahrtzeit London–Brüssel auf nur noch drei Stunden halbieren. Dies bekommt auch der Luftverkehr zu spüren, der sich möglicherweise ebenfalls zu Preisreduzierungen im Verkehr zwischen London und dem Raum Frankreich–Benelux–Deutschland veranlaßt sehen könnte.

Die Tunnelplaner glauben, daß ihr Projekt das Verkehrsaufkommen zwischen der Insel und dem Kontinent merklich wachsen lassen wird. Rund zehn Prozent der Passagiere, die den Tunnel benutzen, werden einer Studie zufolge „neue Kanalreisende" sein, die allein durch die Existenz des Tunnels angelockt werden. Das Verkehrsaufkommen wird sich insgesamt von gegenwärtig 50 Millionen auf rund 70 Millionen Passagiere erhöhen; rund 44 Prozent sollen auf den Tunnel entfallen.

Neben einer Vielzahl von doppelstöckigen Spezialzügen für den reinen Huckepack-Verkehr im Tunnel zwischen Dover und Calais, die von der Channel Tunnel Group entwickelt und finanziert werden, wollen die Staatsbahnen British Rail und SNCF für den Personenreiseverkehr zwischen London und dem Kontinent 40 völlig neue Hochgeschwindigkeitszüge für jeweils 1750 Fahrgäste einset*zen. Die Kosten für die neuen Reise*züge, den Trassenausbau und für die Modernisierung von Bahnhöfen (Londons Waterloo Station wird einen völlig neuen Terminal erhalten) werden von den beiden Staatsbahnen auf insgesamt 3,5 Mrd. DM beziffert.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Börsengebühr doch billiger

London (fu) – Der Vorstand der Londoner Börse hat seine Pläne aufgegeben, von Wertpapierhandelshäusern, die im Rahmen der weitgehenden Liberalisierung des Londoner Wertpapiermarktes vom Herbst dieses Jahres an neu an die Londoner Börse kommen, eine Aufnahmegebühr von bis zu 700 000 Pfund (2,33 *Mill. DM) zu verlangen. Um mehr in*ternationale Wertpapierhändler, insbesondere die amerikanischen „securities houses", zu bewegen, direkt am Londoner Wertpapierhandel teilzunehmen, wird die Aufnahmegebühr für Händlerfirmen mit mehr als 150 Mitarbeitern auf 50 000 Pfund begrenzt. Häuser mit bis zu 20 Mitarbeitern sollen nur 10 000 für die Mitgliedschaft entrichten.

Reserven vermindert

Paris (J. Sch.) – Die amtlichen französischen Währungsreserven haben sich nach Angaben der Notenbank 1985 um zehn Prozent auf 412,89 (457,72) Mrd. Franc vermindert. Dies ist hauptsächlich der Dollar-Baisse und dem Verfall des Goldpreises von 100 951 Franc Ende 1984 auf 82 583 Franc Ende 1984 je Kilogramm zuzuschreiben.

Kooperation mit dem IWF

Belgrad (dpa/VWD) – Das mit rund 20 Mrd. Dollar im Westen verschuldete Jugoslawien will mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) weiter *zusammenarbeiten* und dessen wirtschaftspolitische Auflagen akzeptieren. Das berichtete die amtliche jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug. Strittig sei bei den Gesprächen bis zuletzt aber die Höhe der Kreditzinsen gewesen: Während der IWF einen Zinssatz über der Inflationsrate von heute rund 80 Prozent gefordert hatte, wollte Belgrad aus politischen *Gründen offenbar nicht über 61 Pro*zent hinausgehen.

Einzelhandelsumsatz stieg

London (VWD) – Der Umsatz des britischen Einzelhandels fiel 1985 um neun Prozent größer aus als im Vorjahr. Im Dezember ergab sich gegenüber dem Vorjahresmonat eine Zunahme um acht Prozent. Preisbereinigt wird die Steigerungsrate vom Handels- und Industrieministerium für das Gesamtjahr mit 4,2 Prozent angegeben und für den Dezember mit 3,0 Prozent.

Neue Umschuldung?

Mexiko City (dpa/VWD) – Der Preisverfall auf den internationalen Ölmärkten hat in Mexiko Überlegungen über eine neue Umschuldung der inzwischen auf mehr als 97 Mrd. Dollar angewachsenen Auslandsverpflichtungen und Haushaltskürzungen ausgelöst. Der Preiseinbruch werde „ernsthafte Anpassungsmaßnahmen in der Wirtschaft herausfordern" und sich drastisch auf die Devisenreserven Mexikos auswirken, die offiziell am Jahresende etwa 5,5 Mrd. betrugen.

Notenbank erhöht Zinsen

Dublin (dpa/VWD) – Um einen weiteren Devisenabfluß zu verhindern, hat die irische Notenbank das Zinsniveau um drei Prozent angehoben. De*visenhändler rechnen damit, daß das* irische Pfund im Zuge einer möglichen Neuanpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem abgewertet werden muß. Das irische Geldmarkt-Zinsniveau hat durch die jüngste Aktion 15 Prozent erreicht.

USA / Die 25 großen Bankholdinggesellschaften

Citicorp behält ersten Rang

Sbt. Washington

Unter den großen US-Bankholdinggesellschaften hat die Citicorp, New York, ihre Spitzenposition weiter ausgebaut. Ihre Bilanzsumme wuchs im vergangenen Jahr um mehr als 15 Prozent auf nahezu 174 Mrd. Dollar oder umgerechnet 419 Mrd. Mark. Dagegen stagniert die BankAmerica, die früher viele Jahre lang die Gruppe anführte. Sie belasten die verlustreichen Abschreibungen der vielen faulen Ausleihungen. Ausgeweitet hat die Citicorp vor allem das Verbraucherkreditgeschäft, das 1985 um kräftige 30 Prozent auf nahezu 51 Mrd. Dollar zunahm. Institute wie die Bank of Boston Corp., NCNB Corp. oder die Suntrust Banks erhöhten ihre Bilanzsumme hauptsächlich durch Zusammenschlüsse und weniger durch die Vergabe frischer Darlehen.

Nach Berechnungen der Ausichtsbehörde des Comptroller of the Currency wären die Bilanzsummen der zwölf größten US-Banken um ein Drittel höher, wenn die nicht veröffentlichten Kreditverkäufe, Kreditzusagen und Akkreditive ebenfalls ausgewiesen würden.

(in Mrd. Dollar)	Bilanzsumme 1985	Bilanzsumme 1984	%
1. Citicorp, New York	173,6	150,6	15,3
2. BankAmerica, San Francisco	118,5	117,7	0,7
3. Chase Manhattan, New York	87,7	86,9	0,9
4. Manufacturers Hanover, N.Y.	76,5	75,7	1,0
5. J.P. Morgan & Co., New York	69,4	64,1	8,3
6. Chemical, New York	57,0	52,2	9,2
7. Security Pacific, Los Angeles	53,6	46,1	16,3
8. Bankers Trust, New York	50,6	45,2	12,0
9. First Interstate, Los Angeles	49,0	45,5	7,7
10. First Chicago, Chicago	38,9	39,6	- 1,8
11. Mellon Bank Corp., Pittsburgh	33,4	30,6	9,2
12. Continental Illinois, Chicago	30,5	30,4	0,3
13. Wells Fargo, San Francisco	29,4	28,2	4,3
14. Bank of Boston, Boston	28,3	22,1	28,1
15. First Bank System, Minneapolis	25,5	22,4	13,8
16. Marine Midland, Buffalo	23,4	22,1	5,9
17. Republinbank, Dallas	23,2	21,6	7,4
18. Moorp, Dallas	*22,6*	20,7	9,2
19. Interfirst, Dallas	22,1	21,6	2,3
20. Irving Bank Corp., New York	21,7	19,0	14,2
21. Norwest Corp., Minneapolis	21,4	21,3	0,5
22. Texas Commerce, Houston	20,1	20,7	- 2,9
23. NCNB, Charlotte	19,8	15,7	26,1
24. Suntrust Bank, Atlanta	19,4	15,8	22,8
25. Crocker National, San Francisco	19,2	22,3	- 14,0

GLUNZ

Familienholding in AG umgewandelt

J. G. Düsseldorf

In knapp zwei Jahrzehnten hat sich die einst auf Sägewerk und Holzhandel beschränkte Glunz-Gruppe mit einem Umsatzsprung von 35 auf nun 600 Mill. DM zum „europäischen Marktführer der Holzwerkstoff-Industrie" hinaufkatapultiert. Allein 1985 brachte bei nun 2000 Beschäftigten ein Umsatzplus von 35 Prozent. Den in der Sperrholz-/Spanfaserplattenindustrie seit einem halben Jahrzehnt gegenläufig zum Trend erzielten Aufschwung krönt die in zweiter Generation amtierende Unternehmerfamilie Glunz jetzt auch mit gesellschaftsrechtlicher Konsequenz:

Die Holding und Führungsgesellschaft der dezentral organisierten Gruppe (acht Produktionstöchter, davon seit 1985 eine in Schottland), die Glunz Industrie GmbH, Hamm, wurde zum 1. Januar 1986 in die „Glunz AG" umgewandelt, an deren 40 Mill. DM Aktienkapital die Familie 92 Prozent und die von Ketteler-Gruppe den Rest hält. Hockt da ein weiterer Börsenneuling im Startloch?

Mitnichten, betont Vorstandsvorsitzender Olaf Glunz für die überschaubare *Zukunft – und doch nicht* ohne Hinweis auf die nun „angemessene Basis für eine Kapitalzufuhr von außen". Vorerst reiche die Finanzierungskraft auch für die (auch im Ausland) anvisierte weitere Expansion. So habe die Gruppe in den letzten sechs Jahren 200 Mill. DM investiert und andererseits ihr Eigenkapital in den letzen 20 Jahren auf 86 (8) Mill. DM gesteigert, was immerhin einen über dem Industriedurchschnitt liegenden Bilanzanteil von 25 Prozent bedeute.

Die Umwandlung zur AG wird deshalb (zunächst) nur damit begründet, daß man die Funktionen von Management und Kapital „angemessen trennen" möchte. Das gebiete das nun erreichte Geschäftsvolumen. Wachsen soll das, mit bisher schon untypisch hohem Auslandsumsatz von 180 Mill. DM, künftig offenbar noch stärker auf Auslandsmärkten.

IM BLICKPUNKT / Der 45jährige Jürgen Krüger soll den angeschlagenen Kaufhaus-Konzern Hertie sanieren

Ein Vollblut-Verkäufer, der auf Teamarbeit setzt

Von „Personenkult" will Jürgen Krüger nichts wissen. Für ihn steht das Unternehmen im Mittelpunkt. Das Unternehmen: Die Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt, die seit Jahren mit hohen Verlusten immer wieder negative Schlagzeilen macht. Seit dem 1. Januar amtiert der gerade 45jährige Krüger, zuvor zwei Jahre im Vorstand für das Verkaufsressort zuständig, als Vorstandssprecher.

Mit dieser Entscheidung zog im Dezember der Hertie-Aufsichtsrat den Schlußstrich unter eine entnervende Suche nach einem neuen Vorstandsvorsitzenden, nachdem der glücklose Bruno Lippmann, für den diese Position eigens geschaffen worden war im Februar 1985 das Handtuch geworfen hatte. „Diese Ernennung ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß der Hertie-Vorstand seit dem *vorzeitigen Ausscheiden* des Vorsitzenden Bruno Lippmann im Februar 1985 als kollegiales Team in hervorragender Zusammenarbeit ein umfassendes Sanierungskonzept entwickelt und entscheidende Maßnahmen eingeleitet hat", lautete damals die Hertie-Mitteilung.

„Einer muß es ja machen"

Auf das „Team" legt Krüger besonders wert: Er spricht nur aus, was alle gemeinsam erarbeitet haben. Angesichts dieser Einstellung ist nur folgerichtig, daß es bei Hertie heißt, Krüger habe die Sprecherfunktion nur nach gehörigem „Schieben" aller Beteiligten übernommen, nach dem Motto „einer muß es ja machen". Die fünf vom Hertie-Vorstand – neben Krüger Lothar Deppe (46) für Finanzen, Jürgen Holst (51) für Betriebswirtschaft, Lothar Schirmann (51) für den Einkauf und Arthur Wollert (51) als Personalmann – waren nämlich auch ohne Vorsitzenden überaus emsig; in monatelanger Arbeit wurde gemeinsam ein neues Sanierungskonzept erarbeitet. Seine Kernpunkte: Unrentable Warenhäuser müssen aufgegeben werden, zu groß dimensionierte Flächen sollen an kompetente Dienstleistungspartner vermietet werden. Die Logistik und das Filial-Verbundsystem werden ausgebaut und neue Vertriebsformen sollen durchgesetzt werden. Dabei denken die Hertie-Leute an Selbstbedienungs-Warenhäuser in der City (*„Preisland City-SB"*), die der „grünen Wiese" Paroli bieten sollen.

„Trading up" (der Verkauf immer höherwertiger Konsumgüter) hat nach Ansicht Krügers im Warenhaus seine Grenzen erreicht. „Für das normale Warenhaus – und das sind eben die meisten unserer Verkaufsfilialen – ist der Kunde die Familie Jedermann." Der zupackende Pragmatiker Krüger kann mitreden, wenn es um Handel geht. Er lernte von der Pike auf: Mittlere Reife, Einzelhandelslehre (bei Karstadt) und dann vier Jahre eine Tour als Verkäufer und Praktikant mit den Stationen Stockholm, New York und Paris. Neben Handelserfahrungen brachte Krüger daher exzellente Sprachkenntnisse mit. Es folgten 16 Kaufhof-Jahre, darunter fünf Jahre direkt an der Front, als Geschäftsführer des Kaufhof-Hauses am Wehrhahn in Düsseldorf, letzte Position vor dem Wechsel zu Hertie: Zwei Jahre Einkaufsleiter bei „Metro International", die die Auslandseinkäufe für den Handelsriesen organisiert.

Krüger ist jedoch vor allem und mit Leib und Seele Verkäufer: Auch als Vorstandssprecher hat er das Verkaufsressort im Hertie-Vorstand behalten. An Ideen, auch der Familie „Jedermann" ein Einkaufserlebnis zu bescheren, mangelt es ihm nicht und auch die Forderung nach „flippiger Mode" für die jungen Frauen zwischen 16 und 20 geht ihm leicht über dieLippen.

Krüger ist in Bezug auf den Handel vorbelastet. Nach der Vertreibung aus Oppeln (Krügers Geburtsort) arbeitete sein Vater zunächst als Verkäufer bei Kempinski in Berlin, die damals noch einen Delikatessenladen hatten und wechselte später als Bezirksleiter zur Kaufhalle: Sein Kollege dort war Friedrich Roesch, der sich später, als Verkaufsvorstand bei Kaufhof, den jungen Krüger als Assistenten holte.

Jürgen Krüger
ZEICHNUNG: BÖHLE

Eine schnelle durchdringende Intelligenz förderte Krügers gradlinige Karriere, die *ihn mit 44 Jahren* an die Spitze des *drittgrößten* deutschen Warenhaus-Konzerns brachte. Einziger Schönheitsfehler bei soviel Erfolg: Herties 800 Millionen DM Eigenkapital stehen inzwischen weit mehr als eine halbe Milliarde DM aufgelaufener Verluste gegenüber. Krügers Kommentar: „Der Substanzverlust muß sofort gestoppt werden."

Auf dem Weg dorthin ist das Team um Krüger heftig in die Schußlinie der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) geraten. Denn das Struktur-Erneuerungsprogramm kostet vorerst vor allem Arbeitsplätze: Seit 1980 verminderte sich die Zahl der Hertie-Angestellten um gut 15 000 auf 42 000 Beschäftigte, für dieses Jahr sind mit der Schließung von acht Warenhäusern bereits 2300 weitere Arbeitsplätze verloren. Weitere werden folgen: Denn immer noch spricht man bei Hertie von rund 20 „Problemhäusern", die freilich zum Teil in veränderter Form überleben werden.

Daß nach der seit 1977 anhaltenden Verlustphase Änderungen notwendig sind, weiß auch die HBV: „Gravierende Einschnitte sind natürlich notwendig, wenn das Unternehmen auf Dauer gesund werden soll", formulierte HBV-Vorstandsmitglied Dieter Steinborn.

Die Ursachen für die Hertie-Dauermisere reichen zum Teil weit zurück: Nach dem Kriege hatte der damals unumschränkte Hertie-Herr Georg *Karg als Ersatz für die überwiegend* in Ostdeutschland und Berlin gelegenen Warenhäuser in westdeutschen Großstädten nur noch 1b-Lagen erwerben können. Das rächte sich in Zeiten abflauenden Konsums.

Trendwende beim Umsatz

Immerhin ist es der Mannschaft um Krüger gelungen, im vergangenen Jahr den langanhaltenden Trend sinkender Umsätze zu stoppen: Die Hertie-Warenhausumsätze stiegen um drei Prozent – und damit am stärksten in der Warenhausbranche – *auf 5,39 Milliarden DM*, nachdem sie noch im Jahr zuvor um sechs Prozent gesunken waren.

Die Früchte der Trendwende sind jedoch noch mager: Auch für 1985 wird der Konzern ein dickes Minus (1984: 146 Mill. DM) ausweisen. Das „Arbeitstier" Krüger, nach eigenem Bekunden mit „rauher aber herzlicher Liebe zum Unternehmen" ausgestattet und sein Team müssen also kräftig weiter „ranklotzen".

Der bescheidene Krüger ist in seiner Freizeit gern zu Hause, Musik von Beethoven bis Rock, seine beiden Töchter (11 und 13) und eine Mini-Spielzeug-Eisenbahn helfen entspannen. Und natürlich: Lesen, Lesen. Derzeit ist es die Erfolgsstory von Chrysler-Chef Lee Iacocca („Eine amerikanische Karriere"), der dem maroden US-Autokonzern auf die Beine half. Ein Schulungsprogramm für Jürgen Krüger?

UdSSR / Ölpreisverfall bedroht die Modernisierung

Devisenpolster schrumpfen

dpa/VWD, Moskau

Der rapide Preiseinbruch auf dem Erdölmarkt bereitet der Sowjetunion, die dem Öl rund 60 Prozent ihrer Deviseneinnahmen verdankt, erhebliche Schwierigkeiten. Bliebe der Ölpreis längerfristig um rund zehn Dollar und damit um rund ein Drittel unter seinem früheren Stand, so würden sich – bei gleicher Liefermenge – Moskaus gesamte Deviseneinkünfte um rund 20 Prozent verringern.

Damit könnte das ehrgeizige, von Kremlchef Michail Gorbatschow angestrebte Modernisierungsprogramm für die sowjetische Industrie in Gefahr geraten. Bei der ohnehin großen sowjetischen Devisenknappheit würde der Ost-West-Handel noch schwieriger als bisher, denn die Möglichkeiten Moskaus, den Ausfall von Hartwährung über verstärkte Öllieferungen auszugleichen, sind angesichts des *Zustandes* der heimischen Ölindustrie äußerst beschränkt.

Auch der kuwaitische Öl- und Industrieminister, Ali Chalifa el Sabah, dürfte die UdSSR nach Ansicht westlicher Beobachter kaum zu einer Zusammenarbeit mit der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) bewegen können. Sabah will in der sowjetischen Hauptstadt eine mögliche Zusammenarbeit zwischen dem Ölkartell und Nicht-Opec-Ländern bei der Stützung des Weltölmarktes erörtern. Die UdSSR ist der größte Ölproduzent der Welt.

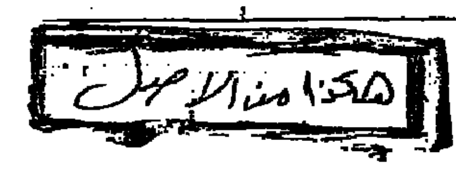
Die Höhe der sowjetischen Erdölexporte und die dafür verlangten Preise werden von Moskau als Staatsgeheimnis behandelt. Die Opec vermutet, daß die UdSSR sich ihren Marktanteil über Dumpingpreise sichert und damit das allgemeine Preisniveau nach unten drückt.

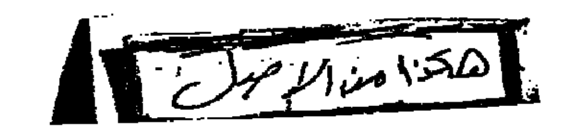
Die sowjetische Erdölindustrie befindet sich seit Jahren in einer Dauerkrise. 1985 gab es nicht nur Engpässe beim Export, sondern auch bei der Inlandsversorgung mit Erdöl. Die sowjetische Erdölförderung lag mit 595 Mill. Tonnen um drei Prozent unter der Vorjahresproduktion. Die Versorgungsengpässe bei sowjetischen Öllieferungen nach Westeuropa versuchte Moskau Anfang 1985 mit dem „strengen Winter" zu erklären. Die monatliche Fördermenge stieg jedoch auch nach dem Winter kaum an und lag im Monatsdurchschnitt 1985 niedriger als die entsprechenden Zahlen im Jahre 1980. Bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität – einem wichtigen Gradmesser für die Entwicklung in diesem Bereich – verzeichnete das Erdölministerium 1985 sogar ein Minus von sechs Prozent.

In Westsibirien werden rund 60 Prozent des *sowjetischen Erdöls* gefördert. Die zuständigen Behörden dort seien den Weg des geringsten Widerstandes gegangen, beklagte Gorbatschow. Erst im vergangenen September hatte er in der westsibirischen Region von Tjumen, dem *Zentrum* der sowjetischen Erdölförderung, kritisiert, daß die Ausbeutung der Lagerstätten geringer und schwieriger werde.

In einer Serie über die Mißstände bei der Erdölförderung bezeichnete die Parteizeitung „Prawda" in dieser Woche die Zustände in der Tjumen-Region als „Raubbau". Der Bestand an intakten Bohrlöchern gehe rapide zurück, weil sie nicht fachmännisch ausgebaut würden, schrieb das Parteiblatt. Die Erdölvorkommen würden auf schonungslose Weise ausgebeutet. Die Ausrüstung sei so mangelhaft, daß die Monteure Maschinen mit *Vorschlaghämmern* reparieren müßten.

Die Sowjetunion versucht seit mehreren Jahren, den Erdölverbrauch durch den Einsatz von Erdgas zu vermindern. Die Erfolge auf diesem Gebiet dürften nach Ansicht westlicher Experten in den kommenden Jahren jedoch bei weitem nicht ausreichen, um größere Mengen Erdöl freizusetzen. Ein möglicher Ausweg aus der durch den Ölpreisverfall drohenden Devisenknappheit könnte der Verkauf von Gold sein. Bisher ist jedoch noch völlig offen, wie die Sowjetunion auf die neue Situation reagieren wird.





CTM COMPUTERTECHNIK / Starkes Wachstum

Mit SEL zu neuen Ufern

nl. Sonthofen

„Wir sind jetzt noch stärker, weil durch SEL eine solide Basis gefunden worden ist." Wie Eberhard Kiefer, Vorsitzender der Geschäftsführung der CTM Computertechnik Müller GmbH, Konstanz, weiter ausführte, könne das Unternehmen nunmehr „fundiert in die Zukunft investieren". Die 1972 gegründete CTM, die den Gesamtbereich der Text- und Datenverarbeitung abdeckt und ihre Stärke in maßgeschneiderten, kommerziellen Anwenderlösungen sieht, war 1974 in den Beteiligungsbereich der Diehl-Gruppe übergegangen, bis sich dann in 1984 die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, mit zunächst 49 Prozent an CTM beteiligte.

Seit Jahresbeginn 1986 ist die CTM eine hundertprozentige SEL-Tochter, wobei in dieser Kombination künftig integrierte Bürokommunikation für Unternehmen jeder Größenordnung angeboten werden soll. In dem Segment der Anlagen von 40 000 bis 100 000 DM stuft sich das Unternehmen hinter Nixdorf und IBM auf Platz 3 ein.

Im Geschäftsjahr 1985 hat die CTM ihren Umsatz überdurchschnittlich um 25,7 Prozent auf 134 Mill. DM (der entsprechende Markt wuchs um 13 bis 14 Prozent) gesteigert, davon entfielen 27 Prozent auf den Export. Der Software-Anteil bei den Verkäufen liege bei 40 Prozent mit steigender Tendenz. Den Preisverfall gab Kiefer mit 6 bis 8 Prozent an. Installiert wurden Anlagen im Werte von 216 (180) Mill. DM. Für 1986 wird ein Umsatz von 150 Mill. DM oder die Installation von 1729 Systemen im Wert von 229 Mill. DM geplant.

Das Unternehmen hat nach Kiefers Angaben im Berichtsjahr ein wirtschaftliches Ergebnis von rund 10 Prozent des Umsatzes vor Steuern erzielt. Auch die Töchter in Großbritannien, Frankreich und Österreich hätten gut abgeschnitten. Einschließlich Aufwendungen für Forschung und Entwicklung wurden im Berichtsjahr 30 (23) Mill. DM investiert, davon gut 9 Mill. DM in Sachanlagen. Für 1986 sind Gesamtinvestitionen von fast 34 Mill. DM vorgesehen, davon etwa 10 Mill. DM Sachinvestitionen. Die CTM zählt 671 (581) Beschäftigte, weitere 55 sollen 1986 dazukommen.

ENKA / Mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze – Die Dollarschwäche beeinträchtigt den Optimismus kaum

Glanzvolle Renaissance im Chemiefasergeschäft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Glänzender noch als im schon glänzenden Vorjahr hat die Enka AG, Wuppertal, 1985 abgeschnitten. Das hier konzentrierte Chemiefasergeschäft des holländischen Akzo-Konzerns, das zwei Drittel des Enka-Gruppenumsatzes und die nach dem amerikanischen DuPont-Konzern zweitgrößte Produktion der Welt repräsentiert, erlebt im Doppelspiel von Branchenerholung und vorausgegangenen eigenen Restrukturierungs-Kraftakten eine respektable Renaissance nach verlustreichen Hungerjahren.

Enka-Vorstandsvorsitzender Josef R. Hutter präsentiert dazu nun eine Serie von (zum Teil vorläufigen) Erfolgszahlen aus 1985: Anstieg des konsolidierten Gruppenumsatzes um sieben (16) Prozent auf 4,9 Mrd. DM, dazu noch ein um drei (0,6) Prozent auf 1,1 Mrd. DM gesteigerter Umsatz bei den nicht konsolidierten Auslandstöchtern in Lateinamerika und Indien. Kräftiger Wiederanstieg der Sachinvestitionen auf 330 (228) Mill. DM mit Wachstumstendenz auf 400 Mill. DM für 1986. Rückkehr zur Wiederaufstockung der zuvor dezimierten Belegschaftszahl auf zunächst 28 800 (28 100) in der Gruppe, und hier vorrangig beim deutschen Enka-Teil auf 16 000 (15 400) Leute.

Dazu und vor allem: Der nach besonders strenger holländischer Bewertungsmethode ermittelte Enka-Nettogewinn besserte sich nochmals stärker als der Umsatz auf „etwa" 225 (201) Mill. DM. Analog zur Dividendenaufbesserung des Akzo-Konzerns, der für 1985 nun 6,60 (6) Gulden pro Aktie à 20 hfl zahlt, winkt den freien Enka-Aktionären (noch zwei Prozent von 297 Mill. DM Aktienkapital) nach Garantievertrag nun eine Dividende von 8,25 (7,50) DM.

Bescheidenheit ziert den Erfolgreichen. Der Enka-Chef führt im Rückblick auf 1985 von dem im ersten Halbjahr extremen Dollarkurs-Höhenflug bis hin zur branchentypischen weiteren Erholung des Chemiefasergeschäfts eine Fülle exogener Faktoren für das im eigenen Haus erzielte Resultat an. Aber mit Gelassenheit fügt er auch hinzu, daß ein Dollarkurs in der nun aktuellen Bandbreite von 2,30 bis 2,60 DM dem Geschäft noch nicht sonderlich weh tut. Einiges, aber „Begrenztes" spüre man aus der Dollarschwäche bislang nur darin, daß die Exportchancen der faserverarbeitenden heimischen Kundschaft nun doch deutlich schwächer würden.

Für die Enka-Gruppe, die fast die Hälfte ihres 1985 um 3,5 Prozent auf 409 000 t gesteigerten Chemiefaserversands mit Einsatzzwecken im „technischen Bereich" (vor allem Reifenindustrie) erzielt und hierin weltgrößter Produzent ist, spielt die schwankungsreiche (1985 auch in der Bundesrepublik erstmals wieder leicht positive) Textilkonjunktur ohnehin eine weniger gravierende Rolle als beim Gros der Konkurrenten.

Die Stoßrichtung der Offensiv-Strategie zielt bei Enka denn auch weiterhin mit Hauptakzent auf „technische Fasern/Garne". Die neue (Verbund-)Werkstoff-Generation der hochfesten Aramidfaser „Twaron" begleiten da besonders große Absatzhoffnungen.

Mit mühsam gedämpftem Ärger kommentiert da der Enka-Chef den aktuellen Patentstreit mit dem DuPont-Konzern. „Wir können inzwischen als sicher davon ausgehen, daß DuPont das für uns patentrechtlich geschützte Verfahren für die Aramidproduktion anwendet." Eine „Sicherheit" freilich, die Enka bislang nur zu Prozeßerfolgen in Europa führte.

In die USA hingegen hat die International Trade Commission den „Twaron"-Import (außer in verarbeiteter Ware) bislang rechtskräftig verboten. Dagegen hat nun Enka Berufung eingelegt (Urteilserwartung Mitte 1987) und „als erstes europäisches Unternehmen" bei der Brüsseler EG-Kommission eine Klage gegen die USA erhoben, die sich die Kommission vorgestern zu eigen machte.

Positiv haben sich in der Enka-Gruppe 1985 auch die chemiefaserfernen Bereiche entwickelt, voran der Barmag-Textilmaschinenbau mit nun 600 (579) Mill. DM Umsatz. Sowohl im Chemiefaser- wie im „Diversifikations"-Geschäft beurteilt der Vorstand die Aussichten auch für 1986 optimistisch. Anders als Anfang 1985 dürfe man jedoch nicht mehr erwarten, daß die schon zuversichtliche Prognose nochmals übertroffen werde.

KLÖCKNER-WERKE

Stahllandschaft ändert sich bald

J. G. Düsseldorf

Unverändert „sind wir der Überzeugung, daß die deutsche Stahllandschaft ihr Bild schon in wenigen Jahren verändern wird", schreibt Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow zum Rückblick auf 1984/85 (30. 9.) in der Hauszeitschrift der Klöckner-Werke AG, Duisburg. An Kostensenkung und Erhöhung der Schlagkraft aus „unternehmensübergreifenden Lösungen" könne niemand vorbeigehen. Dies um so mehr, als das geringe Wachstum des Weltstahlverbrauchs keine dauerhaften Steigerungsraten erhoffen lasse, die seit 1975 auf über 100 Mrd. DM gewachsenen Subventionen zugunsten der EG-Wettbewerber noch „viele Jahre" fortwirken und neue Umweltschutzgesetze den Wettbewerb erneut zu Lasten der Deutschen verzerren.

In 1984/85 schaffte der Konzern aus höheren Mengen und Preisen sowie Strukturbesserung (die weiter geht) beim Stahl endlich die Wende. Zusammen mit nochmals verbessertem Verarbeitungsbeitrag sei das Ergebnis aus laufendem Geschäft positiv. Es werde nebst „nennenswerten Gewinnen" des betriebsneutralen Bereichs zur Stärkung des Unternehmens verwendet.

Der Welt-Fremdumsatz des Konzerns wuchs um 12,6 Prozent auf 7,6 Mrd. DM mit 49,4 (46,2) Prozent Auslandsanteil. Die Walzstahlproduktion stieg um 6,8 Prozent auf 4,39 Mill. t, die Welt-Belegschaftszahl um 3,8 Prozent auf 33 146 Leute.

GELSENWASSER / Preise bleiben stabil

Erfolge der Kostendämpfung

ews. Gelsenkirchen

Die Ankündigung aus dem Vorjahr, Anfang 1986 die Ständige Schiedsstelle zwecks Erhöhung des Wasserpreises anzurufen, macht die Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, nicht wahr. Damit bleibt der Wasserpreis nun im fünften Jahr bei 1,50 DM pro Kubikmeter und einer Grundgebühr von 16 DM stabil. Dies erklärte Vorstandsvorsitzender Benno Weimann bei einer ersten Übersicht über das Geschäftsjahr 1985, einem „Jahr der Bewährung mit Erfolgen in der Kostendämpfung".

Wann sich der sinkende Rohölpreis auf den daran angekoppelten Gaspreis auswirken werde, dazu wollte er keine Prognose abgeben. Allerdings wolle Gelsenwasser bei seinen Erdgas-Lieferanten darauf dringen, schon ab 1. April eine Anpassung vorzunehmen, die normal erst zum 1. Oktober fällig würde.

Nach einer „angemessenen Berücksichtigung" von Rückstellungen und Rücklagen wird der Vorstand der Hauptversammlung am 25. Juni wahrscheinlich wieder eine Dividende von 13 Prozent auf das Grundkapital von 125 Mill. DM vorschlagen, erklärte Weimann weiter. Hauptaktionäre sind die Veba AG, Düsseldorf, mit gut 25 Prozent, die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, mit 25 Prozent, Kommunen im Einzugsgebiet – Ruhrgebiet, Niederrhein, Münsterland und Ostwestfalen – mit knapp 25 Prozent und die Flachglas AG, Gelsenkirchen, mit zehn Prozent. Daneben halten die 1419 (1426) Mitarbeiter gut ein Prozent, der Rest befindet sich bei rund 5000 freien Aktionären.

Die Wasserabgabe hielt sich mit 286 (282) Mill. Kubikmetern auf dem Niveau der Vorjahre, bei der Erdgasabgabe wurde ein Plus von 10,5 Prozent auf 3,8 Mill. Kilowattstunden (kWh) erzielt. Investiert wurden rund 85 Mill. DM, für 1986 sind rund 70 Mill. DM geplant.

Duisburger Hafen büßt Umschlag ein

Py. Düsseldorf

Der Güterumschlag in den öffentlichen und 14 privaten Häfen des Rhein-Ruhr-Hafens Duisburg hat sich 1985 um 3 Prozent auf etwa 54,3 Mill. t verringert. Obwohl sich die Lage der Stahlindustrie verbessert hat, profitierten wegen der Konzentration der Rohstoffzufuhren nur die privaten Werkshäfen (35,6 Mill. t) leicht, während die öffentlichen Häfen wegen des rückläufigen Kohleversands und der geringeren Mineralölanfuhren Einbußen von 10 Prozent auf 18,7 Mill. t hinnehmen mußten.

Dieses Umschlagvolumen wurde zuletzt 1967 unterschritten. Der Rückgang ist vor allem eine Folge des seit Jahren sinkenden Anteils der Massengüter Erze, Schrott, Kohlen, Öl sowie Steine, Erden und Baustoffe, der durch den Transport höherwertiger Güter nicht ausgeglichen wurde. Vom Gesamtumschlag entfielen 11,8 Mill. t (64 Prozent) auf das Aufkommen der drei großen Rheinmündungshäfen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Merck mit gutem Start

Darmstadt (dpa/VWD) – Die Darmstädter Merck-Gruppe hatte einen guten Start ins Jahr 1986. Der Chef des Unternehmens, Hans Joachim Langmann, kündigte in Darmstadt an, daß die Zahl der Beschäftigten im laufenden Jahr um 200 steigen wird. 1985 hat sich die Zahl der Mitarbeiter um 340 auf 8606 erhöht. In der Gruppe wurde nach vorläufigen Angaben der Umsatz weltweit um neun Prozent auf 3,3 Mrd. DM gesteigert. Die Zuwachsraten liegen zwischen acht Prozent (Pharma) und 24 Prozent (Industriechemikalien). Der Konzernumsatz nahm um neun Prozent auf 1,5 Mrd. DM zu. Das Inlandsgeschäft erhöhte sich um 10,5 Prozent und der Export um 7,6 Prozent.

Kaliko baut im Saarland

Hannover (dos) – Die zur Continental Gummi-Werke AG gehörende Kaliko- und Kunstleder-Werke GmbH, Eislingen, wird bis 1987 in Überherrn/Saarland eine neue Produktionsstätte errichten. Die Investitionen belaufen sich auf 23 Mill. DM; beschäftigt werden sollen etwa 200 Mitarbeiter. Kaliko gehört zu den führenden Herstellern von Folien, Kunstleder und „Formhimmeln" für die Innenausstattung von Automobilen und repräsentiert einen Gruppenumsatz von 220 Mill. DM.

Hoher Auftragszuwachs

Frankenthal (dpa/VWD) – Die AG Kühnle, Kopp und Kausch (KKK), Frankenthal, kündigt bei einem Umsatzzuwachs von 18 Prozent auf 249 Mill. DM für das Geschäftsjahr 1985 eine „angemessene" Dividende (zuletzt 8,0 DM je Stammaktie und zwei DM Bonus) an. Das Tochterunternehmen der MTU Motoren- und Turbinen-Union München GmbH verbuchte dank außergewöhnlicher Bestellungen für Anlagen zur Rauchgasreinigung einen Auftragszuwachs von 58 Prozent auf 337 Mill. DM. Der Auftragsbestand lag Ende 1985 bei 225 Mill. DM.

Degussa übernimmt Metz

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Degussa AG übernimmt das amerikanische Metallunternehmen Metz Metallurgical Corporation, South Plainfield/New Jersey, mit 200 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 100 Mill. DM. Metz stellt edelmetallhaltige Produkte für Elektronik, Elektrotechnik und die Fotoindustrie her.

Zehn Prozent Wachstum

Bremen (ww.) – Die Gestra Aktiengesellschaft, Bremen, verzeichnete 1985 einen um sieben Prozent auf 111,2 (1984: 104,1) Mill. DM gesteigerten Auftragseingang. Die Umsatzerlöse erhöhten sich um zehn Prozent auf 111,7 (101,4) Mill. DM. Das Betriebsergebnis wird in einem Zwischenbericht als „sehr zufriedenstellend" bezeichnet. Die seit Jahresbeginn 1985 übernommene Armaturenfabrik Josef Strack GmbH, Troisdorf, – sie firmiert jetzt als Gestra-Strack GmbH – schloß mit einem Betriebsverlust.

DKH-Bank erzielt bestes Ergebnis

tb. Berlin

Die Deutsche Kredit- und Handelsbank AG (DKH), Berlin, hat 1985 ihr bisher bestes Ergebnis erzielt. Wie Vorstandssprecher Jürgen-J. Vollhardt erklärte, wird die DKH einen Bilanzgewinn von 8,2 (7,4) Mrd. DM ausweisen. Zwar sei der Zinsüberschuß auf 22,4 (25) Mill. DM zurückgegangen, doch dafür sind die Erträge aus dem zinsunabhängigen Geschäft (Provisions- sowie Wertpapier- und Devisengeschäftserträge) auf 11,4 (8,3) Mill. DM gestiegen. An die Aktionäre – die Landesbank Rheinland-Pfalz und die WWK-Lebensversicherung – sollen wieder 20 Prozent ausgeschüttet werden.

Die Bilanzsumme der DKH stieg 1985 um 7,5 Prozent auf rund 1,45 (1,35) Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 7,2 Prozent auf 1,60 (1,49) Mrd. DM. Das Kreditvolumen wuchs um 5,4 Prozent auf 1,15 (1,09) Mrd. DM. Von den Einlagen, die um 8 Prozent auf 1,28 (1,18) Mrd. zunahmen, entfallen 845 Mill. DM auf Verbindlichkeiten gegenüber Banken und 432 Mill. DM auf Kundengelder.

IBM / Bald Produktionsbeginn beim Megabit-Chip

Vorerst nur für Eigenbedarf

dpa/VWD, München

Die International Business Machines Corporation (IBM) will demnächst in Böblingen bei Stuttgart und in Burlington/USA mit der Serienfertigung von Megabit-Chips beginnen. „Wir sind damit fertig", sagte Lothar Sparberg, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stuttgarter IBM Deutschland GmbH, in München. Den genauen Starttermin und die Stückzahl nannte er nicht. IBM, das in der Bundesrepublik keine Subventionen erhalte, wolle vorerst nur für den Eigenbedarf produzieren.

Im letzten Jahr steigerte IBM als größter Elektronikkonzern der Welt seinen Umsatz von 45,9 auf 50,1 Mrd. Dollar (gut 120 Mrd. DM). Der Umsatz von IBM-Deutschland stieg auf 13,2 (11,3) Mrd. DM, der Inlandsumsatz um 16,6 Prozent auf 8,25 Mrd. DM. Für 1986 wird mit einem Marktwachstum von 15 Prozent im Computerbereich und 20 Prozent im Programmbereich gerechnet. Der Gewinn von IBM Deutschland wird laut Sparberg 1985 mindestens so hoch sein wie im Vorjahr (726 Mill. DM). Die Dividende von 600 Mill. DM werde ebenfalls gehalten werden. Wie 1985 soll im Geschäftsjahr 1986 wieder 1 Mrd. DM investiert werden.

Auf jeden der 28 172 IBM-Beschäftigten (plus 1232) kommt laut Sparberg mittlerweile ein Personal Computer (PC) oder Terminal. Das Neugeschäft in der Bundesrepublik sei 1985 um 44,8 Prozent gewachsen, während das Mietgeschäft um 30 Prozent und die Anlageninstallation um 58 Prozent zurückgegangen seien. Man umwerbe verstärkt Mittelständler als PC-Kunden: Der Geräteabsatz sei hier um 40, der Umsatz um 60 Prozent gestiegen. Der Anteil der Computerprogramme am IBM-Umsatz betrage etwa sieben Prozent.

KÄSSBOHRER / Der bisherige Fendt-Chef Ahrens ist der erste familienfremde Manager an der Firmenspitze

Bei Nutzfahrzeugen fehlen größere Exportaufträge

WERNER NEITZEL, Ulm

Vorrangiges Ziel sei es für die Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm, auch 1986 eine weitere Ergebnisverbesserung zu erzielen, unterstrich Karl Kässbohrer, langjähriger Vorsitzender der Geschäftsführung, vor Journalisten. Der nach dem Mitbestimmungsgesetz neu formierte Aufsichtsrat des Unternehmens hat Heinz Ahrens, bisher Sprecher der Geschäftsführung des Landmaschinenherstellers Xaver Fendt & Co, Marktoberdorf, in die Geschäftsführung berufen, deren Vorsitz er Anfang Juni dieses Jahres übernehmen soll. Karl Kässbohrer wird als Geschäftsführer die Produktbereiche Nutzfahrzeuge und Geländefahrzeuge sowie den Produktzentralbereich Technik leiten.

Daß sich die Familiengesellschafter zu dieser Management-Neugestaltung bereit erklärten, ist nach Worten des Aufsichtsratsvorsitzenden Siegmar Mössner keinesfalls auf irgendeinen Druck von außen zurückzuführen. Vielmehr sei Karl Kässbohrer, der Techniker ist, zur Überzeugung gelangt, „daß ein gelernter und erfahrener Betriebswirt an der Spitze des Unternehmens stehen sollte". Zugleich habe er klarmachen wollen, daß bei einem Unternehmen dieser Größenordnung Führungspositionen nicht mehr gleichsam als Erbhöfe der Eignerfamilie betrachtet werden dürften.

Das Geschäftsjahr 1985 ist nach Darstellung Karl Kässbohrers erfolgreich verlaufen. Der konsolidierte Gruppenumsatz wuchs um 14,2 Prozent auf 1,29 (1984: 1,13) Mrd. DM. Beim Stammhaus nahm der Umsatz um 17 Prozent auf 1,04 (0,89) Mrd. DM zu, wobei freilich das Jahr davor vom Arbeitskampf negativ beeinflußt war. Zur Ertragslage wurde mitgeteilt, man habe insgesamt schwarze Zahlen geschrieben und sich gegenüber dem Vorjahr verbessert, doch sei das Ergebnis noch immer nicht zufriedenstellend. Bis auf den Nutzfahrzeugbereich habe man in allen anderen Sektoren in der Gewinnzone gelegen.

Die Exportquote macht 47 (53) Prozent des Umsatzes aus. Produziert wurden im Berichtsjahr 1954 (1635) Omnibusse, davon waren über 40 Prozent sogenannte Hochdecker für den Reiseverkehr. In den Export gingen 1171 (1116) Busse. In der Bundesrepublik wurden in der Omnibus-Klasse über neun Tonnen 846 (805) Busse von Kässbohrer neu zugelassen, womit man bei einem Marktanteil von 24 Prozent hinter Daimler-Benz an zweiter Stelle rangiert.

Im Nutzfahrzeugsektor sei zwar eine Belebung der Inlandsnachfrage zu registrieren, doch fehlten größere Exportaufträge. Es wurden von Kässbohrer insgesamt 5488 (5180) Anhänger-Einheiten gefertigt. Bei den Geländefahrzeugen (u. a. Pistenraupen) wurde die Produktion auf 570 (464) Einheiten gesteigert, wovon über 90 Prozent exportiert worden sind. Investiert wurden im Rahmen der Abschreibungen 12 Mill. DM, für 1986 sind 15 bis 20 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Die Eigenkapitalquote gibt Kässbohrer mit 25 Prozent an. Insgesamt zählt die Firmengruppe einschließlich 13 ausländischen Töchtern rund 7200 (7000) Beschäftigte, davon knapp 5900 (5750) im Inland. Zur Auftragslage heißt es, sie sei günstiger als im Vorjahr. Der derzeitige Auftragsbestand laste den Omnibusbau bis Jahresmitte aus, im Nutzfahrzeug-Sektor reiche er bis in den April hinein.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Euskirchen: Nachl. d. Helena Hoffmann geb. Claßen, Zülpich; **Heilbronn:** Hans Winzig, Neuenstadt; **Kassel:** Schlesinger u. Wolf GmbH; **Lübbecke:** Cleantrol Chemicals Vertriebs GmbH; **Mannheim:** UKAS Sauna-Vertriebs GmbH, Weinheim; **Moers:** F. Brasat KG, Putz, Stuck u. Innenausbau; Franz Brasat, Duisburg; **München:** Atlas Bau GmbH; **Neustadt/Wstr.:** GWB GmbH f. Wohnungsbau u. Baubetreuung, Bad Dürkheim; **Stuttgart:** Nachl. d. Hermann Krauss, Sindelfingen; **Trier:** Walter Franken GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: München: Union Leasing GmbH & Co. Verwaltungs KG, Grünwald.

Wieder Sonderbewegungen

Sinkender Ölpreis sorgte weiterhin für Anregungen

DW. – Die Erwartung, daß der niedrigere Ölpreis die Produktionskosten der deutschen Unternehmen senken und die Konsumfähigkeit der Bevölkerung erhöhen wird, schlug sich in den Kursen der meisten Aktien positiv nieder. Da das Volumen der ausländischen Kaufaufträge weiterhin begrenzt ist, kam es jedoch noch nicht zu einem generellen Wiederaufleben der Mitte Januar abgebrochenen Aktienhausse. Zahlreiche Sonderbewegungen lassen bei der inländischen Bankenkundschaft eine wachsende Risikobereitschaft erkennen.

Unter diesen Umständen konnte die bei der Kapitalerhöhung der Commerzbank entstandene Mißstimmung isoliert werden. Der Kurs der alten Commerzbank-Aktien sank vorübergehend bis 300 DM, dem Ausgabepreis für die jungen, obwohl die alten Commerzbank-Aktien noch die 1985er Dividende voraus haben. Von den Banken wird berichtet, daß auf der Basis des jetzt nur noch mit 0,60 (0,90) DM gehandelten Bezugsrechtes sich die spekulative Kaufbereitschaft verstärkt hat. Würde sich nämlich der Kurs der Altaktien in den nächsten Tagen auf etwa 320 DM erholen, wäre eine Verdoppelung des Bezugsrechtwertes ohne weiteres möglich. Der Start bei der Kapitalerhöhung der BHF-Bank ist geglückt. Hier wurde das Bezugsrecht am ersten Notierungstag über der rechnerischen Parität gehandelt. Erfolgreich abgeschlossen werden konnte jetzt die Bayer-Kapitalerhöhung. Großchemieaktien lagen deutlich fester, sprunghaft steigende Notierungen bei VW, Nixdorf und PKI.

Frankfurt: DLW erhöhten sich um 20 DM, Rosenthal um 11 DM und Salamander um 9,50 DM. MAB-St. schwächten sich um 17 DM ab, Metallgesellschaft gaben um 9,50 DM und Varta um 5 DM nach.

Düsseldorf: Hochtief konnten sich um 25 DM, Isenbeck um 3 DM und Keramag um 7,50 DM verbessern. Concordia Chemie gaben um 10 DM nach, Banning fielen um 50 DM und Colonia um 25 DM.

Berlin: Bergmann wurden um 28 DM, Detewe um 15 DM und DUB-Schultheiss um 9 DM heraufgesetzt. Engelhardt gaben um 5 DM, Berliner Elektro um 4 DM und Orenstein um 2 DM nach.

Hamburg: Vereins- und Westbank verbuchten einen Gewinn von 14 DM, Beiersdorf wurden mit plus 1 DM gehandelt und HEW erhöhten sich ebenfalls um 1 DM. Holsten Brauerei wurden um 2 DM zurückgenommen.

München: Agrob St. verminderten sich um 4,50 DM, Deckel gaben um 4 DM nach und Leonische Draht fielen um 9 DM. AKS befestigten sich um 4 DM, Dywidag um 3 DM und Grünzweig um 2 DM.

Stuttgart: Daimler und Mercedes gewannen bis zu 27 DM. Boss wurden um 100 DM höher taxiert. DLW erhöhten sich um 22 DM. Württembergische Hypothekenbank holten 25 DM auf.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 283,89 (281,51)
WELT-Umsatzindex: 6709 (5919)
Advance-decline-Zahl: 122 (148)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		5.2.	4.2.
H	Aach M Betl. 10	2418	2280
H	Aach. M. Vers. 7	1580	1492
D	Aach. Rück. 9	3200	3550T
D	Aseag *4	340G	340G
M	Ack-Gögg. 6	158bB	158,5
H	Adca 3	181,5	184,5
D	Adler 9	310G	310G
F	AEG 0	298,4	299,5
D	AEG KABEL 9	480T	460
S	Aesculap 9	491bG	485
F	AGAB 5	116	118
D	Agrippina *0	3270	3300T

		5.2.	4.2.
D	Cobk.Rests - 0 RM	17xB	17,5T
F	Cobk.Genußsch.	114,75	115
D	Conc. Chem. 4,5+3	312	322G
B	Conc. Spinne - 0	350T	370T
D	Contigas 7,5	350	348
D	Conti Gummi 3	209,2	206
D	Dahlb. St. 7,65	265,5	263
D	dgl. Vz. 14,55	425	420G
S	Daimler 10,5	1368	1341
M	Deckel AG 0	241	245bB
D	Dt. Atl. Tel.10+1	620G	628G
H	Doag 5	345	348,5
D	Dt. Babcock St. 3	223	223
D	dgl. Vz. 3,5	201	210
F	Dt. Bank 12	786	785

		5.2.	4.2.
H	Hb.Hochb.*4+0,64	95,5	94G
H	HEW 5	121	123
H	Hdl. Lüb. 9	550G	550
Hn	Hann. Papier 5,5	150,8	149,8
H	Harmstorf 0	87	84
D	Harpener 11	364	366
F	Hartm. & B.St. 4	1000	980T
F	dgl. Vz. 4	920	900T
M	Hasen-Bräu 9	1040G	1040G
S	Heidelb. Zem. 7	480bG	376
M	Hellt & W. 5	280G	280G
D	Hein. Lehm. *0	340bG	340G
D	Heinr. Ind. *14+4	790	780
H	Hemmoor 0	215	215G
D	Henkel	390	390
F	Henninger 2	148	145T

		5.2.	4.2.
F	MAB 4,5	345T	342T
F	dgl. Vz. 4,5	347	350bG
D	Mannesmann 4	281	280
F	Mannh. Vers. 8	990T	950
H	Markt & K. 7	228bG	–
F	MAN St. 0	213,5	212
F	dgl. Vz. 0	197	196
F	MAN-Rol. 28,2	575T	600
S	M.Müll.Weing. *0	330	330bG
D	Mauser 8	99,5	99,5
F	Mercedes 10,5	1204	1173
F	Metallges. 0	365	374,5
S	Met. u. Lack 0	134,5	125TB
S	MBag 4,5	455	455TG
F	Moenus 0	96	98
F	Monachia 5	2300G	2300G

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Brüssel

Hongkong

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

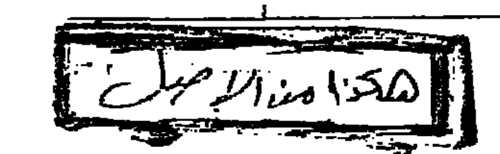
Kursgewinner (Frankfurt):

Kursverlierer (Frankfurt):

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten



SIEMENS

Unternehmer in Deutschland planen ihren Aufschwung selbst. Mit CAI.

Unternehmer wissen, daß Länder- und Branchenkonjunkturen den Markterfolg allenfalls fördern können. Ihre eigene Position im Wettbewerb ist vor allem an eine verbesserte Produktivität aller Bereiche geknüpft.
In den meisten Fertigungsbetrieben stecken freilich noch bemerkenswerte Produktivitätsreserven. *Sie zu erschließen* bedeutet, Innovationen schneller marktreif zu machen oder Auftragsproduktionen flexibler zu realisieren. Das Konzept dafür heißt CAI (Computer Assistierte Industrie).

Ideen schneller umsetzen.
An Ideen fehlt es den Produktentwicklern und Konstrukteuren der heimischen Industrie wahrlich nicht. Aber bis zur Markteinführung der Produkte dauert es oft zu lange. *Eine beschleunigte* Entwicklung und Fertigungsplanung hilft, Ideen schneller umzusetzen und Marktvorteile zu gewinnen. Eine flexible Fertigung mit kurzen Rüstzeiten und effizienter Organisation ermöglicht auch bei kleinen und kleinsten Losgrößen eine rentable Produktion. Auch das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit.

CAI bringt die Datenbank an die *Drehbank*.
Vor allem diejenigen Unternehmen, die ein ganzheitliches DV-Konzept *für ihren eigenen Betrieb* erwarten, obwohl – oder gerade weil – sie die einzelnen Komponenten in Stufen einführen wollen, finden in Siemens den Partner für eine Lösung ohne Lücken:

1. Als führendes Compu*terunternehmen hat* Siemens ein ausgeklügeltes Datenhaltungskonzept, das die unterschiedlichsten Fachbereiche mit der Datenbasis verknüpft.
2. Siemens *bietet* ausgereifte Anwendungs*programme* (wie ABS) zur Steuerung der Werkstattfertigung und zur permanenten Überwachung des Auftragsfortschritts: die Durchlaufzeit wird zur bekannten Größe.
3. Die CADIS-Verfahrens*ketten umfassen* das Umsetzen der Geometriedaten in NC-Informationen sowie deren Kontrolle vor dem Fertigungsprozeß.
4. Siemens liefert eine Spitzen-Hardware, wie den CAD Arbeitsplatz für farbige 3D-Darstellungen.
5. Siemens sammelt Tag für Tag selbst Erfahrungen vor Ort – in über 100 eigenen (darunter auch kleinen) Fabriken im In- und Ausland.

Wer jetzt mit Siemens über *CAI* spricht, legt einen Grundstein für den eigenen Aufschwung. Denn die Wettbewerbsfähigkeit beginnt im Betrieb.

Mehr darüber von
Siemens AG,
Infoservice 133/Z 130
Postfach 156, 8510 Fürth.

CAI Computer *Aided Industry*, zu deutsch Computer Assistierte Industrie. Das Siemens-Konzept für den Informationsverbund im Unternehmen. Z. B. in Maschinenbau und Elektrotechnik, im Fahrzeug*bau, in der Metall*verarbeitung oder in der Herstellung von Möbeln. CAI umfaßt:

CIM Computer Integrated Manufacturing. Verbund aller rechnerunterstützten Teilsysteme: Vom Auftragseingang über die Produktionsplanung und -steuerung (PPS), die Konstruktion (CAD) bis zur Maschine (CAM), einschließlich Qualitätssicherung.

CAD Computer Aided Design, zu deutsch computergestützte Konstruktion und Entwicklung. Heißt bei Siemens beispielsweise CADIS und ist zwei- oder dreidimensional.

CAM Computer Aided *Manufacturing* = computerunterstützte Fertigung. Umfaßt Steuerung und Überwachung von Maschinen und Materialfluß.

PPS Produktionsplanung und -steuerung. Siemens-System, das von der Disposition über die Material- und Teilewirtschaft, die Termin- und Kapazitätsplanung bis zur Stammdatenverwaltung reicht.

CAO Computer Aided Office. Siemens Computer und Programme für das Planen, Verwalten und Überwachen im Büro.

A 19100-D-Z116

16 AKTIENBÖRSEN/EFFEKTEN/OPTIONSHANDEL/ANLEIHEN DIE WELT - Nr. 31 - Donnerstag, 6. Februar 1986
Wieder Sonderbewegungen
Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Renten gut gehalten

Obwohl der US-Bondsmarkt in den letzten Tagen Ansätze zu einer Herabsetzung der Renditen gezeigt hatte, bewegt sich der deutsche Rentenmarkt weiterhin auf der Stelle. Bei den öffentlichen Anleihen kam es wieder zu kleineren Schwankungen. Der Absatz der neuen Bundesanleihe ist noch schleppend, weil die Ausländer gegenwärtig mit der Verstärkung ihrer D-Mark-Engagements zögern. DM-Auslandsanleihen waren kaum verändert, aber immerhin fließt einiges Material ab. Nachfrage nur nach Papieren mit mittleren Laufzeiten. Doch keine Abweichungen bei den Renten.

Bundesanleihen

			5.2.	4.2.
F	5½ Bund 78 II	3/86	100G	100G
F	5¾ dgl. 78	5/86	100,05	100,05
F	7½ dgl. 76 I	12/86	102	102
F	6½ dgl. 79	1/87	101,6G	101,6
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	102,2	102,2G
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,15	102,05
F	6½ dgl. 77	7/87	102,35bB	102,3G
F	6 dgl. 77	10/87	101,8	101,85
F	6 dgl. 78 I	1/88	102,05	102,05
F	6½ dgl. 78 I	9/88	105,6	105,55
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,65G	103,65
F	6¾ dgl. 79	1/89	104,4	104,45
F	7½ dgl. 79 I	4/89	105,25	105,2bG
F	10 dgl. 81 I	4/89	112,2	112,2
F	7½ dgl. 79 I	6/89	106,05	106,05
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,2	107,2
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,35	107,5bG
F	7½ dgl. 79 II	9/89	106	106
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	107	106,95bG
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,2G	107,2bG
F	10 dgl. 80	4/90	114,65	114,75
F	5½ dgl. 78	5/90	100,5	100,2
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	109,15	109,25
F	8½ dgl. 80 II	11/90	109,65	109,65G
F	7½ dgl. 82 I	11/90	107,75	107,8
F	9 dgl. 81	2/91	111,65	111,7
F	7½ dgl. 85 III	6/91	106,65	106,65
F	10½ dgl. 81	7/91	117,2	117,1bG
F	10¾ dgl. 81	9/91	119,75bG	119,6bG
F	10 dgl. 81 II	12/91	117bG	116,95bG
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	115,75	115,65
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	116,05	115,9G
F	9½ dgl. 82	4/92	114,9G	114,9
F	9 dgl. 82 I	5/92	112,65	112,6bG
F	8½ dgl. 82	6/92	110,2G	110,2
F	9 dgl. 82 II	8/92	112,9	113
F	8¾ dgl. 82	9/92	111,85	111,85
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	107,8	107,75
F	7½ dgl. 83	1/93	106,55	106,65
F	6 dgl. 78 II	3/93	99,8	99,8
F	7½ dgl. 83 II	3/93	106,6	106,75
F	8½ dgl. 83	6/93	110,15	110,15
F	8 dgl. 83	7/93	109,1	109,1
F	8½ dgl. 83 II	8/93	110,05	110,05bG
F	8½ dgl. 83 III	10/93	110,2	110,2bG
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	110,2	110,15bG
F	8¼ dgl. 83 V	12/93	110,4G	110,4
F	8¼ dgl. 84	1/94	110,4	110,4bG
F	8¼ dgl. 84 II	2/94	110,5	110,5bG
F	8 dgl. 84	3/94	109,35	109,35
F	8¼ dgl. 84 III	6/94	110,85	110,8bG
F	8¼ dgl. 84 IV	7/94	111,05	111,05
F	8¼ dgl. 84 V	9/94	111,05	111,05
F	7½ dgl. 84	10/94	107	107
F	7 dgl. 84	12/94	104,4	104,5bG
F	7 dgl. 85	1/95	104,5	104,5
F	7½ dgl. 85	2/95	105,85	105,85
F	7¾ dgl. 85	3/95	108	108,05
F	7½ dgl. 85	95	107,05	107,2bG
F	7¼ dgl. 85	95	105,85	105,95
F	7 dgl. 85 II	95	104,5	104,5bG
F	6¾ dgl. 85	95	103,05	103,1
F	6½ dgl. 85	95	101,35	101,45
F	6¾ dgl. 86	96	100,35	100,35
F	9¾ dgl. 81 S.12	3/86	100,35G	100,35G
F	10 dgl. 81 S.13	3/86	100,4	100,4
F	9¾ dgl. 81 S.14	4/86	100,7G	100,7G
F	10 dgl. 81 S.15	4/86	100,8	100,8

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

5½ Asian Entwbk. 75/85	100,25	100,25G
7¾ dgl. 79 89	102,4G	101,4G
10 dgl. 80/90	107G	107,15
8½ dgl. 80/90	106	106
10 dgl. 81/91	109	108,75
10¾ dgl. 81/89	112,55G	112,55bG
9¼ dgl. 82/92	111,4	111
9¼ dgl. 82/92 II	111,5G	111,5G
8¾ dgl. 82/92	107,65	107,6
7¾ dgl. 83/91	106G	106
8½ dgl. 83/93	109,05	109,5
7¾ dgl. 84/94	105,9	105,8G
8 dgl. 84/94	106,85	106,6G
7¾ dgl. 85/97	106,7	106,95
6½ dgl. 85/95	99,65	99,65
7¾ Audi Fin. 84/94	105,25T	104,5

6½ dgl. 73/88	103,75G	104
5½ dgl. 78/88	100	99,85bG
6½ dgl. 79/89	101,5T	101,5
10½ dgl. 81/91	110,5	111
9 dgl. 82/92	107	107,5T
8½ dgl. 82/90	107,5G	107,5
7½ dgl. 83/91	106,6G	106,6G
7½ dgl. 83/98	105,5G	105,5G
7¾ dgl. 84/94	105,3	104,8G
7¾ dgl. 84/92	105,5G	105,5
6¾ dgl. 85/97	99,25	99,25
7 Europarat 73/88	100,5	100,5
6¾ dgl. 77/87	100,5T	100,6G
6½ dgl. 78/88	100,25	100,25G
6¾ dgl. 78/88 II	100,75	100,85
6¾ dgl. 78/88 III	101,5T	101T

9 Fuerzas El. 83/90	108,75	108,75T
9¾ G.D.F. 82/92	110,85G	110,85G
6 G. Zbk. Wien 77/87	100,5T	100,5G
8¼ GMAC Ov. 82/87	103,5G	103,5G
8¼ Gould Int. 82/89	103G	103G
7¼ dgl. 84/91	105	104,75
8¾ GKN Finance 82/89	104,75T	104,3T
8 Heindl 84/91	104,9	105G
7 dgl. 85/97	99,95	99,95
6¾ Hamersley 72/87	100,5G	100,5G
8¾ Holanda 82/92	105,55	105,5
7 Hoesch I. NL 85/95	101,6G	101,6
7¾ Hoogovens 85/95	102,5	102,8
8¾ Honeywell 80/90	104,1G	104,1G

11 Nat. Financ 82/90	103,75	104
8 Nederl. Gas 79/86	101,1	101T
8½ dgl. 80/87	102,25G	102,25
8 Neufundland 71/86	100,6G	100,6G
6¾ dgl. 72/87	101,1	100,9G
6½ dgl. 73/88	100,5	100,25G
7½ Neuseeland 71/86	100,75G	100,75G
7 dgl. 72/87	102,25T	102,5T
7½ dgl. 76/86	101,4G	101,4
5½ dgl. 78/86	100G	100G
6¾ dgl. 79/87	100,75	100,9G
7¼ dgl. 79/87	101,35	101,35
7½ dgl. 80/88	101,9	101,9
9¾ dgl. 81/89	110,25	110,25G

6½ dgl. 79/87	101	101G
7½ Sterling Dr. 84/94	105,25	105,25
7¾ Südafrika 71/86	100,75T	100,35
7 dgl. 72/87	100,25G	100,25
9 dgl. 80/87	101,25	101,25
8½ dgl. 83/91	99,5	99,75
7¾ dgl. 84/92	93	92,85
8 Sumitomo 85/91	106,25	106,5T
6¾ Svetsplavbk 72/87	100,5G	100,5G
7 dgl. 75/88	100,5	100,1T
9 Tenneco Int. 82/92	104,35	104,85T
8 TENP 75/93	105,35	105G
6½ Trol. House 72/87	100,5G	100,5G
5¾ Trondheim 78/86	100,25	99,9

10¼ Svenska Ex. 81/91	110,75G	110,75G
9¾ dgl. 82/87	105,25G	105,25G
5½ Tauernaut. 78/93	98	97,25bG
9¾ dgl. 82/94	115,9G	115,75G
6 TVO-Kraftw. 78/88	100bG	100T

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung, Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit Verlusten schlossen am Dienstag die Gold-, Silber-, Kaffee- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Behaupten konnte sich Kupfer.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	4.2.	3.2.
März	324,00	322,00
Mai	286,00	284,50
Juli	268,25	268,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	272,55	271,25
Am. Durum	269,49	268,19

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

HAFER Winnipeg (can.$/t)

HAFER Chicago (c/bush)

MAIS Chicago (c/bush)

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

KAKAO New York ($/t)

ZUCKER New York (c/lb)

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

KAFFEE London (£/t) Robusta

KAKAO London (£/t)

ZUCKER London (£/t) Nr. 6

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

ORANGENSAFT New York (c/lb)

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb, Südstaaten fob Werk)

4.2.	3.2.
25,00	24,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

21,50	21,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)

SCHMALZ Chicago (c/lb)

TALG New York (c/lb)

SCHWEINE Chicago (c/lb)

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

RINDER Chicago (c/lb)

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

SOJASCHROT Chicago ($/t)

LEINSAAT Winnipeg (can.$/t)

KOKOSÖL New York (c/lb)

ERDNUSSÖL Rotterdam

LEINÖL Rotterdam

PALMÖL Rotterdam

SOJAÖL Rotterdam

KOKOSÖL Rotterdam

LEINSAAT Rotterdam

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Kupfer

Rohöl

Devisenterminmarkt

Bei ruhigem Geschäft waren am 5.2. keine gravierenden Veränderungen zu verzeichnen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,68-0,58	2,03-1,93	4,05-3,85
Pfund/Dollar	0,51-0,49	1,61-1,58	3,10-3,05
Pfund/DM	2,80-1,40	7,50-6,10	14,0-12,6
FF/DM	31-15	100-84	157-142

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5.2.: Tagesgeld 4,45-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,25-4,40 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,55 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,40 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 5.2.: 10 bis 29 Tage 3,55 G-3,40B Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,55 G-3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5.2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5.2.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8	4⅜-4½	3⅞-4⅛
3 Monate	7⅞-8	4⅜-4½	3⅞-4⅛
6 Monate	7⅞-8	4½-4⅝	4-4⅛
12 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarktkurs am 5.2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75; Verkauf 19,75 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5.2. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1180,00	1527,60
5 US-Dollar (Indian)**	790,00	952,30
5 US-Dollar (Liberty)	445,00	583,15
1 £ Sovereign alt	202,25	253,37
1 £ Sovereign Elizabeth II	191,00	240,54
20 belgische Franken	149,25	198,65
10 Rubel Tscherwonez	200,75	259,22
2 südafrikanische Rand	179,75	226,38
Krüger Rand, neu	802,00	954,18
Maple Leaf	820,50	975,27
Platin Noble Man	872,50	1054,55
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	228,50	288,99
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	165,25	216,89
100 österr. Kronen (Neuprägung)	759,75	929,96
20 österr. Kronen (Neuprägung)	152,72	196,94
10 österr. Kronen (Neuprägung)	79,25	107,45
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	357,75	442,04
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	85,00	117,42

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,15) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,97) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,20, 2 Jahre 5,05. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,50, Rendite 6,18.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 5.2.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	54,08	6,75
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	105,925	6,75
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	54,32	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,72	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,00	5,84
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,45	6,26
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	121,50	9,88
DSL-Bank R.264	157,01	2.7.90	105,15	6,78
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	76,75	6,18
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	53,31	6,85
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,58	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	49,75	6,84
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	54,00	6,62
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	38,45	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	54,52	6,72
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	26,75	7,03
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	26,63	6,93
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	54,53	6,70
WestLB 600	100,00	2.5.95	55,00	6,69
WestLB 601	[illegible]	[illegible]	[illegible]	6,85
WestLB 602	[illegible]	[illegible]	[illegible]	6,91
WestLB 500	[illegible]	[illegible]	[illegible]	5,12
WestLB 501	[illegible]	[illegible]	[illegible]	5,67
WestLB 503	[illegible]	[illegible]	[illegible]	4,89
WestLB 504	[illegible]	[illegible]	[illegible]	5,91
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	[illegible]	[illegible]	[illegible]	6,39
Österreich	[illegible]	[illegible]	[illegible]	4,91
Atl. Richfield	[illegible]	[illegible]	[illegible]	11,12
Campbell Soup	[illegible]	[illegible]	[illegible]	10,70
Prud Realty	[illegible]	[illegible]	[illegible]	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	10,51
Pepsi-Co. (AA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	9,26
Beatrice Foods	[illegible]	[illegible]	[illegible]	11,56
Xerox (AA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	9,82
Gulf Oil (AAA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	9,92
Gen. Elec.(AAA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	9,41
Caterp.Fin (AA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	10,46
Penney (A+)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	10,14
Sears (AA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	9,64
Philip Morris/A	[illegible]	[illegible]	[illegible]	9,89
Gen. Elec (AAA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	9,32

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75	(4,75)	100,3	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	5,15	(5,12)	99,75	101,5	103,3	105,2	107,0	108,9
3	5,63	(5,63)	98,05	101,0	103,4	106,1	108,8	111,5
4	6,11	(6,12)	95,85	99,60	102,7	106,2	109,6	113,1
5	6,25	(6,25)	94,35	98,55	102,7	106,9	111,1	115,3
6	6,38	(6,38)	92,85	98,15	102,5	107,4	112,2	117,1
7	6,70	(6,72)	90,25	95,65	101,7	106,5	112,0	117,4
8	6,80	(6,83)	88,60	94,60	101,2	106,6	112,6	118,6
9	6,95	(6,95)	86,45	93,15	100,4	106,2	112,7	119,2
10	6,98	(6,98)	85,45	92,45	100,2	106,5	113,5	120,5
15	7,20	(7,20)	79,45	88,40	98,20	106,3	115,3	124,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 111,443 (111,433)
Performance-Rentenindex: 235,328 (235,268)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	4. Febr.	7,695-7,819
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,65
	60-270 Tage	7,40
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,70
	60 Tage	7,78
	90 Tage	7,65
Certificates of Deposit	1 Monat	7,625
	2 Monate	7,625
	3 Monate	7,625
	6 Monate	7,625
	12 Monate	7,65
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,98
	26 Wochen	7,04
US-Staatsanleihe	10 Jahre	8,96
	30 Jahre	9,23
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	13. Jan.	626,5 Mrd. $ (+ 3,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

März	123,05	124,75
Juni	124,45	126,10

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

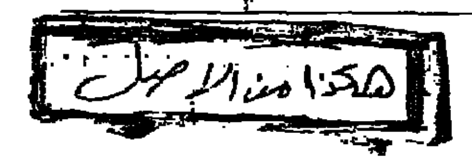
RE 9 DM 2,60418

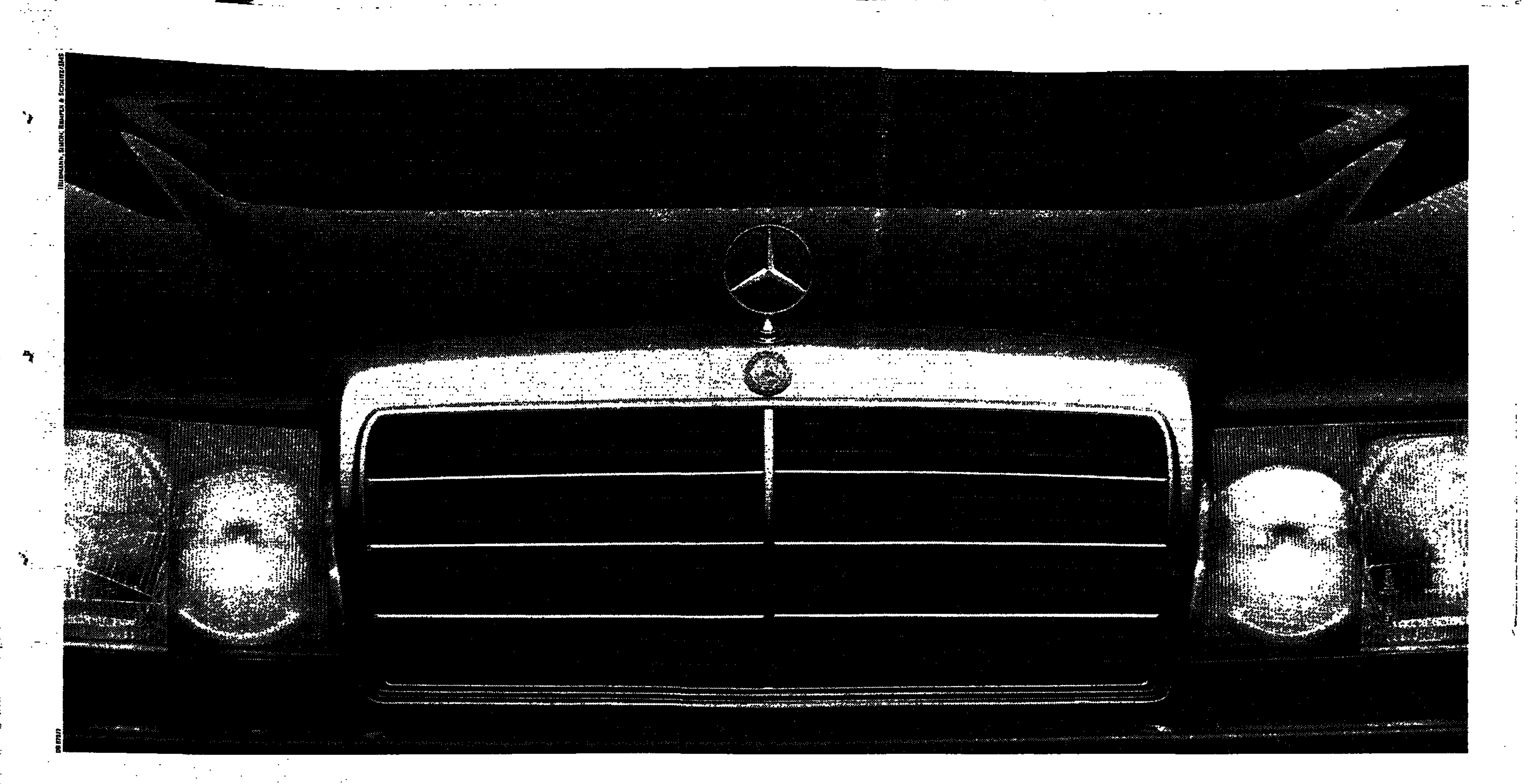
ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert





Das erste Automobil, in dem 100 Jahre Erfahrung stecken.

Aus Erfahrung wird man klug, sagt der Volksmund.

Wir hatten viel Zeit. Erfahrungen zu sammeln, seit 1886 Gottlieb Daimler und Karl Benz mit ihren ersten Automobilen das Zeitalter der Motorisierung einleiteten.

Im Laufe der Jahrzehnte haben unsere Ingenieure immer wieder ihr Ziel darin gesehen, mit einer Vielzahl von Innovationen die automobile Entwicklung voranzutreiben und neue Maßstäbe zu setzen.

Mit dem Erfolg, daß unsere Automobile praktisch zu jeder Zeit ihrer Zeit voraus waren.

So haben wir im Laufe des Jahrhunderts viele Automobile gebaut, die nicht selten das Prädikat „Traumwagen" erhielten.

Der Schlüssel für diesen Erfolg ist unsere Produktphilosophie, die auf Spitzentechnik und Qualität aufbaut.

Beispiele fortschrittlicher Technik sind: ABS, Airbag, Gurtstraffer oder die Raumlenkerachse, um nur einige zu nennen. Sie haben dem Autofahrer ein bisher nicht gekanntes Maß an Sicherheit und Fahrkomfort ermöglicht.

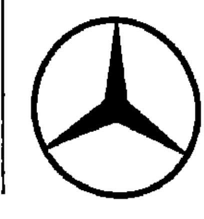
Zum anderen haben die hohe Fertigungsqualität und die Liebe zum Detail dazu beigetragen, das Vertrauen unserer Kunden in die Marke Mercedes-Benz zu begründen.

Erfolge der Vergangenheit und Gegenwart sind für uns aber kein Grund, uns auf den Lorbeeren auszuruhen.

Der technologische und gesellschaftliche Wandel sowie neue Herausforderungen verlangen nach intelligenten Lösungen für das Auto der Zukunft.

Im Geiste von Karl Benz und Gottlieb Daimler werden wir uns bemühen, diesen großen Anforderungen gerecht zu werden, damit die Marke Mercedes-Benz auch künftig Symbol für den Fortschritt bleibt.

Ein Fortschritt, der von Verantwortung und Erfahrung getragen wird.



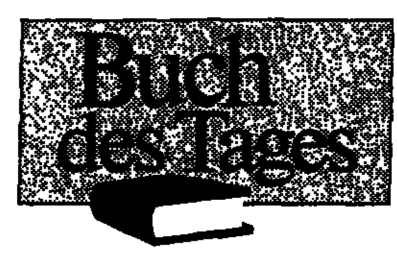
DAIMLER-BENZ AG

Maximilian Schells „Fragmente zu Jedermann“

Beten mit der Faust

Gott wie blöd dieser Jedermann *ist. Blöd – blind – blöd . . .*" – der so angewidert von seiner einstigen Traumrolle spricht, die er immerhin fünf Salzburger Sommer lang gespielt hat, und dem von Hamlet bis Peter dem Großen nichts Theatralisches fremd geblieben ist: Maximilian Schell – er hat jetzt die Salzburger Festspiel-Literatur um ein *luxuriös* aufgemachtes Kuriosum bereichert. Zu 126 Szenenfotos, auf denen er 93mal zu sehen ist, hat er aufgeschrieben, was ihm so durch den Kopf geht, wenn er die „Jedermann"-Verse des Hugo von Hofmannsthal probt und wenn er sie vor der Domfassade in die Menge spricht.

Den Sprachklang seiner Vorgänger im Ohr – Moissi wie Musik, Quadflieg



gekonnt, Jürgens müde, Hörbiger halb Bauer, halb Edelmann –, sieht er beim Lernen immer die gedruckte Seite jener Ausgabe vor sich, die er 1952 als Student auf der Zürcher Uni-Bühne benutzt hat. Im Geiste blättert er noch an der richtigen Stelle um.

Selten hat ein Schauspieler so genau den quälenden Augenblick beschrieben, wenn ein Mensch aus der Kulisse tritt und plötzlich nicht mehr er selber ist: „Die Angst ist da. Nicht die geringste Chance, sich zu verbergen. Ein Spaziergang auf den Friedhof, zum Grab meines Vaters – Jetzt, sofort! Warum nicht einfach wegrennen . . . Und dann hört man sich selbst sprechen . . . Der Blick überfliegt die Menge. Und viertausend Augen erwiedern diesen Blick, schauen auf mich, der ich nicht mehr Ich bin, der weg ist . . . Und der Text läßt der Angst keinen Raum mehr, *die fremde Stimme spricht* neben mir, aus mir . . ." Es ist das totale Sichidentifizieren des Schauspielers mit seiner Rolle, das solche schizophrenen Momente des Übergangs hervorbringt.

Der Gang auf die Rampe fällt Maximilian Schell erst leicht und die Angst ist vorbei, wenn auf dem Domplatz sein „Volks-Jedermann" steigt, *gratis für jedermann. Da spürt* er sich am Ursprung des Stücks: „aus dem Volk zum Volk zurück". Erleichterung auch darüber: „Fehler waren erlaubt. Man brauchte nur da zu sein . . ."

Scham gesteht Schell vor dem Vaterunser: „Ein Gebet gehört nicht auf die Bühne." Er überspringt es bis zur Generalprobe. Und erinnert sich dann, wie er als Student den „Jedermann" in der Zürcher Strafanstalt gab, und wie die Gefangenen über *das Spiel* lachten – bis er das Gebet mit erhobener Faust gegen den nächtlichen Himmel schrie – als der „Rebell, der eine höhere Macht anerkennt". Die Gefangenen: ergriffen. Auch in Salzburg also die Faust – mit dem Erfolg, daß man sich fragte: Ist Jedermann ein Kommunist?

Die besten Ratschläge fürs Glaubhaftmachen und fürs Vaterunser holt sich Schell beim Teufel (von Otto Schenk). Sie hören sich nicht großartig an, sondern handwerklich: „Vernachlässige nicht die Anfangskonsonanten" oder „Immer nach vorne sprechen".

Die Herausgeberin Lidija Jametti im Zürcher Basilius-Verlag hat die attraktivsten Fotos aus 16 Archiven zusammengestellt, dazu von Maximilian Schell Zeichnungen und, nach *Art des Arnulf Rainer*, gespenstische Übermalungen von Szenenbildern. Ausgerechnet den seltsamsten Effekt aber, das Umschlagbild mit dem zu Tode erschrockenen Jedermann vor *der Portalplastik des Paulus, spricht* das Buch nicht an. Die rechten Finger, mit denen der Heilige den Schauspieler am Ärmel zu zupfen scheint, sind blutrot. Es ist der Rest von Farbe, mit der ein paar Randalierer das Schwert des Paulus beschmierten, woraufhin es entfernt wurde und lange beim Restaurator in Verwahrung blieb.

Das Schwert ist weg! Der Alarmruf hätte vielleicht im Mittelalter einen Aufstand der Gläubigen entfacht. Im vorigen Jahr fiel es nicht einmal als Foto-Motiv den Touristen auf. So müssen erst Schells „Fragmente zu Jedermann" erscheinen, um den seines Attributs beraubten Paulus mit den *blutigen Fingern* als neues alarmierendes Sinnbild einzuführen ins bisher so erbauliche Sterben des reichen Mannes. ARMIN EICHHOLZ

Maximilian Schell: „Fragmente zu Jedermann", *Basilius-Verlag, Zürich, 157 Seiten, 55* Mark

Umrisse, Grundrisse und Schnittflächen in den Konturen des Alltags: „Louisiana, 1968" von Lee Friedlander
FOTO: MUSEUM FOLKWANG

Spiel der Reflexe: Fotos von Lee Friedlander im Museum Folkwang Essen

Die unbehausten Städte Amerikas

Diese *Bilder wollen nichts* erklären. Und es ist fraglich, ob sie etwas zeigen wollen. Es sind Bruchstücke der Wirklichkeit, die nicht über den eigenen Rahmen hinausweisen. *Aber sie verraten auch keine* ästhetischen Arrangements, lassen nicht das Bemühen erkennen, aus der Zufälligkeit des Kamerablicks, Schönheit zu gewinnen. Die Fotos *von Lee Friedlander, die das* Museum Folkwang in Essen zeigt, wirken spröde, scheinbar belanglos, erwekken zuerst kaum mehr Interesse als irgendwelche Amateurfotos von Reisen *in längst bekannte Gegenden.*

Friedlander bildet die tristen Vorstädte Amerikas ab, die Marktflecken im Mittelwesten, die Kleinstadtlangeweile. Die Menschen, falls sie ins Bild kommen, sind ihm nur Versatzstükke, sie beleben die Bilder nicht. Friedlander erreicht offenbar am hellichten Tage, was Chargesheimer einst nur mit dem Trick gelang, daß er in aller Frühe die noch unbelebten Straßen photographierte: den Eindruck einer verlassenen, toten, zumindest unbehausten Stadt. Und doch geht von *diesen Aufnahmen ein* Sog aus, fordern sie zum genauen Hinsehen heraus.

Friedlander provoziert Chaos, selbst wo die Dinge geordnet scheinen. Er bildet Spiegelungen und Reflexe ab, die den Betrachter in die Irre führen. *Die riesigen* Präsidentenköpfe des Mount Rushmore nimmt er nur indirekt ins Visier; sie spiegeln sich in einer hohen Glaswand, vor der ein Mann mit Fotoapparat und eine Frau mit Fernrohr stehen. Aber diese *Glaswand* dient nicht nur als Reflektor des Geschehens draußen, sie erlaubt zugleich Durchblicke. Und so bleibt unklar, wer in der Halle ist, wer davor.

In Japan hat er diese Technik mit dem Genius loci verbunden. Jene Wolkenbilder, die durch Zweige aufgenommen wurden, erweisen sich als Fotos einer Wasseroberfläche, unter der schemenhaft ein Fisch auftaucht, scheinbar an den Himmel versetzt. *Auch sich selbst* hielt Friedlander so fest. Er photographiert sich als dunkle Silhouette in einer Schaufensterscheibe, in Herzhöhe ist ein kleines helles Quadrat wiederum mit dem Bild des Fotografen zu sehen (entstanden durch einen Spiegel, der im Schaufenster hing), zugleich erweist sich das Straßenbild, das erst ganz real zu sein schien, als Reflexion der gegenüberliegenden Straßenseite in dem Schaufenster.

Diese mehrfachen Brechungen *finden sich häufig* bei Friedlander. Er fotografiert gern durch Glas oder in Autospiegel, so daß scheinbar Collagen unzusammenhängender Teile entstehen, obwohl es Photos ohne *irgendwelche Tricks sind. Die* Wirklichkeit verliert dadurch ihre Realität, sie zerfällt in Fragmente. Das Chaos kehrt zurück. PETER DITTMAR

Bis 16. März; Berlin: April; Antwerpen: *Sept./Okt. oder Okt./Nov.*; Wien: Jan. bis März 1987; kein Katalog.

Der Kurzfilm kann wieder Hoffnung schöpfen

Neuer Appetitanreger

Zum Kinovergnügen gehörte einst dazu, daß *man* nach Werbung und Wochenschau einen Kurzfilm präsentiert bekam, oftmals geeignet als Appetitanreger für den darauffolgenden abendfüllenden Spielfilm. Parallel *zur* Krise des Spielfilms und zum langsamen Sterben der Wochenschauen setzte jedoch in den 70er *Jahren die* Talfahrt des Kurzfilms ein. Ein Spiegelbild dafür war Oberhausen, das seit mehr als 30 Jahren alljährlich sein internationales Kurzfilm-Festival veranstaltet. Nicht nur bei uns, sondern weltweit war der Kurzfilm von der Auszehrung bedroht. Immer wieder tauchte dabei die Frage auf, wer denn überhaupt noch Kurzfilme sehen wolle.

In der Tat konnte selbst der jährlich Ende November in Bonn engagiert veranstaltete „Tag des Deutschen Kurzfilms" *nicht* davon überzeugen, daß der Kurzfilm noch seinen Sinn habe – etwa in der Touristikwerbung, in der politischen Bildung, als Kino-Unterhaltung. Offenkundig wurde hingegen: Den Kurzfilmern mangelt es an Ideen. Jetzt freilich scheint der Kurzfilm den Weg aus der *Talsohle angetreten zu haben.*

1982 war die Zahl der Kurzfilme, die der Filmbewertungsstelle (FBW) in Wiesbaden vorgelegt wurden, auf 175 gesunken. Davon besaßen 88 Prozent ein deutsches Ursprungszeugnis. Im Jahr darauf aber stieg die Zahl auf 216. 90 Prozent der Filme stammten aus Deutschland, und 1984 waren von 256 in Wiesbaden vorgelegten Filmen 95 Prozent das Werk deutscher Kurzfilmer.

Zwei Gründe dafür, daß der schon so oft totgesagte Kurzfilm – wobei die steigende Zahl der Filme nichts über ihre Qualität aussagt – allmählich wieder Luft schöpft, führt Steffen Wolff im Vorwort seiner Broschüre „*Kurzfilme 1983/84*" auf. *Er schreibt:* „In früheren Jahren wurden für das Kino-Beiprogramm geeignete ausländische Kurzfilme . . . zu Niedrigpreisen eingekauft. Inzwischen aber haben sich die *Lizenzgeber* den Marktpreisen angepaßt, so daß die Gewinnspannen für deutsche Importeure uninteressant geworden sind . . . Der zweite Grund liegt darin, daß das Filmförderungsgesetz vorschreibt, daß geförderte deutsche Spielfilme . . . mit einem von der FBW prädikatierten deutschen Kurzfilm, der bisher noch keine andere Auswertung erfahren hat, gekoppelt wird."

Nach jahrelangen Diskussionen, ob es *überhaupt noch* sinnvoll sei, den Kurzfilm durch staatliche Fördermaßnahmen zu unterstützen, hat sich auch hier einiges getan. Bei der Verleihung der Deutschen Filmpreise werden nun auch Kurzfilme berücksichtigt, wobei die Zahl der ausgezeichneten Streifen zwischen 1973 und *1977 auf einen Film* reduziert blieb. Im Juni 1985 aber erhielten gleich vier Kurzfilme einen Preis, der mit jeweils 20 000 Mark ausgestattet war.

Jährlich sollen nun künftig Kurzfilme gesondert von dem „Großabwasch" der Bundesfilmpreise gefördert werden. *Die für die Filmförderung* einschließlich der Kurzfilme zuständigen Gremien im Lande wie das „Kuratorium junger deutscher Film" oder das Bundesinnenministerium *können sich* über Mangel an Kurzfilm-Drehbüchern nicht beklagen.

Für viele Filmemacher in spe bedeutet der Kurzfilm nämlich ganz offenbar die ideale Gelegenheit, eigene Formen zu finden und Gedanken zu entwickeln, ohne gleich den riesigen und vor allem teuren Mechanismus für einen *abendfüllenden Film in* Bewegung zu setzen. Ausgeklammert von der Förderung sind die zahlreichen Lehr-, Werbe-, Industrie- und Schulungsfilme, die im Auftrag von Firmen, Instituten und Behörden hergestellt werden.

Viele Nachwuchstalente fühlen sich heute schon *dermaßen* zum Kurzfilm berufen, daß sie *gleich* mit fünf oder sechs Projekten gleichzeitig auf den Plan treten. Leider ist es oftmals schwieriger, in 15 Minuten Wichtiges zu sagen als in 59 Minuten. Und darin liegt nach wie vor das Problem des deutschen Kurzfilms, der nun durch mehr Geld und mehr staatliche Fürsorge „revitalisiert" werden soll. *Etwa 150 bis 200 Kurzfilme* werden bei uns jährlich produziert, die zwischen 10 000 und 80 000 Mark, selten mehr kosten. Nicht alle finden einen Verleiher und landen dann in irgendeinem Archiv, anstatt im Kino.

Um zu vermeiden, daß allzu viele Kurzfilme im Abseits stranden, sollen in Zukunft von vornherein nur noch Filme mit der kino-idealen Länge zwischen neun und 15 Minuten gefördert werden: Gewiß eine Ermutigung für junge Talente, die einsehen, daß Filmen nicht nur ein Mittel der „Selbstverwirklichung" und der Selbstbespiegelung sein sollte.

MARGARETE von SCHWARZKOPF

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Löbke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

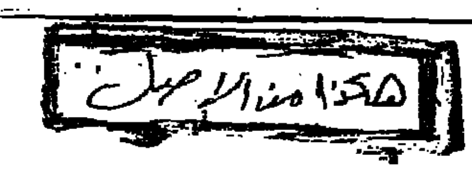
Herstellung: Werner Koziak

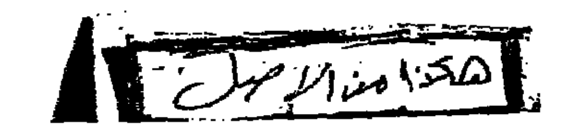
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





...edenken ...m Tresor

...eps. – Ein Schildbürgerstreich ...at sich in Wien zugetragen. Der ...sterreichische Bautenminister ...bleis ließ eine Gedenktafel zum ... Jahrestag der Gründung der ...sterreichischen Luftstreitkräfte, ...ie vor der Wiener Stiftskaserne – ...em Sitz der Verteidigungsakade...ie des Bundesheeres – angebracht ...orden war, wieder abmontieren ...nd in einem Tresor einsperren.

Vorausgegangen war dieser Mon...age mit anschließender Demonta...e eine heftige Polemik, besonders ...om linken Flügel der Sozialisten, ...nterstützt von wütenden Prote...ten der jugoslawischen kommuni...tischen Medien. Denn auf der Tafel ...var der Gründer und erste Befehls...aber der österreichischen Flieger...ruppen in der Zwischenkriegszeit ...rwähnt worden, der damalige Ge...eralmajor Alexander Löhr.

Im Zweiten Weltkrieg führte Löhr als Befehlshaber der Heeresgruppe E auf dem *Balkan* unter schwierigsten Bedingungen und inmitten eines gnaden- und erbarmungslosen Partisanenkrieges das Gros der deutschen Truppen bis an die Kärntner Grenze, wo die meisten von ihnen in britische Gefangenschaft gerieten. Er selber begab sich, wohlwissend, was ihn erwartet, als Gefangener zur Armee Titos, der ihn kurz darauf erschießen ließ.

Inzwischen wird sogar in Jugoslawien offen die Frage diskutiert, ob die neue revolutionäre Macht nach 1945 nicht mit Todesurteilen und Erschießungen viel zu schnell bei der Hand war. Löhr hatte (wie man weiß, unwillig, aber dem militärischen Befehl gehorchend) 1941 den Luftangriff auf Belgrad geleitet. Wenn das ein Verbrechen war – was ist dann mit jenen, die Dresden oder Würzburg in Flammen untergehen ließen?

Im Grunde geht es hier aber gar nicht um einen Soldaten, der in tragische Ereignisse verstrickt war. Es geht darum, daß man die eigene Geschichte und das eigene Geschichtsbewußtsein in beschämender Weise demontiert hat. So etwas rächt sich auf die Dauer.

...per in Freiburg: „Hunger und Durst" nach Ionesco

...Mit Brot gezüchtigt

...ichter und Komponistin stammen aus einem Land, wo Hunger ...nd Durst inzwischen wieder zu den ...ründen gehören, die Menschen zum ...erlassen dieses Landes zwingen: ...us Rumänien.

Gemeint sind Hunger und Durst, ...ie der Oper von Violeta Dinescu ...ach einem Text von Ionesco den ...itel gaben, allerdings im übertrage...en Sinn: auf Erfüllung und besseres Leben, auf Freiheit – auf jene Zustände also, die den tragischen Märchenhelden Hans im Glück in die Welt hinaustreiben – weg von Frau und Tochter – und die ihn schließlich irre werden lassen an ihrer Erreichbarkeit.

Ionescos „Hans" gerät zuletzt in ein Kloster. Oder ist es eher die Hölle? Ein totalitärer Staat? Hier werden sein *Hunger und* sein *Durst zwar* gestillt, aber hinaus darf er nicht mehr.

Ionescos Bühnenstück umfaßt mit allegorischen Randepisoden mehr als 100 Druckseiten. Eine ungekürzte Aufführung dauert wohl an die vier Stunden. Rumänen haben, für unsereinen oft irritierend, einen anderen Zeitablauf.

Für Violeta Dinescus Librettisten Roland Haas konnte es sich nur darum handeln, unter manchen Vereinfachungen die bühnenwirksamen Figuren und Szenen herauszudestillieren: die verrückte Tante Adelaide mehr skurril als in der Logik ihrer Selbsttäuschungen, oder die beiden Dichter in den Käfigen (Brechtoll heißt der eine beziehungsvoll) in einer klassischen Szene der Gehirnwäsche: Der Atheist bekommt schließlich zu essen, weil er sich zu Gott bekennt, der Mystiker, weil er Gott abschwört.

Die 1953 geborene Violeta Dinescu, Schülerin von Myriam Marbé, verwirklichte diesen Kompositionsauftrag mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg, wo sie seit einigen Jahren lebt, während die Freiburger Uraufführung unter musikalischer Leitung von Alicja Mounk von der Siemens AG eine Spende bekam: Nur so wird neues Musiktheater *möglich*. Aus den diffizilen Partiturbeispielen im Programmheft gewinnt man den Eindruck, der sich beim Hören bekräftigt: Diese Komponistin *weiß* präzise, was sie will.

Was Alicja Mounk auf der Seitenbühne dirigiert, ist ein hochsensibler Apparat von Kammermusikern, und für ihn wurde wirklich komponiert – dabei haben experimentelle Klangerzeugungen ihren Sinn im dramatischen Zusammenhang. Violeta Dinescu gibt den Sängern zu singen: Stan Unruh als Hans, Christina Ascher als Marie, Herta Schomburg als (eigentlich zu junge) Tante Adelaide, Jesse Coston als Bruder Tarabas seien hervorgehoben.

Die Musik liegt verläßlich unter den Szenen, ohne überflüssigen Ausdruck. Spannung und Intensität gewinnt *ihr Zusammenklang einmal* aus ungewohntem, modalem Skalenmaterial: Was z. B. an der Musik der neobyzantinischen Richtung (Terzakis) oder, populärer, an Strawinskys „Sacre" gefangennimmt, kostet auch Violeta Dinescu als ihre harmonische Muttersprache aus. Dazu kommen *spezielle Traditionen der oftmals* die antiken Zahlengeheimnisse und Proportionen wiederbelebenden Neuen Musik Rumäniens und ihr – für uns so irritierender – fremder Zeitablauf.

Dramatische Suggestion entsteht (bei Reduktion der Ausdrucksmittel) aus der Dehnung der Zeit, aus der Intensität von Wiederholungen – nur müssen Rumänen dafür nicht zur amerikanischen *Minimal Music* schielen: Es ist ihr eigenes Brot. Die ungelöste Frage nach der Freiheit endet mit einem verklingenden Trompetensolo hinter der Bühne: Anders als im „Fidelio" ist der Gouverneur nicht in Sicht. DETLEF GOJOWY

Weitere Vorstellungen: 5., 13. und 22. Februar; Kartenvorbestellung: 0761 / 3 11 33.

Zeitschriftenkritik: „Ästhetik und Kommunikation"

Wiederkehr der Religion

Es gehört schon einiger Wagemut dazu, um das Thema „Wiederkehr der Religion" anzuschneiden. Diese Wiederkehr führt nämlich ganz augenscheinlich an den einfach zu überblickenden Großkirchen vorbei in Bereiche, in denen sich Religiöses und Nicht-Religiöses kaum unterscheidbar mischen. So fallen schon im Editorial der Religionsnummer 60 der Vierteljahresschrift „Ästhetik und Kommunikation" (Bogotastr. 27, 1000 Berlin 37) die Stichworte „Körpererfahrung, Rausch, Natur, Guru oder Göttin".

„Ästhetik und Kommunikation" ist ein linkes Organ, in dem die Postmoderne deutliche Spuren hinterlassen hat. Es steht *auf* einem hohen theoretischen Podest und erhebt sich bisweilen bis in die rare Luft der Unverständlichkeit. Was aber bringt Linke dazu, sich über die Wiederkehr der Religion Gedanken zu machen? Eines sicher *nicht: Die Angst*, daß der Obskurantismus, der alt-böse Feind aller Aufklärer und Wissenschaftsgläubigen, sein Haupt erhebe. Vielmehr registrieren die Linken aufmerksam, daß ein Teil ihrer Gefolgschaft sich in *„dharma*-hoppers" verwandelt hat, die wie in der Karibik von Insel zu Insel hüpfende Touristen von einem neureligiösen Kult zum nächsten springen.

Zum anderen haben sich religiöse Themen in die eigenen Fragestellungen eingeschlichen, seit *auf* der Linken der Glauben an den Vollzug der Vernunft durch Änderung der Gesellschaftsordnung so *gut* wie zusammengebrochen ist: „Denn wer könnte plausibel machen, daß etwa ein kapitalistisches Kernkraftwerk *mehr* Risiken bietet als ein staatssozialistisches oder ein rätedemokratisch betriebenes" (Eßbach). *Das Heft* teilt die Wiedergeburt der Religion in folgende Komplexe: Jugendreligionen, Kultur, Ketzertum und alternative Lebensformen, Endzeiterwartung.

Die Neuen Jugendreligionen werden so genannt, damit sie besser aufgrund des Jugendschutzes verfolgt werden können. Doch gehören ihnen in der Regel nur Volljährige an. Hermann/Treusch berichten von den Bhagwan-Anhängern in Hannover, daß dort der Altersdurchschnitt bei 33 Jahren liege. Das auffallend harte Vorgehen gegen die nicht übermäßig zahlreichen Anhänger der Neuen Jugendreligionen (ein harter Kern von 15 000, 150 000 sonstige Mitglieder, ein Umfeld von 250 000) führt Roetzer auf „den Import von fremden Lebens- und Denkweisen in die christlichen Territorien, aber auch das totale commitment, das die Mitgliedschaft bei diesen Gruppierungen meist mit sich bringt" zurück. Denn radikale Hingabe sei für unser Wertesystem mittlerweile undenkbar geworden, und jede Entscheidung müsse jederzeit *revidierbar* sein.

So „unterminieren" diese Gruppierungen „die Grundlage unserer Gesellschaft. Sie sind anti-demokratisch. Sie verstoßen gegen das Menschenbild, das unserer Kultur zugrunde *liegt*". Davon ist soviel richtig, daß eine Entpolitisierung der Anhänger der Neuen Jugendreligionen *stattfindet*: „*Das* Lebensziel wird nicht mehr in großen ideologischen Konzeptionen gesehen, sondern im einfachen *alltäglichen* Leben – mit dem Ziel, erst einmal mit sich selbst klarzukommen, mehr über sich selbst zu erfahren." (Hermann/Treusch).

Das oft als Ausbeutung kritisierte „worshipping" im Ashram sei vielmehr eine Form der „moralischen Ökonomie" (Vester), die von der verlorenen Dorfgemeinschaft über Ketzerbewegungen und den Sozialismus bis zu alternativen Betriebsformen von heute lebendig geblieben sei.

CASPAR *von* SCHRENCK-NOTZING

Repräsentant des berühmten Mailänder Stils – Italiens Designer und Kunsterzieher Bruno Munari

„Das Einfache ist das Schwierigste"

Vielleicht hätten Sie lieber die englische Ausgabe?" fragt die Buchhändlerin und zieht aus einem Stapel von Büchern Bruno Munaris das Bändchen „Design and Visual Communication". Das *sind fünfzig* Vorträge, die der italienische Designer, der im Fach längst als *der Repräsentant des weltberühmten „Mailänder Stils"* gilt, einstmals in Harvard gehalten hat und mit denen er Geschichte machte. Munaris Bücher sind in zahllose Sprachen übersetzt – nur nicht ins Deutsche. Nicht einmal seine Kinderbücher, für die er vor zwei Jahren den Andersenpreis bekam, und auch nicht sein liebstes Buch „Von Ferne war es eine Insel", das von Steinen erzählt.

Im letzten Herbst stellte Munari seine schönsten seit Kindertagen gesammelten Steine – „Jeder Stein ist einmalig und unwiederholbar wie ein Kunstwerk", sagt er – im Mailänder *Museum für* Naturwissenschaft und Technik aus. 170 von ihm zum Sehen und Sammeln „verführte" Kinder durften ihren liebsten Stein dazulegen und entdeckten dabei, wie interessant das Museum ist, das „ihren" Stein enthielt. Ganz genau schauten sie sich um und fanden unter den *Reproduktionen phantastischer Maschinen* den Namen eines Bekannten: Leonardo da Vinci. Den hatte ihnen Munari in der Anleitung „Bäume zeichnen" so vorgestellt:

„Ein uralter Freund aus der Provinz, ein gewisser Leonardo aus dem Dorf Vinci nicht weit von Florenz (*Postleitzahl 5059*), war ein sehr neugieriger Mann. Er verbrachte Stunden damit, Bäume zu betrachten, und dann zeichnete er sie *und notierte* alles, was er begriffen hatte."





Kreativität aus dem Fundus bewahrter Kindheit: Italiens großer Designer, Erfinder und Kinderbuchautor Bruno Munari FOTO: DIE WELT

Die Objekte, die Munari seit vierzig Jahren entwirft, findet man in Museen rund um die Welt. Ob Lampen, Aschenbecher, Besteck oder Vasen – alle haben sie einen gemeinsamen Nenner: Einfachheit und Klarheit der *Linien. Munari* liebt das Leichte. Sein federleichten, zusammenklappbaren „Reiseskulpturen" erlauben ihrem Besitzer, *ein anonymes Hotelzimmer* persönlich zu machen. Sie sind variierbar, wie seine Kinderspiele, die mit den verschiedensten Kombinationsmöglichkeiten kräftig zur Kreativität anregen.

Bruno Munari ist nicht nur Designer. Er ist auch Dichter und Musiker, *Erzieher, Techniker*, Erfinder. Er erfand zum Beispiel eine ganze Serie „nutzloser Maschinen" vom „Motor für träge Schildkröten" bis zur „Taschentuchwinkanlage für Bahnhöfe".

„Schauen Sie sich inzwischen ruhig richtig in meinem Studio um, ich habe noch eine Besprechung", sagt uns der zierliche, weißhaarige *Maestro* zur Begrüßung. Der weite Raum ist bis zum Bersten mit Büchern und seltsamen Gegenständen gefüllt und wirkt genauso heiter und geordnet wie sein Bewohner. Da gibt es Sammlungen von Steinen, Muscheln und Wurzeln, wunderliche Maschinen, eine zwei *Meter lange Lampe* aus Gaze auf Metallringen, die wie ein sanfter Lichtstrahl die Objekte dieser Wunder*kammer beleuchtet. Ein großes*, glänzendes Metallding fällt ein bißchen aus dem Rahmen. Das ist der „2. International Design Award", den Bruno Munari letzten Oktober in Osaka erhielt. In der Verleihungsurkunde steht am Schluß: „... and for the creation of works of intense humanity".

„*Wo findet man* Ihre Biographie, um Sie nicht mit unnötigen Fragen aufzuhalten?" – „In meinen Arbeiten", sagt Munari und lächelt. Er lächelt fast immer, und es heißt, seit 60 Jahren *habe ihn nie jemand schlecht* gelaunt gesehen.

Vor zwei Jahren bat man ihn um ein Vorwort für das Heft „Munari" aus der Serie „Die Menschen, die Mailand groß gemacht haben". Da schrieb er: „*Unerwartet und ohne von* irgend jemandem benachrichtigt worden zu sein, fand ich mich am *Morgen des 27. Oktober 1907 splitter*nackt mitten in Mailand. Mein Vater hatte Beziehungen zu den wichtigsten Persönlichkeiten, denn er war Kellner im Gambrinus." Basta.

Aus dem Hotel, das die Eltern sechs Jahre später im Veneto erwarben, entlief der kleine Bruno an die Etsch und fand dort eine seiner lebenslangen Passionen: die Steine. „Ich glaube, es ist mir gelungen, die Kindheit zu bewahren, ich meine die *Neugier und die Lust, aus allem*, was mir in die Hände kommt, etwas zu machen", sagt Munari. Er nennt sich *einen Autodidakten*, „weil ich nie aufgehört habe zu studieren".

Mit 19 Jahren in das Mailand Marinettis und der Futuristen zurückgekehrt, begann der junger Munari als Landschaftsmaler, lernte dann bei einem *Onkel*, einem Ingenieur, exaktes Zeichnen und kam über die abstrakte Kunst *zur Graphik* und schließlich zum Design.

„Mein Stil hat sich in vier Jahrzehnten *im Grunde nicht geändert*. Ich versuche, vor allem durch veränderbare Strukturen, niemandem meinen Geschmack aufzudrängen und Objekte zu schaffen, die klar, einfach und nützlich sind."

„Ist es Zufall oder Wahlverwandtschaft, daß Ihre Arbeiten oft fernöstlich wirken?" – „Es ist kein Zufall. Ich habe mich viel mit Zen beschäftigt und bewundere den japanischen Geist der Kollektivität, für den es wichtiger ist, was man den anderen gibt, als was man von ihnen erhält. *Japanische Kinder lernen im Kinder*garten als erstes, wie man freundlich mit anderen umgeht, und als zweites, wie man Papier faltet. Das heißt, wie man ein Objekt in ein anderes verwandelt. Wenn *sie größer sind, lesen* sie bei den Lehrmeistern Japans, den Weisen des alten China, Sätze wie ‚Das *einzig* Beständige in der Wirklichkeit ist der Wechsel' und ‚Die Ewigkeit ist heute'. Wollen Sie ein praktisches Beispiel für die Nutzanwendung dieses Satzes im Alltag? Im *Westen erfindet man die raffiniertesten* Mittel, um Schmutz zu beseitigen und vor Lärm zu schützen. Die Japaner *sind* sauber und leise."

Munari spricht mit der gleichen heiteren *Gelassenheit* über Profundes und Einfaches, denn ihm, dem Homo ludens in Person, ist Alltag *wichtig. Auch die Nonsens-Maschinen*, die er erfand, und auch das Bild „Öl auf Leinwand", das zum Schrekken des Auftraggebers nur einen Ölfleck enthielt.

Am wichtigsten aber sind ihm die Kinder, für die er 1977 in der Mailänder Pinakothek Brera das erste *Kunstlabor in Italien einrichtete*. Sein Buch „Labor für Kinder in der Brera" in der Reihe „Spielen mit der Kunst" erklärt Projekt und Methoden. Im Vorwort heißt es: „Spielen mit der Kunst macht nicht zu Künstlern, hilft nicht, die Geheimnisse der großen Meister zu entdecken oder Kunstge*schichte zu lehren. Es hilft, auf kreati*ve Art die Regeln der Kreativität zu entdecken."

In einem anderen seiner Bücher steht: „Da es fast unmöglich ist, die Denkart eines Erwachsenen zu ändern, müssen wir uns um die Kinder kümmern, damit sie morgen die Welt besser machen." *Das hat Munari gera*de auf Einladung der Regierung in einem Seminar für Lehrer und Kin*der in Tokio getan*. „Reagieren die Kinder dort anders als in Italien?" – „Alle Kinder auf der Welt reagieren gleich: bereit, mit allen Sinnen die Welt zu entdecken. Man muß ihnen nur zeigen, wie man das anfängt."

MONIKA von ZITZEWITZ

Beschaulich-naturalistisches Musiktheater: Otto Schenk inszeniert Puccinis „Manon Lescaut" in Wien

Licht auf die verstaubte Welt des Pariser Geldadels

Der 5. *Akt war eindeutig* sein bester: Inmitten eines unbeschreiblichen Jubel- und Triumphgeschreis trafen Regisseur Otto Schenk gezielte Buhrufe ins Mark. Sein Theaterblut kam in Wallung, er eilte von der Rampe hinter den Vorhang zurück, ohrfeigte den Erstbesten – *Wiens Opernplauderer Marcel Prawy* –, attackierte Direktor Egon Seefehlner und beschimpfte wüst Maestro Giuseppe Sinopoli.

Dabei hatte sich Schenk seine Buhs redlich verdient. Er mußte erfahren, eine der musikalisch glanzvollsten Premieren der vergangenen Wiener Staatsopern-Jahre szenisch nicht bewältigt zu haben. In einem harmlos naturalistischen Bilderbogen hatte er *hübsch unauffällig am* Stück vorbei inszeniert. Als müßte einem alten feudalen Anspruch Genüge geleistet werden, Theater habe schön, farbig und echt zu sein. Doch *Puccini selbst wußte* vor bald 95 Jahren darüber besser Bescheid. Im zweiten „Manon Lescaut"-Akt zeigt er, wie die alte Kunst, Ballett und Gesang, schiere Unterhaltung geworden ist. Kaufbar. Kunstgewerbe.

Schenk und sein Ausstatter Rolf Langenfass haben sich aber damit begnügt, Puccinis Erstlingserfolg (1893) nett und opulent zu bebildern: vom belanglosen Treiben der Studenten in Amiens bis zum Auffahren einer alten Postkutsche oder bis zur drastisch ausgespielten Deportation der Nutten *in Le Havre. Schärfer* ins Gericht geht Schenk mit der Welt des Pariser Geldadels: Alte, gierige, humpelnde Gestalten – voll von Staub und Puder. Ein Krüppel-Minuett. Und dazu Ge*ronte, Manons* Kavalier, *als* ausgemergelter Lustmolch – als käme er direkt aus Fellinis „Casanova".

Dazwischen immer wieder beschauliches, bürgerbraves Theater, das niemanden weh tut. Die von Puccini in „Manon Lescaut" angespitzten Ideen werden so teilweise oder ganz verdeckt.

Sehnsucht, Liebe, Traum, Verlangen und Trauer. Puccini hat hier Ge*fühlswelten mobilisiert, die im* Gegensatz zu den Banalität des Alltags stehen. Hart gesagt, bedeutet der Tod der Liebenden, daß Liebe ohne Geld nicht funktioniert. Gefühle sind nur durch den Tod rettbar. Zwei Men*schen versuchen, gegen alle* Wirklichkeit zu bestehen, sich abzusetzen, „abzuheben". Schenk zeigt nicht, wie Puccini den Schmerz des Mißlingens schildert. Der versuchte künstlerisch aus der Enge der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts auszubrechen – im Einklang mit der 120 Jahre älteren *Prévost-Novelle, einer radika*len Rokoko-Analyse.

Sollte dieser „Bruch" nun auf der Wiener Bühne dadurch deutlich gemacht werden, daß eine Batterie von Scheinwerfern mahnend oben in der Adressen-Szenerie hängt? Dafür ist dieser reichlich abgeschmackte Trick – *schaut her wir machen Werkstatt!* – denn doch zu billig.

Präzise belichtet wird dagegen Puccinis Meisterpartitur: Mit begeisterndem Überschwang läßt Giuseppe Sinopoli Feuer und Leidenschaften lodern. Das ist packendes Theater, scharf in den Konturen, wuchtig und dann wieder gefühlvoll, einschmeichelnd, doch nie dick oder süßlich im Klang. Chor und Orchester leisten Hervorragendes.

Und dazu die unvergleichliche Mirella Freni als Manon: Mädchen, Mätresse *und hingebungsvoll Liebende*. Da geht vielleicht das Schenksche Theater der beseelten Figuren auf, aber *nur*, weil die Freni so konsequent natürlich spielt und singt. Die schönste lyrische Sopranstimme der Gegenwart (und der vergangenen zwei Jahrzehnte) strahlt in unvermin*dertem Glanz, ist mühelos belastbar* bis zur tragischen Attacke.

Eine Überraschung kommt selten *allein: Peter Dvorsky hat kleinere* Krisen und die entsprechende Massenet-Partie übersprungen, um bei Puccinis Chevalier Des Grieux wieder voll da zu sein. Die Stimme sitzt rich*tig, das metallische Timbre kommt* in allen Lagen zur Geltung, die gefürchteten Klippen dieser Rolle werden mit Schwung genommen – endlich wieder ein sieghafter Tenor.

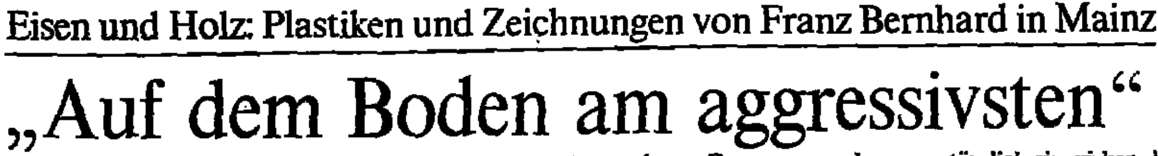
Auch Bernd Weikl (Lescaut), Kurt Rydl (Geronte), Wilfried Gahmlich (Edmond) und Margareta Hintermeier (*Musiker*) prägten einen Abend, der das Publikum rasen ließ.

WALTER GÜRTELSCHMID

Nächste Aufführungen: 8., 11., 14., 19., 22. und 25. Februar; Karteninformationen: 0043 222 / 53 24 26 35.

Eisen und Holz: Plastiken und Zeichnungen von Franz Bernhard in Mainz

„Auf dem Boden am aggressivsten"



Liebt urtümliche Arbeiten aus Holz und Eisen: Der Plastiker Franz Bernhard FOTO: RUMP

Es ist eine andere Ausstellung als die, die im letzten Jahr im Württembergischen Kunstverein zu sehen war, auch wenn der Katalog derselbe ist. Denn das *Mittelrheinische Lan*desmuseum in Mainz zeigt neben den (bekannten) Skulpturen von Franz Bernhard noch die (weitgehend unbekannten) Zeichnungen.

Bernhards Skulpturen aus rohem Holz, blockverleimt und vernagelt, grob behauen und zugerichtet, verbinden sich mit Eisen, meist im Rostton. Früher war Eisen für Bernhard wesentlich ein Material, das trotz minimaler Verbindungsdicke viel Holz tragen konnte: Die raumgreifenden Holzteile hatten prekäre Verbindungen, die nur in Eisen hielten. Auch die Bearbeitungsspuren blieben und bleiben stehen. Jedes Werk (für Bernhard ist Kunst Arbeit) zeigt dem Betrachter die Spuren seines Entstehens.

Neuerdings interessieren Bernhard jetzt mehr der Schutz und die Umhüllung, die Eisen bieten kann. Daraus ergeben *sich überaus intensive* Wechselbeziehungen. Das haptisch warme Holz kann optisch kalt wirken (besondres *bei den geweißelten* Arbeiten), während das haptisch so kalte Metall durch den Rostton optisch Wärme erhält.

Die Arbeiten Bernhards liegen oft auf dem Boden, denn Bernhard hat festgestellt: „*Auf dem Boden* sind meine Arbeiten am aggressivsten." Aber da liegt nie etwas platt auf. Spannungsvoll *hebt sich die Kante* aus der Horizontalen, und was scheinbar vollflächig aufliegt, zeigt sich als raffinierte Konstruktion, *die nur mit* einer Spitze zart den Standfestigkeit gebenden Boden berührt und ihre Dynamik in den *Raum bringt*.

Bernhards Skulpturen benötigen unbedingt Raum. Aber in Mainz kann man sehen, daß sie auch da, wo wenig *Raum zur* Verfügung steht, ihr Leben entfalten, große Spannungen sichtbar machen. Denn Bernhards Plastiken werden, so urtümlich sie wirken, bis ins Letzte durchgearbeitet.

Bernhards Zeichnungen sind selten Vorstudien zu plastischen Werken. Sie untersuchen vielmehr autonome plastische Probleme modellhaft. Jede Zeichnung gerät Bernhard zum vielfach datierten, aber nur einmal signierten Palimpsest: Er zeichnet jeweils mehrfach übereinander, läßt den ersten Strich aber unter dem neuen, verbesserten stehen. Der sparsam, aber mit überzeugender Dynamik entworfene Raum wird malerisch behandelt, neuerdings auch durch collagierte Elemente, die einen ästhetisch *hervorragend* abgestimmten Farbton mitbringen.

Indem sie den Abstand zwischen der *Idee* und *ihrer materiellen* Verwirklichung zeigen, gehören Franz Bernhards Arbeiten zu den bedeutenden Werken der *Skulptur in diesem* Jahrhundert. (Bis 16. März; Katalog 28 Mark)

GERHARD CHARLES RUMP

JOURNAL

Alle Säle des Louvre künftig zu besichtigen

AFP, Paris

Nach Abschluß der Reorganisation der verschiedenen Abteilungen des Louvre werden demnächst sämtliche Säle des Museums für die Besucher geöffnet sein. Dazu wurden 75 zusätzliche Stellen für das Aufsichtspersonal geschaffen. Einziger Ruhetag des Louvre wie der übrigen staatlichen Museen Frankreichs ist weiterhin der Dienstag. Neue Beschilderungen in mehreren Sprachen sollen es den Besuchern erleichtern, sich auf den demnächst fünf Hektar umfassenden Ausstellungsflächen zurechtzufinden. Auf *Computer-Terminals in der Ein*gangshalle können demnächst Gemälde und Zeichnungen betrachtet werden, die entweder in den Depots aufbewahrt oder wegen ihrer Empfindlichkeit nicht ausgestellt werden.

Wiener Staatsoper feiert Nurejews Geburtstag

Reg. Wien

Die Wiener Staatsoper feiert den 48. Geburtstag von Rudolf Nurejew mit einem Ballettabend am 17. März, bei dem der österreichische Staatsbürger und Ballettdirektor der Pariser Opéra als Gast auftreten wird. Nurejew tanzt Béjarts „Lieder eines fahrenden Gesellen" (Partner: Charles Jude) sowie eine „Bach-Suite", die er selbst zusammen mit Francine Lancelot choreographiert hat. Ebenfalls auf dem Programm: „Prélude", eine Uraufführung von Bernd Bienert zu Musik von César Franck.

Düsseldorfer Schauspiel gastiert in der „DDR"

AP, Düsseldorf

Zum ersten deutsch-deutschen Bühnenaustausch seit 25 Jahren ist am Dienstag das Düsseldorfer Schauspielhaus in die „DDR" gereist. Es wird vom 4. bis zum 15. Februar in Dresden und Leipzig gastieren. Geplant sind unter anderem Aufführungen von Lessings „Nathan der Weise", Arthur Schnitzlers „Der Grüne Kakadu" und Woody Allens „Spiels nochmal Sam". Anfang Mai wird das Dresdener Staatsschauspiel zu einem Gegenbesuch in Düsseldorf und anderen Städten der Bundesrepublik erwartet.

Schlesiens Denkmäler der Kultur verfallen

JGG. Warschau

Von 1367 registrierten und vom Zerfall bedrohten kulturhistorischen Bauten und Parkanlagen befinden sich die meisten in Schlesien, berichtet „Trybuna Ludu". Namentlich werden genannt: Hirschberg (mit Ring und Altstadt), *Brieg (mit Schloß der Piastenherz*öge), das oberschlesische Oberglogau an der Hotzenplotz (mit Synagoge, Schloßpark und Schloß) sowie Ohlau und Löwen. Die Kommunen *könnten* die notwendigen Restaurierungsarbeiten nicht finanzieren, deshalb sei es fünf vor zwölf, *heißt es. Das Blatt schlägt vor*, in den gefährdeten Bauten, Eigentumswohnungen einzurichten und die neuen Besitzer zur Sanierung zu verpflichten.

Spoerlis Basler Ballett reist nach China

Reg. Basel

Als erstes Schweizer Ensemble ist das Basler Ballett nach China eingeladen worden. Die Truppe von Heinz Spoerli *zeigt auf Wunsch der* Gastgeber vom 7. bis zum 23. Februar in Peking und Shenyang „La Fille mal gardée" und einen gemischten Ballettabend. Mit Spoerlis „*Coppélia" ist das Ensemble dann* im April auch in der Bundesrepublik unterwegs. Stationen sind Leverkusen, Frankfurt-Hoechst und Ludwigshafen.

Oratorium von Thärichen wird uraufgeführt

epd, Berlin

Am 9. Februar wird in der Pauluskirche in Berlin-Lichterfelde das Paulus-Oratorium von Werner Thärichen uraufgeführt. Der heute 64jährige frühere Solo-Pauker der Berliner Philharmoniker ist 1954 durch sein „Konzert für Pauken und Orchester" bekannt geworden. Die Textvorlage des Paulus-Oratoriums hat die Theologin Angelika Fischer aus Bibelworten und Choralversen *zusammengestellt*. Musikalisch wird das Oratorium wesentlich von Pauken, Trommeln und Becken sowie von *Holz-* und Blechbläsern getragen.

Vermutlich Mammutzahn in Wien gefunden

AFP, Wien

Ein 1,5 Meter langer und 35 Zentimeter dicker Gegenstand, bei dem es sich nach Ansicht von Experten des Naturhistorischen Museum um einen Mammutzahn handelt, ist bei Arbeiten für den Wiener U-Bahn-Bau gefunden worden. Die eiszeitliche Elefanten-Art war in der Zeit zwischen 80 000 und 10 000 vor Christi Geburt in Europa, Nordamerika und Nordasien verbreitet.

Jetzt durchstreift der Killer Montparnasse

Unheimliche Mordserie an alten Menschen bedrückt Paris

JOCHEN LEIBEL, **Paris**

Zum siebten Mal innerhalb vier Wochen ist mitten in Paris eine alte Dame ermordet worden. Virginie Labrette (76) war gerade vom Einkaufen in ihre Wohnung zurückgekehrt und hatte noch nicht einmal den Mantel abgelegt, als der Mörder zuschlug und die allein lebende Witwe erdrosselte. Virginie Labrette ist wahrscheinlich das sechzehnte Opfer eines mysteriösen Killers, der seit Ende 1984 unter der älteren Bevölkerung der französischen Hauptstadt für Angst und Schrecken sorgt.

Die erste Mordwelle wurde vor gut einem Jahr am Montmartre registriert. Innerhalb von sechs Wochen wurden neun alleinstehende alte Damen in ihren Wohnungen erdrosselt.

Die erste Serie ging zu Ende

Der Ablauf der Verbrechen war immer derselbe. Der unbekannte Verbrecher postierte sich vor Bankfilialen oder Postämtern und wählte sorgfältig sein zukünftiges Opfer aus: wer über sechzig war, allein aus dem Gebäude kam und offensichtlich von niemandem begleitet wurde, war in Gefahr. Der Unbekannte folgte dem Opfer, stieg hinter ihm im Treppenhaus hoch und wartete dann, bis die alte Dame ihre Wohnungstür aufschloß. Dann stürzte er sich auf sein Opfer, drängte es in die Wohnung und beging sein Verbrechen.

In den engen Gassen unterhalb der weltberühmten Kirche Sacre Cœur kam es zu Panik unter der Bevölkerung. Alte Leute veranstalteten Protestzüge – etwas nie Gesehenes in Paris – und der Bürgermeister des Stadtviertels mußte zu Notmaßnahmen greifen. Kasernierte Polizei patrouillierte Tag und Nacht, alten Leuten wurden kostenlose ‚Begleiter' bei Besorgungen angeboten.

Die erste Serie ging zu Ende. „Wir haben den Mörder zwar nicht gefaßt, aber die Straßen wurden ihm wohl durch unser polizeiliches Massenaufgebot zu gefährlich", mutmaßte ein Kripo-Offizier.

Die Zufriedenheit der Polizei war nur von kurzer Dauer. Genau ein Jahr später, im Dezember 1985, begann erneut eine Mordwelle. Diesmal nicht am Montmartre, sondern auf dem anderen Seineufer in den engen Straßen hinter dem Montparnasse-Bahnhof.

Erneut spielte sich dasselbe Szenario ab. Sieben alte Damen – die jüngste war 67 Jahre alt, die älteste 92 Jahre – wurden jeweils in ihren Wohnungen erdrosselt. Bei der Kripo zeigte man sich hilflos: „Wir haben vier Fingerabdrücke, die beweisen, daß für vier der insgesamt sieben Verbrechen derselbe Täter infrage kommt. Sonstige Angaben über den Verbrecher fehlen bisher."

Sicher ist nur, daß es sich um einen ungewöhnlich grausamen Mörder handelt. Zwei alte Damen hatten überlebt, weil der Killer sie als „tot" hatte liegen lassen. „Die Berichte dieser Überlebenden ließen unserem Reporter das Blut in den Adern gerinnen", schrieb die Tageszeitung „Le Parisien" und verschwieg Einzelheiten, um die Bevölkerung nicht noch stärker zu beunruhigen.

Knapp eine halbe Million alleinstehender Menschen über 65 Jahre leben in Paris. „Sie alle sind in Gefahr", schrieb die Zeitung „Le Figaro". Ein anderes Blatt veröffentlichte einen Stadtplan, auf dem die Tatorte der insgesamt sechzehn Verbrechen durch Kreuze vermerkt waren. Titel: „Der Stadtplan der Angst". Dabei fiel auf, daß sämtliche Verbrechen dieser Serie rechts oder links der Metrolinie 4 geschahen. Zufall? Immerhin hat Paris 13 solcher Linien.

Bei der Pariser Kripo zeigt man sich verlegen-diskret. „Wir haben einfach keine Anhaltspunkte", stöhnte ein Beamter, „es handelt sich um einen Einzelgänger, und die sind äußerst schwer zu fassen."

Die Kriminalisten tippen inzwischen auf einen geistesgestörten Drogensüchtigen. „Das ist jemand, der seine tägliche ‚Ration' braucht und sich deshalb mit den Mini-Summen begnügt, die er bei den alten Leuten entdeckt", behauptet ein Angestellter des Rathauses vom Montparnasse-Viertel.

Viel Verständnis für hilflose Polizei

Die Presse der Hauptstadt zeigt erstaunlich viel Verständnis für die hilflose Kriminalpolizei, die die Mordwelle bisher nicht stoppen konnte. Der schon zitierte „Parisien" schrieb gestern: „Mehrere hunderttausend alte Damen werden von einem Mörder verfolgt, der sich unter zwei Millionen Paris-Bewohnern versteckt. Die berühmte Nadel im Heuhaufen ist nichts dagegen."

Paris wurde schon einmal mit einem unheimlichen Massenmörder in Verbindung gebracht: Desiré Landru, geboren 1869, hingerichtet 1922. Elf Morde wurden ihm nachgewiesen, mit sage und schreibe 280 wurde er in Verbindung gebracht. (SAD)



Variationen in Borsalino: „Classico", Borsalino-weiß auf Christine Kaufmanns Kopf und Borsalino-schwarz (v.l.n.r.).
FOTOS: MICHAEL KLOCKE, IGEDO, DPA

Damenkopf unter Männerhut – Gipfel der Eleganz

Der Hut – Schutz, Faszination oder Komplex, verrückt oder praktisch, chic, elegant, aufregend oder enervierend, zeitlos – man wird die Kopfbedeckung nie unter „einen Hut bringen". Der Hut – eins fehlt noch bei dieser Aufstellung: Er war „out"; Hut tragen galt sozusagen lange als „alter Hut". Man trug Sonnenbrille, wenn es denn sein mußte, selbst bei Regen, klappte lieber fröstelnd den Mantelkragen hoch, aber blieb barhäuptig. Angst vor der Verwandlung nannten das die Psychologen, deuteten die Scheu als Hutkomplex, warfen den jungen Verweigerern alles mögliche vor: Jugendlichkeitswahn, Imponiergehabe, Siegfried'sche Unverwundbarkeit. Auch von den jungen Designern kam nichts. Bis jetzt, bis Karl Lagerfeld sich an erste, neue Entwürfe wagte: Ein Damenkopf beispielsweise unter einer Art Sesselhut. Wir haben das Foto nicht gezeigt, schien es uns doch bei aller Symphatie für den deutschen Großmeister französischer Haute couture nicht völlig die Eleganz einer kleinen unbeachteten Paradoxie zu erreichen, die wir gerne einmal vorstellen möchten: Eines Frauenkopfes nämlich unter einem Männerhut. Möge das unsere kleine Fotogalerie beweisen.

Harte Strafen für Schüsse auf Radaranlage

dpa, **Limburg**

Das Limburger Schöffengericht hat am Dienstag abend zwei 56 und 25 Jahre alte Männer aus Köln – Vater und Sohn – zu Haftstrafen von zweieinhalb und zwei Jahren verurteilt. Das Gericht hält sie aufgrund von Indizien für überführt, am 8. Oktober 1982 mit 30 Gewehrschüssen die Radaranlagen der Autobahn Köln-Frankfurt an der Gefällstrecke des Elzer Berges bei Limburg zerstört zu haben. Die beiden wurden für schuldig befunden, einen öffentlichen Betrieb gestört und gegen das Waffengesetz verstoßen zu haben.

Das Fahrzeug der beiden Kölner wurde nach der Tat herrenlos im Elzer Wald nahe der Radarbrücke sichergestellt. In dem Wagen wurden Schußwaffen, bei den Angeklagten Erwerbs-Quittungen gefunden. Außerdem hatten Polizeibeamte im Elzer Wald Fußspuren der beiden Männer entdeckt und einen Knopf sichergestellt, der an einem ihrer Kleidungsstücke fehlte. Der Schaden an der Radaranlage betrug etwa 50 000 Mark.

Nasa gerät zunehmend unter öffentlichen Druck

DW. **Cape Canaveral**

Auf dem Grund des Atlantiks haben Suchschiffe möglicherweise das Teilstück einer der beiden Feststoffraketen geortet, deren Fehlfunktion mit großer Wahrscheinlichkeit Ursache des „Challenger"-Unglücks war. Die beiden Raketen wurden nach der Explosion durch Funkbefehle zerstört, weil sie außer Kontrolle geraten waren. Die Bergung des Trümmerstücks könnte bis zu zwei Wochen in Anspruch nehmen, sagte ein Nasa-Sprecher.

Die Suche nach weiteren Wrackteilen konzentriere sich auf Tonbandgeräte und Datenbänder aus dem Cockpit, hieß es bei der US-Raumfahrtbehörde. Meldungen amerikanischer Fernsehgesellschaften, an der Küste Floridas gefundene Leichenteile seien als Überreste der sieben Astronauten identifiziert worden, bestätigte die Nasa nicht.

Aufnahmen vom Start der Raumfähre zeigen 15 Sekunden vor der Explosion einen Feuerschweif an der rechten Feststoffrakete. Nasa-Experten vermuten, daß die Flammen wie ein Schneidbrenner den Flüssiggastank der Fähre durchbrannt haben und dadurch das hochexplosive Gemisch aus Wasser- und Sauerstoff detonierte (WELT von gestern).

Präsident Reagan hat der Kommission, die die Hintergründe der Katastrophe untersuchen soll, indessen eine Frist von 120 Tagen gesetzt. Nach einem Bericht der „Los Angeles Times" gilt es als wahrscheinlich, daß die Untersuchung in großen Teilen das Format einer „öffentlichen Anhörung" erhalten dürfte. Heute will die zwölfköpfige Kommission unter der Leitung des früheren Außenministers William Rogers in Washington erstmals zusammentreten. Sein Stellvertreter ist der Astronaut Neil Armstrong, der 1969 als erster Mensch den Mond betreten hat.

Neben technischen Problemen wird in der amerikanischen Öffentlichkeit zunehmend die „Sicherheitsphilosophie" des US-Raumfahrtprogramms diskutiert. Der Kommission wird nahegelegt zu untersuchen, ob es in jüngster Zeit nicht allzu große Einsparungen gegeben habe oder ob das Management seine Aufsichtspflichten nicht ernst genug genommen habe.

Ständige Kürzungen bei den Aufsichts- und Inspektionsprogrammen, so berichtet die „Los Angeles Times", hätten nach Meinung von Nasa-Beamten und Verantwortlichen der Zulieferindustrie die Qualitätskontrolle beeinträchtigt. Nasa-Sprecher Jim Mizell erklärte, die Weltraumbehörde habe ihre Inspektionen drastisch reduziert, nachdem sie bestimmte Aufsichtsfunktionen ihrem Hauptauftragnehmer, der Firma Lockheed, übertragen habe.

LEUTE HEUTE

Verspätet

Nicht weniger als acht Mal blieb ein Zug der Britischen Staatsbahn auf der 100 Kilometer langen Strecke von Ostengland nach London liegen. An sich schon peinlich genug – beinahe eine Staatsaffäre wurde aus der Panne, weil ganz hinten ein Salonwagen angehängt war, der **Queen Elizabeth** schnellstens von Schloß Sandringham zum Buckingham Palace bringen sollte. Zu allem Überfluß war dann auch noch der Schlüssel für die Verbindungstür zum königlichen Waggon unauffindbar. Die Monarchin trug die unrühmliche Vorstellung mit Fassung: Sie ließ sich ihr Breakfast während eines Zwischenstopps durchs Abteilfenster reichen und sah über die Dreiviertelstunde Verspätung nonchalant hinweg.

Verprügelt

Auch eine Gastrolle bei den Carringtons ist nicht immer eine Bank für Beliebtheit. Diese Erfahrung machte **George Hamilton**, nachdem er in mehreren „Denver"-Folgen einen Schurken spielte. „Wo immer ich jetzt in Amerika erscheine, wollen mich die Menschen verprügeln, weil ich Krystle entführen und gefangenhalten mußte." Daß Hamilton trotz seiner Abneigung gegen Fernsehserien im letzten Jahr überhaupt einstieg, erklärt er mit einem Erlebnis beim englischen Derby: „Ich war mit Denver-Neuling **Catherine Oxenberg** dort, und die Meute stürzte jubelnd auf sie zu. Mich, der ich seit 30 Jahren beim Film bin, ignorierten sie." Zwei Tage später startete der Hollywood-Star damals bei „Denver". Und von der Öffentlichkeit ignoriert wird er nun ja tatsächlich nicht mehr ...

Verschmerzt

Belgien holt nach, wozu England sich bisher nicht durchringen konnte: **Bob Geldof** auszuzeichnen. Flämische Zeitungen berichten, die Universität Gent wolle dem Rocksänger für sein Mammutkonzert „Live Aid", dessen Erlös an die Hungernden in Afrika ging, einen Ehrendoktorhut verleihen. Daß sein Heimatland ihm bisher keinen Orden verlieh, hat Geldof damit sicherlich verschmerzt. Seine Visitenkarten kann er in Zukunft immerhin mit einem „Dr. h. c. pop." schmücken.





Stürzender Kran löst Erdbeben aus

Einem stählernen Giganten wurden die Knie weich. Er wankte und als er stürzte, gab es ein leichtes Erdbeben: Zwischen 1,5 und zwei auf der nach oben offenen Richterskala maßen schwedische Seismologen, als die 5700 Tonnen Stahl eines der schwersten Portalkräne der Welt krachend zu Boden gingen. Dem Fall des Krans war ein Jahr zuvor der Konkurs der Werft, in deren Diensten der „eiserne Träger" stand, vorangegangen. 40 Jahre hatte die Werftindustrie im schwedischen Uddevalla an der Westküste des Landes die beherrschende Rolle gespielt. Zuschauer äußerten denn auch die Befürchtung, die Erschütterung beim Sturz des Krans könnte durchaus von symbolischer Bedeutung für die gesamte schwedische Schiffbauindustrie gewesen sein. FOTOS: AP

Desorientierter Verkehrspilot schafft Probleme

AFP, **Augusta**

Ein peinlicher Fehler unterlief am Dienstag einem Piloten der amerikanischen Binnenfluggesellschaft Piedmont Airlines. Anstatt in Augusta im US-Bundesstaat Georgia landete er seine mit 111 Passagieren besetzte Boeing 737 auf einem wenige Kilometer entfernten Flugplatz. Obwohl dort die Piste nur für Sportmaschinen ausgelegt ist, konnte der Pilot das Flugzeug dank einer scharfen Notbremsung rechtzeitig zum Stehen bringen. Die Passagiere mußten allerdings gut eine Stunde an Bord ausharren, da keine entsprechend hohe Gangway auf dem Flugplatz verfügbar war. Die amerikanische Zivilluftfahrtbehörde hat eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet.

Weitere Leichen gefunden

AFP, **Gander**

Fast zwei Monate nach dem Absturz einer mit amerikanischen Soldaten der Sinai-Friedenstruppe besetzten DC-8 in der Nähe der kanadischen Stadt Gander sind jetzt die Überreste zweier weiterer Absturzopfer gefunden worden.

Jubiläum für Senioren-Paß

AP, **Frankfurt**

Eines der „erfolgreichsten Sonderangebote", der Senioren-Paß, feiert am 1. März seinen zehnten Geburtstag. Die Bundesbahn teilte gestern mit, daß in diesem Zeitraum „Damen über 60 und Herren über 65 Jahre" rund elf Millionen Mal die Chance nutzten, ein Jahr lang beliebig viele Fahrkarten zum halben Preis zu lösen.

Pro Tag fünf Banküberfälle

AFP, **Paris**

In Frankreich wurden im abgelaufenen Jahr pro Wochentag fünf Banküberfälle verübt. Dies teilte das Dokumentationszentrum der französischen Versicherungsbranche gestern in Paris mit. Seit einigen Jahren registriere man ein Ansteigen der Überfälle vor allem in Kleinstädten.

Toter Bergsteiger entdeckt

dpa, **Katmandu**

Der Südtiroler Extrembergsteiger Reinhold Messner hat bei seinem Aufstieg zum 8463 Meter hohen Himalaya-Gipfel Makalu eine Leiche entdeckt. Vermutlich handelt es sich um einen von zwei französischen Bergsteigern, die seit November im Himalaya vermißt werden.

Keine Gnade für Manson

dpa, **San Quentin**

Der Anführer der berüchtigten „Manson-Familie", Charles Manson, bleibt hinter Gittern. Der zuständige Rechtsausschuß des US-Bundesstaates Kalifornien lehnte es vorgestern abend ab, die lebenslängliche Freiheitsstrafe des 51jährigen zur Bewährung auszusetzen. Manson und seine „Familie" hatten 1969 bei einem Blutbad in Los Angeles die schwangere Schauspielerin Sharon Tate und sechs weitere Menschen ermordet.

Kehle durchgeschnitten

AP, **Neubiberg**

In einem Gebäude der Bundeswehruniversität in Neubiberg bei München ist gestern morgen ein Wachmann ermordet worden. Der 45jährige Heiner Benecke wurde von Kollegen mit durchschnittener Kehle tot aufgefunden. Ein Polizeisprecher erklärte, ein terroristischer Hintergrund für die Tat sei beim gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse nicht auszuschließen: „Es ist noch alles offen." Die Dienstpistole, eine Walther P1, Kaliber neun Millimeter, sowie ein Schlüsselbund mit 20 Generalschlüsseln seien verschwunden.

ZU GUTER LETZT

„Da ich Herrn Grünbeck für einen ernsthaften Mann halte, nehme ich an, daß er mit Mabuse den niederländischen Maler gemeint hat, der nur in der Öffentlichkeit nicht so bekannt ist." (Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß über den FDP-Bundestagsabgeordneten Josef Grünbeck, der ihn als „Alpen-Mabuse" bezeichnet hatte.)

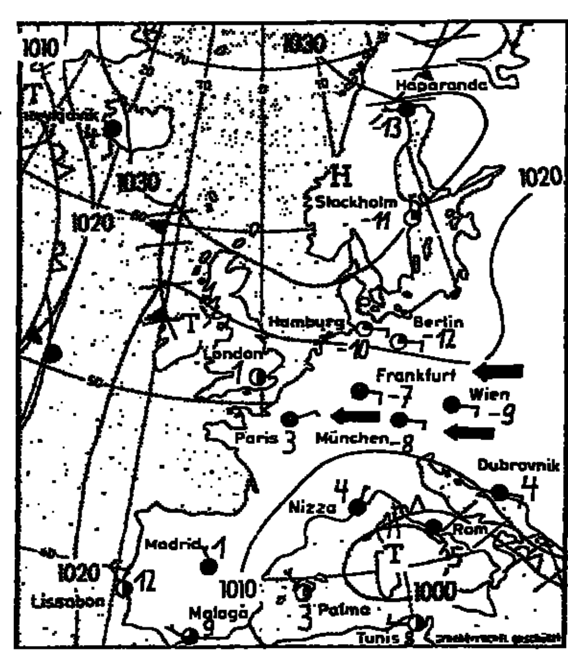
WETTER: Dauerfrost

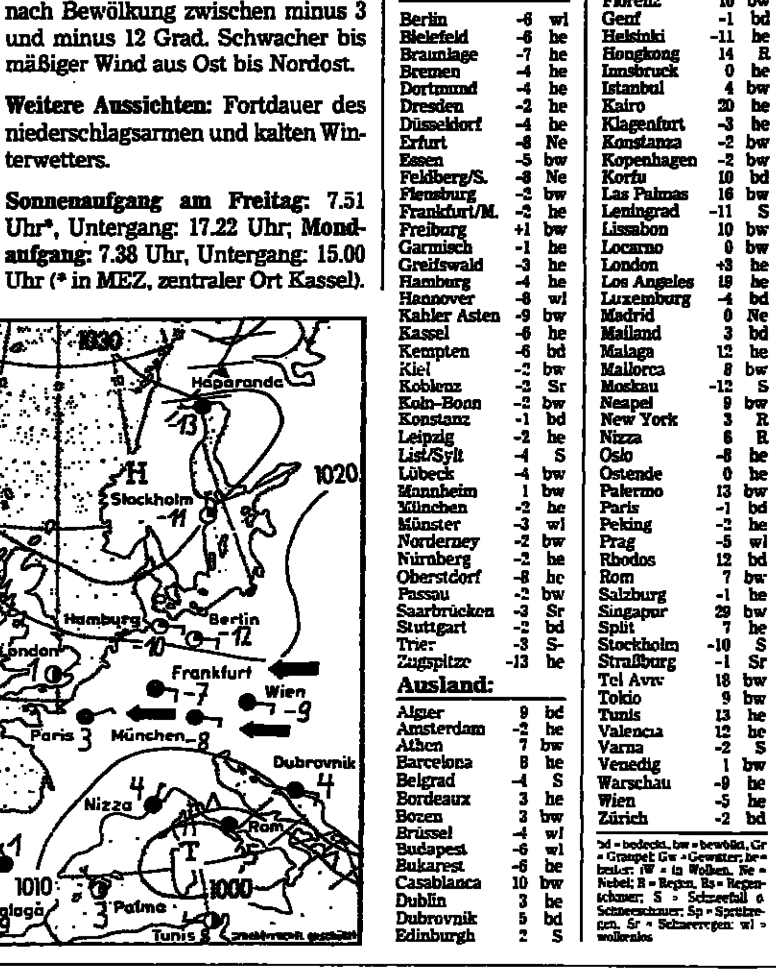
Lage: An der Südflanke eines sich kräftigenden Hochs über Skandinavien dauert die Zufuhr kalter Festlandsluft nach Mitteleuropa an.

Vorhersage für Donnerstag: Im äußersten Westen und Südwesten Deutschlands zumeist bedeckt und zeitweise Schneefall. In den übrigen Gebieten aufgelockerte Bewölkung und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen zwischen minus 5 und minus 1 Grad, Tiefstwerte nachts je nach Bewölkung zwischen minus 3 und minus 12 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Ost bis Nordost.

Weitere Aussichten: Fortdauer des niederschlagsarmen und kalten Winterwetters.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.51 Uhr*, Untergang: 17.22 Uhr; **Mondaufgang:** 7.38 Uhr, Untergang: 15.00 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).





Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	-6	wl
Bielefeld	-6	he
Braunlage	-7	he
Bremen	-4	he
Dortmund	-4	he
Dresden	-2	he
Düsseldorf	-4	he
Erfurt	-8	Ne
Essen	-5	bw
Feldberg/S.	-8	Ne
Flensburg	-2	bw
Frankfurt/M.	-2	he
Freiburg	+1	bw
Garmisch	-1	he
Greifswald	-3	he
Hamburg	-4	he
Hannover	-8	wl
Kahler Asten	-9	bw
Kassel	-6	he
Kempten	-6	bd
Kiel	-2	bw
Koblenz	-2	Sr
Köln-Bonn	-2	bw
Konstanz	-1	bd
Leipzig	-2	he
List/Sylt	-4	S
Lübeck	-4	bw
Mannheim	1	bw
München	-2	he
Münster	-3	wl
Norderney	-2	bw
Nürnberg	-2	he
Oberstdorf	-8	he
Passau	-2	bw
Saarbrücken	-3	Sr
Stuttgart	-2	bd
Trier	-3	S-
Zugspitze	-13	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	9	bd
Amsterdam	-2	he
Athen	7	bw
Barcelona	8	he
Belgrad	-4	S
Bordeaux	3	he
Bozen	3	bw
Brüssel	-4	wl
Budapest	-6	wl
Bukarest	-6	he
Casablanca	10	bw
Dublin	3	he
Dubrovnik	5	bd
Edinburgh	2	S
Faro	12	bw
Florenz	10	bw
Genf	-1	bd
Helsinki	-11	he
Hongkong	14	R
Innsbruck	0	he
Istanbul	4	bw
Kairo	20	he
Klagenfurt	-3	he
Konstanza	-2	bw
Kopenhagen	-2	bw
Korfu	10	bd
Las Palmas	16	bw
Leningrad	-11	S
Lissabon	10	bw
Locarno	0	bw
London	+3	he
Los Angeles	19	he
Luxemburg	-4	bd
Madrid	0	Ne
Mailand	3	bd
Malaga	12	he
Mallorca	8	bw
Moskau	-12	S
Neapel	9	bw
New York	3	R
Nizza	6	R
Oslo	-8	he
Ostende	0	he
Palermo	13	bw
Paris	-1	bd
Peking	-2	he
Prag	-5	wl
Rhodos	12	bd
Rom	7	bw
Salzburg	-1	he
Singapur	29	bw
Split	7	he
Stockholm	-10	S
Straßburg	-1	Sr
Tel Aviv	18	bw
Tokio	9	bw
Tunis	13	he
Valencia	12	he
Varna	-2	S
Venedig	1	bw
Warschau	-9	he
Wien	-5	he
Zürich	-2	bd

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken, Ne = Nebel; R = Regen, Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

